

## Falsch gezählt ist halb gewonnen

Italiens Innenminister gibt an, dass sich 97.000 Flüchtlinge in seinem Land befinden. Rückführungen von abgelehnten Asylbewerbern will er der EU übertragen. An seinen Zahlen gibt es jedoch Zweifel.

21.09.2015, von TOBIAS PILLER, ROM



© ACTION PRESS Immer diese Flüchtlinge: Der italienische Ministerpräsident Renzi und Innenminister Alfano im Parlament in Rom.

Wenn es nach der Europäischen Kommission und den Innenministern der anderen Mitgliedstaaten geht, soll es in Italien bald sogenannte „Hotspots“ zur Registrierung von **Flüchtlingen** und Migranten geben. Italiens Innenminister Angelino Alfano erklärte, sein Land sei zwar im Prinzip bereit, von Anfang Oktober an „Hotspots“ zu betreiben. Doch dafür stellt Alfano Bedingungen: Erstens müssten 24 000 Flüchtlinge aus Italien in andere europäische Länder verteilt werden. Diese Entlastung Italiens haben die europäischen Innenminister als Teil eines Umverteilungsplans bereits Anfang der vergangenen Woche in Brüssel beschlossen. Zweitens verlangt Alfano, dass die EU die Kosten und die Verantwortung für das Zurücksenden von Wirtschaftsflüchtlingen in deren Heimatländer übernimmt. „Wenn Europa Schnelligkeit bei der Einrichtung von Hotspots verlangt, dann wollen wir auch Schnelligkeit bei der Übernahme von Flüchtlingen aus Italien“, sagte Alfano in einer Nachrichtensendung des italienischen Staatssenders Rai. „Damit profitieren wir dann von den Vereinbarungen und können der öffentlichen Meinung in Italien sagen: Wir hatten recht“, sagte Alfano.

Im Oktober will er weitere 16 000 Flüchtlinge in andere EU-Staaten weiterschicken. Nach dem in der **EU** umstrittenen Plan zur Umverteilung von weiteren 120 000 Flüchtlingen soll Italien 15 600 Menschen an andere Mitgliedstaaten abgeben – allerdings nicht im Oktober, sondern innerhalb von zwei Jahren nach einer noch ausstehenden Einigung. Nach Angaben Alfanos gibt es derzeit in Italien 97 000 Flüchtlinge.

### Alfano macht unglückliche Figur

**Der Innenminister steht unter Druck, seine Durchsetzungsfähigkeit gegenüber Europa hervorzuheben.** In der Regierung von Ministerpräsident **Matteo Renzi** hat der Politiker der Partei Nuovo Centrodestra, die mit Renzis Sozialdemokraten koalieren, schon öfter eine unglückliche Figur gemacht. Der heute 44 Jahre alte gebürtige Sizilianer wurde schon als Hoffnungsträger und potentieller Nachfolger von Silvio Berlusconi gefeiert. Dann brach er mit Berlusconi, um an der Regierung zu bleiben. **Die von Alfano geführte Partei ist inzwischen zu einem der vielen wenig bedeutenden Splitter im rechten Parteienspektrum verkommen. Nun brachte ausgerechnet die staatliche Flüchtlingsbetreuung im heimischen Sizilien den Innenminister in zusätzliche Schwierigkeiten. Der Parteigefährte und Staatssekretär für Landwirtschaft, Giuseppe Castiglione, wird von der Staatsanwaltschaft verdächtigt, zusammen mit anderen im größten italienischen Flüchtlingslager im sizilianischen Mineo Klientelwirtschaft gefördert zu haben. Assistenten römischer Politiker und zwielichtige Unternehmer sollen sich daran bereichert haben. Einer inzwischen als mafiös eingestuften römischen Kooperative wurde der Betrieb des Lagers zugeschoben. Außerdem sollen sizilianische Politiker Günstlinge in leitende Positionen gehievt haben.**

Sollten tatsächlich, wie Alfano fordert, in Kürze 40 000 Flüchtlinge aus Italien in andere Staaten umgesiedelt werden, könnte Italien einen großen Teil seiner Flüchtlinge loswerden. In den Medien und in der Opposition wird angezweifelt, dass sich die von Alfano angegebenen 97 000 Flüchtlinge überhaupt noch in Italien aufhalten. **Das Innenministerium teilt nur mit, dass von Jahresanfang bis zum 8. September insgesamt 121 746 Flüchtlinge über das Meer nach Italien gekommen seien und dass es bis Ende August 49 103 Asylanträge gab. Zugleich ist es gängige Politik, Flüchtlinge nicht festzuhalten. „In Abwesenheit eines Systems für die Registrierung mit Foto und Fingerabdruck, sind die Flüchtlinge frei, die Lager zu verlassen und ihre Reise nach Nordeuropa fortzusetzen“, fasst die Wirtschaftszeitung „Il Sole 24 Ore“ zusammen.**

Der rechtsnational und ausländerfeindlich auftretende Parteiführer der Lega Nord, Matteo Salvini, sagte vor wenigen Tagen bei einem Besuch des sizilianischen Lagers in Mineo, es befänden sich dort 3040 Bewohner, aber nur zwei Syrer. Diversen Fernsehberichten zufolge ist das Lager nur noch Schlafstätte für lange in Italien lebende illegale Einwanderer, aber nicht mehr Aufnahme- und Durchreisestation für Flüchtlinge. Die Hilfsorganisation Progetto Arca berichtet, dass seit Oktober 2014 rund 70 000 Flüchtlinge durch Mailand gekommen und dann weitergereist seien. Auch in Bozen, wo kürzlich einige hundert Flüchtlinge kurzzeitig festgehalten worden waren, ist von diesen nun offenbar niemand mehr geblieben.

### **Bisher Flüchtlinge nur durchgewunken**

Die italienische Regierung will erreichen, dass die Verantwortung für die Rückführung von Migranten ohne Chancen auf Asyl den europäischen Institutionen übertragen wird. Innenminister Alfano sagte, dazu seien Abkommen für die Rücknahme von Flüchtlingen nötig, die nur von der **Europäischen Union**, aber nicht von einzelnen Staaten abgeschlossen werden könnten. Italien hat auf diesem Feld bislang nur einzelne Initiativen vorzuweisen. **Im August präsentierte Alfano einen Bericht, in dem von 33 000 Rückführungen im Zeitraum 2008 bis 2013 die Rede ist, bezahlt mit 70 Millionen Euro von einem europäischen Förderprojekt. Doch bisher war die Heimführung von Flüchtlingen unwichtig. Denn die bisherige Praxis der Ausweisung bedeutete nur, dem Flüchtling ein Stück Papier auszuhändigen mit der Aufforderung, das Land innerhalb von zwei Wochen zu verlassen. Und viele Einwanderer taten dies – nicht in Richtung Heimat, sondern in Richtung Mitteleuropa. Wenn es künftig nicht mehr möglich sein sollte, die Flüchtlinge durchzuwinken, fürchten die Italiener, mit der Lage nicht mehr zurechtzukommen. Dann müssten Tausende zusätzlicher Flüchtlinge im Land festgehalten und betreut werden.** Aus ihrer Sicht wäre es daher eine Hilfe, wenn Brüssel die Kosten für die Rückführung in die Heimatländer übernehme, vor allem aber Italien entlastet.

**Nach den Vorstellungen von Italiens Regierung soll jede Veränderung in der europäischen Flüchtlings- und Asylpolitik ein Schritt in Richtung der Abschaffung des bisher geltenden Abkommens von Dublin sein. Nach Dublin dürfen Flüchtlinge nur dort Asyl beantragen, wo sie zuerst den Boden der Europäischen Union betreten. Italien müsste sich legal gesehen also mit allen knapp 122 000 Flüchtlingen auseinandersetzen, die seit Jahresanfang über das Mittelmeer gekommen sind. Die öffentliche Antwort auf diesen Anspruch ist Empörung. „Italien, allein gelassen“, heißt die Anklage, die Renzi Minister seit Monaten in ihren Reden und in Fernsehdiskussionen wiederholen. Dabei bleibt unerwähnt, dass die 1990 abgeschlossenen Verträge von Dublin jahrelang Italien nützlich waren, als in Deutschland während der neunziger Jahre Hunderttausende Flüchtlinge aus Osteuropa ankamen, in Italien offiziell nur wenige tausend. In der öffentlichen Debatte ist aber nur von den Verträgen ab „Dublin II“ von 2003 die Rede. Sie werden als Ungerechtigkeit bezeichnet. Am 8. September hat die regierungsnahе Zeitung „La Repubblica“ in einer großen Grafik die Ansprüche der Regierung Renzi veröffentlicht: Innerhalb des Jahres 2015 sollen 40 000 Flüchtlinge aus Italien weiterverteilt werden, davon 31 433 nach Deutschland.**

Das italienische Narrativ vom alleingelassenen Land, das als südlicher Vorposten Europas mit dem Großteil des Ansturms von Flüchtlingen zurechtzukommen muss, ist erst durch die Bilder von den Flüchtlingstrecks im Balkan in Frage gestellt worden. Doch auch diese Beobachtungen werden in das alte Bild eingefügt: Nach dem Blick auf das Foto des ertrunkenen kurdischen Kindes habe sich Kanzlerin Angela Merkel endlich erweichen lassen, auch ein paar Flüchtlinge aufzunehmen, heißt es. Die deutsche Haltung sei allerdings ganz und gar nicht großzügig, sondern scheinheilig und eigennützig, weil man sich mit den Syrern die „besten Einwanderer“ ausgesucht habe und die Afrikaner den Italienern überlasse. Der Fernsehkanal „La 7“ fasste es so zusammen: „Deutschland holt sich Tausende von Sklaven, die für Billiglöhne arbeiten“. In einem Brief von Ministerpräsident Matteo Renzi an die Zeitung „Repubblica“ forderte er: „Wir müssen die Logik des nationalen Egoismus überwinden. Und daher Dublin überwinden. Es ist richtig, dass die Hotspots auf europäischer Ebene verwaltet werden, aber das wird nur möglich sein, wenn jedes Land eine gewisse Zahl von Gästen aufnimmt“. Wie viele das in Italien sein sollen, sagt Renzi freilich nicht.

## „Wir haben es total verbockt“

Der Amerika-Chef von Volkswagen gibt sich bei Vorstellung des neuen Passat zerknirscht. Er verspricht angesichts der Abgasaffäre: „Wir werden bezahlen, was wir zu bezahlen haben.“

22.09.2015, von ROLAND LINDNER, NEW YORK

Man kann wohl davon ausgehen, dass Michael Horn am Montagabend lieber nicht auf der Bühne in New York gestanden hätte. „Wir hätten die Veranstaltung ausfallen lassen können,“ gab der Amerika-Chef des Volkswagen-Konzerns vor spektakulärer Kulisse mit Blick auf die Skyline von Manhattan selbst zu. Aber **Volkswagen** habe das Bedürfnis gehabt, sich zu erklären. Und schließlich habe man ja auch etwas Tolles zu zeigen, nämlich eine überarbeitete Version des Passat. Also: The show must go on! Wenn auch nicht ganz in der ursprünglichen Form. Denn VW-Markenvorstand Herbert Diess, der zunächst auch erwartet wurde, hatte seine Teilnahme abgesagt.

Hinter **VW** lag zu diesem Zeitpunkt ein turbulenter Tag. Die Affäre um Abgasmanipulationen in den Vereinigten Staaten hat den **Aktienkurs des Konzerns um 19 Prozent abstürzen lassen**. Und die Angelegenheit erreichte die höchsten politischen Ebenen in Amerika, was Übles für das Unternehmen erwarten lässt. Ein Sprecher des Weißen Hauses äußerte sich am Montag „ziemlich besorgt“ von der Angelegenheit. Das Justizministerium **hat Medienberichten zufolge strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet**. Und ein Ausschuss des amerikanischen Kongresses kündigte eine Anhörung zum VW-Skandal „in den kommenden Wochen“ an. „Das amerikanische Volk verdient Antworten und Zusicherungen, dass dies nicht wieder passiert.“ Es ist der gleiche Ausschuss, vor dem auch Mary Barra, die Vorstandsvorsitzende des amerikanischen Autokonzerns General Motors, **im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit einer Rückrufaffäre aussagte**. Das wirft die Frage auf, ob womöglich auch Volkswagen-Vorstandschef Martin Winterkorn bald nach Washington reisen wird, um Politikern Rede und Antwort zu stehen.

Absatzzahlen schrumpfen seit Jahren

Michael Horn kam ohne Umschweife auf den Skandal zu sprechen, kaum dass er die Bühne betreten hatte, und er gab sich angemessen zerknirscht: „Lasst es uns deutlich sagen: Unser Unternehmen war unehrlich.“ Und dann nochmal etwas flapsiger: **„We totally screwed up“ – „Wir haben es total verbockt“**. Dieses Verhalten sei „völlig inkonsistent“ mit den „Kernwerten“ des Unternehmens. „Es geht total gegen das, woran wir glauben.“ Was freilich die Frage aufwirft, **wie die von VW eingestandenen Manipulationen von Emissionstests per ausgefeilter Software im Konzern zugelassen werden konnten**. Und auch, wie das in seinem amerikanischen Revier geschehen konnte, für das er seit Anfang vergangenen Jahres verantwortlich ist.

Horn beteuerte, wie wichtig der amerikanische Markt für VW sei. Mit seinen 650 Händlern, 30.000 Mitarbeitern und Millionen von Kunden. Schon vor dem Skandal hatte der Konzern hier schwer zu kämpfen. Die Absatzzahlen schrumpfen seit mehreren Jahren, der Marktanteil liegt bei kaum mehr als 2 Prozent. Das Ziel, bis zum Jahr 2018 eine Absatzmenge von 800.000 Autos zu erreichen, liegt in weiter Ferne. Die Abgasaffäre lässt es fast unmöglich erscheinen.

Seine Rede las der Amerika-Chef vom Teleprompter ab. Aber am Ende wich er dann doch einmal kurz vom Skript ab, um dem Ganzen eine persönliche Note zu geben. Er erzählte, wie er mit 18 Jahren seinen ersten Golf hatte. Dass er nach Amerika zum Studieren kam und seit 25 Jahren bei VW arbeitet. Er versprach, dass VW alles daran setzen werde, die Dinge wieder gut zu machen. Und er deutete an, dass das auch für den finanziellen Aspekt des Skandals gilt: „Wir werden bezahlen, was wir zu bezahlen haben.“

Ein Auto gab es auch noch zu sehen. „Und jetzt zeige ich Ihnen den VW Passat“, sagte Horn und ließ die aufgefrischte Version der VW-Limousine auf die Bühne fahren, die im amerikanischen Werk in Chattanooga hergestellt wird. „Gebaut von Amerikanern in Amerika für Amerikaner“, schwärmte der Manager. Er zählte technische Details auf, für die sich das Publikum aber kaum zu interessieren schien, denn in der Halle wurde es immer lauter.

Am Ende seines Auftritts blieb Horn immerhin noch eine angenehme Aufgabe. Er kündigte den Rockstar Lenny Kravitz an, der für den Unterhaltungsteil des Abends engagiert war. Danach war Horn erlöst und verschwand schnell von der Bühne. Fragen wollte er nicht beantworten. Kravitz sang bezeichnenderweise seinen Hit „It ain't over till it's over“. In diesen Titel konnte man an diesem Tag viel hineininterpretieren.

## Dem Staat droht der Kontrollverlust

**Anstelle von klaren Regeln bestimmen Emotionen die Politik in der Flüchtlingskrise. Frank Plasberg bemüht sich darum, Ernüchterung in die Debatte zu bringen.**

22.09.2015, von FRANK LÜBBERING

Was ist eigentlich unter Kontrollverlust zu verstehen? Der Wirtschaftsjournalist Roland Tichy sprach ihn gestern Abend in der Sendung von Frank Plasberg zur Flüchtlingskrise an. **Von Kontrollverlust muss man reden, wenn der Staat seine eigenen Regeln nicht mehr durchsetzen kann. An dessen Stelle tritt eine Politik der Herzensgüte, die wie alle Emotionen in der Politik allerdings zumeist nur noch der Willkür die Türen öffnet. Das mag im Dienst der guten Sache unproblematisch erscheinen. Aber Emotionen können sich bekanntlich ändern.** Wie dieser Kontrollverlust aussieht, wurde am Fall von Elke Voß deutlich. Sie lernte einen jungen Mann aus Ghana kennen und schätzen. Ihre Familie nahm ihn bei sich auf. Sie helfen ihm beim Erlernen der deutschen Sprache, gaben sich auch ansonsten jede erdenkliche Mühe bei seinem Start in ein neues Leben in Deutschland.

Wer will diese Hilfsbereitschaft kritisieren? Allerdings ordnete die deutsche Asylbürokratie seine Rückkehr in die Flüchtlingsunterkunft an. In den Augen der zuständigen Bezirksregierung in Arnberg gilt er als „illegaler Einwanderer“. Er ist noch nicht einmal als Flüchtling registriert worden, obwohl er sicherlich schon öfter seinen Namen gegenüber deutschen Behörden mitgeteilt hat. Frau Voß wies auf seinen tragischen Lebensweg hin. Verlust der Eltern und wirtschaftliche Perspektivlosigkeit. **Aber allein Plasberg wagte die Feststellung der fast völligen Aussichtslosigkeit des Asylantrages dieses jungen Mannes. Ghana gilt als sicherer Herkunftsstaat. Ein Asylantrag ist somit rechtlich als offensichtlich unbegründet abzulehnen.**

### Griechenland als Vorbild?

Wer hat nun recht? Frau Voß, deren großes Herz vom Porsche-Betriebsratsvorsitzenden Uwe Hücks gelobt worden ist? Oder die herzlose deutsche Bürokratie, die in einem solchen Fall wohl kaum die privaten Integrationsbemühungen der Familie Voß unterstützen kann? **Der junge Mann aus Ghana muss mit seiner Abschiebung rechnen. Aber die Wirklichkeit ist noch schlimmer. Niemand weiß überhaupt noch, wie viele und welche Menschen überhaupt in den vergangenen Monaten in Deutschland eingereist sind. Es scheitert nicht nur die Bearbeitung der Asylanträge im kafkaesken Nürnberger Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Es gibt noch nicht einmal mehr eine funktionierende Erfassung der eingereisten Flüchtlinge. Die Lösung, nämlich Kreispolizeibehörden und kommunale Ausländerämter vor Ort einzubinden, scheitert übrigens im Kompetenzgestrüpp zwischen Bund und Ländern.**

**Die deutsche Staatsverwaltung ist in der Flüchtlingskrise auf dem Niveau des viel gescholtenen Griechenland angekommen.** Rechtliche Grundsätze stehen nur noch auf dem Papier. An deren Stelle ist die persönliche Betroffenheit getreten, wie bei der Familie Voß, und das Bemühen der Bundespolitik, möglichst wenig von dieser tristen Wirklichkeit an sich heran zu lassen. Plasberg konnte man nichts vorwerfen. **Er zeigte auf verschiedenen Politikfeldern die Konsequenzen einer ungesteuerten Zuwanderung auf.** So sprach man über die Notwendigkeit einer Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus. Bis die ersten Mieter in diese Wohnungen einziehen werden, wird es allerdings drei Jahre dauern, so **Thomas Strobl.**

Der stellvertretende Partei- und Fraktionsvorsitzende der CDU in Baden-Württemberg konnte aber auch nicht die Frage beantworten, wie man die Flüchtlinge bis dahin unterbringen soll. Weiterhin in Turnhallen? Oder sollen Kommunen, wie im westfälische Nieheim, den bisherigen Mietern im eigenen Wohnungsbestand wegen Eigenbedarfs kündigen? **Das „allgemeine Interesse an der Unterbringung der Flüchtlinge“ müsse über dem „privaten Interesse der Mieter“ gestellt werden.** So ließ sich der Nieheimer Bürgermeister von Plasberg zitieren. Er wird seine guten Gründe haben. **Hier wurde deutlich, wie die sozialen Verteilungskämpfe in Zukunft aussehen werden,** die Tichy ansprach. Allein die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, Katrin Göring-Eckardt, ließ das alles unberührt. Sie hatte alles schon immer vorher gewusst. Nur warum hat sie dieses profunde Wissen nicht ihren regierenden Parteifreunden etwa in Nordrhein-Westfalen mitgeteilt?

## Profane Wirklichkeit

Diese Frage werden sich viele Kommunalpolitiker stellen, wenn sie denn in der Suche nach Notunterkünften noch Zeit für Frau Göring-Eckhardt haben sollten. Dazu gehört sicher auch Eyüp Yildiz (SPD), stellvertretender Bürgermeister von Dinslaken. **Was ist eigentlich von der deutschen Wirtschaft zu halten, die seit Jahren die Jugendarbeitslosigkeit unter den Einwanderern ignoriert hat, um jetzt ihr Bemühen um die Integration von Flüchtlingen herauszustellen?** Das von Hücks erwähnte Modellprojekt von Porsche zugunsten dieser Jugendlichen war nämlich die große Ausnahme gewesen. **Yildiz machte auch das Scheitern einer Schulpolitik deutlich, die in der Vergangenheit die Kinder von Einwanderern in den Grund- und Hauptschulen ihrer Viertel konzentrierte.** Das soll sich jetzt alles in den vergangenen Monaten geändert haben, wenn man den Verlautbarungen nicht nur von Frau Göring-Eckhardt glauben soll. Die Wirklichkeit ist profaner. Plasberg berichtete von **einem jungen Flüchtling aus Gambia. Er sollte als Produktionshelfer bei einer Großbäckerei anfangen. Der vereinbarte Stundenlohn war 8,50 Euro. Die Bundesagentur für Arbeit untersagte die Beschäftigungsaufnahme, weil dieser Stundenlohn unter dem bisherigen Tarifgefüge von 12,50 Euro liegt.**

Daraus entwickelte sich eine recht lebhafte Debatte zwischen Tichy und Yildiz. **Letzterer sah darin die „brutale Menschenverachtung des neoliberalen Systems“, während das Tichy als notwendige „Abstriche bei den Löhnen“ interpretierte.** Nur warum bezahlt die Bäckerei nicht einfach den üblichen Stundenlohn, so fragte Hücks. Weil manche Arbeitgeber keine Produktionshelfer brauchen, sondern die von der Kanzlerin geforderte „Flexibilität“ auf allen Politikfeldern ausprobieren wollen. Die in den Medien ansonsten übliche Schelte der Bürokratie ist dabei ein probates Mittel im Kampf der Interessengruppen. Menschenverachtung ist das nicht. **Aber auch Tichy wird sich fragen lassen müssen, was soziale Verteilungskämpfe in der Praxis sein werden, wenn plötzlich alle Produktionshelfer in einer Großbäckerei vier Euro weniger verdienen werden. Oder ansonsten durch junge Flüchtlinge ersetzt werden.**

## Wer Integration leisten muss

Werden die Flüchtlinge dieses Land verändern? Bestimmt, allerdings nicht die Lösungsvorschläge von Interessengruppen. **Wer den Mindestlohn schon immer für einen Fehler gehalten hat, wird in dessen Abschaffung oder Absenkung die Lösung sehen. Wer den Mindestlohn erhalten will, muss die Frage beantworten, wie er den zugewanderten Arbeitslosen den Einstieg in den Arbeitsmarkt ermöglichen will, ohne die deutsche Arbeitsmarktverfassung endgültig zu ruinieren.** Die eigentliche Integration dieser Menschen wird aber in den Kommunen zu leisten sein. **In den Schulen, wo unsere Kinder das machen müssen, wovon die Politik nur redet. Etwa im täglichen Leben die Kinder der Flüchtlinge in einen Klassenverband zu integrieren – und nicht in die von Yilmiz angesprochenen Parallelgesellschaften abzuschieben.** Die Eltern der tonangebenden Schichten in Deutschland wussten ihre Kinder bisher vor dieser Aufgabe zu schützen. Das werden sie sich in Zukunft nicht mehr leisten können. **Allerdings wird das alles nicht funktionieren, wenn der Staat noch nicht einmal mehr weiß, wer überhaupt in dieses Land eingereist ist. Einen solchen Kontrollverlust können sich nämlich nur scheiternde Staaten leisten.**



129,6

## Fabius : «La crise des réfugiés met en cause les fondements de l'Europe»

Par [Marc Cherkj](#)

Mis à jour le 21/09/2015 à 22:17



EXTRAITS - Dans un entretien au *Figaro* et à quatre quotidiens européens, le ministre des Affaires étrangères préconise de traiter en amont l'afflux de migrants en aidant davantage les pays qui sont en première ligne (Turquie, Jordanie, Liban), en créant sur place des centres d'accueil et d'identification.

LENA — LEADING EUROPEAN – NEWSPAPER ALLIANCE

Syrie, migrants, négociation climatique... Le ministre des Affaires étrangères, Laurent Fabius, a répondu aux questions de cinq quotidiens européens de l'alliance LENA (*Le Figaro*, *La Tribune de Genève*, *El País*, *La Repubblica* et *Le Soir*).

Retrouvez l'intégralité de cet entretien dans *Le Figaro* du mardi 22 septembre et dès à présent en ligne dans l'Édition premium.

### LENA - Comment faire face à l'afflux de réfugiés?

**Laurent FABIUS. - Il faut à la fois mettre en place des centres d'accueil et d'identification («hotspots») dans les pays de première entrée, organiser un système de répartition équitable, aider les pays hors de l'Union qui sont en première ligne (Turquie, Jordanie, Liban), rechercher activement une solution politique et militaire au Levant... Ce n'est pas par les égoïsmes nationaux qu'on y arrivera. Si on n'agit pas vite, les risques d'explosion sont réels et considérables, et les conséquences seront de tous ordres.**

**Pourquoi le sommet de Paris, la COP21, est-il celui de la dernière chance sur le climat? Qu'est-ce qui a changé depuis le sommet de Copenhague en 2009?**

Plusieurs changements importants se sont produits. D'abord, la situation du climat s'est dégradée. Certains phénomènes climatiques extrêmes se sont amplifiés. L'année 2014 est la plus chaude que nous ayons jamais connue. Et 2015 sera sans doute encore plus chaude. La prise de conscience sur la nécessité d'agir est donc plus forte. Ce qui change aussi, c'est que la réalité scientifique du réchauffement climatique, de ses causes n'est désormais plus sérieusement contestée. Les savants du Giec sont d'accord sur leur analyse de l'avenir, sur la probabilité d'une augmentation de 4, 5, 6 °C si nous ne faisons rien ou pas assez vite. Ils ont obtenu, pour leurs travaux, non pas le prix Nobel de physique ou de chimie, mais le prix Nobel de la paix.

**A suivre**

## Alexis Tsipras's Election Victory, and Greece's Looming Challenges

SEPT. 21, 2015

By NIKI KITSANTONIS

[Alexis Tsipras won](#) an unexpectedly decisive victory in elections in Greece on Sunday, renewing his mandate to lead the austerity-weary nation, this time as a prime minister committed to supporting a bailout rather than to fighting one. Defying many experts' predictions of a tight race, his leftist party, Syriza, received just over 35 percent of the vote, beating the main right-leaning opposition party by more than seven percentage points.

Mr. Tsipras, 41, a charismatic left-wing populist, is expected to waste no time announcing a new cabinet. The heavily indebted country faces huge challenges, including skeptical creditors who will be watching closely to see if the government follows through on promised changes. It must push through a slew of tough economic measures in the coming weeks in exchange for crucial rescue funding.

Here are answers to some questions about the implications of the election results:

*Q. How is this a victory for Mr. Tsipras if his party lost seats?*

A. Mr. Tsipras's resounding victory over the key conservative opposition New Democracy, even with a scaled-down Syriza, reinforces his position as the dominant player on Greece's fractured political scene. He managed to sideline Syriza's far-left rebels, who ran against him in Sunday's elections but failed to enter Parliament, giving him greater control over his party. Shorn of its radical elements, the new Syriza is likely to raise fewer objections to carrying out Greece's third bailout. Still, a deep-rooted opposition to austerity lingers within the party ranks and the larger population. Pleasing his party, voters and Greece's creditors will not be easy.

*Q. What difference will the election have made if the same coalition returns?*

A. Apart from getting the radical leftists off Mr. Tsipras's back, the elections also kept them out of the Greek Parliament. So the new coalition will face fewer anti-austerity forces in Parliament, with the exception of the Communist Party and Golden Dawn, the neo-fascist party. Golden Dawn reaffirmed its presence in Parliament, even though its entire leadership is on trial, accused of running a criminal organization. Still Greece's third most-popular party, it remains mostly on the fringes of the country's politics. **The fact that New Democracy backed Greece's third bailout in Parliament in August and campaigned on a pro-bailout platform in the latest elections essentially guarantees support for the bulk of the tough measures Greece must push into law to secure rescue loans.**

*Q. What did voters say about austerity and the bailout by re-electing Mr. Tsipras?*

A. **The details of the third bailout, which include further pension cuts, tax increases and an aggressive privatization program, were conspicuously absent from Syriza's election campaign.** Instead, the party pledged to crack down on the corruption that has bedeviled Greece, to eventually pull the country out of years of austerity, and to free the nation of the demands of foreign creditors. **While Greeks are undoubtedly fed up with austerity, they appear to have decided that Mr. Tsipras could at least soften the impact. Mr. Tsipras's insistence that he put up a fight with lenders and accepted a difficult compromise to keep the country solvent and prevent an exit from the euro appeared to have resonated with many Greeks.**

*Q. How will his survival in office matter in Greece's dealings with its creditors?*

A. Mr. Tsipras is hardly beloved by Greece's creditors, who have spent months locking horns with him and his populist party. The country's creditors — the other nations that use the euro, the European Central Bank and the International Monetary Fund — would probably have preferred a broader coalition of avowed pro-European parties such as the socialist Pasok and the centrist, pro-business Potami. But Mr. Tsipras's emphatic election victory has shown the lenders that he is really the only party leader with significant political leverage. Mr. Tsipras's insistence on forming a "parallel

program” that Syriza will seek to carry out alongside the bailout, chiefly aimed at helping poorer Greeks, could be a potential stumbling block in talks with creditors.

*Q. What might we infer from the record-low turnout and the off-the-mark opinion polls?*

**A. With about 44 percent of Greeks staying away from polling stations, turnout was the lowest in the country’s history, highlighting the deep discontent of a public weary of austerity and of unfulfilled promises.** For many, after five years of enforced belt-tightening, promises to curb austerity rang hollow. **For others, merely choosing which party would impose more pain was hardly a motive to vote, particularly as many Greeks must travel to cast their ballot, an expense that many cannot afford.**

The fact that Greek polling companies failed to predict Syriza’s decisive return to power was as much a topic of debate in Greece on Monday as the results of the elections were. The off-the-mark forecasts raised serious questions about the methodologies of the firms. Mr. Tsipras’s coalition partner, Panos Kammenos, the head of the rightist Independent Greeks party, called the pollsters “hired assassins” for consistently suggesting his group would fail to enter Parliament, suggesting that the Greek mainstream news media and entangled business interests were behind the predictions.



129,9

# Mother Angela: Merkel's Refugee Policy Divides Europe



DER SPIEGEL Chancellor Angela Merkel has shown a soft side in the refugee crisis.

**Germans long knew their chancellor as a rational, deliberate decision maker. But in the refugee crisis, a new Merkel has emerged, driven by empathy. Increasingly, it is looking like the emotion-driven Merkel is prone to error. By SPIEGEL Staff**

We can do it. That's the message Chancellor Angela Merkel has been giving her country ever since she pledged in late August to provide refuge to anyone coming from Syria in addition to others seeking protection from violence and warfare. The initial euphoria in the country was significant, with tens of thousands of everyday Germans joining the army of helpers to try and cope with the huge influx of needy refugees.

But there have since been signs that the initial elation is fading. The most obvious, of course, was Berlin's [reintroduction of border controls](#) on the German frontier with Austria a little over a week ago. But there have been others as well: Frustration in German states about insufficient federal assistance; grumbling within Merkel's party about her open door policy; and conflicts with the Social Democrats within Merkel's governing coalition.

Indeed, Germany is struggling to maintain its composure and to ward off panic despite all the rising doubts.

Can it be done?

Monday morning a week ago. Senior members of Merkel's conservative Christian Democratic Union (CDU) are meeting to discuss the refugee situation. They talk about the Syrians and Afghans who are filling gymnasiums and moving into container villages that are springing up outdoors. The governors of Germany's 16 states report on shortcomings, from the lack of beds to the lack of doctors and teachers. For Merkel, it is but the bleating of naysayers.

And it doesn't take long for her to lose patience. When Jens Spahn, state secretary in the Finance Ministry, shares his own story of desperate volunteers asking him how things are supposed to continue [in their current state](#), the chancellor interjects.

Merely describing reality and talking about feelings isn't enough, says Angela Merkel. "Those who bear the responsibility of being in government like we do have a different role. We have to provide the people with answers and solutions."

## Can We Do It?

Courageous words, perhaps, but also a bit concerning. Can a report focusing on real conditions on the ground really be seen as an attack on the government line? May truths not be uttered just because they don't align with Merkel's indestructible optimism? As many as a million refugees will come to Germany this year. [Can we do it?](#)

Yes, Merkel says, of course we can. It was only three weeks ago that the chancellor said Germany was an amiable country -- and that people fleeing war and political persecution are welcome here. Such statements, free of tactic and calculation, [are new for the chancellor](#).

Her words traveled at lightning speed. They were shared over Facebook and Twitter, via email and SMS, prompting tens of thousands of people -- maybe hundreds of thousands -- to make their way to Europe. In Hungary, refugees are being fought off with water cannons and tear gas. Police officers are back at the German border with Austria to at least try and channel the flow of desperate people pouring in.

Did Merkel miscalculate? Does she still have the situation under control?

The Merkel era began exactly 10 years ago, on Sept. 18, 2005, when she beat out Gerhard Schröder in the general election. It was the beginning of a chancellorship that was at first precarious. She didn't only have to defend herself against Schröder, who lectured her like a schoolchild on the evening that he lost the election, but also against the many enemies within her own ranks who were just waiting for the right moment to knock her off her pedestal.

But that moment never came. Merkel was an unlikely presence in German politics: a woman from East Germany in the male-dominated, West German CDU. Her secret weapon, though, was caution. She used it to shove aside all of her opponents. Only Merkel is left.

It is now being said that, after all those years of hesitation and procrastination, Merkel has finally found her issue with the refugees. But that is a rather one-dimensional approach. There is, in fact, much more at stake. Merkel is trying to transform Germany into a moral superpower in Europe. It is an aim that is not entirely free of hubris.

## Shifting Mood

Despite periodic bouts of bluster, German chancellors have always strived for consensus in the EU. But Merkel has now embarked on her own special path. And when it comes to refugees, she's on her own, cursed by the Eastern Europeans and abandoned by the Brits. Neighboring Austria applauds politely, but the country is happy when the refugees continue on to Germany.

Within Merkel's own party, the mood is shifting. Many think she is slowly losing her grip on the situation. They believe she made a generous gesture, but now she is failing at administering the crisis. And there is some truth to that. After all, like Interior Minister Thomas de Maizière, she spent months blithely ignoring multitude warnings about the rising refugee numbers.

Merkel has long been one to respond to criticism with gentle conviction. But that sanguinity appears to be gone, replaced by gently irascible bluster. Last Tuesday, for example, when she said she would not apologize for Germany showing a friendly face -- because otherwise it "would not be my country" -- she was doing more than just rebuking her critics. It was an unveiled threat: If you don't follow me, you're going to have to look for a new chancellor.

**What has gotten into Merkel?** The Germans thought they knew their chancellor, whose popularity was largely attributable to her predictability and her at times tiring prudence. Now there is suddenly idealism flashing forth and the world isn't quite sure what to make of it.

Israel and the US are celebrating Merkel. The *New York Times* gave her a "bravo." Israeli historian Tom Segev says Germany is being "noble and commendable." Among Germany's European partners, however, the enthusiasm is much less effusive. And it's not only Hungarian Prime Minister Viktor Orbán who is openly rebelling against the Merkel approach.

Merkel's invitation to refugees, after all, wasn't just in Germany's name. She was effectively speaking for all of Europe -- her words put the onus for accepting all the refugees who heeded Merkel's call on the entire Continent. Europe is bursting at the seams and it's Merkel who is responsible.

## Losing a Sense of Proportion

**But Europe isn't interested in aligning itself with the German understanding of humanity.** The British government can barely conceal its horror at Merkel's new course. Home Secretary Theresa May said last Wednesday that it was important to help people living in civil war-torn regions -- "not the ones who are strong and rich enough to come to Europe." She categorically rejected Merkel's plan to distribute refugees among European Union member states.

French President François Hollande, whom Merkel has made an ally in the refugee crisis, has kept his distance. Hollande said he wanted to take 1,000 refugees off Germany's hands. A paltry number, to say the least. But these days, Merkel should be grateful even for that. "We never raised unrealistic hopes," says one adviser to the French president.

German Interior Minister de Maizière is already in the process of altering Germany's approach to asylum-seekers. He plans to provide so-called "Dublin refugees" with a small "subsidy to cover the costs of unavoidable travel necessities" and deport them back to their first EU country of arrival. This doesn't fit the image of the merciful Merkel at all. Germany "cannot accept everyone who comes from a crisis region," says de Maizière.

**Merkel's transformation is telling of the difference between politics that are good and politics that are right. The distinction is as old as political philosophy itself. German political philosopher Max Weber identified the distinction as being between the ethics of conviction and the ethics of responsibility. In other words, the difference between politics that are guided only by morals or by the likely consequences policies might produce.**

**What person with a heart would condemn a policy seeking to help refugees who make their way, children in tow, from Greece, through the Balkans and on to Germany? But where is the right balance between humanity and reality? And: Is it more important to save refugees or to save the EU, which itself embodies an answer to the horrors of war. A closer look at the drama of the last few weeks shows that Merkel has lost her sense of proportion.**

## Berlin, Tegel Airport, August 19

At 1 p.m. on this beautiful summer day, Merkel sets off to Brazil, joined by a large delegation. Before she makes her way to the plane, however, she speaks with Interior Minister de Maizière on the phone. He tells her about the rapidly rising number of refugees and says he plans to announce a new full-year forecast that afternoon, a figure that has been upwardly revised from 450,000 to 800,000.

Merkel is alarmed. The number 800,000 is significant -- large enough, in fact, to dominate the public discussion. And Merkel knows how fragile the situation is. On the one hand, the German economy is booming. In contrast to the early 1990s, when hundreds of thousands of refugees came to Germany from the Balkans, Germans aren't worried about their jobs. On the other hand, Merkel is all too familiar with the often irrational fears harbored by Germans. It has long been important to her that the government not do anything that might inflame the situation further. And she is confident that the CSU won't add fuel to the fire. The Bavarians, she believes, know exactly where the line to right-wing populism lies.

Merkel, though, is still unsure of how to tackle the crisis. The calls for the chancellor to visit a refugee hostel are growing louder, but she doesn't want to show up empty-handed. A political leader must offer solutions and not just complain about the circumstances, she says. It is a sentence that will come up often in the next few weeks.

## Nuremberg, Federal Office for Migration and Refugees, August 21

Angelika Wenzl, a senior official at Germany's Federal Office for Migration and Refugees, writes a momentous paper bearing the reference number 411-93605/Syria/2015. It states that the elaborate Dublin procedures will be suspended for refugees from Syria. That means that whoever makes it to Germany from the civil war-torn country will no longer be sent away, even if another EU country is technically responsible for them. The memo, never meant to go public, was supposed to provide some bureaucratic relief.

But once Wenzl's message ends up in the inbox of the aid organization Pro Asyl, it's not long before it goes up on their English website. Any doubts about the document's authenticity were brushed aside by the Federal Office for Migration and Refugees on August 25. At 1:30 p.m., the Nuremberg-based agency's social media team tweets: "We are at present largely no longer enforcing Dublin procedures for Syrian citizens." Most of the time, the federal agency's tweets only get shared three or four times. This particular tweet, however, gets retweeted 156 times. Even the BBC picks up on it. One Twitter user asks whether the new guideline only applies to Syrians who were already in the country. The organization replies that the decision is not pegged to any specific date of entry.

In Berlin, the Interior Ministry goes into damage-control mode. "But that's not a legally binding act, so to speak -- no requirement, no suspension of Dublin -- it's much more a guideline for administrators," a stammering Thomas de Maizière tells journalists. But word has long gotten out to the world. The British daily *Independent* runs the headline, "Germany opens its gates." Syrians post pictures of Angela Merkel to Facebook emblazoned with the words, "Wir lieben dich," or "We love you."

### **Heidenau, Hauptstrasse 10, August 26**

As Merkel's motorcade rolls onto the parking lot of the former Praktiker DIY store in Heidenau, two groups of people are waiting for her. One is quiet, the other is furious. The quiet one is made up of refugees and their helpers. The other is comprised of irate Heidenau natives. Merkel winces as she hears the cries. "Traitor!" some roar, along with: "We are the pack!" Merkel looks confused, then she waves because that's what she's used to doing, and disappears behind a barricade.

The choice to visit Heidenau is a response to the violent clashes between right-wing marchers and police in front of a newly opened refugee hostel on August 21 and 22. It was an incident that made global headlines and Merkel is eager to show a different face of Germany.

She tours the new refugee accommodation for more than an hour. Outside it's hot, with the sun beating down on the crowd, and the mood heats up as well. As Merkel reappears, the noise becomes deafening. Horns are blown and one woman yells in a shrill voice, "You cunt! Get back in your ugly car!"

For days to follow, Merkel's people continue to speak of their astonishment at the lynch-mob atmosphere in Heidenau. As chancellor, they say, Merkel is used to insults. But what should the people do who are out to help the refugees? They don't have bodyguards, yet they still must face "the pack." At the Chancellery, the belief solidifies that Merkel must set an example.

Merkel has never had sympathy for the far-right. In 2003, she ejected Martin Hohmann from the conservatives' parliamentary group because he had played upon anti-Semitic clichés in a speech. Over the years, Merkel's position has become more entrenched. In internal discussions, she has rejected any attempts to posit a psychological explanation for far-right extremism in Germany's East. She has no understanding for it whatsoever.

### **Vienna, Hofburg, August 27**

Merkel is in town for a conference on the Western Balkans. Right in the middle of the meeting, news arrives of a truck parked on the A4 autobahn near Vienna containing dozens of suffocated refugees. Merkel goes before the press and says: "We are all appalled at this horrifying news."

### **Berlin, Federal Press Conference building, August 31**

Merkel gives her annual press conference in front of the Berlin press corps. But this time, it isn't just a routine appearance. The word "proud" comes up often in her comments. She is "proud" of the humanity displayed in the German constitution and she is "proud" of the many Germans who are helping the refugees. "The world sees Germany as a country of hope and opportunity," she says. It quickly becomes clear that she wants to send a clear message: Those who are oppressed and those who are fleeing from a civil war are welcome. It won't be easy, she says, but "we can do it."

They are the kind of sentences that have never before been spoken by a chancellor. She is inviting Germans to follow their hearts rather than their interests; she is asking them to invest their energy and money into the reception of refugees. The chancellor gave an oath to devote herself to the good of the German people, but she is now risking her entire political capital for Syrians, Iraqis and Afghans who are in need of help.

Merkel has made risky decisions in the past. In December 1999, for example, she wrote a letter to the influential German daily *Frankfurter Allgemeine Zeitung* saying it was time for a leadership change in the Christian Democratic Union. The party's head, Helmut Kohl, had become enmeshed in a party donation scandal and Merkel's letter served as the coup de grâce. Another came in 2011, when she rapidly sounded the death knell of nuclear energy in Germany in the aftermath of the Fukushima meltdown in Japan.

But those decisions were driven by fear. Merkel didn't want to be dragged into the donation scandal that ultimately slowed or ended the careers of several top CDU politicians, so she distanced herself from Kohl. And the "*Energiewende*" -- Germany's shift away from nuclear and toward renewables -- went so quickly because Merkel was afraid that the CDU could lose support as a result of the Fukushima catastrophe.

It is difficult to say what prompted Merkel, long seen as a sober practitioner of realpolitik, to become the refugee chancellor -- or, as some conservatives call her, "Mutti Teresa," a sharp-tongued reference to her nickname in Germany: Mutti.

Merkel's people vehemently reject the psychological explanations that are currently being posited in German newspapers. One theory, for example, holds that Merkel, who has no children of her own, was deeply moved by the crying refugee girl she encountered during a town meeting in Rostock.

Emotion in politics is dangerous. Those who gain a reputation for being guided by their feelings are seen as being open to manipulation. Still, there are several indications that Merkel's refugee policy is driven more by her sentiment than she is willing to admit. One person who has known her for a long time says that it really did get to her that, during the Grexit crisis, she was portrayed as the second coming of the Nazis. Plus, her popularity gives her

plenty of leeway. Not unlike the super-rich, she is at a moment in her chancellorship when she can spend political capital on things that don't turn a profit.

#### **Luxembourg, European Convention Center, September 4**

The situation in Hungary is becoming serious. Thousands of people are surging toward the border and refugees begin breaking out of the camp at Röszke, near the Serbian border. Meanwhile, 2,000 refugees stranded in Budapest begin making their way on foot to Austria. They walk along a highway as cars speed past.

In Luxembourg, EU foreign ministers have gathered for a meeting and Austrian Foreign Minister Sebastian Kurz takes his German counterpart, Frank-Walter Steinmeier, aside. The conditions in Hungary are catastrophic, he says, and Germany and Austria must act.

Steinmeier calls the chancellor, who is at a CDU anniversary event in Cologne with 500 guests. Merkel makes them wait for an hour. After the celebration, she speaks with Austrian Chancellor Werner Faymann, German Interior Minister de Maizière and again with Steinmeier. Then, she makes her decision: The refugees will be brought to Germany in special trains.

Officially, no German ministry is opposed to the decision, but ministerial experts nevertheless issue strong warnings. Officials in both the Interior Ministry and the Foreign Ministry warn that the decision will attract even more refugees to come to Germany.

Merkel doesn't care. She is more concerned about Europe's reputation. What kind of message would it send if images went around the world showing elderly refugees and pregnant women collapsing in exhaustion while marching to Germany?

At 11:30 p.m., Merkel's office tries to reach Horst Seehofer, the powerful governor of Bavaria and head of the Christian Social Union, the Bavarian sister party to the CDU. But the CSU boss is on vacation and has turned off his phone's ringer. Maybe he didn't hear the call; maybe he didn't want to hear the call. In urgent situations, Seehofer can always be reached by way of his bodyguards. But Merkel doesn't make the effort. She has already made up her mind anyway.

Consistent with protocol, however, Chancellery Chief of Staff Peter Altmaier calls Seehofer's chief of staff, Karolina Gernbauer, a short time later. Gernbauer sends Seehofer a text message, which he also doesn't see right away. But the message is how he learns of Merkel's decision the next morning.

#### **Munich, September 5**

At 4 p.m. on Saturday, top CSU politicians receive a text message saying "important appointment." They are asked to join a telephone conference at 6 p.m. to "vote on a joint position." Seehofer reports that the chancellor has unfortunately unilaterally "decided in favor of a vision of a different Germany." Seehofer, it is clear to all of those in the meeting, hopes to derive political capital from the refugee issue. His message: Merkel wants to turn Germany into a vast refugee hostel.

Merkel would have loved to have kept the issue out of the political debate. But now, that is no longer possible. In contrast to the chancellor, Seehofer has no political capital to give away. His last significant political defeat, the failure of his plans to implement a highway toll system, is still fresh. It was a mistake for Merkel to believe that the CSU would be able to withstand the temptations of populism. Bavarian Interior Minister Joachim Herrmann tells journalists after the meeting that Merkel's decision "sends exactly the wrong message within Europe."

#### **Berlin, Chancellery, September 7**

Merkel and her vice chancellor, Social Democratic Party head Sigmar Gabriel, report to the press about the results of their refugee crisis meeting. A reporter asks Merkel what it feels like to be the face of friendly Germany in the world.

It is a seductive question as it is aimed at Merkel's vanity, but she could easily have brushed it aside with a couple of sound bites. Instead, she says: "I am happy that Germany too has become a country that gives many people hope outside of Germany. And if you look at our history, that is something of tremendous value. So, I definitely do find it moving."

#### **Berlin, Interior Ministry, September 12**

The numbers that are now arriving daily on de Maizière's desk are becoming dramatic. Some 40,000 new arrivals are forecast for the weekend alone. German states are insisting that they can't take any more.

De Maizière sets up a conference call with conservative state interior ministers and, after about 15 minutes, Bavarian Interior Minister Herrmann takes the floor. The influx has gotten out of control, he says. "From my perspective, only the temporary introduction of border controls can help. The situation is so critical that we won't violate the Schengen Code by doing so." The Schengen agreement allows member states to introduce border controls in crisis situations for an initial period of 30 days.

De Maizière says that Germany's federal police force would need seven hours' notice to take such a step. At that moment, it becomes clear to everyone that the minister has already thought about introducing border controls. "Is anyone in this meeting against it?" asks Herrmann. Nobody says anything. Lorenz Caffier, the interior minister of Mecklenburg-Western Pomerania, proposes an emergency conference of all interior ministers to discuss the idea of border controls with their counterparts from the Social Democrats. Herrmann rejects the proposal. It would, he said, be counterproductive to exert public pressure on the chancellor.

De Maizière promises to tell the chancellor about the group's discussion. Herrmann, for his part, immediately calls Seehofer to urge him to pressure Merkel. At 1:26 p.m., Seehofer sends a text message to the chancellor, ending with the words: "I can only urgently ask you to act in accordance with the severity of the situation."

At the same time, the leadership of the SPD meets. Gabriel has already been informed of the changing sentiment within the CDU. He complains: "From the very beginning, I didn't trust the euphoria." The SPD is concerned that the message just sent out about Germany's openness will be immediately countermanded. But Gabriel ensures that the Social Democrats support the decision made by the conservative interior ministers. A tele-conference is set up for 5:30 p.m. for leaders of parties belonging to Merkel's governing coalition. Merkel, Gabriel, Seehofer and several federal ministers join the call. At the end, it is clear: border controls will be introduced.

It is a paradoxical situation: Merkel wanted to show Europe as a paragon of humanity, but now, the rule which, more than any other, stands for European freedom, is being suspended. Across the Continent, border controls are quickly reestablished.

### **Berlin, SPD Party Headquarters, September 15**

SPD party head Gabriel meets with the governors of SPD-led states to prepare for a meeting with Merkel that evening and the SPD governors complain about the federal government's inadequate crisis management. "Why was there no information?" they grumble. "Why are we only talking now about money? Our municipalities can't take it anymore." Party head Gabriel is irritated. He doesn't want refugees to become an issue of conflict between the SPD and Merkel's conservatives. He defends Merkel and says: "I don't know either." Gabriel is now closer to the chancellor than she is to her own party allies.

### **Berlin, Chancellery, September 15**

At 6:30 p.m., Germany's state governors meet with Merkel. The chancellor has brought along Interior Minister de Maizière and Chief of Staff Altmaier. Gabriel is there as well.

Merkel tries to loosen things up with a joke. She learned from Seehofer, she says, that warm words and slogans don't really help. There is laughter, but the debate that follows is nonetheless unpleasant and the meeting quickly becomes bogged down in a disagreement centering on money and distribution quotas.

Because Gabriel has made it clear that the SPD governors are to go easy on Merkel, they focus their ire on Interior Minister de Maizière, who is already the object of intense critique. De Maizière explains what he has in mind when it comes to helping the German states and says that capacity for 40,000 asylum-seekers will be made available. But when he begins to list unused police stations and empty military barracks, the governors quickly interject. "They are already full," they say. The chancellor says: "Looks like that will have to be reevaluated by next week."

When the governors issue a demand for the Federal Interior Ministry to finally take over responsibility for the distribution of the refugees, de Maizière initially balks. The federal government, he says, has no jurisdiction over the issue.

Some shake their heads. It's not about questions of responsibility, they say, but about concrete assistance. Ultimately, de Maizière gives in: "Okay, then we'll start on Monday." But by then, Seehofer says, Oktoberfest will have begun. It's too late. Merkel intervenes and says: "Okay, we'll do so starting tomorrow."

In the end, the meeting participants agree on creating space for 40,000 asylum-seekers. Seehofer, though, warns that this shouldn't be understood by the refugees as an invitation. "We can't create the impression that, because we have created 40,000 spaces, they must be filled," he says. Merkel promises that it is only about relieving pressure on the states, which is what she also says in the press conference later.

The meeting in the Chancellery reveals Merkel's weaknesses in the refugee crisis. Normally, Merkel shies away from symbolic action and prefers immersing herself in the details. This time, though, the opposite is the case. How the country should handle the huge numbers of new arrivals is completely unclear.

### **In Search of a Better Life**

Can we do it? One thing is certain: Merkel underestimated the inviting power of her words and how attracted people would be to come to Germany in search of a better life.

But the refugee crisis has also changed Germany's image in the world. Suddenly, it is no longer burning asylum hostels and chanting neo-Nazis that are dominating the headlines. Rather, it is people welcoming refugees at German train stations with water and pretzels.

There are many who are now looking at Germany full of admiration, liberal America first and foremost. "Germany's road to redemption shines amid Europe's refugee debate," was the headline on a *Washington Post*-ed written by Fareed Zakaria, one of the best known commentators in the US.

But among Germany's neighbors, Merkel's policies could also provide a significant boost to right-wing populist parties. In both France and Austria, the right wing has developed into a significant threat to governing parties. The right-wing Freedom Party of Austria leads the public opinion polls in the country at the moment while in France, it is far from impossible that Front National leader Marine Le Pen will become the country's next president.

One of the lessons from the euro crisis was that there is no longer such a thing as domestic policy in Europe. When the economy stagnates in France and pensions climb in Greece, it has consequences for everyone. The same is now true of Merkel's refugee policy. When she says that Germany's right to asylum has no upper limit, train stations in Vienna and Salzburg fill up and Hungary moves to build a razor-wire fence on its border with Serbia.

Merkel hopes that altruism can be infectious and that no European country can afford to continue standing by as refugees drown in the Mediterranean. Merkel has transformed the refugees into a gigantic political drama and has declared the crisis to be existential for the European Union. That was a mistake. Europe can't be allowed to break apart just because agreement can't be reached on the distribution of refugees.

### **A Small, Ugly Compromise**



Merkel, of course, knows that, which is why her position has taken on an air of insolence. On Wednesday, European leaders will head to Brussels for a meeting to discuss the situation.

Indications are that a small, ugly compromise will emerge. It will encompass razor-wire fences, registration centers on Europe's external borders and money for countries like Lebanon and Turkey so that they might prevent refugees from heading westward in the first place.

And there will be a debate about Germany's basic right to asylum. Merkel says that one of the greatest challenges facing Europe in the coming years is that of agreeing on a unified, European right to asylum. But how should such a right look when countries like Hungary and the Czech Republic see providing shelter as little more than an act of mercy? Just as Germany was not able to create the euro in the exact image of the deutsche mark, Berlin will not be able to export its precise moral vision to the rest of Europe.

Still, Merkel's brief summer of humaneness was not in vain. It shamed politicians whose first reflex was to explain why help, once again, could not be extended. It showed that it is possible to break with political routine and it encouraged all those Germans who, absent instruction and invitation, followed their human instincts and welcomed the refugees.

That will remain. It made an impression far beyond Germany's borders, also in countries that have reason to look at Germany with some degree of skepticism. Born of the Holocaust, Israel was created as a guarantee that Jews would never again have to travel around the world in the search of protection from their oppressors and murderers. But now, a debate has erupted there too as to whether the country has an obligation to take in Syrians, regardless of their religion. Prime Minister Benjamin Netanyahu has thus far categorically rejected the idea. But the Jewish historian Segev says: "We should learn from the Germans how to treat refugees."

129,15

## Merkel's response to the refugee crisis has made the situation worse

189 comments 14 September 2015 15:27 [James Forsyth](#)



Having, effectively, unilaterally ripped up the EU agreement on how to handle refugees, Germany is now desperately trying to re-impose the rules. **At the start of this month, Angela Merkel's government declared that any Syrian who could reach the country could claim asylum in Germany.** This was contrary to the Dublin Convention of 1990 which set out that refugees should seek asylum in the first EU member state that they arrive in.

**Predictably, Germany's actions led to a huge surge in the number of refugees trying to reach the country.** The volume of people coming is now so great that Berlin has had to put in place controls on the Austrian border. It is also saying that it won't accept refugees who have been fingerprinted or admitted in another EU state. **In other words, it wants the Dublin Convention to apply once more.**

**This U-turn** reveals how ill thought through Merkel's policy on refugees was. But the problem is Merkel can't unsay what she said. Her words and actions in the past few weeks will lead to more people putting their lives in the hands of unscrupulous people traffickers. **The tragic consequence of this is that more lives will be lost.**

Statesmanship involves the ability to think through the consequences of your actions. **Merkel has spectacularly failed that test in her handling of the refugee crisis. She has made a dire situation even worse.**

## Pourquoi la France ne fait pas rêver les réfugiés

Par [Clémentine Maligorne](#)

Publié le 23/09/2015 à 06:00

Voilà deux semaines que les premiers réfugiés syriens et irakiens ont foulé le sol français dans le cadre de l'engagement pris par François Hollande d'**en accueillir un millier en urgence pour «soulager» l'Allemagne**. Sans attendre, des agents de l'Office français de protection des réfugiés et apatrides (Ofpra) et de l'Office français de l'immigration et de l'intégration (Ofii) avaient été envoyés à Munich, avec pour consigne d'inciter des ressortissants syriens, irakiens ou érythréens à demander le statut de réfugié\* en France.

Deux semaines plus tard, on est bien loin de **«l'invasion migratoire»** agitée comme un chiffon rouge par l'extrême droite. Les candidats à l'asile ne se sont pas précipités pour monter dans des autocars pour la région parisienne. Quelque «600 personnes» ont été «identifiées à Munich comme étant des réfugiés relevant du droit d'asile et sont aujourd'hui dans différents centres d'hébergement» en Ile-de-France, précisait la semaine dernière le directeur général de l'Ofpra, Pascal Brice. Comment expliquer ce manque d'attrait pour la France?

**Des démarches administratives compliquées.** Si ces réfugiés, dont **les arrivées, très médiatisées, à Champagne-sur-Seine (Seine-et-Marne) ou à Cergy-Pontoise (Val d'Oise)**, devraient obtenir leur titre de réfugié dans quelques jours, les délais sont généralement beaucoup plus long. Aujourd'hui, il faut en moyenne neuf mois pour obtenir l'asile en France. Au cours de cette période, les demandeurs d'asile n'ont pas le droit de travailler. C'est là souvent un frein pour les exilés.

**Un manque d'attractivité économique.** Au monastère de Bonnelles (Yvelines), l'un des trois sites franciliens à avoir accueilli ces premiers réfugiés arrivés de Munich il y a deux semaines, 18 sur 78 ont préféré rejoindre l'Allemagne économiquement plus attractive. Le taux de chômage qui dépasse les 10% rebute bon nombre de migrants. La France, «c'est bien pour visiter, mais pas pour l'emploi», lâchait Abdulrahman Alshehagi, Syrien de 26 ans croisé par l'AFP dans une gare européenne et qui n'envisageait pas une seconde de mettre les pieds en France.

**Peu de réseau en France.** Parmi les migrants qui ont fait, il y a deux semaines, le voyage Munich-Paris, certains ne sont pas restés longtemps, préférant repartir outre-Rhin pour rejoindre des amis et de la famille. Parmi eux, il y a «des universitaires qui ont des contacts avec les universités et qui ont donc rejoint des connaissances», selon l'association Habitat et Humanisme, qui gère le centre d'accueil de Bonnelles. La présence de membres de la famille ou d'amis est en effet un facteur déterminant dans le choix des réfugiés pour un pays. Or, en France, même si le pays a eu un mandat pour administrer la Syrie de 1920 à 1946, la diaspora syrienne y est peu importante.

**Des squats insalubres ou à la rue.** Enfin, si le gouvernement s'est engagé à accueillir ces réfugiés dans les meilleures conditions et que nombre de citoyens se sont portés **volontaires pour accueillir des familles**, en général seuls un tiers des demandeurs d'asile sont logés dans des structures dédiées et il n'existe quasiment rien pour ceux qui décrochent le titre de réfugiés. En conséquence, de nombreux migrants se retrouvent dans des squats insalubres ou à la rue. C'est le cas par exemple en ce moment, près du périphérique au nord de Paris, où une centaine de migrants, en majorité syriens, sont venus récemment grossir les rangs d'un campement de Roms et de Bulgares qui dorment sur des trottoirs jonchés de poubelles. Les exilés «échanget leurs expériences sur Facebook ou Whatsapp», souligne Sabreen Al-Rassace, de l'association Revivre qui assiste les exilés syriens. «Pour eux, la France n'est pas un bon pays pour l'accueil.»

La France attire donc peu, contrairement à l'Allemagne, la Grande-Bretagne ou les pays d'Europe du Nord. Les chiffres le prouvent: l'Hexagone table, cette année, sur un niveau de demandes d'asile similaire à celui de 2014, soit 65.000 nouveaux dossiers, alors que **l'Allemagne, terre d'immigration**, prévoit d'en accueillir près d'un million.

*\*En France, le statut de réfugié permet d'avoir une carte de résident d'une durée de dix ans, valable aussi pour le conjoint et les enfants mineurs, ainsi que l'accès au marché du travail et aux mêmes droits sociaux que les nationaux.*

<http://www.nytimes.com/2015/09/23/world/europe/european-union-ministers-migrants-refugees.html?hp&action=click&pgtype=Homepage&module=first-column-region&region=top-news&WT.nav=top-news&r=0>

129,17

## ***Plan on Migrants Strains the Limits of Europe's Unity***

By STEVEN ERLANGER and JAMES KANTERSEPT. 22, 2015

LONDON — After weeks of indecision, the [European Union](#) voted on Tuesday to distribute 120,000 asylum seekers among member states, **a plan meant to display unity in the face of the largest movement of refugees on the Continent since [World War II](#).**

**Instead, the decision — forced through by a majority vote, over the bitter objections of four eastern members — did as much to underline the bloc's widening divisions, even over a modest step that barely addresses the crisis.**

Nearly half a million migrants and refugees have arrived in Europe this year, according to the United Nations High Commissioner for Refugees, a number that is only expected to rise.

The crisis has tested the limits of Europe's ability to forge consensus on one of the most divisive issues to confront the union since the fall of Communism. It has set right-wing nationalist and populist politicians against Pan-European humanitarians, who have portrayed the crisis in stark moral terms.

Leaders from across the 28-member bloc will meet in Brussels on Wednesday for further discussions on how to respond to the crisis.

Mr. Asselborn said even countries that voted against the distribution of asylum seekers — the Czech Republic, Hungary, Romania and Slovakia — must comply. “I have no doubt they will implement these decisions fully,” he said.

**But with the prime minister of Slovakia immediately threatening to defy the plan, the outcome was more than an example of the bloc's inability to coordinate its policies — formidable enough through the long crisis over the euro and Greece's debt.**

The response to the refugee crisis so far has also raised profound questions about a failure of European principles, a trembling of the pillars on which the bloc was founded more than 20 years ago.

The [European Union](#)'s reputation, and its faith in Brussels, have suffered in the past few months, with sharp and vocal divisions among member states and continuing doubts about Greek economic sustainability.

**The migrant crisis “risks bursting the E.U. at its weak seams,”** said Stefano Stefanini, a former senior Italian ambassador now based in Brussels. **“It's more dangerous than the Greek drama and more serious than the euro, because it challenges fundamental European accomplishments and beliefs.”**

With Tuesday's vote, he said, **“the cleavages only get deeper.”**

**In practical terms, those achievements are most manifest in the bloc's single currency and the freedom of movement within the borderless, passport-free zone known as the Schengen area. Both are being put to the test as never before.**

**As with the euro, borderless travel was pushed ahead by the European Union as an essentially political idea, without Brussels having created the rules and institutions capable of coherently maintaining and enforcing it.**

And as with the euro, the chaos over the refugees has raised questions about not only how the European Union functions but what it stands for, not least its aspirations to balance justice and security.

“People want to see both compassion and competence from the E.U., and those two things should not be at odds,” said David Miliband, a former British foreign minister and now director of the International Rescue Committee, a nongovernmental agency that helps refugees. **“If the E.U. is incompetent, compassion is not enough.”**

Formed as a peaceful, humane response to the blood bath of World War II, the bloc has always prided itself on its commitment to decency, including a traditional welcome among member states to accepting refugees.

But the surge of migrants has shredded that welcome and challenged the principles — and many of the practical benefits — of the Schengen zone. Austria, Germany, Hungary and Slovenia have all re-established border controls, at least temporarily, in recent weeks.

**There is a growing recognition that Schengen can function only if its outermost borders are secure — as well as mounting evidence that they are not. Donald Tusk**, the president of the European Council and a former prime minister of Poland, wrote European Union leaders last weekend that **“we as Europeans are currently not able to manage our common external borders.”**

**Piled atop existing European concerns about low growth, high unemployment and high deficits, the migrant crisis is only more fodder for growing nationalist, populist and anti-European Union parties in countries like Britain, Denmark, France and Sweden.**

“The European norm that is challenged is the idea of one for all, all for one, under the rubric of solidarity,” Mr. Miliband said. “There is a significant question about whether Europe pulls together in the face of a fundamental challenge, or it cleaves apart.”

**A Europe “defined by a beggar-my-neighbor race to the bottom was precisely what the E.U. was created to prevent,” he said.**

Volker Stanzel, a former German ambassador and senior official, said the migrant crisis was “a fundamental challenge, but not an existential one.” At the moment, “the internal fighting is ever more heated by the day,” he said.

“We’re in a process that is ugly, that some people call ‘refugee poker,’ with everyone horse trading and fighting for their own skin, but doing so in the framework of existing European mechanisms,” Mr. Stanzel said.

That is true even in Germany, Europe’s most European-minded power, he said.



**Robert Skidelsky**, Professor Emeritus of Political Economy at Warwick University and a fellow of the British Academy in history and economics, is a member of the British House of Lords. The author of a three-volume biography of John Maynard Keynes, he began his political career in the Labour party, b... [read more](#)

SEP 23, 2015 1

## The Agony and the Exodus

BRUSSELS – The tragic exodus of people from war-torn Syria and surrounding countries challenges the world’s reason and sympathy. Since 2011, some four million people have fled Syria, with millions more internally displaced. Syria’s neighbors – Jordan, Lebanon, and Turkey – currently house the vast majority of the externally displaced. But, as the crisis has progressed, hundreds of thousands of refugees have headed toward Europe, with most taking the extremely dangerous marine route.

The nature and scale of this exodus have rendered all previous legal and political assumptions about migration obsolete. In the past, the chief motive for migration was economic. The debate to which economic migration gave rise was between liberals, who upheld the principle of the free movement of labor, and those who wanted restrictions on movement among countries in order to protect jobs, culture, and/or political cohesion.

As the world filled up with nation-states, and empty spaces filled up with people, restriction triumphed over free movement. Controls on immigration became widespread after World War I. All countries developed population policies.

But there has always been another, much smaller, group of asylum-seekers – those individuals forced to flee their home countries by persecution, often on religious or ethnic grounds. The 1951 [United Nations Convention on Refugees](#) recognized a right of asylum for those unable to return to their country of origin owing to a “well founded” fear of persecution.

In practice, however, it has never been simple to distinguish between economic and political migrants, because political persecution usually includes economic restrictions. The Jews fleeing pogroms in Eastern Europe at the end of the nineteenth century, or Hitler’s Germany in the 1930s, were both economic and political migrants. So were the East African Asians forced out of Uganda in the 1960s.

But the number of those identified as political refugees with a right of asylum was much smaller than those whose chief motive was to improve their economic lot. This reflected the relatively settled political conditions of the world of the 1950s. Back then, the countries from which refugees are now escaping were under colonial or quasi-colonial rule, while homegrown dictatorships then emerged to preserve order in the old empires’ successor states. It was the collapse of these brutal systems in the wake of the United States-led invasion of Iraq in 2003 and the Arab Spring of 2011 that created the current refugee crisis.

The refugees’ flight from Syria and other war-ravaged countries comes up against legal regimes that are poorly adapted to cope with it. The European Union severely restricts labor from non-member countries, but allows free movement of labor within its single market. This is justified by the fiction that the citizens of EU countries are members of a single polity. The right of Greeks to work in Germany is no different from that of Parisians to work in Marseilles.

But the EU is an incomplete state – one that may never be completed. An obvious indicator of this is that it lacks a fiscal-transfer mechanism to reduce the pressure of emigration from poor to rich areas. In the absence of this, it is assumed that free economic migration within the EU will produce little net movement of populations. The implicit model is that of the “guest worker” who comes and goes; in practice, a sizeable share of economic migrants from poorer parts of Europe stay in their country of destination, fueling an increase in support for anti-immigrant parties.

The asylum system is totally unprepared to deal with the new generation of refugees, who are ineligible under the existing framework, because they are fleeing not from specific acts of persecution, but from the disintegration of their states. They can be provided “humanitarian protection” or be granted “discretionary leave to remain” for a short period; but then they can be deported as illegal immigrants.

So what is to be done? Temporary residence status, in Europe or outside, would be reasonable if a rapid return to normalcy in the refugees’ countries of origin was a realistic prospect. In Syria, for example, it is not: Although politicians and commentators talk about stemming the flood at the source, no peace plan is in sight. The US and Russia back different sides. The West cannot accept the possibility that the Assad dictatorship, however brutal, may be the least bad option on offer. So the civil war will continue, the number of refugees in transit camps will increase, and more of them will risk their lives to enter leaky Fortress Europe.

Jean-Claude Juncker, the president of the European Commission, has proposed [distributing 160,000 of the refugees](#) currently in Europe across the EU’s 28 member states. Germany is prepared to take far more. Indeed, Chancellor Angela Merkel has bravely asserted “the fundamental right to asylum for the politically persecuted with no upper limit; and that goes for refugees who come to us from the hell of civil war.” But other European leaders, faced with the rise of extremist, anti-immigrant parties, have not endorsed Merkel’s view; and the refugees still have to get to Germany through countries like Hungary, which are erecting walls and other border defenses to keep them out.

**The truth is that the West cannot or will not absorb refugees in the numbers needed; and it has no solution to the problem of failed states. This means that, apart from doling out humanitarian aid to those in refugee camps, it has no policy. Unless and until that changes, the tragedy can only deepen.**

**CHRISTOPHER R. HILL**

Christopher R. Hill, former US Assistant Secretary of State for East Asia, was US Ambassador to Iraq, South Korea, Macedonia, and Poland, a US special envoy for Kosovo, a negotiator of the Dayton Peace Accords, and the chief US negotiator with North Korea from 2005-2009. He is currently Dean of the ... [READ MORE](#)

SEP 23, 2015 11

## Who Caused the Refugee Crisis?

DENVER – The scenes of desperate refugees making their way through a gauntlet of impediments – including hastily unfurled barbed-wire fences, ill-tempered border guards, and angry residents – have been horrific, reminiscent of Europe’s darkest decades. They are a stark reminder that Europe can never be “whole, free, and at peace” if its neighbors in the Middle East are not. Nonetheless, the widespread condemnation of European countries that have refused to accept refugees is not entirely fair.

Refugees are a natural consequence of war; indeed, there has seldom been a war without civilians trying to flee from its carnage. But what causes the wars? In some cases, demands for regime change. After all, the regimes being overthrown are often brutal, and unlikely to back down without a fight.

Nowhere has this inexorable sequence been more evident than in Syria. President Bashar al-Assad, with his narrow Alawite base, has overseen a brutal dictatorship for years – one that has never given an inch to those demanding democratic reform, nor made any room in the country’s polity for those motivated by a less sectarian conception of government.

In fact, Assad’s regime is a continuation of that instituted by his father and predecessor, Hafez al-Assad, when he took over the presidency in 1971. The elder Assad’s approach was, if anything, more brutal than his son’s, as the survivors of his 1982 siege of the town of Hama, aimed at quelling an uprising by Syria’s Muslim Brotherhood, can attest.

Hafez al-Assad’s effort to subdue Islamist resistance with iron-fisted authoritarianism held for decades. His secular Ba’athist ideology sought to blur the distinctions among the various Syrian communities, especially between Sunnis and his own Alawite tribe, which follows a version of Shiism.

But in 2003, when a United States-led coalition overthrew another Ba’athist dictator, Iraq’s Saddam Hussein, the 1,300-year-old Sunni-Shia divide – which had been largely hidden, or even in remission, for many of those centuries – gained renewed and lethal salience. Iraq’s Sunni minority, which had long dominated Saddam’s government, lost power to the majority Shia, whose own brand of narrow sectarian rule has fueled violent resistance to the central government. Since dismantling Saddam’s version of Ba’athism, which many viewed as a cover for Sunni-minority rule, Iraq’s Shia leaders have done little to soften the blow – an approach that has not gone unnoticed elsewhere in the region.

In the Middle East, there is always plenty of blame to go around, and those who blame the US for renewing sectarianism in the region fail to recognize its antecedents and its cyclical nature. Still, the US did play a major role in the Syrian drama. In July 2011, the US and France sent their ambassadors to Hama, the site of so much bloodshed and enmity toward Syria’s government, in order to urge the “opposition” there – that is, a then-peaceful Muslim Brotherhood – to unite against the regime.

Following that visit – the culmination of an effort to bring about regime change in Syria – any prospect of dialogue or negotiation with Assad (whose family, for better or worse, had controlled Syria for decades) was destroyed. Neither ambassador ever had a consequential meeting in Damascus again.

American and French leaders had mistaken the war clouds that gathered in Syria after the Arab Spring as early signs that, at long last, the country was ready for democracy. Rallying the opposition and overthrowing the government, it was thought, would be enough to transform the country’s entire system of – and, indeed, approach to – governance.

The Prussian military theorist Carl von Clausewitz once called war a serious means to a serious end. The same is true of a policy of regime change, as evidenced by the ruinous state of Syria today and the millions of people seeking refuge in Jordan, Lebanon, Turkey, and Western Europe.

To be sure, the Assad regime bears most of the blame for Syria’s current situation. But, in the absence of any meaningful political process, it would appear that external demands for regime change back in 2011 – which amounted to a choice between Assad and extremist Sunni terrorist organizations – were not entirely thought through, to say the least. With more consideration, those contemplating regime change would have noted that Assad and his cronies provided no indication whatsoever that they would heed the call and leave.

As Syrian refugees in their hundreds of thousands risk everything for a chance at safety, those who advocated for regime change four years ago should reflect seriously on their choice. Instead of joining the chorus of criticism against countries like Hungary and Serbia – which are beset with internal problems and played no part in inciting the war – they should take more responsibility for helping the refugees. And they should start to encourage the establishment of inclusive political structures that can help end Syria’s hideous civil war.

## Bomb Syria or talk to Assad? Merkel and Hollande disagree

As France and Germany send mixed messages on Syria, Paris summons foreign ministers.

By [JANOSCH DELCKER](#)

Updated 9/24/15, 5:49 PM CET

**BERLIN — While France's François Hollande prepares to launch air strikes in Syria to stop the spread of the Islamic State, Germany's Angela Merkel believes it's time to talk with Syrian President Bashar al-Assad to seek a solution to the war pushing hundreds of thousands of refugees towards Europe.**

Berlin and Paris' divergent approaches to the war in Syria were on display at the [EU summit on migration](#) in Brussels when — in separate news conferences in the early hours of Thursday — the two leaders gave different answers to questions about Damascus.

**“There has to be a conversation with many different actors, among them Assad and others — not just the United States of America and Russia, but also regional important partners like Iran, and Sunni countries like, for instance, Saudi Arabia,” said Merkel.**

**“Bashar al-Assad cannot be involved in the future of Syria. The transition would not be successful unless he leaves,” said Hollande, who announced earlier this month that France was [preparing for air strikes](#) in Syria. Last week, the French [defense minister said](#) the attacks would come in a matter of weeks.**

Although the two country's approaches seem contradictory, one does not exclude the other, experts say.

“Both countries get to do what is important to them,” said Magdalena Kirchner, an associate fellow at Berlin-based think tank German Council on Foreign Relations, adding that in the conflict in Syria, “the French were always more involved by military means.”

**Citing diplomatic sources, Kirchner said that already in 2013, France was willing to employ military means, but the country was held back by the United States and Great Britain.**

**Germany, however, does not see itself as leading the way in the military fight against the Islamic State. Instead, the country wants to be at the forefront of diplomatic pushes to end fighting in Syria.**

The idea of renewed talks between the West and Bashar al-Assad has been simmering for weeks. Merkel's statement wouldn't have come as a big surprise — if it hadn't come from the German chancellor herself.

“Syrian domestic policy was never really high up on Merkel's agenda,” Kirchner said. “It used to be the business of her foreign minister, or at times of the minister of defense. Her being so clear about the issue is a first.”

With hundreds of thousands of refugees flocking from Syria towards Europe, the civil war in the country is high on the EU political agenda.

French Foreign Minister Laurent Fabius convened an urgent meeting with his German and British counterparts for Thursday evening in Paris, together with EU foreign policy chief Federica Mogherini. Although the agenda was not formally announced, it was likely to include talks on Syria.

**For former German deputy foreign minister Jürgen Chrobog, the real key to peace in Syria is Russia.**

**“The West has realized that there is no way around Russia in this issue,” he told German radio. “Russia is needed in a fight against the Islamic State.”**

*Nicholas Vinocur, Laura Kayali and Hans Joachim von der Burchard contributed to this article.*

129,22

## L'Allemagne, nouveau bouc émissaire de Marine Le Pen

Le Monde.fr | 24.09.2015 à 14h47 • Mis à jour le 24.09.2015 à 14h50 | Par Olivier Faye



L'extrême droite française, vent debout contre l'accueil de réfugiés venant de **Syrie**, d'**Irak** ou de la corne de l'**Afrique**, a trouvé un bouc émissaire de choix dans la crise des migrants qui secoue l'**Europe** : l'**Allemagne**. Une manifestation « *contre la déferlante migratoire* » est organisée, jeudi 24 septembre, devant l'ambassade d'Allemagne, à **Paris**, à l'initiative du Siel (Souverainisme, indépendance et libertés), un petit parti allié au **Front national**.

La formation de **Marine Le Pen** n'appelle pas elle-même à **participer** à ce rendez-vous, qui doit **réunir**, entre autres, l'écrivain Renaud Camus – théoricien du « grand remplacement » –, le groupuscule islamophobe Riposte laïque, l'Action française, ou encore la porte-parole du mouvement allemand anti immigrés Pegida. Il n'empêche, le FN n'est pas en reste sur le sujet.

Depuis plusieurs semaines, Angela Merkel occupe une place de choix dans les discours de Marine Le Pen, au même **titre** que **François Hollande** ou **Nicolas Sarkozy**. La présidente du FN n'a de cesse de **dénoncer** le rôle moteur de la chancelière allemande dans la mise en place d'un système de répartition des migrants dans l'**Union européenne**, et critique la volonté de M<sup>me</sup> Merkel d'accueillir 800 000 personnes dès 2015 sur son propre territoire.

« L'Europe à la schlague »

« *Sans doute l'Allemagne pense-t-elle à sa démographie moribonde, et sans doute cherche-t-elle encore à **baisser** les salaires et à **continuer** à **recruter** des esclaves via une immigration massive* », a lancé M<sup>me</sup> Le Pen lors du discours de clôture de l'université d'été de son parti, le 6 septembre, à **Marseille**. De son côté, Florian Philippot a pour sa part jugé que l'Allemagne « *n'en finit plus de **lancer ses diktats** au visage de l'Europe : sur l'euro, les migrants ou le budget* ».

En manifestant son opposition à Angela Merkel, le Front national réactive un couplet déjà entonné au plus fort de la **crise grecque**, en juin : l'Allemagne, première économie du continent, ferait **valoir** ses vues à l'Europe au mépris des intérêts de ses partenaires. « *C'est l'Europe à la schlague*, dénonce M<sup>me</sup> Le Pen, interrogée par **Le Monde**. *En toutes circonstances et en tous domaines, l'Allemagne impose sa loi.* »

« L'ALLEMAGNE PARAÎT GRANDE CAR NOUS SOMMES À GENOUX »

En s'en prenant à la chancelière, chef de file supposée de l'Union européenne, la présidente du FN tente d'endosser le rôle de première opposante à l'ordre européen tel qu'il existe aujourd'hui. Et de dénoncer par-là même l'action de François Hollande, renvoyé à une simple position d'« **administrateur de province sous direction allemande** ».

« *L'Allemagne nous considère comme un esclave car elle obtient ce qu'elle demande : M<sup>me</sup> Merkel demande l'accueil de 800 000 migrants, François Hollande applaudit ; puis M<sup>me</sup> Merkel rétablit les*

*frontières, et François Hollande applaudit encore. L'Allemagne paraît grande car nous sommes à genoux* », juge Marine Le Pen.

Un renversement d'alliances en faveur de la Russie

Ces critiques contre une supposée « Europe allemande » s'exprimaient déjà quand le premier ministre grec Alexis Tsipras tentait, avant l'été, d'obtenir un plan d'aide pour son pays sans contreparties trop sévères en terme d'austérité. Pendant la campagne présidentielle de 2012, déjà, le Front national s'en prenait à l'Allemagne pour son rôle dans le maintien d'un euro fort.

Partisane d'un renversement d'alliances en faveur de la Russie et de relations bilatérales entre Etats, la fille de Jean-Marie Le Pen assure que si elle arrivait au pouvoir, elle ne ferait plus du couple franco-allemand un moteur des décisions en Europe. Finis les conseils des ministres communs, la visite à Berlin dès la prise de fonction... « *Je traiterais l'Allemagne comme je traite les autres pays. Il n'y a pas d'objectif de tension ou d'hostilité, mais s'il faut en passer par là, on le fera* », déclare la députée européenne.

Outre-Rhin, la présidente du Front national est perçue avec une certaine circonspection. L'entreprise de dédramatiser le parti, qui consiste d'abord à le laver tout soupçon d'antisémitisme, ne convainc pas, le discours sur l'islam ou l'immigration n'ayant pas varié par rapport à l'époque de Jean-Marie Le Pen. Au lendemain des élections européennes, en mai 2014, Angela Merkel avait jugé « *regrettable* » les bons résultats des partis populistes en Europe. Son ministre de l'économie, Wolfgang Schäuble, avait quant à lui estimé que les Français avaient voté non « *pas pour un parti de droite, mais pour un parti fasciste* ». Pas de quoi réchauffer les relations entre le FN et le gouvernement allemand.



## A Modest Step for the Refugees

By THE EDITORIAL BOARD SEPT. 24, 2015

The European Union finally did the very least it could do [on Tuesday](#) and voted to distribute 120,000 asylum seekers among member nations. That will relieve some of the pressure on the frontline countries flooded by the unending flow of refugees from the Middle East and North Africa. **But the long delay in taking even this modest step, and the bitter resistance of four Central European states, offer a graphic display of the grave threat posed by the crisis to the fundamental principles of the union.**

Almost half a million people have arrived in Europe this year, most of them entering the European Union through Greece, Italy or Hungary. **Yet despite the humanitarian and political challenge posed by the flood, the union has agreed only on the most basic responses.** Tuesday's vote of E.U. interior ministers — which requires compliance from the countries that voted no — came after weeks of futile efforts to reach a consensus on how to relocate at least some of the arrivals.

**Details of the plan are still being worked out, and it is hard to see how E.U. countries will prevent asylum seekers from moving on to the haven of their choice, usually Germany.** That is one of the arguments used by the Czech Republic, Hungary, Romania and Slovakia in voting against the plan. **But the logistics are not the issue.** European Union members were asked to share the biggest burden the Continent has been saddled with since World War II, and some of the newest members shamefully tried to cop out.

**The refugee crisis, and before it the Greek debt crisis, have made plain that two fundamental achievements of the E.U. — the single currency and borderless travel — lack the necessary foundation of unified rules and institutions to function effectively in times of crisis.** Both were essentially political attempts to graft the attributes of a single state onto a collection of largely independent states with only **limited central controls.** And not all countries signed on to the euro, the border-free Schengen zone or other joint obligations — Britain, Ireland and Denmark, for example, are not bound by the [current refugee quotas](#).

But with all its inherent weaknesses, the European Union from the outset stood for more than trade or movement of peoples. **It was intended to replace centuries of Continental warfare with a community of shared democratic and humane values.** That's what East European countries proudly signed on for when they broke free of Soviet-imposed Communist dictatorships in the 1990s.

**That unity is being sorely tested today. Instead of coming together to cope with the crisis, many countries have retreated into a beggar-thy-neighbor stance.** Germany, Austria, Hungary and Slovenia have re-established temporary border controls. Nationalist, populist and anti-E.U. parties have grown in **strength.** Slovakia, whose quota is a mere 802 refugees, has raised the loudest protest, with Prime Minister Robert Fico vowing to defy the E.U. vote.

**At this point, interior ministers were right to stop trying for consensus and to impose quotas through a vote.** Greece, Italy and Hungary simply cannot absorb the thousands who keep arriving, and the union simply cannot afford to scuttle what it stands for.

129,25

The war in Syria

## The cost of inaction

America's failure to intervene earlier leaves no good options for helping Syria. But doing nothing is even worse

Sep 26th 2015 | [From the print edition](#)

**TO WITNESS the mass of humanity flowing from the Middle East into Europe leads to only one conclusion: no matter what Europe does on its borders, the crisis will not end until the Syrian civil war stops.** This newspaper has long held the view that peace is impossible as long as Bashar al-Assad remains in power. That is as true today as when he first started killing unarmed pro-democracy protesters in 2011.

So the West should not fall for the dangerously seductive idea, put forward by Russia, that it should embrace Mr Assad the better to fight the jihadists of Islamic State (IS). This would be not just morally wrong but also a strategic blunder. **Most civilians are being killed by Mr Assad's forces, and most refugees are fleeing his bombs.** In any case Mr Assad's depleted army has been losing ground, which is one reason why Russia has had to deploy fighter jets, bombers and armoured vehicles to Syria in recent weeks (see [article](#)).

**Backing Mr Assad, or acquiescing in the survival of his regime, would only push more Sunnis into the arms of the jihadists.** If IS is the ugliest face of Sunni Arabs' sense of disenfranchisement, Mr Assad is the worst embodiment of their nightmare. **A diplomatic deal under which Mr Assad would surrender power to some kind of federal, broad-based government, now or at some point in the future, might be the best transition.** **Russia's intervention** may yet help bring about that outcome. More probably, it **will embolden Mr Assad to cling to power; and keep fighting a war he cannot win but that will do more damage to the country, and the region.**

Even at this late stage, the best way to secure a diplomatic deal is to exert stronger pressure on Mr Assad by changing the balance of forces and protecting the population. The West and its allies should thus create protected havens; impose no-fly zones to stop Mr Assad's barrel-bombs; and promote a moderate Sunni force to expand the middle ground between the mass-murdering Alawite regime and the gore-loving jihadists.

### Good at breaking, bad at fixing

Barack Obama has reason to worry about the cost of toppling Mr Assad. **The West has been wretched at fostering decent, stable governments to replace Arab dictators it has overthrown, whether by invasion in Iraq in 2003 or by air bombardment and popular rebellions in Libya in 2011. Yet non-intervention in Syria has also had dire results: some 250,000 killed; about half the population displaced or pushed out; and a refugee crisis in Europe.** IS has established a "caliphate" in Iraq and Syria; its survival amounts to victory, which draws recruits and spreads its creed to Libya, Egypt and elsewhere.

**Mr Obama seeks to "degrade and ultimately destroy" IS, but his military campaign has been half-hearted and is fatally flawed by the lack of a plan for Syria. He said he would train and equip a moderate Sunni force in Syria—to fight only IS, not Mr Assad.** That notion was doomed from the start. It attracted only a pitiful number of recruits, and the first batch sent into Syria was all but annihilated. Now the White

House says, **in effect, that arming Syrian rebels was an idea foisted on Mr Obama, who never believed in it. Rarely has an American president so abjectly abandoned his global responsibility.**

Mr Obama's wariness has made the options in Syria much harder. But not impossible. The mainstream Syrian rebels, mocked by Mr Obama as made up of "doctors, farmers [and] pharmacists", have been superseded by multiple Islamist groups. Even so, it is still possible to work with some of the less hideous, non-jihadist militias. Groups supported by Turkey and Arab states have gained ground. With commitment and resources, America could ensure its allies backed the more acceptable forces; and fighters would be drawn to any group that demonstrated battlefield success. If America put a stop to the barrel bombs, its standing among Syrians would immediately improve. Dependence on outside support would also increase the prospect of the West exerting some influence over rebel behaviour, and avoid the dark possibility of Sunni atrocities against defeated Alawites, Christians and other minorities.

**Now that the doctors and pharmacists are fleeing to Europe, Syria will be harder to rebuild. But a haven would give Syrians an alternative to exile, and create the chance for moderate forces to offer services and build legitimacy. A no-fly zone carries the risk of clashing with Russian jets. But Mr Putin does not want a direct fight with rebels, or with America.** The model should be Bosnia in the 1990s—applying pressure on Russia's client to get a peace settlement—not the Soviet Union's rout in Afghanistan in the 1980s. **If Russia wants to keep its naval base in Syria, protect orthodox Christians and limit IS in the Caucasus, it should dump Mr Assad.**

**The cost of the Obama doctrine**

**Perhaps the biggest obstacle is Mr Obama himself.** Right now his legacy will record not just sensible rapprochement with Iran and Cuba, but also the consolidation of a jihadist caliphate and countless boat-people. **He may worry about the risks of American action and "owning" the Syrian crisis. But the greater risk is standing aside and disowning the Middle East.**

[From the print edition: Leaders](#)

## **Point taken, Mr Orban**

### Europe's migration hardliners have some reasonable concerns

Sep 26th 2015 | [From the print edition](#)



WAITING patiently inside Vienna's Hauptbahnhof station for the train that will carry her to Munich, Delima Ibrahim, a friendly Syrian who looks younger than her 19 years, describes her family's arduous journey to Europe. One month ago, along with the brother dozing peacefully beside her and an uncle, Ms Ibrahim fled a surge in fighting in northern Syria to reach the Turkish port of Izmir. After sailing to Greece the trio trekked up through the Balkans, only to be bused around from country to country, **victims of the beggar-thy-neighbour border policies imposed by several European governments this month after Germany imposed controls on its frontier with Austria.** Things are calmer now. Yet Ms Ibrahim will not linger in Germany; having heard about its recent policy reversals she fears a clampdown on refugees is coming. **Her final destination is Sweden.**

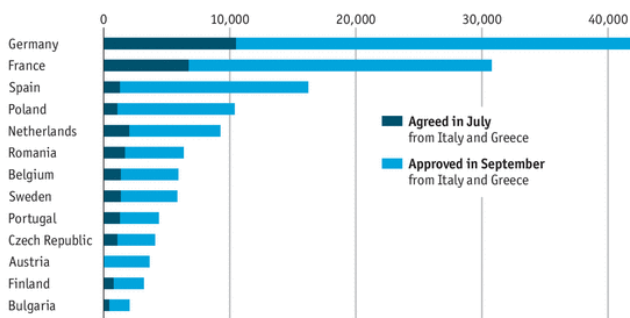
The chaos of the Ibrahims' journey plays neatly into the hands of **Viktor Orban, Hungary's prime minister and Europe's chief pantomime villain.** Mr Orban loves poking the *bien-pensants* of Brussels with his celebration of "illiberal" values and his vows to protect Europe from criminal Muslim hordes. **But he also makes points that officials struggle to gainsay.**

Hungary, reckons Mr Orban, is the victim of incompetence and bad decisions at both ends of Europe's main migratory route. If Greece protected its border with Turkey properly and registered arrivals as the law says it must, Hungary and other countries further up the trail would not have to deal with streams of migrants who only want to pass through. If Germany had a consistent approach rather than apparently opening its doors one day and tightening its borders the next, fewer migrants would make the journey in the first place, central Europe would avoid the domino effect of border controls—and Ms Ibrahim and thousands like her would not be bounced around like pinballs.

**Mr Orban is a cynical rabble-rouser who cheerfully flirts with outright racism. And yet, painful as it may be to admit, he has a point.** Hungary's border fences, Mr Orban pleads, are no more than what European Union law demands: the control of external frontiers. And yet Hungary is vilified while Greece merrily nods hundreds of thousands of refugees up to Europe without so much as a by-your-leave. Plenty of European officials quietly concur. **Bafflement at Germany's vacillations is hardly confined to Budapest. And this week none other than Angela Merkel, Germany's chancellor, said she completely agreed with Mr Orban on the need to secure the EU's external borders.**

## Redistribution

Quotas for relocation of asylum seekers\* over the next two years, 22nd September 2015



Relocation quotas for asylum seekers

**Yet Brussels, the third pole in this crisis, seems merely to tackle the symptoms, reckons Mr Orbán.** He is not alone. This week Hungary, along with the Czech Republic, Slovakia and Romania, rejected an EU plan to redistribute 120,000 asylum-seekers from “front-line” states like Greece and Italy to other member countries over the next two years. **At Germany’s urging, the scheme was put to a qualified-majority vote, overriding the objections of the four refuseniks.** The Hungarians howled. Robert Fico, Slovakia’s prime minister, vowed to take the decision to court.

**Mr Fico, a values-free populist with his gaze fixed firmly on re-election next year, does not have much more going for him than Mr Orbán. Yet here, too, the sceptics are on to something.** When it was first floated by the European Commission in May, the relocation plan looked far-sighted. Today, as thousands of migrants are shunted around central Europe while 5,000 more pour into Greek islands every day, it has started to look irrelevant. **Putting it into practice will be nightmarishly, perhaps impossibly, hard.** And this week’s vote poisoned the political well. Johannes Hahn, the European commissioner for neighbourhood policy, says he fears a new “iron curtain” between Europe’s east and west.

## Roots and culture

**Their motives may be less than honourable, but Mr Orbán and friends are right to urge Europe to dig a little deeper.** Greece, for example, urgently needs help processing the migrants overwhelming its islands. **The EU needs to know why Syrians are leaving countries like Turkey, Lebanon and Jordan, and to forge better relationships with these governments.** In particular, the UN agencies helping refugees in the region are starved of funds. EU leaders meeting in Brussels this week failed to do much, but they did boost spending on the World Food Programme, the UN refugee agency and aid to Syria’s neighbours. That decision appears partly to have been inspired by **David Cameron, Britain’s prime minister, whose grumpy posturing has reduced the audience for his valid argument that refugees in and near Syria, not just in Europe, need help.**

This week’s meetings do not bode particularly well for the future of Europe’s migration policy. But, spurred by the awkward questions of the sceptics, a grand bargain may be in the offing: strengthen the EU’s external borders, particularly in Greece, in exchange for smooth functioning of the EU’s Schengen passport-free zone and burden-sharing of asylum-seekers already in Europe. A visit by Recep Tayyip Erdoğan, Turkey’s president, to Brussels on October 5th presents a chance to strike a deal that might keep more refugees in Turkey. Greece will have to accept EU help to process its migrant arrivals. **One way or another a bigger role for Frontex, the EU’s border-management force, looks inevitable.**

But two more challenges loom. One is for Europe to live up to its lofty pronouncements by resettling many more Syrians directly from the Middle East. **As one Austrian official ruefully notes, Europe’s current policy rewards refugees who are young, strong and mobile enough to reach its shores—precisely those in least need of help. Beyond that lies the biggest task of all: integrating the hundreds of thousands of migrants who have arrived this year from Syria and elsewhere, and who Mr Orbán says will undermine the civilisational roots of Europe. Here, if not elsewhere, Europeans must prove Hungary’s prime minister wrong.**

From the print edition: Europe



129,29

## Daily chart

### European asylum, acceptance and denial

Sep 24th 2015, 14:38 BY THE DATA TEAM

BACK in May this year, we published a [flow diagram](#) tracking European asylum applications from countries of origin through to the acceptance and rejection rates of each destination nation sought. At the time, signals that the refugee crisis was intensifying were becoming increasingly evident as reports of migrants drowning in attempted crossings of the Mediterranean Sea escalated. Few predicted how bad the crisis would look four months on however. Today, as hundreds of thousands knock at Europe's door—straining the ability of countries to accept them—we have produced an updated and interactive iteration of our original data visualisation to re-assess the sheer volume of the crisis across the region (select a country above to highlight individual flows).

Front-line European Union countries, such as Italy and Hungary, have been overwhelmed recently. An initial quota system for redistributing asylum-seekers from the borders to the rest of Europe (agreed in July) proved inadequate, and a new, much larger system proposed by Germany was [approved this week](#). Though the south-east EU countries are dealing with incredibly high volumes, Germany's size and welcoming reputation means they are bearing the brunt of the influx. Germany has been stricter than other European countries, rejecting migrants from the Balkans almost categorically while still opening its doors to those fleeing conflicts in Syria and Iraq. Still, more than 300,000 are waiting for a decision from Berlin—more than half of all outstanding asylum applications in Europe. No wonder they are desperate to share the burden.

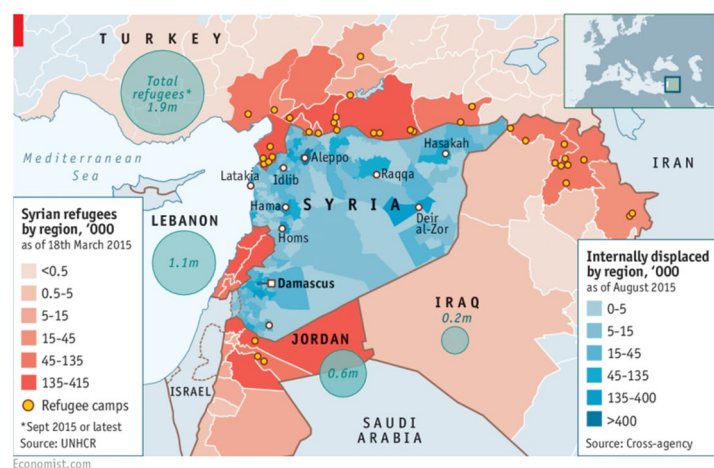
129,30

Syrian refugees

## Time to go

### Who is leaving for Europe and why

Sep 26th 2015 | BODRUM AND TRIPOLI | [From the print edition](#)



AFTER government forces burned their family to death, Muhammad and Mukhtar, two brothers in their early twenties, fled Syria. Since then they have got by doing odd building jobs in the Lebanese port of Tripoli, while so far unsuccessfully applying for resettlement. Now, two years later, they are hoping to join the exodus to Europe if they can raise enough money to pay smugglers for a passage. “There is nothing for us here,” says Mukhtar.

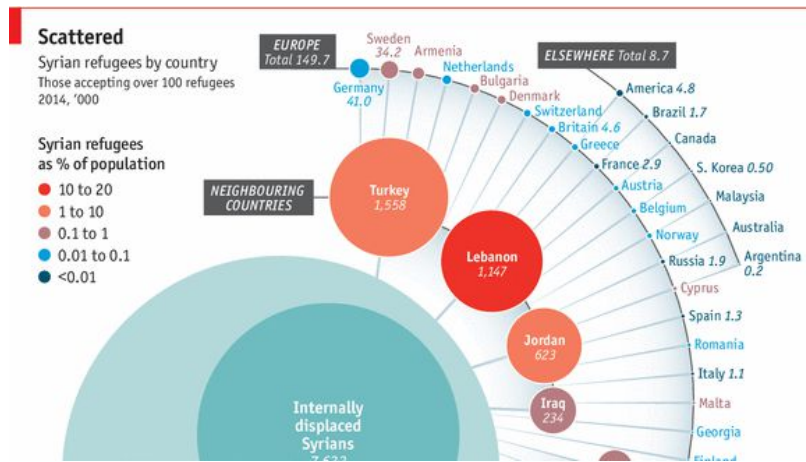
Over the past few summers—when the paths are clear and the seas calm—Syria has churned out people. But this year has seen the greatest outflow yet. The latest, as yet unpublished, UN figures, obtained by this newspaper, show that Syria’s population has shrunk to just 16.6m, down from a pre-war level of around 22m. With 4m UN-registered refugees abroad, at least 1m more unregistered and 7m internally displaced people, more than half the country’s population has been forced to move. UN officials think the number could be significantly higher than that, since estimates of the pre-war population vary widely. Up to 250,000 people have died.

The Middle East has witnessed mass movement before: Palestinians, Jews, Armenians, Kurds, Iraqis, to name but a few. Yet while many of them settled in the region—often in Syria, which only a few years ago offered refuge to over 1m Iraqis and 560,000 Palestinians—more are now choosing to go farther afield. So common has the flight by sea towards Europe become that airlines have special announcements. “Please leave the life-jackets,” pleads a steward through the tannoy on the flight from Lebanon’s capital, Beirut, to Adana in Turkey, the country from which most of the boat-people leave.

Those leaving cite several motives for moving now. Syria’s war is intensifying: the number of armed incidents rose from 4,000 in January to 6,000 in August, according to a data agency with scores of monitors on the ground. Some are fleeing Islamic State (IS) though many more are leaving from rebel-held areas that are being attacked by the regime.

## Goodbye Damascus

Syrians are also leaving relatively peaceful regime-held areas in larger numbers, too. “Every Syrian wants to leave, more than ever,” says Omar, a student who recently arrived in the Netherlands from a safe part of Damascus. Many come from the regime’s outposts, such as western Aleppo, which, relying as it does on air cover to maintain supplies, feels increasingly fragile. Services have deteriorated even in the richest parts of the capital. A middle-income country has collapsed into one in which over 80% of people are “in need”, according to the UN.



Where Syrians find their refuge

Poor and often falling living conditions also explain why Syrians are fleeing the neighbouring countries where, at first, they found safety. Many who thought they would soon return to Syria have now despaired. “The worsening conditions in Lebanon and Jordan and restrictions on the Syrians are contributing to a sense of hopelessness,” says Ariane Rummery of the UNHCR. Some refugees say the host countries are actively encouraging them to leave, frustrated with what they see as a burden on their already stretched resources. In Lebanon refugees now account for well over a quarter of the population.

None of the four main countries hosting Syria’s registered refugees—Turkey, Lebanon, Jordan and Iraq—recognises them as such. This means that they are unable to work legally. In Jordan they are encouraged to go to a camp, though most live on the edge of cities. In Lebanon official camps are banned, so Syrians live in makeshift shacks fashioned from wood beams covered with sacking. By their own accounts, hostility towards them is rising.

The UN has cut assistance to Syrians, since to date it has received only 37% of the \$4.55 billion it says it needs this year. This month, for example, it dropped thousands of Syrians in Jordan from its food assistance programme. Food aid in Lebanon fell by half in July, to just \$13.50 per head per month. Money promised this week by EU leaders should help a lot.

Europe is by far the most favoured destination for those who leave. Lawrence Mala Ali, an engineer who recently arrived in Norway, laughs when asked why he didn’t go to an Arab country: “Which one? The Arab Gulf won’t accept us. Jordan offers us Zaatari camp. Lebanon is the capital of humiliation,” he says. “I chose Europe because it’s the only possible place that makes me feel that I am a man again.”

There are no good statistics on the economic background of the refugees. But many, like Mr Ali and the brothers in Tripoli, are middle-class by Syrian standards—after all, they have to find the \$2,500 or so the smugglers demand. According to Swedish figures, 40% of Syrians arriving there have upper-secondary education or higher, compared with, say, 20% of Afghans. Many who are leaving had flats and jobs. Even were they safe, after four years of war many Syrians want a better standard of living, and education for themselves or their children.

The factors pulling people towards Europe have become more powerful, too. When Angela Merkel said last month that she was setting aside the rule that those seeking safety must apply for asylum in the first EU country they reach, it was interpreted as an open door. TV images of warm welcomes added to the impression. “Look how the Germans met Syrians arriving on trains! And look how the Austrians brought food!” says Mukhtar.

The flow is likely to lessen when winter comes, but most Syrians reckon the exodus will resume in the spring. Syrians in Europe pass news back to friends and relatives elsewhere via social media. Since many men set off with the intention of bringing their families later on, more people are likely to follow. UNHCR statistics say 80% of migrants arriving in Europe are male. One problem for the Syrians is a growing number of other nationalities who are pretending to be Syrian, sometimes armed with fake passports, and sometimes with none, to claim asylum.

### **Just the start of it**

So far in 2015 the UN says that half a million people have crossed the Mediterranean, 40% of whom were Syrian. Despite those figures, the vast majority of Syrians are still in their country or its neighbours. The most vulnerable and poorest are among them. In a plot of farmland covered with tents in the Bekaa valley, where sewage flows in open ditches, Riad, 36, watches satellite news reports of refugees arriving in Germany with envy. “We are here, struggling to feed our families,” he says.

As Iraq has found, rebuilding a country is hard when the educated have left. Their departure is making sectarian divisions increasingly pronounced, too. Most people in areas held by the regime, headed by its Alawite president, are Sunnis, but the proportion is declining. Mostly-Sunni Idlib province, for instance, has been taken by the Sunni opposition.

Syria’s many rulers are seeking to hold onto their populations. The Assad regime wants men who can fight. Syria’s Kurds want refugees to return so their lands can’t be “Arabised”. IS is publishing videos showing how life is better in the caliphate than in Europe. But if fighting intensifies in Aleppo or Damascus, many more will leave. The worst could be yet to come.

129,33

The Volkswagen scandal

## A mucky business

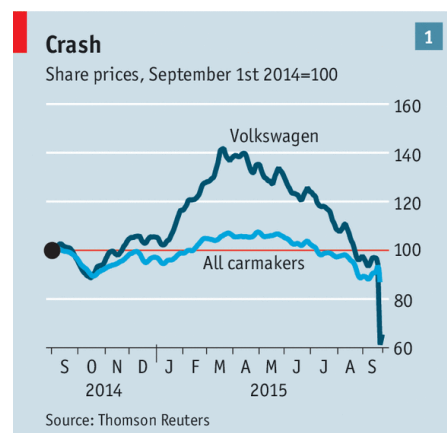
### Systematic fraud by the world's biggest carmaker threatens to engulf the entire industry and possibly reshape it

Sep 26th 2015 |

BERLIN AND NEW YORK | [From the print edition](#)



HERBIE, a Volkswagen Beetle with a mind of its own in a series of Disney films launched in the 1960s, had its share of misadventures. But things had a way of ending up happily for both the car and its passengers. The German carmaker's more recent attempts to give its cars the gift of thought have things headed in an altogether grimmer direction. Its use of hidden software to deceive American regulators measuring emissions from diesel-engined cars has plunged VW into crisis. And as the scandal provokes further investigations it seems likely to throw into question a wider range of claims about emissions and fuel efficiency. It could thus be a blow to much of the industry—one that might be large enough to reshape it.



Economist.com

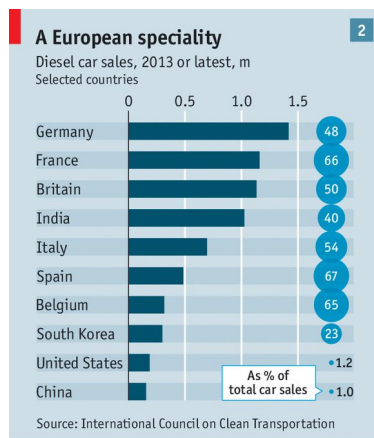
The damage to VW, the world's biggest carmaker, is cataclysmic. The company's shares have collapsed by a third since its chicanery surfaced (see chart 1). It faces billions of dollars in fines and other financial penalties. Lawsuits will be flying their way to its headquarters in Wolfsburg. Its strategy for the crucial American market is ruined; its reputation is in tatters. Its boss, Martin Winterkorn—who in 2009, when the misleading “defeat” software made its first appearance, was also directly responsible for the company's R&D—resigned on September 23rd.

The company's home country is in shock. Germany's environment minister, Barbara Hendricks, spoke for many when she declared herself “more than astonished”—though the Greens, an opposition party, say that in its response to a parliamentary question earlier this year the government admitted that it knew manipulating emissions data was technically

possible. Mixed in with this is some embarrassment that, as with the scandals over FIFA and the World Cup, it is falling to America to enforce rules that Europeans have been breaking.

There is also a certain apprehension. Sigmar Gabriel, the vice-chancellor and economics minister, said on September 21st that he hoped the export brand of Germany as a whole would not be tarnished. Germany's economic strength rests in large part on the idea that anything stamped "Made in Germany" will offer a high level of reliability, trustworthiness and engineering prowess. Much of that reputation rests on the broad shoulders and sturdy tyres of the car industry, which directly or indirectly employs one in seven of the country's workers; and with a stable of marques that includes Porsche and Audi, VW is that industry's leader. Industrialists fret that consumers worldwide could exact reputational *Sippenhaft*—collective punishment, but literally "kin liability"—on all German engineering.

As well as being a threat to Germany's export earnings, the scandal also menaces the brainchild of one of its most eminent engineers, Rudolf Diesel—at least as far as its future in cars is concerned. Diesel engines use fuel more efficiently than engines with spark plugs, and better efficiency reduces both drivers' expenses and carbon-dioxide emissions. Those advantages have endeared diesel engines to thrifty Europeans with green governments; none too popular elsewhere in the world, they power half of Europe's cars (see chart 2).



Unfortunately, the benefits come with costs. Diesel cars' efficiency comes from burning their fuel at a higher temperature, and that means they turn more of the nitrogen in the air they use for burning into various oxides of nitrogen, collectively known as NOx. This does not have global climate effects on the same scale as those of carbon dioxide, which is the most important long-lived greenhouse gas. But it has far worse local effects, generating smogs and damaging plants and lungs. To make matters worse, the catalytic technologies used to deal with the NOx emitted by petrol engines are not well suited for use with diesels, requiring engine makers to deploy more complex and expensive alternatives. That is not a big problem for large engines like those of trucks and ships. But it is for small engines like those of cars.

In America NOx standards are more demanding than they are in Europe. Mazda and Honda, both accomplished producers of diesel engines, have had trouble complying with them. It now appears that VW, which has put a lot of effort into persuading Americans that diesels can be clean and green, would also have failed to comply if it had not cheated. The campaign to convince Americans of the merits of diesel may thus well be at an end. And if it turns out that under real-life conditions many diesels also break Europe's less stringent NOx standards then the future of diesel cars worldwide will be bleak.

### Nothing seems right

The scandal broke on September 18th, when America's Environmental Protection Agency (EPA) revealed that several diesel-engined VWs and Audis had software which switched NOx-controlling technology on only when faced with the highly predictable sort of demands seen under test conditions. The NOx-emission limit for a fleet of cars is 0.07 grams per mile (0.04g/km); under normal conditions the cars were 40 times over the limit. The EPA ordered VW to recall around half a million cars in America to fix the software. On September 22nd the company admitted that in 11m vehicles worldwide there was a "noticeable deviation" between the NOx emissions seen in official testing and those found in real-world use.



On the basis of 482,000 cars sold and a maximum fine of \$37,500 per vehicle under the Clean Air Act, the Department of Justice could in theory fine VW \$18 billion. In practice the punishment may be a lot less severe. General Motors, which for years ignored problems with ignition switches that directly claimed 124 lives, was fined just \$900m earlier in September. In 2014 Toyota paid \$1.2 billion when it settled a criminal investigation into its handling of unintended acceleration problems that led to 8.1m recalls.

But fines are not the only losses involved. Class-action lawsuits from aggrieved motorists will arrive at the speed of a turbocharged Porsche. On September 22nd VW announced a €6.5 billion (\$7.3 billion) provision to cover the costs of the scandal but that is likely to prove too little. By that stage the company's value had fallen €26 billion.

The financial damage could go further. Hidden within the German firm is a big finance operation that makes loans to car buyers and dealers and also takes deposits, acting as a bank. Its assets have more than doubled in the past decade and make up 44% of the firm's total. And it may be vulnerable to a run. In previous crises "captive-finance" arms of industrial firms have proven fragile. After the Deepwater Horizon disaster BP's oil-derivative trading arm was cut off from long-term contracts by some counterparties. General Motors' former finance arm, GMAC, had to be bailed out in 2009.

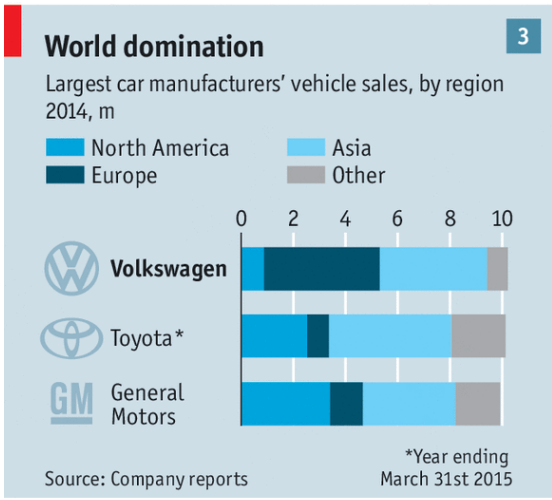
With €164 billion of assets in June, VW's finance operation is as big as GMAC was six years ago, and it appears to be more dependent on short-term debts and deposits to fund itself. Together, VW's car and finance businesses had €67 billion of bonds, deposits and debt classified as "current" in June. This means—roughly speaking—that lenders can demand repayment of that sum over the next 12 months. The group also has a big book of derivatives which it uses to hedge currency and interest-rate risk and which represented over €200 billion of notional exposure at the end of 2014. It is impossible to know if these derivatives pose a further risk, but if counterparties begin to think VW could be done for they might try to wind down their exposure to the car firm or demand higher margin payments from it.

If depositors, lenders and counterparties were to refuse to roll over funds to VW, the company could hang on for a bit. It has €33 billion of cash and marketable securities on hand, as well as unused bank lines and the cashflow from the car business. The German government would lean on German banks to prop up their tarnished national champion, 20% of which is owned by the state of Lower Saxony. So far the cost of insuring VW's debt has risen, but not to distressed levels. Still, unless the company convinces the world that it can contain the cost of its dishonesty, it could yet face a debt and liquidity crisis.

Doubts about NOx emissions from VW's four-cylinder TDI series of diesels (which can also be found in Seats and Skodas) first surfaced after testing by the International Council on Clean Transportation, a small NGO, two years ago. The tests—intended, ironically, to demonstrate the engines' cleanliness—revealed that the cars' emissions far exceeded what the company had previously stated. The ICCT brought the results to the attention of the California Air Resources Board (CARB), which badgered VW into a voluntary recall to fix what the company insisted were "technical issues". When the recall failed to resolve things VW offered excuse after excuse before eventually confessing—it was still dithering when the EPA, with which CARB had shared its results, finally acted.

### **The image breaks down**

Why did VW take the risk of cheating, given the devastation that has followed? There seem to be three parts to the explanation. The first is an overwhelming desire for size. The company has been obsessed with surpassing Toyota and becoming the world's biggest car company, despite making little money from its most high-volume products (cars carrying the VW badge make up 60% of sales but the profit margin on them is just 2%). This required that the company increase its small share of the American market—the largest after China (see chart 3). Making more of the SUVs that Americans covet was one obvious strategy. Getting them keen on the fuel-efficient diesel engines that VW sells elsewhere was another. In a modest way it was succeeding; though diesels account for only 1% of the American market for cars, last year VW had half of that slim slice.



Economist.com

Though these cars were substandard when it came to NOx, they didn't have to be. According to a British professor who specialises in the subject, "you can solve any emissions problem if you throw enough engineering and money at it". As VW spends more on R&D than any other company on the planet—€13.1 billion in 2014—it is very well positioned for such throwing. But here the second part of the explanation comes into play: fixes to the NOx problem come with trade-offs. Exhaust-gas recirculation, one of the technologies VW uses, reduces both fuel efficiency and power, which drivers tend not to like. Reports indicate that this recirculation was something the software turned off when regulators were not looking. Selective catalytic reduction, used in some newer cars, reacts NOx with ammonia, reducing the eventual level of pollution by a great deal. But designing, installing and operating these systems all add to a car's cost. Easier not to fix the problem, if you think you can get away with it.

Apparently some people at VW thought they could get away with it. And this leads to the third bit of the explanation: a large part of their reason for believing this would have been that carmakers, particularly European ones, are used to getting away with a great deal in such matters. Their trickery is an open secret within the industry; new scrutiny in the aftermath of the NOx revelations seems likely to make it an open scandal to the world at large. This may be why VW's competitors, too, are seeing their share prices fall. Its crimes may be particular, but it is far from the only carmaker producing vehicles that fall far below the performance that regulators require of them.

The European Union (EU) is not as demanding in the matter of NOx as the Americans are. It concentrates more on fuel efficiency and carbon-dioxide emissions, where its standards are the highest in the world. The problem is that these tough limits bear little resemblance to what cars emit when on the road. According to Transport & Environment (T&E), a green pressure group, the gulf between stated fuel-economy figures (and by extension carbon-dioxide emissions) and those achieved by an average driver has grown to 40% in recent years (see chart 4)



Economist.com

It is possible that some companies are using software trickery to cheat on Europe's tests on fuel efficiency. But as Nick Molden of Emission Analytics, a consulting firm in Britain, argues, the European testing regime is so out of date and open to abuse that carmakers do not have to bother with such subtlety. The companies test their own vehicles under the

auspices of independent testing organisations certified by national governments. But these organisations are commercial enterprises that compete for business. Although obliged to put the vehicles through standard activity cycles both in a laboratory and on a test track—neither of which is remotely realistic—they are aware that their ability to “optimise” the test procedures is a way to win clients. In practice this means doing everything possible to make the test cars perform far better than the versions punters drive off the forecourt.

The cars that are tested have generally been modified to be as frugal as possible. Things that add weight, such as sound systems, are left out. Drag is reduced by removing wing mirrors and taping up cracks between panels. Special lubricants make the engines run more smoothly. Low-resistance tyres are overinflated with special mixtures of gas. Alternators are disconnected, which gives more power to the wheels but guarantees a flat battery in the end. The cars may be run in too high a gear, and conducting tests at the highest allowed ambient temperature—another efficiency booster—is commonplace.

### **Stable for days**

Worst of all, though, is that once this charade has produced a claim as to the car’s efficiency, no one checks whether it is true or not. In America, too, carmakers are responsible for their own tests. But there the EPA goes on to acquire vehicles at random for testing at a later date, to see if the cars on sale to the public live up to the claims. If the numbers do not match up substantial fines can follow. In 2014 Hyundai-Kia was fined \$300m for misstating fuel-economy figures. Europe has no such system for punishing those who transgress. As a result more than half Europe’s claimed gains in efficiency since 2008 have been “purely theoretical”, says T&E. And the industry as a whole has developed a gaming attitude to tests and regulations that it should take seriously. As Drew Kodjak of the ICCT observes, VW’s activities in America are part of a pattern of behaviour that the “European system created”.

A new level of scrutiny will change things. It may turn out that other manufacturers are using similar software to cheat on either NOx or carbon-dioxide tests. The NOx emissions from new diesel cars in Europe are on average five times higher on the road than in tests; some cars run at ten times the limit, according to T&E. But even if they are not, a wider understanding of the bogus way in which the system runs seems sure to provoke action, and weaken the power of the industry to keep the system lax. Carmakers have been lobbying against the EU’s plans to introduce more realistic cycles into their tests by 2017, saying it can’t be done until 2020. Their pleading is unlikely now to help; the changes may not just arrive in 2017 but also be more exacting than previously planned.

This all takes place against a background of increasingly strict controls on carbon emissions. Europe’s carbon-dioxide goal of an average of 95g/km across all a carmaker’s models by 2021 is already demanding. It will be even harder to achieve if it has to be reached honestly. The same goes for more stringent fuel-economy standards that are coming soon in other markets such as China, America and Japan.

The industry had built a continuing shift to diesel into its assumptions about how it would meet these requirements. But if diesels cannot deliver low NOx emissions while maintaining high fuel efficiency and staying affordable, that assumption will have to be jettisoned—quite possibly taking with it the whole idea of diesel engines for mass-market cars. They are difficult and expensive to develop, and there is already a backlash against them in Europe, where they are blamed for high particulates as well as NOx; both Paris and London have talked of banning them.

If diesels cannot deliver then carmakers will need to turn heavily towards hybrids and very efficient small petrol engines. All this at a time when, according to Mary Barra, boss of GM, carmaking already faces more change in five to ten years than in the previous half-century. On top of meeting environmental targets and pioneering new hybrid and all-electric drivetrains carmakers need to spend a lot on using the internet to make their machines smarter and preparing them for the advent of autonomous driving. The investment required will be monumental, and some will surely be unable to bear it.

Meanwhile cut-throat competitiveness is only going to get more intense as non-carmakers with deep pockets, such as Google and Apple (see [article](#)), eye up the industry. One answer is consolidation to tackle overcapacity. Big mergers have generally proved disastrous in the industry—but then so have attempts to become number one by other means. It was a devotion to size above all things that led to Toyota’s devastating outbreak of quality defects in the late 2000s, and the same ambition has played its role in the downfall of VW. If the gathering emissions scandal has any virtue it may lie in forcing a reshaping that the industry badly needs.

129,38

Greece's elections

## Synchronised somersault

### The prime minister pivots away from leftism, and his party follows

Sep 26th 2015 | ATHENS | [From the print edition](#)

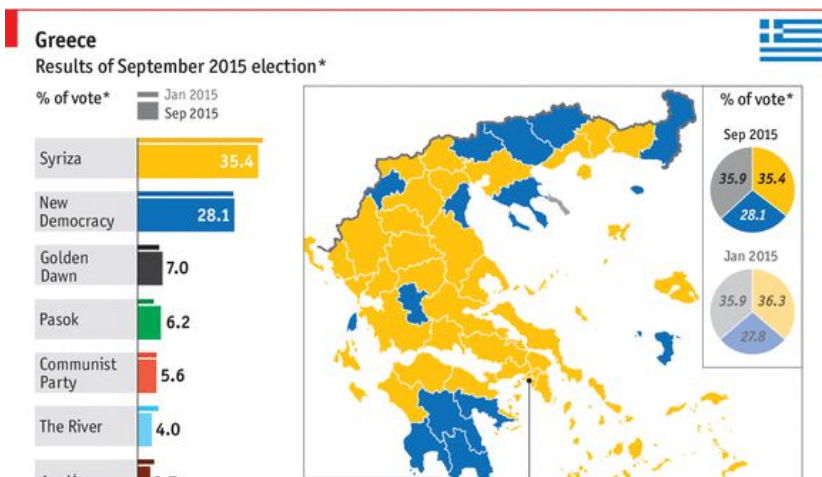


ALEXIS TSIPRAS, who won his second national election victory on September 20th by a poll-defyingly wide margin, is only 41 years old—one of the euro zone's youngest prime ministers. Yet he has been a professional left-wing politician for two decades. While his Syriza party languished in opposition, Mr Tsipras enjoyed his role as Greece's anti-austerity firebrand, denouncing the reforms of socialist and centre-right governments and insisting that only a state-led economy could create jobs and restore generous benefits. But as he starts his second term in office, he must put his ideological convictions on hold.

Syriza's win gave Mr Tsipras a fresh mandate to keep Greece in the euro zone. To do so, the new government must immediately increase taxes, cut pensions and accelerate the privatisation of state-owned companies—reforms Mr Tsipras defiantly opposed during his first term. That was before the threat of an involuntary “Grexit” made him accept a new €86 billion (\$95 billion) bail-out by Greece's creditors—and their conditions. Like earlier Greek leaders in trouble, Mr Tsipras has executed an ideological *kolotoumba*, or somersault. The question now is whether the rest of Syriza can flip over as well.

On election night, Mr Tsipras sounded more pragmatic than after his first win in January. He told a flag-waving crowd there were difficulties ahead, but that with “persistence” (rather than, say, “resistance”) they could be overcome. His revamped cabinet includes Euclid Tsakalotos, the Oxford-educated economist who negotiated the bail-out, as finance minister. The deputy finance minister, George Chouliarakis, led Greece's number-crunching team in the negotiations.

Mr Tsakalotos, a lifelong Marxist, suffered doubts before agreeing to take the job. But there is wriggle room in the bail-out deal to soften the impact of rapid market reforms. Meanwhile, Mr Tsakalotos leads the Group of 53, now the farthest-left internal group in Syriza since the extremist Left Platform defected and triggered the election. The Group of 53 will do its best to salvage some of Mr Tsipras's lost idealism.



Syriza wins again

If Syriza has grown less fond of extreme left-wing rhetoric, so have Greek voters. Popular Unity, the party founded by Left Platform after it defected, failed to win enough votes to enter parliament. Yanis Varoufakis, the outspoken former finance minister who broke with Mr Tsipras over the new bail-out, decided not to run.

Yet the prime minister and his team are far from re-inventing themselves as social democrats. Rather than forming a coalition with Greece's moderate pro-European left, the small Pasok (PanHellenic Socialist Movement) and To Potami (The River) parties, Mr Tsipras turned to the coalition partner from his first term: the Independent Greeks, a right-wing nationalist party that touts conspiracy theories and wants to deny Syrian refugees even temporary asylum in Greece. Martin Schulz, president of the European Parliament, called it "bizarre" that Mr Tsipras should keep in with "this strange far-right party".

The new cabinet also retains some of Syriza's fiercest critics of capitalism. Panos Skourletis kept his job as minister for energy and environment, signalling that the new Syriza-led government has no plans at present to make concessions to the private sector. Mr Skourletis cited environmental grounds to revoke permits granted to a Canadian gold-mining company for a €1 billion investment, the largest in Greece for two decades—even though they had been approved by Greece's highest legal body. He has refused to reconsider despite protests by hundreds of mine workers desperate to keep their jobs.

Greece's creditors are waiting to see whether Mr Tsipras will act on his promises to crack down on corruption and high-level tax evasion by the old political elite, which has replaced Germany and the International Monetary Fund as the target of his rhetoric. None of Greece's oligarchs has so far been hauled before the public prosecutor. Syriza officials claim the previous government was so overwhelmed by the struggle to stay in the euro that there was no time to address other big issues.

Mr Tsipras's turn away from leftist orthodoxy has manifested itself in his private life as well. He spent the summer staying at a Greek shipowner's villa by the sea, commuting by helicopter to his office. This month he enrolled his seven-year-old son at one of Greece's most expensive private schools. Some Syriza officials voiced disapproval. But the size of Mr Tsipras's election win—Syriza finished less than one percentage point down from January—suggests that voters were not concerned.

From the print edition: Europe

129,40

SEP 25, 2015 1

## No Time to Lose in Syria

[Javier Solana](#)

Javier Solana was EU High Representative for Foreign and Security Policy, Secretary-General of NATO, and Foreign Minister of Spain. He is currently President of the ESADE Center for Global Economy and Geopolitics, Distinguished Fellow at the Brookings Institution, and a member of the World Economic Fo... [read more](#)

MADRID – The arrival of hundreds of thousands of men, women, and children seeking refuge from conflict has confronted the European Union with two stark realities. First, its member states are not all meeting their obligations, both to one another and according to international law. Second, its position regarding Syria’s civil war is unsustainable. To be clear: failing to work towards peace in Syria is just as grave an error as turning away those fleeing from persecution.

The defects in Europe’s asylum legislation and the difference among its member states’ practices have been evident for some time. But the 350,000 refugees who crossed European borders, and the more than 2,600 who drowned trying to reach them, in the first eight months of this year have opened our eyes. The inhumane conditions these refugees face are unacceptable.

Now, on top of the so-called “north-south” split that emerged from the economic crisis, the United Kingdom’s potential exit from the EU, and the critical situation in Greece, a new breach, between east and west, has appeared in Europe. The EU cannot afford any more cracks. Therefore, it must use all possible means to compel its members to abide by their international and European legal obligations.

That same urgency must be applied to peacemaking in Syria; after all, the refugees are a product of the country’s long, brutal, multi-sided civil war. The seriousness of the situation in Syria cannot be overstated. Since the conflict began in 2011, it has produced more than four million refugees, and approximately eight million internally displaced people. More than 200,000 people have died. To put that in perspective: more than half of the 22 million people living in Syria in 2011 are either dead or displaced.

Control of Syria’s territory is now divided between President Bashar al-Assad’s regime, various armed opposition groups, the Kurds, and the Islamic State. The civil war has enabled the extremist Islamic State to build up its capacity to the point that, if the Syrian regime were to collapse entirely, the group would likely be able to take advantage of the power vacuum to seize control of the entire country.

Nonetheless, Russia’s claim that Syria faces a choice between Assad or the Islamic State is false. Suspicions about Russia’s intentions have lately ballooned, as the country allegedly steps up its aid to the Assad regime, a longtime ally, and calls increasingly loudly for cooperation with the regime to [combat the Islamic State](#).

While Russia’s emphasis on keeping Assad in power is likely driven by its own interests in retaining influence in the Middle East, it is right about one thing: the Islamic State must be stopped.

And it is a grave mistake to think that this can be achieved without a political solution to the conflict in Syria – the conflict that enabled the organization’s explosive growth. Only if external powers think beyond military operations and devise a [political solution](#) to the crisis can the fight against the Islamic State succeed.

Such a political solution must, first and foremost, reflect an understanding of past errors and a commitment not to repeat them. Recall that in Iraq, the attempt to rebuild the state began with the complete dismantling of Saddam Hussein’s regime and all existing governance structures. The power vacuum that this approach produced was filled by Sunni militias and, ultimately, the Islamic State.



For Syria, this means that part of the existing state, including Assad's Alawite sect, should be included in a broad coalition, along with the opposition and the Kurds. Without such broad representation, no Syrian government can hope to defeat terrorist forces and lead the country toward a more stable future.

Of course, implementing such a solution will not be easy – not least because of sharp divisions among relevant external powers. Like Russia, Iran – which will be crucial to the success of any solution – backs the regime. Meanwhile, Saudi Arabia, Turkey, and Qatar are unwilling to support any solution that includes Assad.

This deadlock cannot persist. And, fortunately, it doesn't have to. All crises end in the same way: with all parties sitting at the negotiating table. That must be the goal in Syria now.

This is where EU leadership can prove vital. Exercising it will require EU member states to maintain a common position, supporting the efforts of the United Nations special envoy for Syria, Staffan de Mistura, to work with all relevant players – including the EU, the United States, Russia, Iran, and Saudi Arabia – to achieve peace in Syria.

A good place to start would be by urging the so-called E3/EU+3 group – that is, the five permanent members of the UN Security Council (China, France, Russia, the US, and the UK), Germany, and the EU – to convene. Given that these countries recently managed to overcome their strong differences to reach a nuclear agreement with Iran, this might be the right forum to begin building consensus on a political solution in Syria. Negotiations could subsequently progress to include other major actors, especially Saudi Arabia, Iran, and Turkey.

Syria is out of time. Its people have been besieged by brutality and mayhem for far too long; they can find respite in far too few countries; and they are being forced to undertake journeys that are far too dangerous. The UN General Assembly cannot end its 70th session without taking decisive steps toward effective negotiations – and an effective solution. The world, urged by the EU, must work to bring peace to Syria now, and to establish a strong state capable of guaranteeing peace in the future.

Read more at <https://www.project-syndicate.org/commentary/syria-european-political-solution-by-javier-solana-2015-09#qUCGQfLfsJvB0upt.99>

129,42

SEP 25, 2015 1

## Yes to Catalan Independence

Carles Boix is Professor of Politics and Public Affairs at Princeton University.

PRINCETON – Catalonia’s regional election this weekend amounts to an indirect referendum on independence. Of course, Catalans would have preferred to have a direct vote on the question of whether to secede from Spain. But the Spanish government’s staunch refusal to authorize such a referendum has left Catalans with only one option: to demonstrate their will by filling their parliament with candidates who will push for sovereignty.

The *de facto* referendum, while imperfect, will send a clear message. I hope that the message it sends is one of support for independence, delivered through a victory for the “Together for Yes” slate of candidates. Indeed, there is no shortage of good reasons to support Catalonia’s independence drive.

For starters, independence would advance the cause of cultural preservation, by ensuring, for example, the use of Catalan in mass media, customer-service support lines, and product labeling. It would also enable Catalonia to take steps – impossible under the Spanish government, which collects more taxes from the region than it returns in spending – to protect those who have been worst hit by the crisis. And it would facilitate an effective response to the structural and technological challenges that characterize the twenty-first-century globalized economy, including by giving Catalonia control over investment in infrastructure and research and development.

But the most important reason to support Catalonia’s independence is strictly political: within Spain, Catalan autonomy is far from guaranteed. The Spanish government’s continuous interventions have proved that, at the end of the day, Catalonia is not really autonomous at all.

Catalans agreed to the 1978 Spanish constitution, after a century-long struggle for self-rule, precisely because it was supposed to transfer a meaningful set of powers to the Catalan government. But that is not what happened.

Instead, Spain’s central government has encroached on Catalonia’s decisions in virtually all policy areas. Given Catalans’ position as a minority within Spain, we lack any recourse when the majority interprets the constitution – as well as pacts between the central and regional governments – in a way that diverges from our rights or interests.

Just three years after the Statute of Autonomy of Catalonia was first enacted, a law – entitled *Ley Orgánica de Armonización del Proceso Autonómico*, or LOAPA – was passed that eroded the nature and extent of the powers that had been granted to Spain’s regional governments. To secure the statute’s implementation, Catalonia’s government and political parties had to rely on pacts with Spanish parties that had yet to secure a parliamentary majority, and thus were willing to trade powers for votes. Once those parties obtained a majority in the following elections, however, they rushed to pass laws that revoked whatever powers had been granted. Catalonia, like Homer’s Penelope, has been forced continually to weave and reweave its autonomy.

In 2006, Catalans hoped that, finally, this exhausting political process was over, after the Catalan parliament enacted a new statute that aimed to protect, once and for all, the region’s authorities from central-government meddling. But the statute was heavily amended in the Spanish parliament, and, in 2010, Spain’s constitutional court struck down what little of importance was left in it.

The message is clear: Catalonia can no longer take the Spanish government at its word. A contract, no matter what promises it contains, has no value if one of the parties has the exclusive power to interpret and execute its terms. Given Catalonia’s size and Catalans’ minority status, Spain’s position will always prevail.

Aristotle defined democracy as a system in which citizens, or groups of citizens, take turns governing. But, in the Spanish political system, some always govern, while others never do. That simply cannot work for Catalonia.

Some have proposed a federal system as an alternative to independence. But such a system would be extremely difficult to establish, owing to the need for constitutional reforms that Spanish parties are highly unlikely to approve. More important, even if federalization were somehow implemented, it would not solve the problem. A majority of autonomous regions or federated states would still control the interpretation and execution of all agreements. And Catalans would not have enough allies to protect their most essential interests.

In short, Catalonia's only option for guaranteeing its legitimate aspirations for self-government is to become a sovereign state. Only then would it have the authority to veto decisions that controvert its interests; the capacity to tackle the cultural, social, and economic challenges that it faces; and the ability to cooperate with neighboring countries from a position of equality.

In the impending election, Catalans should not be fazed by threats from the anti-independence camp. After all, following through on those threats – from a freeze on bank deposits to permanent exclusion from the European Union – would harm everyone, especially those who are making them. In this sense, they merely serve to highlight the deeply flawed nature of the current system.

A solid majority for the Together for Yes slate should erode Spain's resistance, may crack Europe's neutrality, and will open the gates to a road – difficult, yet traversable – toward dignity. Let us vote in freedom and with peace of mind. The effort is worth it.

## Putin Is on a Syria Roll

25 septembre 2015

Vladimir Putin's Syria strategy is working better than perhaps even he had hoped. The Russian arms flowing into the Latakia military base in western Syria are already propping up his ally Bashar Assad's teetering government. Now they're ending the Russian President's diplomatic isolation, as President Obama agreed Thursday to meet with him next week during the U.N. General Assembly in New York.

"Given the situations in Ukraine and Syria, despite our profound differences with Moscow, the President believes that it would be irresponsible not to test whether we can make progress through high-level engagement with the Russians," a senior administration official said on Thursday. Translation: Russia is blowing up Mr. Obama's Syria and Iraq strategy, and he'd better see what the Kremlin strongman wants.

Two weeks ago Mr. Obama dismissed Russia's Syria incursion as "doomed to failure." Now Mr. Putin knows he can use the military facts he has established on the ground as leverage to make further strategic gains.

Imagine his potential wish list. Perhaps he'll ask Mr. Obama to join Russia and Iran in an alliance against Islamic State in Syria and Iraq. He already pulled a version of this in 2013 when he rescued Mr. Obama from his "red line" over Mr. Assad's chemical weapons use. That deal made it safe for Mr. Assad to unleash his barrel bombs without fear of U.S. attack. A similar deal now would further assist Mr. Assad while dismaying Arab members of Mr. Obama's current coalition against ISIS and putting Iraq's Sunni minority further under the thumb of Iran.

If Mr. Obama won't go that far, perhaps Mr. Putin will settle for the U.S. rolling back the sanctions it imposed on Russia after his Ukraine incursions. Rest assured Mr. Putin wants something -- and he thinks he can get it.

## Refugees and ‘Germanness’

**To accommodate so many newcomers, the country first has to decide on its own identity.**

SEPT. 25, 2015

**Jochen Bittner**

HAMBURG, Germany — In the past few weeks, I’ve been tempted to say something once unthinkable for my generation: I’m proud to be German.

It’s been almost a month since the waves of refugees began arriving here, and still, thousands of us are flocking to sports halls and makeshift camps to help them. It reminds more than a few of us of Emma Lazarus’s famous lines, “Give me your tired, your poor, your huddled masses yearning to breathe free,” which greeted many Europeans when, a century ago, they were the newcomers. Old Europe has become New America.

Still, though tempted, I won’t say I’m proud to be German.

There are deep reasons for this reluctance, but they all boil down to one nervous question: Have we, the newly most powerful state in Europe, learned an appropriate language to convey our convictions and values to others — both our European neighbors and the hundreds of thousands of Muslims we are taking in?

Hungary’s prime minister, Viktor Orbán, accuses Berlin of “moral imperialism,” and he is not the only one to hold this view. Although the truth is that it was merely a moral imperative that caused Chancellor Angela Merkel to temporarily open the borders, it is right that the exaltation at our train stations and sports halls will soon subside. The next challenge ahead, to integrate all the newcomers, will be enormous.

“German thoroughness is super, but now German flexibility is needed” — that is the slogan of the hour from Ms. Merkel. And this country may indeed be able to accommodate the influx with speedier housing construction. Yet offering the migrants an emotional home will prove harder. For this a third virtue is needed: an attractive idea of “Germanness.” Unfortunately, we have very little experience in explaining to other people who we are, without sounding angry or chauvinist.

Why? Because ever since the mania of the Nazi era, we Germans have been highly suspicious of collective feelings. Never again do we want to be seduced by an imagined national greatness, or even national identity. The result: We have never found a relaxed, let alone inviting identity.

Concerns like that might sound strange to American ears. This is because the United States has always been a walk-in nation. Sure, immigrants never had it easy there; nativism only changed form over centuries, from the anti-Irish Bowery Boys to the anti-Mexican Donald Trump. But anyone who settles there could at least claim to be American.

Germany offers no easy-access national feeling of this sort. On the contrary, many Germans, namely the liberal-left from the 1960s generation of Joschka Fischer, have long felt so at pains with their nation that they promoted multiculturalism, for the sheer purpose of not having to be left alone with their strange countrymen.

Luckily, those days of self-hatred are over. But still, compared with America’s self-confident image as a highway to freedom, German identity is a scary old building with thick doors, multilayered staircases and deterringly dark cellars.

When an Irish friend living in Berlin said he was considering taking German citizenship, I asked how he planned to deal with the little downside of this affiliation: helping shoulder historic responsibility for the Holocaust. Startled, he said he would have to think anew.

Germany can never be to Europe what America has been to the world. Our borders with nine neighboring states are like a skin, highly sensitive to the multiple reactions our movements may cause. Nevertheless, there are times when we shouldn't twitch, but should stand firm.

Just as we need to find the right words to transport nonnegotiable ideas like equal rights and equal respect for women, or the separation between state and religion to people from Afghanistan, Eritrea or Syria, we should make clear to Mr. Orbán and others what European values mean, in our view: among other things, the right to claim asylum, no matter if you are Muslim or Christian.

No doubt, Europe will be strained by the ongoing influx, both financially and culturally. How, for example, will we deal with a husband who won't let his wife attend community meetings? How do you react to a schoolgirl who refuses to shake a boy's hand? How do you make clear to people who grew up in failed states or dictatorships that the government here is not an enemy, but deserves trust? And will we have the guts to separate real refugees from the free-riders, and send them home?

The goal is to do all this in a way that is firm, persuasive, even argumentative, but also respectful and, to the extent that we can be, accommodating.

We might actually discover a little pride in clarifying to many asylum seekers that our most amazing achievement is neither our welfare system nor our national soccer team. Already, Salafist groups are trying to recruit young, shaky immigrants, telling them that Islam is the most fulfilling idea of all. These extremists must be stopped, just like the neo-Nazi gangs who set refugee housing on fire.

Yet, the #refugeeswelcome movement has been glorious, and we shall never forget these precious moments of heartfelt sympathy. But besides our deep hearts, we need our heads, and we need self-confidence. New Germanness, put in one sentence, first and foremost means: You don't need to be a native; nor should you be naïve.

**Jochen Bittner is a political editor for the weekly newspaper Die Zeit.**



129,47

## Germany is ‘exploiting’ refugee suffering to recruit ‘slaves’ via mass immigration – Marine Le Pen

Published time: 7 Sep, 2015 01:07 Edited time: 10 Sep, 2015 23:55



France's National Front political party leader Marine Le Pen © Jean-Paul Pelissier / Reuters

As Germany welcomes thousands of refugees, with industries seeking ways to integrate newcomers into country's workforce, Berlin's move to temporarily bypass EU-wide regulations has met strong criticism from France's Marine Le Pen who accused Germany of recruiting "slaves."

The German drive to open its doors to refugees, as well as debated plans to resettle asylum seekers across the EU has been met with strong criticism from a number of politicians, including the leader of right-wing French party National Front, Marine Le Pen who accused Germany of imposing its immigration policy on the EU.

*"Germany probably thinks its population is moribund, and it is probably seeking to lower wages and continue to recruit slaves through mass immigration,"* Marine Le Pen said in Marseille, refusing to admit that pure benevolence was Germany's only motive.

Le Pen criticised European politicians for *"exploiting the suffering of these poor people who cross the Mediterranean Sea."*

*"They are exploiting the death of the unfortunate in these trips organized by mafia, they show pictures, they exhibit the death of a child without any dignity just to blame the European consciences and make them accept the current situation,"* the National Front leader said.

Following days of chaos and uncertainty, thousands of refugees – mostly Syrians – were bused from Hungary to Austria, and then brought by train to Germany, after the countries agreed on allowing migrants access, bypassing the Dublin Regulation.

By Sunday night almost 11,000 migrants arrived in Germany, authorities in Munich said. Germany in August registered more than 100,000 asylum seekers with some 800,000 refugees overall expected to come to Germany in total this year – four times the level of last year.

However, Le Pen blamed Germany for its policies which will affect the whole of the European Union.

*"Germany seeks not only to rule our economy, it wants to force us to accept hundreds of thousands of asylum seekers,"* she said, adding that France would not its doors to the *"world's misery."*

While the French National Front leader criticized German actions and their potential knock-on effect in the EU, Turkish PM Ahmed Davutoglu said that German portion of the refugees influx is *"ridiculously small."* He accused the EU of building a *"Christian fortress"* in Europe, pointing out that Turkey had already accommodated more than two million people from Syria and Iraq.

The Turkish PM's comments came in reply to Hungarian Prime Minister Viktor Orban's statements calling for the defense of Europe's prosperity, identity and *"Christian values"* against Muslim migrants. On Sunday, the Hungarian PM, accused Germany of exacerbating the refugee crisis.

*"As long as Austria and Germany don't say clearly that they won't take in any more migrants, several million new immigrants will come to Europe,"* Orban told Austrian broadcaster ORF.

Austria has already announced that it planned to end emergency measures that have allowed thousands of refugees in Hungary entry into Austria and Germany, but provided no exact details.

*"We have always said this is an emergency situation in which we must act quickly and humanely. We have helped more than 12,000 people in an acute situation,"* Austrian Chancellor Werner Faymann said. *"Now we have to move step-by-step away from emergency measures toward normality, in conformity with the law and dignity."*

Meanwhile even in the face of criticism, the Germans are doing everything to warmly welcome and help the newcomers. Berlin plans to introduce a supplementary budget to free up funds for the refugees while the business elite is looking to utilize migrant skills to close the gap in the lack of professional and skilled labor on the market.

On Saturday German Finance Minister Wolfgang Schaeuble said that hosting the migrants will cost the government, federal states and municipalities 10 billion euros this year as opposed to 2.4 billion euros in 2014. Angela Merkel meanwhile announced that Germany can cope with refugees without raising taxes.

Big businesses are optimistic about prospects for integrating the refugees into the German workforce, as an aging population in the country and low birth rate are eating away at its pool of skilled labor.

*"If we can integrate them quickly into the jobs market, we'll be helping the refugees, but also helping ourselves as well,"* the head of the powerful BDI industry federation, Ulrich Grillo, said this week, cited by AFP.

Germany with its 6.4 percent unemployment rate is still short of 140,000 engineers, programmers and technicians. The healthcare and leisure sectors are also low on skilled workers, with sociological research showing that shortage of qualified workers will rise to 1.8 million in 2020. If nothing is done to reverse the trend as many as 3.9 million jobs will need to be filled by 2040.

The influx of migrants could therefore be the answer as many of them are young and have *"really good qualifications,"* said Grillo.

Meanwhile the flow of migrants risking the dangerous journey across the Mediterranean shows no sign of easing. More than 2,600 have died this year making the journey. But despite the massive influx of refugees and the flawed EU asylum system, the UN refugee chief Antonio Guterres said the crisis was *"manageable."*

*"The European asylum system is deeply dysfunctional, it works badly. Some countries make the necessary effort, and the effort of many others is nearly non-existent,"* he told French radio station RFI and the TV5Monde television channel.

Guterres's comments came as German Finance Minister Wolfgang Schaeuble urged EU states to *"act together"* to come up with a single EU-wide policy. Faymann meanwhile said there is *"no alternative to a common European solution."*

On Wednesday, European Commission President Jean-Claude Juncker is scheduled to present a plan to relocate 120,000 refugees from Italy, Greece and Hungary. Under the new arrangement Germany is to accept a further 31,000 migrants, followed by France with 24,000 and Spain with almost 15,000, Germany's Welt am Sonntag newspaper reported.

[by Taboola](#)

[Sponsored Links](#)

129,49

## Integrating refugees in the labor market is key

21.09.2015 onemarkets Blog

Last week, Chancellor Merkel said that the issue of refugees is a "key challenge" and "a task for the nation as a whole". Integrating a high number of asylum seekers in the German society is indeed an enormous task. After the latest influx of people in July and August, the government revised upward its projection to 800,000 this year after 200,000 applicants in 2014. A plus of 800,000 would be nearly twice the number of the previous record-high seen in 1992 with 438,000.

The question whether the influx of refugees to Germany will become a success story certainly depends on a multitude of factors. However, there is one which really stands out: the labor market and its integration capabilities. Smooth absorption will only be possible if asylum seekers are able to find new jobs within a reasonable period of time.

In the following, I will argue that the chances of success are high, although it will take some time. Making reasonable assumptions shows that the German economy will benefit in the medium-term from integrating asylum seekers in the labor market. Major reason is the increase in the working age population and employment. According to our calculations, GDP will be lifted by at a total of 1.7% by 2020 compared to a scenario in which there is not any additional immigration to Germany.

Before analysing the longer-term impact on the supply side, a few figures are presented to show what GDP effects can be expected for this and perhaps next year.

### Short-term economic impact

The short-term impact on GDP will stem from a classic demand effect, since government spending for refugees will increase. Examples are housing, food, etc. Last year, the German government spent EUR 2.4bn for a total of 360,000 asylum seekers. In the first seven months of 2015, an additional 220,000 arrived in Germany. If one assumes another 600,000 in the remaining months of this year and does some simple extrapolation, public spending will rise by a total of 5-6bn, or 0.2% of GDP. If one postulates some additional outlays by both the central government and municipalities, the short-term impact will probably not exceed 0.3% of GDP in the next 12 to 18 months. In any case, such demand effects are one-off ones which will influence economic activity only a temporary basis.

### Estimating the integration effects by 2020

To understand the more important longer-term economic benefits of immigration, one has to decompose real GDP in its components on the supply side. In the following, I briefly refer to a recent working paper of Robert Gordon (2014) who is the godfather of such calculations (*A new method of estimating potential real GDP growth: Implications for the labor market and the debt/GDP ratio, NBER Working Paper, August 2014*). Gordon decomposes real GDP into several components. For illustration purposes, I will focus on the four most important ones: productivity; working age population; employment (compared to working age population) and hours worked (per employee).

One example illustrates how the German economy generated growth in recent years. From 2008 to 2014, real GDP rose by a total of about 4¼%. However, only two of the four components contributed to growth: productivity (+1¼%) and especially a more flexible labor market. Employment in relation to the working age population rose a high 7%. In contrast, the lower number of hours worked per employee (-3¼%) and the decrease in the working age population (-1¼%) weighed on economic activity.

In other words, the demographic development already hampered growth significantly. In the next few years, the working age population will even decline more strongly. A higher productivity and participation in the labor market may not be able to outweigh these negative effects any longer. For instance, activating additional people might become increasingly difficult. According to the OECD, the participation rate in Germany has already been at a far higher level than in other countries. While 73% of the labor force had been employed or had actively been looking for a job after reunification, it was more than 81% recently. This compares to participation rates of 76% in the UK, 75% in Spain, 70% in France, 65% in the US and 63% in Italy. As a result, bottlenecks on the German labor will increasingly emerge, as qualified personnel is missing. Just as a reminder, the number of vacancies already hit a level of more than 570,000 last month.

The Gordon composition can be used to derive the longer-term effects of refugees on German GDP. The following assumptions were made (which are, of course, debatable). The number of refugees will be 800,000 this year and then decline to 500,000 per year. The positive net effect on German GDP then depends on how well the integration in the labor market works. Not all of the refugees will probably find a job due to missing qualification, language problems, etc. Furthermore, some of the asylum seekers do not belong to the working age population, since they are too young or too old. If one postulates that about one in two gets employed the positive GDP will be a cumulated 1.7% by 2020. In less technical terms, the real GDP level will be 1.7% higher in 2020 than compared to a scenario in which no additional asylum seekers come to Germany. There is some reason to believe that the 50% ratio can indeed be reached. In a recent paper, the Institute for Employment Research said that 55% of the refugees in the past found a job in the longer term (*IAB, Asyl und Flüchtlingsmigration in die EU und nach Deutschland, Aktuelle Berichte, 8/2015*).

### **What has to be done**

The rise in employment of foreigners (excluding asylum seekers) has already been a success story in Germany. The number of new jobs increased far more strongly in the last ten years (+26%) than employment of Germans (+11%). However, integrating refugees in the labor market has been handled restrictively until recently. Only in November of last year, the working prohibition for refugees was reduced to three months after it had temporarily been up to five years. Despite the latest mitigation, access to the labor market remains restricted. After the first three months, refugees are allowed to apply for a job in general. However, in case there is a German or EU citizen who looks for this particular employment, he gets the job and not the asylum seeker.

Such special regulations are bureaucratic and hamper integration. After all, the company which looks for an employee should decide and not the government. Furthermore, more than 120,000 apprenticeship positions are currently vacant. Since the majority of refugees might not be bound to a certain place in Germany, there is potential for reducing bottlenecks and creating additional mobility on the labor market. Recently, Mr. Weise, the head of the Federal Employment Agency, argued in favour of temporarily suspending the work regulation for refugees.

Besides easing restrictions on the labor market, additional money for language courses are needed. Learning German is the meat and potatoes of a successful labor market integration. On Monday, the government announced to increase expenditures on training measures. As is the case for education spending, providing training courses has to be seen as public investment which will pay off in the future. Besides money, the educational capacities exist in Germany. Last month, a total of more than 11,000 teachers were unemployed. Although not all of them are German teachers, they underwent educational training and could be mobilized for such purposes.

### **Conclusions**

Increasing numbers of refugees and immigrants are not a panacea for solving the demographic problems in Germany. When the baby boomers are retiring between 2025 and 2035, the old-age dependency ratio will increase strongly. A persistently higher number of refugees and immigrants cannot prevent this but will at least dampen the negative effect.

Germany is not regarded as a classic country of immigrants and refugees such as the US or Canada. However, it has a great tradition of integrating people in the last few decades. After World War II, more than 12mn refugees came to the Federal Republic and the GDR. Another 2.7mn fled from East Germany to West Germany until the Berlin Wall was built in 1961. Without them, the famous "economic miracle" may have not been possible. Some observers may correctly point out that these refugees were native speakers which made integration easier. This is certainly correct. But learning German to some reasonable extent should not be an insurmountable obstacle. By providing the necessary means for that and easing restrictions on the labor market, Germany policymakers can lay the foundation for another success story.

129,51

## Natacha Polony: «Qui a peur du peuple souverain ?»

Par [Natacha Polony](#) Publié le 25/09/2015 à 19:42

*Natacha Polony est écrivain et journaliste. Elle tient une chronique tous les samedis dans Le Figaro.*

---

Pourquoi tant de violence ? C'est ce que se demande sans doute l'observateur des médias, le lecteur de journaux, devant la tempête qui agite la France intellectuelle ou, plutôt, devant les éruptions de patrons de presse et de journalistes clouant au pilori des intellectuels français coupables, au choix, de « *déraper* », de « *faire le jeu du FN* » ou carrément de se rapprocher dudit parti. La une de *Libération* a lancé le bal, suivie par celle du *Monde*. Mais il a fallu quelques jours pour qu'apparaissent sous la plume des grands censeurs les raisons profondes de leur détestation. Le mot, désormais, se promène d'éditorial en tribune libre, comme un nouvel acte d'accusation. Il obsède Laurent Joffrin, mais il incarnait déjà depuis quelque temps le mal absolu dans les envolées d'un Franz-Olivier Giesbert. Oui, le crime de Michel Onfray, de Jacques Sapir ou de quelques autres porte un nom : souverainisme.

Le mot a longtemps désigné des groupuscules idéologiques, les perdants de l'Histoire, ceux que l'adoption du traité Maastricht avait condamnés à la marginalisation politique. Car la promesse allait s'accomplir. Avec Maastricht, la paix en Europe, la croissance et le plein emploi, le progrès s'imposant partout, et jusque dans ce monde post-communiste rejoignant dans l'euphorie le camp de la liberté. Et puis il y a eu 2005. La victoire inattendue d'un « non » dont on n'a pu étouffer la voix qu'en expliquant qu'il avait douteusement mêlé « non de gauche » et « d'extrême droite », qu'il était finalement xénophobe, rance, nauséabond, réactionnaire, populiste (autant de mots dont on a voulu nous habituer à croire qu'ils étaient synonymes). Et tout à coup ces derniers jours, les tenants du meilleur des mondes européens, qu'ils soient libéraux-sociaux ou sociaux-libéraux, s'aperçoivent que les mouvements de plaques tectoniques du monde intellectuel, qui voit tomber dans le camp du Mal de plus en plus de penseurs pourtant classés à gauche, s'expliquent par la résurgence de l'idéologie honnie, le souverainisme, ou plutôt par l'échec de leur propre modèle, construit en opposition.

**Donc, le souverainisme conduit sur les rives du Front national.** Qu'on soit éditorialiste à France Inter ou à *L'Obs*, au *Point* ou à Médiapart, cela semble une évidence. Sans que jamais il ne soit nécessaire de définir les termes du débat. Dans le cas du souverainisme, **il est pourtant intéressant de revenir aux mots. Celui de souveraineté, par exemple, qui constitue le pilier de la démocratie et de la République.** Le peuple, nous disent les pères de la République française, doit être son propre souverain, c'est-à-dire maître de son destin. Ce qui implique une souveraineté individuelle et collective. Souveraineté des individus, suffisamment instruits pour pouvoir former leur jugement sans dépendre d'autrui - d'où la position cruciale de l'école dans l'édifice républicain - et souveraineté de la nation qui mène librement la politique voulue par le peuple comme assemblée de citoyens.

**Voilà donc ce qui leur fait si peur ! Le peuple souverain !** Alors, on ergote sur ce qu'est le peuple, on laisse entendre, crime atroce, **qu'il pourrait être entendu dans une acception identitaire, xénophobe, en effaçant opportunément toute l'histoire politique et intellectuelle française qui fait du peuple une entité politique et non pas ethnique.** **On brandit le danger du nationalisme pour mieux diaboliser l'idée de nation, là encore, un concept, dans la tradition française, purement politique** (il serait presque étonnant de lui voir préférer celui de « patrie », étymologiquement la « terre de nos pères »).

L'idée que le peuple doit avoir consenti tout abandon de souveraineté en échange d'une protection (par exemple, la préférence communautaire qui devait prévaloir à l'origine contre l'ouverture à tous les vents de la mondialisation) scandalise visiblement ceux qui, sous couvert d'expertise et de gouvernance, ont réinventé l'oligarchie censitaire. Les mêmes, d'ailleurs, qui ont, des années durant, orchestré la destruction de l'école et interdit aux futurs citoyens tout espoir d'émancipation intellectuelle. **On se souvient qu'en 2005, ils nous expliquaient qu'un référendum était inutile car le texte était trop complexe pour être compris des électeurs... Bientôt, ils nous expliqueront que le peuple est trop faible d'esprit pour voter.**

**Tenter avec acharnement de renvoyer le souverainisme, notamment de gauche, vers le Front national, relève du réflexe de survie : face à un système qui s'effondre,** qui détruit l'industrie, désormais l'agriculture, et finalement les savoir-faire français, un système qui dévalorise le travail et détruit le pacte moral entre les citoyens et la République et le lien qui les unit à la France, qui crée du malheur et désormais de la violence, il n'y a plus que cela : brûler quelques sorcières pour éviter d'entendre les foudres qui grondent.

## Syrie : des rebelles formés par les Etats-Unis ont remis des munitions à Al-Qaïda

Le Monde.fr avec AFP | 26.09.2015 à 02h14

Il pourrait s'agir d'un groupe de rebelles syriens entraînés en [Turquie](#) par les Etats-Unis pour [combattre](#) l'organisation [Etat islamique](#) (EI) dont l'Observatoire syrien des droits de l'Homme (OSDH) avait signalé le [week-end](#) dernier l'entrée en Syrie. Un précédent groupe de 54 hommes, les premières recrues ayant achevé leur [formation](#), avait été décimé en août par Al-Nosra. Les Etats-Unis avaient dû [modifier](#) en urgence leurs règles d'engagement aérien en [Syrie](#) pour leur [venir](#) en [aide](#).

Manque cruel de recrues

La déroute de ce programme d'entraînement en Turquie et en [Jordanie](#), dont l'[armée](#) américaine annonçait en février qu'il [devait former 15 000 combattants](#) de l'opposition « *modérée* », a été [vertement critiquée par le Sénat](#) à la mi-septembre.

L'armée américaine s'est montrée extrêmement sélective pour [éviter](#) d'intégrer des éléments jugés proches des groupes djihadistes. Dans le même temps, elle a découragé les principaux groupes combattants de se [porter](#) candidats, en interdisant à [ses](#) recrues de combattre le régime de Bachar Al-Assad. Ces dernières devaient [lutter](#) contre l'EI exclusivement, suivant la ligne d'engagement militaire choisie par l'administration Obama dans le pays. La plupart des rebelles s'y refusent, les forces soutenant le régime restant leur principal adversaire, et le plus meurtrier pour les populations civiles.

Une centaine de combattants seulement sont actuellement en cours de formation, selon les chiffres fournis à la mi-septembre au Sénat par la sous-secrétaire à la [défense](#), Christine Wormuth. Cependant, les Etats-Unis forment secrètement de longue date d'autres rebelles dans les pays voisins de la Syrie.



<http://www.nytimes.com/interactive/2015/09/10/world/europe/scale-of-migrant-crisis-in-europe.html>

129,53

## The Scale of the Migrant Crisis, From 160 to Millions

By GREGOR AISCH, SARAH ALMUKHTAR, JOSH KELLER and WILSON ANDREWS

UPDATED SEPT. 22, 2015



Matthias Schrader/Associated Press

This photo shows about **160** migrants in southern Hungary waiting to board a bus to a registration center on Sept. 9. They will be excluded from the only two relocation plans approved by European leaders so far. The plans will relocate a total of **160,000** people in Greece and Italy to other countries in Europe.

The plans add up to the largest agreement ever to distribute asylum seekers among member states. But they address only a small fraction of the expected total.

Almost **549,000** migrants have arrived in Greece, Italy and Hungary alone this year, often by boat. Many want to move on to Germany or Sweden, which have stronger job markets and more benefits for refugees.

Migrants can apply for asylum in order to receive legal protection and residence. So far this year, at least **794,000** people have applied for asylum in European countries.

The number of asylum seekers is projected to grow rapidly. Just six countries – Germany, Austria, Hungary, Sweden, the Netherlands and Finland – expect to receive a total of **1.3 million** asylum applications by the end of the year.

The situation in Europe is only a smaller piece of the overall crisis. Countries in the Middle East that border Syria or Iraq, where conflict has displaced millions over several years, have accepted many more refugees than Europe. Asylum seekers in Turkey, Lebanon and Jordan are expected to increase by almost a million in 2015, reaching **4.7 million** by December.

## Assad

Syriens Machthaber hat sein Land weitgehend zerstört und einen Großteil seines Volkes vertrieben. Der Westen will jetzt mit Assad sprechen - und stärkt damit dessen Stellung statt sie zu schwächen.

26.09.2015, von **KLAUS-DIETER FRANKENBERGER**

Assad, Syriens Machthaber, geht mit unglaublicher Brutalität gegen das eigene Volk vor. Er, der Hauptaggressor im syrischen Bürgerkrieg, wird von Russland und Iran militärisch immer stärker unterstützt. „Retten“ will **Präsident Putin** Assad, vor dem die Mehrheit der Syrer, die ihre Heimat verlassen mussten, geflohen ist. Daran ist zu erinnern, wenn jetzt der Ruf erklingt, über eine Lösung des syrischen Krieges müsse mit Assad gesprochen werden, also mit dem, der es dazu hat kommen lassen und der so die Bedingungen für das Erstarren der Terrormilizen geschaffen hat.



Autor: Klaus-Dieter Frankenberger, verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik. Folgen:

Das relativiert die Bestialität der Dschihadisten und die Gefahr, die von ihnen ausgeht, nicht im Geringsten. Aber es ist kein Wunder, dass die syrische Exilopposition von Gesprächen mit Assad, die faktisch auf eine Legitimierung hinausliefen, nichts hält. Berlins Partner Paris hält von einer Rehabilitierung Assads übrigens auch nichts, aber das „nur“ nebenbei. Worüber soll mit dem Diktator gesprochen werden? Über eine Mäßigung seines Vorgehens gegen die Zivilbevölkerung? Über ein gemeinsames Vorgehen gegen die Terrormilizen?

Der Westen hat in diesem Konflikt bislang weder entschlossen noch überzeugend gehandelt; seine Politik war erfolglos. Also muss es zu einer Kursänderung kommen. Aber man darf sich keine Illusionen machen. Dieser Konflikt wird nicht schnell zu lösen sein, schon gar nicht in dem Sinn, dass der Wiederaufbau beginnt und Flüchtlinge zurückkehren können. Der Gedanke ist mehr als unangenehm, dass man den, der das Land weitgehend zerstört hat, jetzt quasi um Mithilfe bittet. Assads Stellung wird wieder gestärkt und die seines Paten gleich mit.

129,55

## Frappes en Syrie : comment la stratégie de la France a évolué Par Clémentine

Malignorne, AFP agence

Mis à jour le 27/09/2015 à 08:58



VIDÉOS - Après s'être interdit, il y a un an, d'intervenir militairement pour ne pas servir les intérêts du président syrien Bachar el-Assad, François Hollande a revu sa position.

### • Un soutien aérien uniquement en Irak

Le 18 septembre 2014, lors de sa conférence de presse bi-annuelle, François Hollande, chef des armées, **promet une «protection aérienne» pour aider l'Irak** dans la lutte contre le groupe État islamique. Le président pose toutefois plusieurs limites: «Il n'y aura pas de troupes au sol et nous n'interviendrons qu'en Irak» et non en Syrie. Il s'explique: «Nous condamnons le régime de Bachar el-Assad. Mais nous ne pouvons pas, malgré la présence de Daech en Syrie, prêter notre action pour ce régime dictatorial. Car Bachar el-Assad et Daech ont partie liés. Nous sommes attentifs à la légalité internationale. **Nous sommes appelés par les autorités irakiennes**, pas par la Syrie.»

Le 15 septembre, **les premiers survols de reconnaissance militaire**, dans le cadre de **la coalition militaire internationale** dirigée par les États-Unis, ont commencé en Irak. L'objectif de cette mission est de prendre des photos de haute précision des positions djihadistes pour définir des cibles en vue de bombardements.

### • Premiers raids français en Irak

Le 19 septembre, les chasseurs français lancent leurs premiers raids contre des positions de Daech dans le nord de l'Irak. **L'opération est baptisée «Chammal»**, du nom d'un vent du nord-ouest de ce pays. Le 24 octobre, les forces de la coalition, dont les forces françaises, frappent et détruisent un centre d'entraînement du groupe terroriste EI dans la région de Kirkouk, dans le nord du pays. C'est la **première participation des forces françaises à un raid de masse** annonce le chef d'État-major des armées françaises.

### • Paris campe sur la position du «ni el-Assad ni Daech»

Le 5 février 2015, François Hollande écarte toujours une possible extension des frappes vers la Syrie. **Interrogé lors de sa conférence de presse sur cette éventualité**, le président de la République explique: «C'est en Irak que nous portons l'effort. Pourquoi? Parce que c'est en Irak qu'il y a un État, une souveraineté, une armée qui peuvent lutter contre Daech et assurer la reconquête du territoire.» Il reconnaît toutefois que les «succès» de la coalition sont «trop lents» face au groupe État islamique.

Quant à la Syrie, François Hollande campe sur la position du «ni-ni» suivi par la diplomatie française: ni Bachar el-Assad ni Daech. «Nous ne pouvons pas intervenir si ça peut être un facteur favorable ou pour le régime pour continuer à massacrer sa population (...) ou pour laisser une place à des groupes qui veulent en fait notre perte», rappelle-t-il.

### • Premiers «vols de reconnaissance» au dessus de la Syrie

Le 7 septembre, François Hollande infléchit sa position. Lors de sa conférence de presse semestrielle, il annonce pour la première fois des «vols de reconnaissance» de l'aviation française au dessus de la Syrie, «pour

permettre des frappes contre Daech en Syrie». En revanche, pas question d'envoyer des troupes françaises au sol. Cela «serait inconséquent et irréaliste» juge-t-il. Et pour lui, «le départ de Bachar el-Assad» demeure «à un moment ou un autre posé».

Le lendemain, deux chasseurs Rafale, basés aux Émirats arabes unis et ravitaillés par un avion C-135, effectuent **un vol de six heures trente au-dessus de la Syrie** pour collecter des informations. Une deuxième mission a lieu le lendemain, réalisée par un avion de patrouille et de reconnaissance Atlantique 2 de la Marine. Selon l'état-major, ces opérations sont conduites en coordination avec les partenaires de la coalition.

#### • **Des frappes «nécessaires» contre Daech en Syrie juge Hollande**

Le 14 septembre, **François Hollande juge désormais «nécessaires» des frappes aériennes contre l'EI en Syrie**. «Nous avons annoncé des vols de reconnaissance permettant d'envisager des frappes si c'était nécessaire, et ce sera nécessaire en Syrie», déclare le président français lors d'une conférence de presse commune à Paris avec son homologue du Nigeria. Cette déclaration intervient à la veille d'un débat au Parlement sur l'action militaire française en Syrie; une semaine après avoir ordonné à l'armée française de mener des opérations aériennes de renseignement au-dessus de la Syrie, et quelques jours après les premiers vols de reconnaissance.

Le 15 septembre, **un débat, sans vote, a lieu au Parlement** sur cet engagement militaire. Dans un discours face aux députés, le premier ministre Manuel Valls exclu de nouveau toute intervention terrestre française ou occidentale en Syrie. Mais pour la première fois, il indique que «si une coalition de pays de la région se formait pour aller libérer la Syrie de la tyrannie de Daech, alors ces pays auraient le soutien de la France». Manuel Valls assure également que la France choisira «seule» les «objectifs à frapper» et il le répète: «hors de question» que ces frappes contribuent à renforcer le régime syrien.

Le 27 septembre, l'Élysée annonce dans un communiqué que **la France vient de lancer ses premières frappes aériennes contre le groupe État islamique en Syrie**. La présidence de la République précise encore: «Nous frapperons à chaque fois que notre sécurité nationale sera en jeu».

## Pourquoi les jeunes sont passés à droite

Par [Alexandre Devecchio](#)

Publié le 24/09/2015 à 19:24

***Vincent Tournier** est enseignant-chercheur en science politique à l'Institut d'études politiques de Grenoble. Il est spécialiste des questions liées à la jeunesse et à la politique.*

---

**LE FIGARO. - Les 18-24 ans et les plus de 65 ans sont les catégories d'âge qui se disent le plus à droite, selon un sondage Elabe pour Atlantico publié mercredi. Que cela vous inspire-t-il?**

**Vincent TOURNIER.** - Pour les plus de 65 ans, ce n'est pas très surprenant. On sait depuis longtemps que la propension à se classer à droite augmente avec l'âge, ce qui s'explique notamment par l'importance du patrimoine et de la religion dans les anciennes générations.

Le résultat le plus étonnant concerne les jeunes puisque, en général, c'est chez eux que la gauche obtient ses meilleurs scores. Cela dit, il faut rester prudent. Les marges d'erreur sont plus élevées lorsqu'on isole une tranche d'âge que lorsqu'on travaille sur l'ensemble de l'échantillon, surtout avec un sondage qui ne porte que sur un millier de personnes. Si la tendance se confirme, ce qui n'est pas exclu, on pourra alors en déduire que l'on assiste bel et bien à une modification profonde du contexte sociopolitique.

**On a longtemps dit que la jeunesse était de gauche. Était-ce le cas?**

Ce n'est pas faux mais il ne faut pas généraliser. La jeunesse ne recouvre pas une réalité unique. Même en 1981, période qui est censée incarner la domination de la gauche chez les jeunes, on peut voir que la situation

**La jeunesse ne recouvre pas une réalité unique**

est plus nuancée: certes, 24% des 18-24 ans ont voté George Marchais au premier tour (contre 16% pour le reste de la population) mais ils ne sont que 22% à avoir voté pour François Mitterrand (contre 26% en moyenne).

Il n'en reste pas moins que, globalement, les jeunes sont plus nombreux à se positionner à gauche. Cela s'explique par le fait que, depuis l'après-guerre, la société française a évolué dans un sens favorable à la gauche, avec le déclin du catholicisme, le discrédit du nationalisme, la remise en cause de l'autorité, la disparition du monde rural au profit d'une classe moyenne urbanisée et libérale sur le plan des mœurs. La France est d'ailleurs l'un des pays d'Europe où la part de la population qui se classe à gauche est l'une des plus élevées. Or, les jeunes ont tendance à amplifier les grandes dynamiques sociales. C'est logique: comme ils sont dans une phase de découverte et d'apprentissage, ils ont tendance à être davantage marqués par les thèmes qui dominent les débats publics.

De plus, il ne faut pas négliger l'attrait des jeunes pour la radicalité. Les mouvements contestataires sont souvent portés et animés par des jeunes. Est-ce lié à la chronobiologie? C'est possible, mais on peut y voir plus simplement un effet de position sociale: les jeunes découvrent le monde, avec ses contradictions et ses

**Les mouvements contestataires sont souvent portés et animés par des jeunes.**

injustices. Ils sont d'autant plus réactifs qu'ils ne connaissent pas forcément le passé des choses et ont plus de mal à admettre la complexité du monde. De plus, les jeunes n'exercent pas de responsabilité, ce qui les rend disponibles pour les engagements risqués ou excitants, surtout lorsque la répression policière est quasiment inexistante. En général, les jeunes mettent leur goût de l'action au service des mouvements de gauche car celle-ci bénéficie d'une légitimité idéologique supérieure, mais ils peuvent aussi la mettre au service de la droite. Rappelons que, en 1973, le gouvernement a dissout simultanément la Ligue communiste et l'Ordre Nouveau après que ceux-ci se sont physiquement affrontés.

**Comment expliquez-vous ce basculement. Cela traduit-il un mouvement général de droitisation de la société ou le phénomène est-il spécifique à la jeunesse?**

Il est effectivement devenu courant de parler d'une «droitisation» de la société, mais les évolutions semblent plus complexes. Si on prend par exemple le domaine des mœurs, notamment l'égalité hommes-femmes et l'homosexualité, il serait plus juste de parler d'une «gauchisation». En revanche, il est vrai que l'opinion s'est durcie ces dernières années sur l'immigration et la sécurité. On a même vu remonter le soutien à la peine de mort.

**Les Français sont confrontés à une population qui s'avère très traditionnaliste, bien plus que les catholiques d'autrefois.**

Ces différentes évolutions ne sont pas forcément contradictoires. Les Français sont devenus très libéraux sur le plan des mœurs; ils sont même parmi les plus libéraux d'Europe. Mais l'immigration de masse des années 60-70, ainsi que les ratés de l'intégration, provoquent aujourd'hui un choc culturel: les Français sont confrontés à une population qui s'avère très traditionnaliste, bien plus que les catholiques d'autrefois. Des questions que l'on croyait définitivement réglées, comme l'accès des femmes à l'espace public ou la liberté sexuelle et conjugale, reviennent en force. Du coup, les clivages se brouillent. La critique de l'islam et de l'immigration, qui était autrefois l'apanage des Français conservateurs, gagne les milieux libéraux. Le FN *new style* a su percevoir cette évolution et adapter son discours en conséquence. C'est pourquoi il est désormais rejoint par des militants de la cause homosexuelle, et gagne même une certaine sympathie dans les milieux juifs inquiets devant la hausse de l'antisémitisme.

**Sur des sites musulmans, on voit des imams s'interroger sur le fait de savoir s'il est licite ou illicite de faire la bise ou de serrer la main à un non-musulman, et les plus radicaux traitent de porcs ceux qui mangent du cochon.**

L'attitude des migrants est d'autant plus troublante que ceux-ci semblent refuser l'intégration, et même manifester un certain mépris pour la population autochtone. Sur des sites musulmans, on voit des imams s'interroger sur le fait de savoir s'il est licite ou illicite de faire la bise ou de serrer la main à un non-musulman, et les plus radicaux traitent de porcs ceux qui mangent du cochon. L'idée d'un

racisme anti-blanc se diffuse. Selon un sondage IFOP de 2014, 47% des Français pensent que le racisme anti-blanc est répandu en France contre 53% qui pensent qu'il est marginal. Cette proportion est quasiment la même chez les moins de 35 ans (45% approuvent l'idée d'un racisme anti-blanc) alors que les jeunes ont traditionnellement été les plus acquis à la cause antiraciste. C'est un point important qui est susceptible d'expliquer le retour de l'identité nationale, surtout dans l'électorat de droite, car les identités se construisent les unes par rapport aux autres, dans une logique d'action et de réaction. Le politologue Pierre Bréchon, qui a étudié l'évolution de l'identité nationale entre 2003 et 2013, constate ainsi une «droitisation de la droite». C'est une conséquence logique de la montée des affirmations identitaires de la part des minorités. C'est aussi le résultat de ce qu'Alain Finkielkraut appelle le «romantisme pour les autres»: à force de célébrer les identités des migrants ou des autres civilisations, on finit par provoquer un retour de balancier, ce qui débouche sur un besoin de reconnaissance de la part de la population autochtone.

### **30% des moins de 35 ans ont voté FN aux élections européennes. Comment expliquez-vous ce vote? Que dit-il de la jeunesse d'aujourd'hui?**

Ce chiffre de 35% est effectivement supérieur à la moyenne du vote FN, qui était de 25% aux dernières européennes de 2014. Cela semble confirmer une tendance que l'on a vu émerger depuis quelques années puisque, pour l'élection présidentielle de 2012, la SOFRES indiquait déjà que Marine Le Pen faisait 23% chez les 18-24 ans (contre 19% en moyenne nationale). Mais il faut aussi relever que, aux élections européennes, d'après le même sondage, 13% des moins de 35 ans ont voté pour la gauche radicale (extrême-gauche et Front de gauche), ce qui est plus que la moyenne nationale (8%).

Autrement dit, la radicalisation ne concerne pas que l'extrême-droite. L'actualité permet de le vérifier. La radicalité se retrouve à tous les niveaux, que ce soit à droite avec les Jeunes Identitaires ou à gauche avec les «zadistes», lesquels entendent défendre la nature contre une modernité jugée corruptrice (ce qui est plutôt un thème de droite), sans oublier évidemment le radicalisme islamiste. Il faut aussi tenir compte d'autres formes de radicalité, par exemple le phénomène de l'expatriation, lequel a manifestement pris de l'ampleur ces dernières années. Une enquête a ainsi montré que 43% des 18-24 ans se disent prêts à partir à l'étranger, contre 21% dans l'ensemble de la population. Certes, l'expatriation correspond à une radicalité moins inquiétante que le djihad, mais tous ces phénomènes sont vraisemblablement liés ; ils expriment les différentes facettes d'une époque dont la mondialisation et la crise économique constituent la toile de fond.

**Dans ce contexte, le FN s'en sort particulièrement bien. Il est vrai qu'il propose un discours sur l'immigration et l'islam qui paraît plus en phase avec la réalité. Il a aussi le mérite de s'inscrire désormais dans le prolongement des grandes valeurs républicaines comme la laïcité. A contrario, les partis de gouvernement s'embourbent dans des contradictions majeures.**

**Dans ce contexte, le FN s'en sort particulièrement bien. Il est vrai qu'il propose un discours sur l'immigration et l'islam qui paraît plus en phase avec la réalité. Il a aussi le mérite de s'inscrire désormais dans le prolongement des grandes valeurs républicaines comme la laïcité. A contrario, les partis de gouvernement s'embourbent dans des contradictions majeures, comme l'a récemment révélé le Salon des musulmans à Pontoise, ville tenue par la droite, qui donne du crédit au soupçon de clientélisme électoral dénoncé par l'élue socialiste Céline Pina.**

Le Printemps arabe a également permis à Marine Le Pen de gagner en crédibilité car elle peut se vanter d'avoir eu raison avant tout le monde lorsqu'elle annonçait une explosion des flux migratoires, alors que l'extrême-gauche se contentait d'une analyse angélique désormais peu crédible. La crise migratoire sert d'autant mieux le Front national que cette crise active une angoisse inconsciente qui travaille les sociétés occidentales engagées dans la mondialisation: celle de voir le monde livré au chaos d'un ensauvagement généralisé. Cette angoisse s'exprime clairement dans le cinéma, qui en dit parfois plus long que bien des enquêtes sociologiques. Les films de zombies comme World War Z décrivent ainsi la destruction du monde civilisé par des hordes ensauvagées que rien ne peut arrêter, comme jadis l'angoisse de la guerre froide était retranscrite dans les films de science-fiction où le monde libre se voyait anéanti par des êtres venus d'ailleurs mais disposant d'une haute technologie. La capacité des dirigeants européens actuels à conjurer les angoisses contemporaines sera un élément important des futures évolutions politiques.



129,59

## Hausse sensible du chômage en août

Le Monde.fr | 24.09.2015 à 18h00 • Mis à jour le 25.09.2015 à 09h21 | Par [Bertrand Bissuel](#)

Myriam El Khomri peut désormais [mesurer](#) combien il est difficile d'être ministre du travail – [un poste qu'elle occupe depuis le début du mois](#). Selon les statistiques publiées jeudi 24 septembre par [ses services](#) et par Pôle emploi, le nombre de demandeurs d'[emploi](#) sans aucune activité (catégorie A) s'est accru de 20 000 en août, en métropole, soit une hausse de 0,6 % par rapport à juillet et de 4,6 % en un an.

Il ne s'agit pas de la progression la plus soutenue en 2015 : le mois d'avril avait connu une poussée encore plus forte (+ 26 200). Mais c'est sans conteste un mauvais chiffre, qui fragilise le gouvernement tout en relançant cette question lancinante : à quel moment va enfin se [dessiner](#) « *l'inversion de la courbe* » promise par [François Hollande](#) ?

En attendant, le chômage bat des nouveaux records : 3 571 600 personnes sont concernées dans l'Hexagone (un peu plus de 3,835 millions en incluant l'outre-mer). Si l'on y ajoute les demandeurs d'emplois qui exercent une activité réduite (catégories B et C), les données sont encore plus spectaculaires : près de 5,421 millions en métropole (un peu plus de 5,726 millions avec l'[outre-mer](#)).

Légère baisse chez les moins de 25 ans

Seule et unique catégorie à [connaître](#) une baisse, très modeste au demeurant : les jeunes de moins de 25 ans. Leur nombre a reculé de 0,1 % en un mois, pour ceux qui sont en catégorie A, mais il a augmenté de 0,4 % entre août 2014 et août 2015.

Le sort des personnes de 50 ans est toujours aussi préoccupant : + 1,4 % en un mois (+ 9,4 % en un an). Celles qui sont inscrites à Pôle emploi depuis au moins un an en métropole (dans les catégories A, B et C) voient leur nombre [augmenter](#) de 0,5 % en un mois et de 10,6 % en un an. Et l'ancienneté moyenne au chômage ne cesse grimper : 562 jours en août, soit 30 jours de plus par rapport au même mois de l'année précédente.

« *Les résultats au mois le mois doivent être analysés avec prudence*, réagit M<sup>me</sup> El Khomri, dans un communiqué. *Seule la tendance compte.* » La ministre du travail rappelle que les statistiques avaient baissé en juillet après une stabilisation en juin. De même, elle insiste sur le fait que « *le chômage des jeunes est inférieur à ce qu'il était début 2013* », ce qui prouve, selon elle, que les dispositifs mis en place portent leurs fruits : emplois d'avenir, garanties jeunes, contrats de génération, etc.

Mais l'embellie n'est pas encore d'actualité. Elle se produira peut-être à l'automne. Selon l'Observatoire français des conjonctures économiques, le second semestre devrait [marquer](#) « *le tournant de la reprise* », avec un taux de chômage qui retomberait à 9,8 % fin 2015, puis à 9,5 % fin 2016 (contre 10 % en décembre 2014).

129,60

## **Flüchtlingsheime in Deutschland: Politiker wollen Christen und Muslime getrennt unterbringen**

**Werden Christen in deutschen Flüchtlingsheimen von konservativen Muslimen drangsaliert? Politiker und Verbände behaupten das - und verlangen eine getrennte Unterbringung.**

Führende Unionspolitiker machen sich für eine getrennte Unterbringung von christlichen und muslimischen Flüchtlingen stark. Grund hierfür sind Berichte über zunehmende Angriffe auf Christen in deutschen Flüchtlingsheimen. Der ehemalige Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sagte der "Welt am Sonntag": **Es sei "traurig, dass eine Unterbringung der Flüchtlinge getrennt nach Herkunftsregion offensichtlich nötig ist"**.

Friedrich, der nun stellvertretender Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag ist, sagte: "Wir müssen von Anfang an klarmachen, dass wir die Regeln unseres freiheitlichen Rechtsstaats überall und konsequent durchsetzen." Er forderte die muslimischen Verbände auf, "den Respekt vor unserer Rechtsordnung und Kultur von den zu uns kommenden Muslimen einzufordern. Wir dürfen nicht defensiv sein". Auch der Vorsitzende der Unionsfraktion, Volker Kauder (CDU), erklärte: "Die muslimischen Verbänden sollten sich von Übergriffen auf Christen klar distanzieren."

Der Vorsitzende der Grünen, Cem Özdemir, forderte ebenfalls in der "Welt am Sonntag" einen besseren Schutz von Christen, Jesiden und anderen religiösen Minderheiten in Asylunterkünften. "Der Islam gehört zu Deutschland, Islamismus dagegen eindeutig nicht", sagte er. Toleranz dürfe nicht als Schwäche missverstanden und ausgenutzt werden.

Ähnlich argumentiert auch Ali Ertan Toprak, Vorsitzender der Kurdischen Gemeinden in Deutschland. Es könne nicht angehen, dass Asylbewerber "andere Minderheiten diskriminieren und angreifen", sagt er. "Solche Leute haben ihr Asylrecht in Deutschland verwirkt. Menschen, die vor Unterdrückung geflohen sind, dürfen nicht in Deutschland um ihr Leben fürchten."

### **Gewaltausbruch in Suhl**

In den vergangenen Monaten hat es immer wieder Berichte von Konflikten zwischen Flüchtlingen unterschiedlicher Religionszugehörigkeiten gegeben. In Suhl eskalierte Ende August ein Streit mit mutmaßlich religiösem Hintergrund in einer Flüchtlingsunterkunft so sehr, dass es zu 17 Verletzten kam, darunter sechs Polizisten.

Konkrete Zahlen, wie häufig es zu ähnlichen Konflikten kommt, gibt es jedoch nicht. Das liegt unter anderem daran, dass die Religionszugehörigkeit von Flüchtlingen meist nicht erfasst wird. Ohne entsprechende Sprachkenntnisse kann das Personal in den Heimen die Ursachen für Streitereien oft auch nicht erkennen. Özdemir plädiert deshalb auch für eine Sensibilisierung aller haupt- und ehrenamtlichen Helfer in den Flüchtlingsunterkünften "für Anzeichen von religiöser und politischer Unterdrückung - egal woher sie stammt".

Das einzige Bundesland, das derzeit versucht, Flüchtlinge getrennt nach Herkunft unterzubringen, ist **Thüringen**. Das hat Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) nach dem Gewaltausbruch in Suhl entschieden. **"Wir achten auf eine konflikt sensible Unterbringung und versuchen, Menschen aus unterschiedlichen Ländern auf verschiedene Stockwerke oder eigene Unterkünfte zu verteilen", sagte Thüringens Justiz- und Migrationsminister Dieter Lauinger (Grüne). "Das ist in der derzeitigen Krisensituation nur eingeschränkt möglich, wir wollen es aber ausbauen, sobald der Zuzug wieder geordnet abläuft."**

**Eine Trennung nach Religionen hält er jedoch für falsch. Gerade intensiv religiöse Muslime müssten lernen, mit anderen Religionen zu leben.**

## Frankreich fliegt erstmals Angriffe auf IS-Miliz in Syrien

Es diene der „nationalen Sicherheit“: Präsident Hollande lässt die französische Luftwaffe Stellungen des IS in Syrien bombardieren. Zugleich setzt der Westen vor der UN-Generaldebatte auf Diplomatie - und Putin.

27.09.2015

Frankreich hat erstmals in Syrien Stellungen der Extremistenorganisation „Islamischer Staat“, (IS) bombardiert, wie das Präsidialamt am Sonntag in Paris mitteilte. Vor dem Beginn der UN-Generaldebatte in New York, bei der Präsident [Wladimir Putin](#) die Ausweitung des militärischen Engagements Russlands in Syrien erklären will, gab es auf diplomatischer Ebene intensive Gespräche über eine politische Lösung des Konflikts.

Paris begründete die Luftangriffe in Syrien mit der Wahrung „der nationalen Sicherheit“ angesichts „der terroristischen Bedrohung“ durch die IS-Miliz. Der Einsatz sei „in Koordination mit unseren Partnern in der Region erfolgt“ und beweise die Entschlossenheit Frankreichs, gegen die Dschihadisten zu kämpfen, erklärte das Präsidialamt. Grundlage der Angriffe seien die Informationen gewesen, welche die Luftwaffe bei ihren Aufklärungsflügen in den vergangenen Woche gesammelt habe.

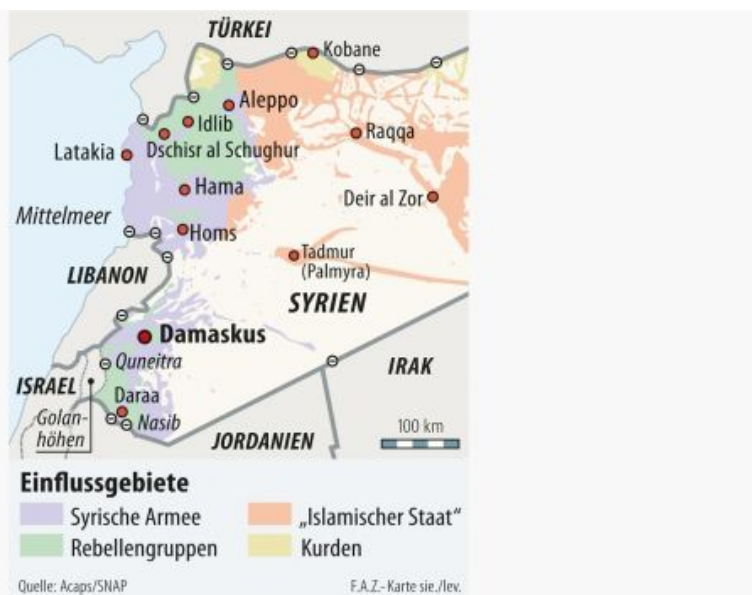
Präsident [Francois Hollande](#) hatte Anfang September die Aufnahme von Aufklärungsflügen bekannt gegeben, um Luftangriffe auf die Dschihadisten in Syrien vorzubereiten. Ende August hatte auch Großbritannien erstmals Angriffe auf die Extremisten in Syrien geflogen. Beide Länder hatten sich zuvor nur im Irak an der von den Amerikanern geführten Koalition gegen die IS-Miliz beteiligt. Eine Intervention in Syrien hatten sie gescheut, um nicht den dortigen Machthaber Baschar al Assad zu stärken.

### „Legitime Selbstverteidigung“

Der französische Premierminister Manuel Valls sprach zur Begründung für die Angriffe von „legitimer Selbstverteidigung“, da der [IS](#) Anschläge gegen Frankreich vorbereite. **Der französische Geheimdienstexperte Eric Dénécé sagte dazu, es sei „völliger Unsinn“ zu behaupten, mit Luftangriffen könnten terroristische Verschwörungen verhindert werden. Statt „einiger symbolischer Luftangriffe“ seien Bodentruppen erforderlich, um etwas zu bewirken. Der Öffentlichkeit werde „Sand in die Augen gestreut“, kritisierte Dénécé.** Frankreichs Streitkräfte holten zum ersten Luftschlag gegen den IS in Syrien aus, während Präsident Hollande in New York weilte, um an der am Montag beginnenden Generaldebatte der Vereinten Nationen teilzunehmen. Ein zentrales Thema dabei wird der Syrien-Konflikt sein. Besondere Aufmerksamkeit richtet sich auf die Rede Putins, der sich zur verstärkten militärischen Präsenz seines Landes in Syrien äußern will. Russland hatte zuletzt nahe Latakia einen Luftwaffenstützpunkt ausgebaut und nach Panzern und Artillerie auch Kampfflugzeuge geschickt.

Vor allem Washington fürchtet, dass es Russland weniger um den Kampf gegen die Dschihadisten geht als um die Stärkung Assads. Putin will nach seiner Rede in New York den amerikanischen Präsidenten Barack Obama zu einem bilateralen Gespräch treffen. Am Samstag vereinbarte Putin bei einem Telefonat mit dem saudiarabischen König Salman, die Suche nach einer politischen Lösung sowie die Zusammenarbeit im Kampf gegen die IS-Miliz zu verstärken.

Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini und der amerikanische Außenminister John Kerry trafen ihrerseits Irans Außenminister Mohammed Dschawad Sarif in New York zu Gesprächen über einen Ausweg aus dem Konflikt. Diskutiert wird derzeit auch, ob für eine politische Lösung mit Assad verhandelt werden muss. Frankreichs Außenminister Laurent Fabius sagte, ein Rücktritt Assads sei keine Bedingung für Verhandlungen, aber letztlich das Ziel.



Der Irak kündigte an, enger mit Russland,

Syrien und dem Iran gegen die Dschihadisten zusammenarbeiten. Wie ein Regierungssprecher mitteilte, wollen die vier Staaten in einem Ausschuss Erkenntnisse der Militärgeschichte austauschen. Die irakische Armee teilte ihrerseits mit, Moskau sei über die Präsenz „russischer Terroristen“ in der Konfliktregion besorgt. Laut einem Bericht der „New York Times“ schlossen sich inzwischen rund 30.000 Ausländer dem IS in Syrien und dem Irak an.

## „Wir wollen helfen, aber unsere Möglichkeiten sind endlich“

Bundespräsident Gauck bezeichnet die Flüchtlingskrise als „epochales Ereignis“. Das Ausmaß sei noch schwer zu erfassen, aber „unsere Aufnahmekapazität ist begrenzt“. Die EU-Staaten sollten ihre Außengrenzen schützen.

27.09.2015



© DPA Bundespräsident Joachim Gauck spricht zur Eröffnung der „Interkulturellen Woche“ in Mainz.

Bundespräsident Joachim Gauck hat die Deutschen angesichts der Flüchtlingskrise dazu aufgerufen, die innere Einheit im Land zu bewahren. Gauck sagte am Sonntagabend in einer Rede zur Eröffnung der „Interkulturellen Woche“ in Mainz, er habe die Bitte, „**dass sich die Besorgten und die Begeisterten nicht gegenseitig denunzieren und bekämpfen, sondern sich im konstruktiven Dialog begegnen**“. Der Bundespräsident nannte die Ankunft so vieler Flüchtlinge in Deutschland ein epochales Ereignis, „dessen Ausmaß und Tragweite wir noch schwer erfassen können“.

Einerseits seien Hilfsbereitschaft und Tatkraft der freiwilligen und der hauptamtlichen Helfer bei der Unterbringung der Ankömmlinge beeindruckend, **andererseits treibe viele die Sorge um, ob der Zuzug Deutschland überfordere**. Gauck sagte, es sei möglich, das „fundamentale Dilemma dieser Tage offen anzusprechen“. Er beschrieb es selbst: „**Wir wollen helfen. Unser Herz ist weit. Doch unsere Möglichkeiten sind endlich.**“

Einerseits habe das Asylrecht, das als Lehre aus der Zeit des Nationalsozialismus inzwischen „eingewoben“ sei in die „politische DNA“ Deutschlands, hierzulande eine herausragende Bedeutung. **Andererseits gelte: „Unsere Aufnahmekapazität ist begrenzt, auch wenn noch nicht ausgehandelt ist, wo diese Grenzen liegen.“**

Der Bundespräsident zeigte sich sicher, dass viele Flüchtlinge aktiv die Chancen ergreifen wollten, die Deutschland biete. **Um jene aber, „die Säkularismus und Moderne kritisieren und in den Traditionen und Rechtstraditionen ihrer Herkunftsregion verharren“, müsse man sich bemühen, ihnen müsse man die in Deutschland geltenden Normen erklären und sie vorleben.**

### „Spannung zwischen Wollen und Können“

Eine aktive Zivilgesellschaft und eine fähige Verwaltung könnten die Kraftanstrengung leisten, die zur Unterbringung der Flüchtlinge nötig sei.

Gauck nannte als weitere Voraussetzung allerdings, dass „**der Zustrom der Schutzsuchenden besser steuerbar wird**“. **Er nannte als Bedingung dafür, dass der Staatenverbund der EU seine äußeren Grenzen schütze**. Gauck sprach von der Spannung „zwischen dem Wollen und dem Können“. An die Flüchtlinge appellierte er, sie sollten rasch Deutsch lernen und sich integrieren.

„Wir Deutschen erwarten und erhoffen etwas von Ihnen.“

# Islamisten bedrohen Christen in Flüchtlingsheimen

Christliche Flüchtlinge sind in deutschen Asylbewerberheimen Übergriffen durch fanatische Muslime ausgesetzt, die nach der Scharia leben. Die Fundamentalisten drohen ihnen sogar mit Mord.

Von [Freia Peters](#) Politikredakteurin



"Ich kann meine Religion nicht mehr verheimlichen. Also musste ich das Heim verlassen." Ali Reza Rahmani, iranischer Christ, fühlt sich erst jetzt im Kirchenasyl sicher. Foto: Martin U. K. Lengemann

Said aus dem Iran sitzt unter einem Bild von Jesus am Kreuz, darüber persische Schriftzeichen. Es sind Bibelzitate. Johannes 8, Vers 12: "Ich bin das Licht der Welt. Wer mir nachfolgt, der wird nicht wandeln in der Finsternis."

Said ist Kickboxer. Er ist quer durch die Türkei zu Fuß gelaufen. Dass seine Probleme in Deutschland erst richtig anfangen würden, hätte er niemals gedacht. "Im Iran haben die Revolutionsgarden meinen Bruder in einer Hauskirche verhaftet. Ich bin vor dem iranischen Geheimdienst geflohen, weil ich dachte, in Deutschland kann ich endlich frei meine Religion leben", sagt Said. "Aber ich kann in meinem Asylbewerberheim nicht offen sagen, dass ich Christ bin. Dann werde ich bedroht."

Said lebt in einem Asylbewerberheim im südlichen Brandenburg nahe der Grenze zu Sachsen. Es ist eines von den "Dschungelheimen", ohne Anbindung an eine Buslinie. Dort leben vor allem syrische [Flüchtlinge](#) – meist streng gläubige sunnitische Muslime. "Sie wecken mich vor dem Morgengrauen während des Ramadan und sagen, ich solle essen, bevor die Sonne aufgeht. Wenn ich ablehne, sagen sie, ich bin ein 'kuffar', ein Ungläubiger. Sie spucken mich an", sagt Said. "Sie behandeln mich wie ein Tier. Und drohen, mich zu töten." Said sagt, er habe den Sicherheitsdienst gerufen. Den hätten seine Probleme nicht interessiert. "Das sind doch auch alles [Muslime](#)."

## *Sie schreien Koranverse. Das sind Wörter, die der IS schreit, bevor sie den Menschen die Köpfe abschneiden*

Ein syrischer Flüchtling in Gießen

über Fanatiker in seiner Unterkunft

Neben Said im Gemeindezimmer der evangelisch-lutherischen Dreieinigkeitskirche in Berlin-Steglitz sitzt Pfarrer Gottfried Martens, auf dem Schoß einen Stapel Zettel. Es sind seine Schreiben an die Leiter von diversen Flüchtlingsheimen, ans Sozialamt, ans Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales, das die Flüchtlinge auf die Notunterkünfte verteilt. Die Schreiben sind Hilferufe, in denen Martens bittet, Mitglieder seine Gemeinde zu schützen oder in ein anderes Heim zu verlegen. "Manchmal versuchen die Heimleiter zu helfen, manchmal bekomme ich gar keine Antwort", sagt Martens.

Rund 600 Afghanen und Iraner gehören zu seiner Gemeinde. Die meisten von ihnen hat er selbst getauft. "Fast alle haben große Probleme in ihren Heimen", sagt Martens. "Streng gläubige Muslime vermitteln dort die Ansicht: Wo wir sind, herrscht die [Scharia](#), herrscht unser Gesetz." In der Küche dürfen Christen ihre Speisen nicht zubereiten. Wer nicht fünfmal am Tag in Richtung Mekka betet, wird gemobbt. "Vor allem Christen, die vom Islam konvertiert sind, haben als Minderheit zu leiden", sagt Martens. "Und sie stellen sich schon die Frage: Was passiert, wenn die streng gläubigen muslimischen Flüchtlinge das Heim verlassen? Müssen wir uns als Christen in Zukunft in diesem Land verstecken?"

## Die Fanatiker klingen wie die IS-Mörder

Die Geschichte von Said ist eine von vielen der vergangenen Wochen. Im sauerländischen Hemer griffen algerische Asylbewerber einen Eritreer und seine schwangere Frau an. Beide trugen ihr Taufkreuz um den Hals. Einer schlug mit einer Glasflasche auf den Eritreer ein.

Ein junger Syrer aus einem Erstaufnahmelager in Gießen berichtet von Drohungen. Er befürchtet, dass sich unter den Flüchtlingen Anhänger der Terrorgruppe [Islamischer Staat](#) (IS) befinden. "Sie schreien Koranverse. Das sind Wörter, die der IS schreit, bevor sie den Menschen die Köpfe abschneiden. Ich kann hier nicht bleiben. Ich bin Christ", sagt er. Im baden-württembergischen Ellwangen gab es zwischen Christen, Jesiden und Muslimen eine Massenschlägerei während des Ramadan.

Besonders dramatisch ist der Fall einer christlichen Familie aus dem Irak, die in einem Aufnahmelager im bayerischen Freising untergebracht war. Der Vater berichtete einem Fernsehteam des Bayerischen Rundfunks von Schlägen und Drohungen eines syrischen Islamisten. "Sie haben meine Frau angeschrien und mein Kind geschlagen. Sie sagen: Wir werden dich töten und dein Blut trinken." Die Familie lebte im Zimmer des Heims wie in Gefangenschaft – bis sie es nicht mehr aushielt und nach Mossul in den Irak zurückkehrte.

Doch im mittlerweile islamistischen Mossul können Christen nicht mehr leben. Die Familie wurde ein drittes Mal vertrieben und ist mit den zwei kleinen Kindern nach Erbil im Nordirak weitergezogen. "Es geht ihnen sehr schlecht", sagt ihr Anwalt Christian Salek aus München. "Ich wollte ihnen gern helfen und habe auch



ans Innenministerium geschrieben, aber es gab keine Möglichkeit, sie zurück nach Deutschland zu holen." Wer einmal Asyl beantragt und dann das Land verlässt, muss unterschreiben, dass er kein zweites Mal um Aufnahme bittet.

## Die Dunkelziffer der Fälle ist hoch

"Man hätte die Familie schützen müssen", sagt Simon Jacob vom Zentralrat der orientalischen Christen. Geschichten wie diese überraschen ihn nicht mehr. "Ich kenne sehr viele Berichte von christlichen Flüchtlingen, die Angriffen ausgesetzt sind. Aber das ist nur die Spitze des Eisbergs", sagt Jacob. "Die Dunkelziffer ist hoch. Wir müssen mit weiteren Konflikten rechnen, die die Flüchtlinge aus ihrer Heimat mit nach Deutschland bringen. Zwischen Christen und Muslimen. Zwischen Schiiten und Sunniten. Zwischen Kurden und Extremisten. Zwischen Jesiden und Extremisten." Jacob plädiert dafür, die Flüchtlinge zunächst nach Religionen getrennt unterzubringen. Das aber könne keine langfristige Lösung sein.

## *Wir müssen uns von der Illusion befreien, dass alle, die hier ankommen, Menschenrechtsaktivisten sind*

Max Klingberg

Flüchtlingsexperte der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte

Jacob fordert die Formulierung eines deutschen Leitbildes, in dem die Grundwerte der Demokratie und einer pluralistischen Gesellschaft verankert sind. Religionsfreiheit. Meinungsfreiheit. Die Gleichheit von Mann und Frau. "Wir brauchen eine klare Ansage, auch als Orientierungshilfe für Flüchtlinge, auch um ihnen zu helfen, sich gegen Extremisten abzugrenzen", sagt Jacob.

"Natürlich bringen Flüchtlinge auch ihre eigenen Konflikterfahrungen mit, zum Beispiel zwischen Schiiten und Sunniten oder Christen und Muslimen", erklärt der renommierte Migrationsforscher und Historiker Klaus J. Bade. Er verlangt für die anstehenden Integrationsfragen gesellschaftspolitische Visionen und zukunftsorientierte Konzepte. Auch er fordert ein verstärktes Leitbild, mit dem sich die Deutschen, aber auch die Flüchtlinge identifizieren können – und müssen. "Das ist der Preis, den jeder Zuwanderer zahlen muss, der in Deutschland leben will." Bade fordert an den Integrationskurs angegliederte Orientierungshilfen, die zugeschnitten sind auf das jeweilige Herkunftsland.

## Christen und Jesiden sind am häufigsten in Gefahr

"Häufig geht die Aggression von [Afghanen](#) oder Pakistanern aus, sie sind oft noch islamistischer als manche Syrer und Iraker", sagt Max Klingberg von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, seit 15 Jahren in der Flüchtlingsbetreuung aktiv. Er geht davon aus, dass die Gewalt in den Asylunterkünften weiter zunehmen wird. "Wir müssen uns von der Illusion befreien, dass alle, die hier ankommen, Menschenrechtsaktivisten sind. Unter den jetzt Ankommenden ist ein nicht kleiner Anteil in seiner religiösen Intensität mindestens auf dem Niveau der Muslimbrüder."

## *Als Christ bin ich im Asylbewerberheim nicht sicher*

Ali Reza Rahmani

Flüchtling

Je enger die Menschen zusammenlebten, desto eher brächen politische und religiöse Konflikte hervor. "Ehrenamtliche berichten von Aggressionen bis hin zu Enthauptungsdrohungen von Sunniten gegen Schiiten, doch am härtesten trifft es Jesiden und Christen", sagt Klingberg. "Bei christlichen Konvertiten, die ihren Glauben nicht verheimlichen, geht die Wahrscheinlichkeit, Opfer von Übergriffen oder Mobbing zu werden, gegen 100 Prozent."

Das einzige Bundesland, das derzeit versucht, Flüchtlinge getrennt nach Herkunft unterzubringen, ist Thüringen. Die Entscheidung fällte Ministerpräsident [Bodo Ramelow](#) (Linke) nach dem [Gewaltausbruch](#) in einer Flüchtlingsunterkunft in Suhl im vergangenen Monat.

Die Umsetzung ist schwierig. "Wir achten auf eine konflikt sensible Unterbringung und versuchen, Menschen aus unterschiedlichen Ländern auf verschiedene Stockwerke oder eigene Unterkünfte zu verteilen", sagt Thüringens Justiz- und Migrationsminister Dieter Lauinger (Grüne). "Das ist in der derzeitigen Krisensituation nur eingeschränkt möglich, wir wollen es aber ausbauen, sobald der Zuzug wieder geordnet abläuft."

Eine Trennung nach Religionen hält Lauinger aber für falsch: Gerade intensiv religiöse Muslime müssten lernen, mit anderen Religionen zu leben. "Es ist ein Spagat zwischen der konfliktvermeidenden getrennten Unterbringung und der klaren Anforderung, andere Kulturen und Religionen zu dulden."

Ali Reza Rahmani aus dem Iran trägt sein Taufkreuz um den Hals, ums Handgelenk bunte Bändchen. Weil er sich im Heim nicht mehr sicher fühlte, hat Pfarrer Martens ihm Kirchenasyl gewährt. "Ich kann nicht mehr verheimlichen, dass ich Christ bin", sagt Rahmani, der in der Gemeinde nach seinem Taufnamen Elia genannt wird. "Als Christ bin ich im Asylbewerberheim nicht sicher."

Die Anfeindungen gegen Said und Elia seien keine Einzelfälle, sagt Martens. "Es handelt sich längst um ein flächendeckendes Problem." In der Kirche fühlen die Flüchtlinge sich sicher. Aber ein Dauerzustand könne das nicht sein. Trotzdem hat Martens gerade neue Klappmatratzen im Sonderangebot gekauft.

129,65

## Intervention française en Syrie : plan de frappes ou plan de com ?

Bien des questions planent sur les frappes françaises en Syrie. Ou quand les opérations militaires sont mises au service d'un plan de communication politique !

PAR JEAN GUISNEL

Publié le 27/09/2015 à 11:27 - Modifié le 27/09/2015 à 15:58 | [Le Point.fr](http://www.lepoint.fr)

Les frappes engagées dimanche matin par [la France contre le territoire syrien](#) sont tout sauf une surprise. La décision politique de changer la posture militaire contre Daesh en frappant le groupe terroriste dans son sanctuaire syrien a été prise par [François Hollande](#) le 4 septembre dernier en conseil de défense, et [a fait depuis l'objet d'une communication graduée mais intense](#). L'annonce politique a été suivie la semaine suivante d'une communication sur le démarrage des vols de reconnaissance, qui se traduisent aujourd'hui par l'annonce des frappes.

Le ministre de la Défense [Jean-Yves Le Drian](#) avait estimé : « La donne a changé, et nous ne pouvons plus nous permettre de laisser la [Syrie](#), principal repaire de Daesh, demeurer un angle mort de notre politique au Levant. » Les opérations militaires sont clairement mises à profit par l'Élysée pour occuper le terrain médiatique, alors même que – sauf surprise – les frappes de ce dimanche matin ont été peu nombreuses. On peut gager que, dans la journée, des détails et des images seront distillés au compte-gouttes, pour assurer de bonnes reprises sur les chaînes d'information en continu.

### Nombreuses questions en suspens

Dès lors qu'aucune possibilité de recouper les informations élyséennes par des sources indépendantes n'existe, force est de s'en tenir au communiqué présidentiel matinal. L'information brute tient en six mots : « [La France a frappé en Syrie](#). » So what ? C'était attendu, annoncé, déjà commenté... À ce stade, il faut s'en contenter. Combien d'avions, de quel type et d'où venaient-ils ? Frappes d'opportunité ou cibles préparées ? Et le pluriel est-il même de mise, puisque les termes employés ne permettent pas de savoir s'il y a eu plus d'une seule cible ? Quels armements et quels objectifs précis, matériels ou humains ? Quels résultats concrets ? Sur des « dossiers d'objectifs » purement nationaux ou préparés par la coalition ?

Sur ce dernier point, Paris continue d'entretenir le flou en se contentant d'affirmer que la ou les frappes ont été conduites « dans le respect de notre autonomie d'action, en coordination avec nos partenaires de la coalition. » C'est-à-dire exactement comme cela se passe depuis le début de l'opération Chammal. De même que la motivation politique de cette action dominicale n'est pas une nouveauté, puisque le communiqué précise : « Nous frapperons à chaque fois que notre sécurité nationale sera en jeu. »

### Principale annonce

Alors que François Hollande sera dès dimanche après-midi à New York pour l'Assemblée générale des Nations unies, la date de l'action militaire contre Daesh en Syrie n'a pas été choisie au hasard. D'autant moins que l'environnement de la guerre a changé une nouvelle fois ces derniers jours, avec [l'implication croissante de la Russie dans le soutien à Bachar el-Assad](#) et le changement d'attitude de deux protagonistes majeurs de la crise : la chancelière allemande Angela Merkel et le président turc Recep Tayyip Erdogan.

La première a déclaré que pour sortir de cette crise majeure qui force les Syriens à l'exil, « il faut parler avec de nombreux acteurs, et cela implique Assad ». Quant à Erdogan, il juge désormais que son pire ennemi, Bachar el-Assad, pourrait rester au pouvoir le temps d'organiser la transition en Syrie. L'Élysée rappelle : « Plus que jamais, l'urgence est à la mise en place d'une transition politique, qui associe des éléments du régime et de l'opposition modérée. » Reste à savoir si Paris estime que Bachar el-Assad pourrait devenir un « élément du régime ». Ce qui était jusqu'à présent exclu.



## Putin reaffirms support for Assad as he decries 'propaganda' against Syria

Russian president rejects allegations of gangsterism from the likes of Marco Rubio: 'How can I be a gangster if I worked for the KGB?'

Vladimir Putin has held firm in his support for Bashar al-Assad. Photograph: Alexei Nikolsky/ITAR-TASS Photo/Corbis

.....  
**Julian Borger** in New York

Monday 28 September 2015 00.01 BST Last modified on Monday 28 September 2015 08.09 BST

Vladimir Putin has strengthened his support for the Syrian president, [Bashar al-Assad](#), dismissing evidence of widespread atrocities as enemy "propaganda" hours before a high-stakes US-Russian summit in which Assad's fate is likely to be the most contentious issue.

In a [wide-ranging interview](#) with the CBS programme 60 Minutes, the Russian president offered some conciliatory language, praising America for its "creativity and open-mindedness". He shrugged off [descriptions of him as a gangster](#), asking "How can I be a gangster if I worked for the KGB?"

But it was Putin's remarks on Syria that carried the most significance: he will be meeting Barack Obama [at the UN general assembly on Monday](#) for talks about the international response to the Syrian war and the global humanitarian crisis it has triggered. His remarks come weeks after [he deployed warplanes and an estimated 1,700 troops](#) to western Syria to help prop up the Assad regime in the name of fighting of Islamic State and other terrorism groups.

The White House has said it would welcome a Russian role in the fight against Isis but insists that Assad's departure from power has to be part of the solution. His regime's atrocities against civilians, through daily barrel bombing of residential areas and other means, mean that his continued presence serves as a recruitment tool for extremists, it says.

In the interview aired on Sunday, however, Putin flatly rejected the evidence of war crimes by the Assad regime. The former KGB officer said: "Speaking in a professional language of intelligence services, I can tell you that this kind of assessment is an 'active measure' by enemies of Assad. It is anti-Syrian propaganda.

"We support the legitimate government of [Syria](#)," Putin said. "And there is no other solution to the Syrian crisis than strengthening the effective government structures and rendering them help in fighting terrorism – but at the same time urging them to engage in positive dialogue with the rational opposition and conduct reform."

He said that the Russian troops currently in Syria were not there to conduct combat operations, but he did not rule out that happening in the future.

"Russia will not participate in any troop operations in the territory of Syria or in any other states. Well, at least we don't plan on it right now," Putin said. "But we are considering intensifying our work with both President Assad and with our partners in other countries."

Iran's president Hassan Rouhani said on Sunday evening that his country's outlook was close to the Russians'. Tehran was willing to work with other countries in Syria but only if their priority was to fight terrorism, not change the regime in Damascus, he said.

“This doesn’t mean the Syrian government is not in need of reform,” Rouhani said. “But if a government says it simultaneously wants to fight terrorism and change the government in Damascus, it will be a futile effort.”

Russian actions in Syria have exacerbated the dilemma in Washington and allied capitals over what to do about the Syrian conflict. Despite the United States’ denunciation of the regime’s atrocities, it has not been prepared to confront Assad with military force. Costly efforts to support moderate rebel groups have resulted in only four or five US-backed armed guerrillas on Syrian territory. A former top aide to Obama on Middle East argued on Sunday that in the absence of realistic means to oust Assad, it was better to enter negotiations without demanding Assad’s departure as a precondition.

“There may have been a time when it seemed that violence – an insurgency to overthrow the Assad dictatorship – was worth the lives it would cost in an attempt to produce better and more humane governance in Syria. That time has long past,” Philip Gordon [wrote in Politico Magazine](#).

Instead, Gordon suggested the US explore the potential of local and regional ceasefires. Iran and Turkey have recently helped rebels and the regime [agree to a precarious ceasefire](#) around the city of Idlib, which an regime undertaking not to carry out aerial bombing.

In other remarks in his 60 Minutes interview, Putin offered some rare praise for Americans and in particular for their creativity: “Creativity when it comes to tackling your problems. Their openness, openness and open-mindedness. Because it allows them to unleash the inner potential of their people. And thanks to that, America has attained such amazing results in developing their country.”

Putin said that his KGB past had helped his performance as president, saying: “Anything that we do, all this knowledge we acquire, all the experience, we’ll have it forever and we’ll keep that. And we’ll use it somehow.” He also pointed to that professional background to ridicule allegations of gangsterism, in particular from Republican presidential candidate, Marco Rubio.

“How can I be a gangster if I worked for the KGB?” Putin asked. “Come on. That does not correspond to reality.”

<http://www.eurotopics.net/en/home/presseschau/aeltere/NEWSLETTER-2015-09-22-Scandal-over-exhaust-emissions-at-VW>

129,68

Göteborgs-Posten - Sweden

## **Exodus to Europe: Cost-benefit analyses inappropriate**

The refugee problem is generally examined mainly from a cost-benefit perspective in Sweden, author Torbjörn Elenensky writes in the liberal daily Göteborgs-Posten, arguing that this distorts the issue: "We're told that we need the refugees so they can take over our work when we retire and because they do the jobs we don't want to do. ... **What kind of a view of humanity is that?** Who are we trying to convince? **The biggest problem with such arguments is also that they're wrong.** We don't need more workers - technological developments are increasingly reducing the number of jobs on the market. ... If we justify taking in refugees with the argument that we need workers, the opposite can easily be proved as well. **It's dangerous to base political assumptions on false premises, because then politics in general will lose its credibility. Taking in refugees is quite simply an irrefutable moral obligation.**" (22/09/2015)

[» full article](#) (external link, Swedish)

129,69

Press review | 23/09/2015

MAIN FOCUS

## Refugee distribution by majority decision



The ministers did not decide on fixed quotas for the distribution of refugees that would also apply in the future. (© picture-alliance/dpa)

The interior ministers of the EU pushed through on Tuesday the distribution of 120,000 refugees among member states against the votes of the Czech Republic, Hungary, Romania and Slovakia. While some commentators see this as a step towards a common EU policy on asylum, others fear that the majority decision on this major issue may leave the EU divided for good.

[Zeit Online - Germany](#)

### A first step towards a common EU asylum policy

An agreement on the distribution of the 120,000 refugees is the first test on the path to a common EU asylum and immigration policy, comments the liberal website Zeit Online: "That includes the permanent distribution of the newcomers according to fixed quotas as well as harmonised asylum and provision standards and quotas for taking in work migrants from regions like the Balkans. It also includes registration and reception centres on external borders, and their surveillance. But above all a replacement must be found for the Dublin Regulation, which has utterly failed. ... [All this] would be a step towards getting the migration movement back under control and preventing individual countries, including Germany, from becoming completely overburdened. The interior ministers' decision could be a first step in that direction." (22/09/2015)

[» full article \(external link, German\)](#)

More from the press review on the subject [» Crises / War](#), [» EU Policy](#), [» Migration](#), [» Europe](#), [» Global](#)

All available articles from [» Ludwig Greven](#)

Who's saying what [» EU states distribute refugees](#)

[Hospodářské noviny - Czech Republic](#)

### Czech Republic can cope with refugees

Prague only has itself to blame for its defeat at the meeting of the EU interior ministers, the liberal business paper Hospodářské noviny believes: "A team that's beaten 4:23 in sports has done something wrong - both in the attack and in the defence. ... Our defence was naive and weak. No one could take us seriously when we said that the quotas made no sense because all the migrants wanted to go to Germany or Sweden anyway. ... It makes no difference if the quotas mean three or ten thousand refugees for the Czech Republic. We're a self-assured country that will have no problem absorbing one or two people from other cultures for every thousand Czechs. That's something we've already grown used to with the Vietnamese and Ukrainians. We're a happy country that happens to be located in a happy part of the world. And for that reason we can afford to be generous - the way Europe was generous to us after 1989." (23/09/2015)

[» to the homepage \(external link, Hospodářské noviny\)](#)

More from the press review on the subject [» EU Policy](#), [» Domestic Policy](#), [» Migration](#), [» EU neighbourhood policy](#), [» Germany](#), [» Czech Republic](#), [» Middle East](#), [» North Africa](#)

All available articles from » [Petr Honzeik](#)

Who's say

ing what » [EU states distribute refugees](#)

[Pravda - Slovakia](#)

### **You can't enforce solidarity**

Slovakian Prime Minister Robert Fico vehemently rejected the quota regulation on Tuesday evening, saying that Slovakia won't implement the plan as long as he's in power. The left-leaning daily Pravda supports Fico's stance: "The quota won't do anything to ease the crisis. On the contrary, human traffickers can rub their hands in delight. The migrants know that the EU will take them in, and that in the worst case they'll get sent to one of the poorest post-communist countries. ... In a few months the discussion will presumably revolve around the real problem - the protection of the EU's external borders. But we're losing valuable time in all this, because more and more refugees are arriving every day. No one can force countries to show solidarity. On the other hand we would now have a better bargaining position if our government had willingly taken in migrants." (23/09/2015)

» [to the homepage](#) (external link, Pravda)

More from the press review on the subject » [EU Policy](#), » [Migration](#), » [Philosophy](#), » [Slovakia](#), » [Europe](#), » [Middle East](#), » [North Africa](#)

All available articles from » [Marián Repa](#)

Who's saying what » [Eastern Europe resists refugees](#)

[La Stampa - Italy](#)

### **EU opts for division**

The decision reached by the EU interior ministers is understandable in view of the refugee crisis but it puts the entire Union at stake, the liberal daily La Stampa warns: "Faced with the choice between paralysis and rupture, the EU seems to have opted for division - a decision that has yet to be ratified by the EU leaders on Wednesday. The meeting of the EU leaders promises to be not only agitated but traumatic. Because no one is unaware of the traumatic impact the formation of a majority and minority on an issue of vital importance for the EU entails. ... The victims of the cruel Syrian civil war are not to blame, but without a jointly agreed and viable solution their crisis is becoming Europe's crisis. A Europe that is incapable of meeting the challenge in unity and that may be doomed to pay a high price - both in terms of stability and security and regarding its own future." (23/09/2015)

» [to the homepage](#) (external link, La Stampa)

More from the press review on the subject » [EU Policy](#), » [Migration](#), » [Europe](#), » [Eastern Europe](#)

All available articles from » [Roberto Toscano](#)

Who's saying what » [EU states distribute refugees](#)

## „Ein Land der Zuversicht“

In einer Rede zur Eröffnung der „Interkulturellen Woche“ am Sonntagabend in Mainz hat Bundespräsident Joachim Gauck zur Aufnahme von Flüchtlingen und die Folgen für Deutschland gesprochen. FAZ.NET dokumentiert die Rede im Wortlaut.

27.09.2015



© DPA Bundespräsident Joachim Gauck

Wie schön, dass ich heute gemeinsam mit Ihnen die 40. Interkulturelle Woche eröffnen kann. Ich gratuliere herzlich zu diesem Jubiläum und zugleich zu einer guten Idee, die 1975 von den großen christlichen Kirchen in die Tat umgesetzt wurde. „Woche des ausländischen Mitbürgers“ hieß das Projekt in den ersten Jahren. Allein am Namenswechsel ist zu sehen, welchen Weg Sie und wir alle zurückgelegt haben. Neue Partner sind hinzugekommen, aber das Ziel ist dasselbe geblieben: Gemeinsam treten Sie ein für eine offene und tolerante Gesellschaft.

Erlauben Sie mir, in diesem Jahr nicht allgemein über Integration und interkulturelle Begegnungen zu sprechen – wohl wissend, dass wir gerade in Ihrem Kreis auf viele positive Erfahrungen zurückgreifen können, die uns bei der Bewältigung der gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen hilfreich sein können.

Ich möchte stattdessen über die Aufnahme von **Flüchtlingen** sprechen, also über das, was uns alle zurzeit beschäftigt. Ich bin sicher: auch und gerade Sie, die Teilnehmer der Interkulturellen Woche.

Wir spüren, dass die Ereignisse der vergangenen Monate außergewöhnlich sind. Was wir sehen, beunruhigt viele und fordert uns alle heraus. Wir ahnen, wenn wir die Bilder sehen aus Ungarn, vom Balkan, aus Griechenland und Italien, aus der Türkei und aus Syrien, dass wir es mit einem epochalen Ereignis zu tun haben, dessen Ausmaß und Tragweite wir noch schwer erfassen können. Wir ahnen, dass der Zug der Flüchtenden, der vor allem in Deutschland sein erhofftes Ziel findet, unser Land verändern wird. Wie – das liegt an uns.

In dieser Situation, in der es in Europa wie in Deutschland keine Lösungen gibt, die alle zufriedenstellen, ist der Entscheidungsdruck gleichwohl enorm. Und es gibt Handlungszwänge. Wir haben jüngst erlebt, wie eine sehr verständliche, menschliche Entscheidung der **Bundesregierung** auf begeisterte Zustimmung, aber auch auf deutliche Reserve, ja sogar Ablehnung stieß. Eine Reihe europäischer Stimmen warnt davor, rechtliche Standards würden durch Entscheidungen aus dem Herzen heraus verwässert. Auch im Inland hat eine lebhafte Debatte darüber begonnen, welche nächsten Schritte erforderlich sind, und was uns eigentlich leiten soll in der Flüchtlingspolitik.

Lassen Sie mich zunächst sagen: Mit wem ich in diesen Tagen auch spreche, ob mit Bürgern oder Amtsträgern, ob ich Flüchtlingsunterkünfte besuche oder politische Versammlungen, überall sind die Menschen, wie ich, tief beeindruckt von der Hilfsbereitschaft und dem Engagement der vielen tausend freiwilligen und hauptamtlichen Helferinnen und Helfer, auch der Kommunen und Länder.

Aber zugleich treibt viele die Sorge um: Wie kann Deutschland auch in Zukunft offen bleiben für Flüchtlinge, wenn zu den vielen, die schon da sind, viele weitere hinzukommen? Wird der Zuzug uns irgendwann überfordern? Werden die Kräfte unseres wohlhabenden und stabilen Landes irgendwann über das Maß hinaus beansprucht? Mir geht der Satz eines Vertreters der nordrhein-westfälischen Kommunen nicht aus dem Kopf. Er sagte: „Die Profis und Ehrenamtler können nicht mehr. Sie stehen mit dem Rücken zur Wand.“ Und er fügte hinzu, 2016 sei für die Gemeinden ein vergleichbar hoher Zustrom wie in diesem Jahr nicht mehr zu verkraften.

Inzwischen trauen wir uns, das fundamentale Dilemma dieser Tage offen anzusprechen: Wir wollen helfen. Unser Herz ist weit. Doch unsere Möglichkeiten sind endlich.

Wir kennen den rechtlichen Rahmen. Unser Asyl- und Flüchtlingsrecht fragt bei jedem Einzelnen nur danach, ob die Voraussetzungen der Schutzgewährung vorliegen. Es bemisst sich nicht nach Zahlen. Und doch wissen wir: Unsere Aufnahmekapazität ist begrenzt, auch wenn noch nicht ausgehandelt ist, wo diese Grenzen liegen. Aus all dem folgt für mich: Wir brauchen gründliche Analysen und eine breite gesellschaftliche Debatte darüber, wie wir eine humane Aufnahmepolitik und eine gesellschaftliche Aufnahmebereitschaft auch in Zukunft sichern können. Einem Gedanken meines Vorgängers **Johannes Rau** folgend, sollten wir uns dabei „weder von Ängsten noch von Träumereien“ leiten lassen.

Migration – sei sie freiwillig oder erzwungen – hat es zu allen Zeiten gegeben. Sie ist ein Teil der Menschheitsgeschichte, auch der großen Menschheitsdramen. Denn Menschen suchen sich nicht nur eine neue Heimat, weil sie sich ein besseres Leben wünschen. Oft genug treibt sie der verzweifelte Wunsch, das eigene Leben zu retten. So sehr wir auch wünschten, es wäre anders: Verfolgung, Krieg und Bürgerkrieg sind nicht nur Geschichte, sie sind Gegenwart. Sie treiben Menschen in die Flucht. Das erleben wir gerade. Wir erleben, dass wir Fluchtursachen bekämpfen müssen und doch nicht immer können.

Das Asylrecht hat in der Bundesrepublik Deutschland eine herausragende Bedeutung. Das ist wesentlich eine Lehre aus der Schreckenszeit des Nationalsozialismus, als Juden und politisch Verfolgte in anderen Ländern Schutz suchen mussten. Was es bedeutet, auf die Aufnahmebereitschaft anderer Staaten angewiesen zu sein, das bezeugen Menschen wie **Hannah Arendt** und Willy Brandt, Fritz Bauer und Thomas Mann. Von ihrer Erfahrung wollte die Bundesrepublik in ihren frühen Jahren wenig wissen. Inzwischen, nach langen Auseinandersetzungen und schmerzhaften Lernprozessen, ist

sie eingewoben in die politische DNA unseres Landes. Diese Geschichte hat sich uns eingeprägt. Sie schwingt mit, wenn wir heute Flüchtenden Schutz bieten, wenn wir politisch Verfolgten Asyl gewähren.

Es darf uns freuen, dass aus dem Land, aus dem vor einem Menschenleben Hunderttausende fliehen mussten, heute ein Zufluchtsort geworden ist. Nahezu überall wird die Hoffnung, die Flüchtlinge in dieses Deutschland setzen, mit Mitgefühl, Herzlichkeit und Offenheit belohnt. Szenen der Freude, wie wir sie in München und andernorts gesehen haben, sie werden uns im Gedächtnis bleiben. Sie werden sich nicht beliebig wiederholen lassen, aber sie bleiben eingelagert in der kollektiven Erinnerung. So werden sie zu unserem Selbstverständnis gehören, uns daran erinnern, dass Solidarität Freude macht – und Freunde.

Meine Damen und Herren,

wenn Menschen zu Hunderttausenden zu uns kommen, aus einem fernen Land mit einer fremden Kultur, ihre ganze Habe in einer Plastiktüte, dann kommen mit den Menschen Herausforderungen – und, ja, Konflikte. Das ist ganz unvermeidlich.

Zunächst einmal stehen wir vor enormen Organisationsaufgaben. Allein schon die Anerkennungsverfahren: So viele Anträge in so kurzer Zeit, zudem die Belastung dadurch, dass Menschen zurückgewiesen werden müssen. Angesichts des schnellen Zustroms muss der Staat den Bau von Wohnungen fördern und Schulen bauen, Lehrer und Kindergärtner einstellen, Arbeitswelt und Berufsbildung anpassen, deutsche Sprache und deutsches Recht lehren. Und das alles gleichzeitig. Er muss, kurz zusammengefasst, eine sehr große Gruppe von Neuankömmlingen mit dem Nötigsten versorgen und ihnen, falls sie bleiben, Chancen eröffnen.

Für diese Aufgabe gibt es kein Vorbild. So sehr wir Sicherheit und Planungstreue erwarten, so sehr wir uns nach einem Gesamtkonzept sehnen, so müssen wir doch erkennen: Was jetzt gebraucht wird, sind neben Ordnung auch Flexibilität und Fantasie. Beides beschreibt nicht das Versagen, sondern auch eine Tugend des Gemeinwesens in der aktuellen Krisensituation. Lernen in einer zugespitzten Situation, das meint aber nicht allein, ein paar eherne Vorschriften zu lockern. Es geht darum, eine kreative Haltung zu fördern, die nicht sagt, warum etwas unmöglich ist, sondern fragt, wie es möglich wird.

Selbst der größte Ideenreichtum, selbst hohe finanzielle Mittel werden aber nicht ausreichen, um Konflikte gänzlich abzuwenden. In diesen Wochen und in absehbarer Zukunft werden wohl weniger Wohnungen fertiggestellt, als Menschen kommen. Wettbewerb um Wohnraum, besonders preiswerten Wohnraum, dürfte unvermeidlich sein. Es ist ungewiss, ob es überall sofort hinreichend Plätze in Kindertagesstätten und Schulen geben wird. Die Verantwortlichen in Städten und Gemeinden mühen sich nach Kräften. Aber wir alle wissen, in welcher schwieriger Lage die Haushalte vieler Kommunen seit längerem sind. Ich habe den größten Respekt vor dem, was gerade in unseren Städten und Gemeinden geleistet wird. Große Aufgaben kommen jetzt auch auf Bildungseinrichtungen und Unternehmen zu: Arbeit, für diejenigen, die arbeiten dürfen, ist zwar mancherorts vorhanden, oft jedoch nicht jene Arbeit, die gesucht wird. Erforderliche Qualifikationen werden fehlen, genauso Sprachkenntnisse. Auf die sozialen Sicherungssysteme kommen zunächst Kosten zu, denn erst später werden aus den neuen Nutznießern auch Einzahler.

So manchem werden die Folgen der gegenwärtigen Notaufnahme von Flüchtlingen nicht gefallen. Turnhallen stehen für den Schulsport nicht zur Verfügung. Grünanlagen und Schwimmbäder verwandeln sich in Notunterkünfte. Manche Beschwerde kann ich durchaus nachvollziehen.

Da hilft nur eins: Wir müssen schnell handeln. Es gilt, Spannungen zwischen Neuankömmlingen und Alteingesessenen so weit wie irgend möglich zu vermeiden. Das wird am besten gelingen, wenn die einen wie die anderen sich nicht übervorteilt fühlen. Deutschland hat in seiner Geschichte wiederholt bewiesen, dass es Engpässe überwinden und materielle Herausforderungen meistern kann. Es muss dabei eine solidarische Gesellschaft bleiben, für alle seine Einwohner, alte wie neue. Um das sicherzustellen, haben sich Bund und Länder in der vergangenen Woche auf weitreichende Maßnahmen geeinigt.

Es gibt aber auch Herausforderungen, die durch keine Haushaltszuweisung, kein Investitionsprogramm gemeistert werden können. Integration ist ein langwieriger, kultureller Prozess und eine gemeinschaftliche Anstrengung. Große neue Bevölkerungsgruppen werden zu verbinden sein mit der Mehrheitsgesellschaft. Beide Seiten müssen allerdings auch bereit sein, diesen Weg zu gehen.

Die Bundesrepublik hat jahrzehntelange Erfahrung mit Zuwanderung. Der rechtliche Rahmen dafür hat sich erst langsam entwickelt und die Republik kennt bis heute zwar viele Regeln, aber kein Einwanderungsgesetz. Neben Erfolgen gab es auch viele Fehler und Versäumnisse. Ausnahmsweise zitiere ich an dieser Stelle einen aktiven Politiker – allerdings aus einer Einwandererfamilie. [Cem Özdemir](#). Er hat es auf die Formel gebracht: „Gute Integration heißt, frühere Fehler zu vermeiden.“

Die Aufgabe ist nun: schneller und intensiver Deutsch lehren! Flüchtlinge, die bleiben, schneller ausbilden, umschulen und arbeiten lassen! Sie schneller aufnehmen in unsere Vereine und Organisationen! Sie schneller spüren lassen, dass sie dazugehören, dass wir zusammen eine Gemeinschaft bilden!

Bei vielen, die zu uns kommen, werden wir erleben, dass sie Freiheit und Frieden schätzen und die Chancen ergreifen, die ihnen unser Land bietet. Sie sind ja gerade deshalb geflohen, weil sie selbst sich in Unterdrückung und Krieg so sehr nach einer politischen Ordnung sehnten, die dem Einzelnen Entfaltungsmöglichkeiten und den Vielen Frieden, Recht und Gerechtigkeit bietet. Diese Menschen werden schnell verstehen, dass der größte Schatz dieser Republik ihre Verfassung ist. Das Grundgesetz, das die Rechte und die Würde eines jeden Individuums schützt, das Volkssouveränität und Gewaltenteilung sichert und das die Grundlage bildet für die Toleranz und die Offenheit, die es auch Fremden erlaubt, heimisch zu werden.

Und dann wird es Menschen geben, die sich lange fremd fühlen werden in Deutschland. Die unter Freiheit nur Schrankenlosigkeit verstehen. Die Säkularismus und Moderne kritisieren und in den Traditionen und Rechtstraditionen ihrer Herkunftsregionen verharren. Um diese Menschen müssen wir uns bemühen, um sie müssen wir werben und ihnen dabei unsere Normen erklären und vorleben. Hier sehe ich eine besondere Aufgabe für jene Menschen, die schon früher angekommen sind in Deutschland. Gerade sie können zu Brückenbauern werden für die neuen Zuwanderer.

Schließlich werden sich unter die Ankommenden Menschen mischen – sehr wenige, wie ich hoffe – die Konflikte aus ihrer Heimat auf deutschem Boden weiterführen wollen: Fundamentalisten und andere Ideologen, die unsere Gesetze missachten und die freiheitliche Ordnung bekämpfen. Denen sage



ich: Wir wollen in diesem Land keinen religiösen Fanatismus. Gotteskrieger müssen wissen: Der Rechtsstaat duldet keine Gewalt. Er wird die Täter konsequent verfolgen.

Dasselbe gilt übrigens für jene Gewalttäter, die sich Asylgegner nennen und Flüchtlingsheime anzünden. Auch rechtsradikale Brandstifter und Hetzer müssen wissen: Es gibt keine rechtsfreien Räume in diesem Land.

Meine Damen und Herren,

die Herausforderungen sind erheblich. Sie zu bewältigen, wird Geld, Zeit und Mühe kosten. Es ist eine Kraftanstrengung, wie sie die Bundesrepublik selten meistern musste. Auch unpopuläre Entscheidungen und unbequeme Schritte werden notwendig sein. Aber die Bewältigung dieser Aufgaben kann gelingen – mit Hilfe einer aktiven Zivilgesellschaft, mit einer fähigen Verwaltung – und, ja, wenn der Zustrom der Schutzsuchenden besser steuerbar wird.

Das zentrale Dilemma unserer Tage lässt sich nicht einfach vermeiden oder wegdiskutieren: Dem humanen Wollen zur möglichst unbegrenzten Hilfe stehen am Ende begrenzte Möglichkeiten gegenüber.

In jedem von uns wohnen zwei Seelen: Es ist einerseits die Erfahrung der Geschichte, es sind unser Selbstbild und unsere Achtung vor den universellen Werten der Aufklärung, die uns sagen lassen: Es muss Staaten geben, in die Menschen flüchten können, solange es Krieg und Verfolgung gibt. Unser Deutschland muss einer dieser Staaten sein und bleiben.

Damit das so bleibt, müssen Staaten und ein Staatenverbund wie die Europäische Union ihre äußeren Grenzen schützen. Denn nur so können sie die Kernaufgaben eines staatlichen Gemeinwesens erfüllen: die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und letztlich des inneren Friedens. Sie sind die Voraussetzung dafür, überhaupt Flüchtlinge in großer Zahl aufnehmen zu können.

Indem wir die Spannung erkennen zwischen dem Wollen und dem Können, öffnen wir uns für die Schwierigkeiten, die vor uns liegen. Es gilt, in einem Wertekonflikt kluge Entscheidungen zu treffen. Gerade weil das so schwer ist, sollte unser Respekt allen gelten, die es versuchen. Denen, die sich verantwortungsbewusst an der Debatte über dieses Dilemma beteiligen.

In dieser Situation habe ich eine dringende Bitte: dass sich die Besorgten und die Begeisterten nicht gegenseitig denunzieren und bekämpfen, sondern sich im konstruktiven Dialog begegnen.

Was vor uns liegt, ist im Übrigen nicht allein eine Aufgabe für uns Deutsche. Es handelt sich um eine Herausforderung, die wir als Europäer gemeinsam zu meistern haben. Nicht mit Schuldzuweisungen, sondern gemeinsam und in Solidarität. Die europäischen Beschlüsse der vergangenen Woche, etwa zum Bau von Registrierungscentren in Südeuropa, sie sind dazu ein erster Schritt.

Wir haben in den vergangenen Wochen viel über die deutsche Gesellschaft gelernt. Die Ruhe und die kreative Tatkraft, mit der die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung auf diese Krise reagiert hat, wie zuvor schon auf andere Herausforderungen, das stellt ihr ein Reifezeugnis aus, mit dem sie auch kommende Prüfungen bestehen wird.

Dass Vernunft und Mitgefühl unser Land prägen – das wussten wir, und sind doch froh, in diesen Wochen so zahlreiche Beweise dafür zu erhalten. Wer glaubte, dass der Bürgergesellschaft der Elan schnell ausgeht, wird in diesen Tagen eines Besseren belehrt. Wo sich Not zeigte, waren und sind Helfer zur Stelle, sofort, spontan, mancherorts mehr als gebraucht wurden. Eine Graswurzelbewegung der Menschlichkeit ist eingesprungen, wo der Staat anfangs so schnell nicht reagieren konnte. Und es ist gut, dass zu den Helfern viele zählen, die selbst Einwanderer sind oder aus Einwandererfamilien stammen. Sie zeigen, wie in einer sich wandelnden Gesellschaft Bürgersinn wächst, und zwar rund um gemeinsame Werte. Deshalb bin ich den vielen Freiwilligen – auch denen hier im Saal – dankbar für jede Hilfe, für jede freundliche Geste. Ich bin sicher, es wird an vielen Orten schon darüber nachgedacht, was im Winter zu tun ist. Es gilt, dafür Sorge zu tragen, dass Engagement und Hilfe auch dann anhalten, wenn die Euphorie des ersten Helfens verfliegen ist.

Es freut mich zu sehen, dass auch auf allen Ebenen unseres Staatswesens getan wird, was möglich ist, um der Lage Herr zu werden. Zwischen Kommunen, Ländern und Bund wird zunehmend Hand in Hand gearbeitet. Binnen Wochen ist einiges auf den Weg gebracht worden: Finanzausweisungen und notwendige Gesetzesänderungen, Investitionen in Infrastruktur und Bildung, auch die zeitweiligen Grenzkontrollen und die Bemühungen der Außenpolitiker möchte ich dazu rechnen.

Es wird Zeit brauchen, bis sich die Lage normalisiert. Wenn die Nothilfe aber einmal hinter uns liegt, dann werden wir in dem, was wir heute als Krise erleben, auch eine Chance entdecken können. Es kommen Menschen zu uns, die Schutz suchen, aber auch eine bessere Zukunft für sich und ihre Familien. Wohl die allermeisten bringen Elan und Ehrgeiz mit, auch Ausdauer, sonst hätten sie die Fluchtstrapazen nicht gemeistert. Sie können, sofern sie bleiben dürfen und wollen, hier ihre Fähigkeiten einbringen. Nicht aus jedem wird eine Fachkraft, das ist mir klar, aber ich ermutige jede und jeden, die eigenen Potentiale zu entfalten.

Und deshalb möchte ich nun, zum Schluss, jene Menschen ansprechen, die bei uns Aufnahme finden werden. Nach den Mühen Ihrer Odyssee will ich Ihnen sagen: Sie sind hier sicher.

Die größte Tugend, die Ihnen nun abverlangt wird, ist Geduld. Sie werden Zeit brauchen, bis Sie sich in Ihr neues Leben einfinden, bis Sie Wohnung und Arbeit finden. Sie werden auch Frustrationen erleben. Die größte wird gewiss sein, wenn Sie erleben, dass nicht alle Menschen, die Ihnen nahe stehen, in Deutschland Aufnahme finden können.

Ich will Ihnen, die Sie bleiben werden, offen sagen: Wir Deutsche erwarten und erhoffen uns etwas von Ihnen. Denn wir wissen: Man tut Menschen nichts Böses, wenn man etwas von Ihnen erwartet. Deshalb: Bringen Sie sich voll ein, in der Gesellschaft und hoffentlich bald auch an einem

Arbeitsplatz. Überwinden Sie die Hürden des Beginns; lernen Sie die Sprache und lassen Sie sich ein auf Ihre neuen Nachbarn, Ihre neue Umgebung. Und vor allem, machen Sie sich bewusst: Wir leben hier in einem Land des Rechts und der Freiheit, der Menschenrechte und der Gleichberechtigung der Geschlechter. Es kann auch das Ihre werden.

Das Wichtigste, das Sie von nun an gewinnen werden, ist das Leben innerhalb der freiheitlichen Ordnung dieses Landes. Diese Ordnung garantiert Ihre Aufnahme und ermöglicht unser Zusammenleben in Toleranz und wechselseitigem Respekt. Sie treten ein in ein Land, das sich durch Neuankömmlinge wiederholt verändert hat. Aber es ist dabei den Werten, die es sich in einer schmerzvollen Geschichte erarbeitet hat, immer treu geblieben. Es ist das Land der Freiheit und der Menschenrechte, in das Sie kommen wollten, weil es das Ziel Ihrer Hoffnung war.

Und ein abschließendes Wort zu uns, den Sorgenden und Besorgten: Wenn wir Probleme benennen und Schwierigkeiten aufzählen, so soll das nicht unser Mitgefühl – unser Herz – schwächen. Es soll vielmehr unseren Verstand, unsere politische Ratio aktivieren.

Wir werden weiter wahrnehmen, was ist – ohne zu beschönigen oder zu verschweigen.

Wir werden weiter helfen, so wie wir es tun – ohne unsere Kräfte zu überschätzen.

So werden wir bleiben, was wir geworden sind: Ein Land der Zuversicht.

129,75

## **Poutine, Bachar el-Assad : ces diables qu'on ne peut plus ignorer**

Par [André Bercoff](#)

Publié le 28/09/2015 à 12:17

**FIGAROVOX/ OPINION - Pour André Bercoff, François Hollande a commis une erreur stratégique en refusant trop longtemps de dialoguer avec le président syrien Bachard el-Assad. Vladimir Poutine est désormais au centre du jeu diplomatique.**

André Bercoff est journaliste et écrivain. Son dernier livre *Bernard Tapie, Marine Le Pen, la France et Moi* est paru le 9 octobre 2014 chez First.

De Gaulle en ses Mémoires: «Vers l'Orient compliqué, je m'envolai avec des idées simples.» Mieux valent des idées simples que pas d'idées du tout. C'est ce vide quasiment abyssal qui semble régner sur la politique étrangère de la France, et ce, depuis quelques années. **Sarkozy voulut se débarrasser de Kadhafi au nom de la liberté et des droits de l'homme, ce qui était tout à fait légitime, mais ce faisant, il a complètement ignoré le fait qu'une dictature peut en cacher une autre, pire encore.** Kadhafi était une brute sanguinaire que gouvernements de gauche et de droite reçurent en grande pompe, puisque le pétrole reste l'horizon indépassable de notre temps européen. L'on se rappelle les vivats médiatiques, les poèmes lyriques et les autocongratulations euphoriques qui accueillirent la chute du tyran. Résultat des courses: la voie des grandes migrations fut ouverte avec fracas et, dans leur candeur naïve, nos protagonistes ne songeaient même pas, les choses méditerranéennes étant ce qu'elles sont, qu'aux serments de Tobrouk allaient succéder les décapitations de Syrte.

**Plus spectaculaire encore, dans le déni de réalité, fut la position française vis-à-vis de la Syrie.** Que Bachar El Assad fut prêt, comme son père le fit à Hama il y a plus de trente ans, à sacrifier des dizaines de milliers de personnes, nul n'en doutait. Donc, en 2012, pour Obama comme pour Hollande, il s'agissait de se débarrasser au plus vite du massacreur syrien: l'on se rappelle la série prolongée des mâles résolutions de Laurent Fabius. Malheureusement, on avait encore une fois oublié cette triste réalité d'évidence: à savoir que, depuis des années et pour quelque temps encore, le choix n'est pas entre un Printemps Arabe qui a duré ce que durent les roses, et qui aurait débouché sur la victoire d'une démocratie qui allie enfin la liberté d'expression, le droit des femmes, la laïcité et évidemment le droit de vote. **Le choix, dramatique mais incontournable, oppose les dictatures militaires à l'enrégimentation de l'islamisme radical, dont l'ambition est précisément et irréversiblement la mainmise implacable, policière et punitive sur la totalité de la vie quotidienne.** Les bonnes âmes nous parlent sans cesse du manque de différence entre peste et choléra. Ne pas oublier, cependant, que les dictatures peuvent disparaître alors que la soumission institutionnalisée, actée de la naissance à la mort, appliquée d'une main de fer du lever au coucher, est beaucoup plus difficile à combattre par nos «valeurs de la République» de plus en plus soumises, elles, au souci primordial de ne vivre sa vie que sous principe de précaution.

**Voilà pourquoi Poutine est aujourd'hui au centre du jeu: il joue aux échecs en calculant à six coups d'avance, alors que nous jouons à la belote en brandissant bruyamment nos sains principes.** Un examen à peu près lucide du paysage moyen-oriental, entre chiites et sunnites, Califat irako-syrien et Egypte de Sissi, Israël et Palestine, aurait montré à nos gouvernants que le rapport de force modèle plus que jamais les situations et qu'entre deux maux, il faut continuer de choisir le moindre. Sinon, on se retrouve en coulisses, en salle d'attente, à regarder les vrais joueurs s'affronter. **Hollande et Fabius découvrent soudain l'intervention en Syrie et les bombardements ciblés: il n'est jamais trop tard pour bien faire. Mais le temps perdu signe la condition sympathique et pérenne des seconds rôles.**

129,76

## La Turquie refuse des camps d'enregistrement de migrants sur son sol

Le Monde.fr avec AFP | 28.09.2015 à 13h01 • Mis à jour le 28.09.2015 à 13h38



La [Turquie](#) refuse l'installation sur son sol des camps d'accueil et d'enregistrement des migrants souhaités par l'[Union européenne](#) (UE) pour [faire](#) face à la crise des migrants, a annoncé son premier ministre, Ahmet Davutoglu. « *Nous avons dit aux Européens qu'il n'y aura aucun [centre d'accueil en Turquie](#)* », a déclaré M. Davutoglu dans un entretien accordé au quotidien *Hürriyet* en marge de l'Assemblée générale des Nations unies à New York.

L'installation de tels centres est « *inacceptable* » et « *inhumaine* », a jugé M. Davutoglu. Lors d'un sommet extraordinaire mercredi, les dirigeants de l'UE sont convenus de [renforcer](#) leurs frontières extérieures face à l'afflux de migrants, notamment en installant des centres d'accueil et d'enregistrement ou « hot spots » en [Italie](#) et en [Grèce](#).

Ils ont également annoncé [mobiliser](#) au moins 1 milliard d'euros supplémentaires à destination du Haut-Commissariat aux réfugiés (HCR) et au Programme alimentaire mondial (PAM) pour [aider](#) les réfugiés dans les pays voisins de la [Syrie](#). M. Davutoglu a écarté lundi l'idée pour son pays de [recourir](#) à cette [aide](#). « *Nous ne voulons pas l'accepter* », a-t-il tranché.

### Créer une « zone de sécurité »

Le chef du gouvernement islamo-conservateur turc a, une nouvelle fois, exprimé sa préférence pour la création d'une « *zone de sécurité* » le long de la frontière turco-syrienne afin d'accueillir les réfugiés syriens sur leur propre sol, une idée écartée par [ses](#) alliés. « *Si le secteur d'Azaz à Jarablus est nettoyé (des combattants du groupe djihadiste [Etat islamique](#)), nous pouvons [installer](#) trois villes qui pourraient chacune [accueillir](#) 100 000 personnes* », a suggéré M. Davutoglu. « *Vous [les Européens] pouvez [prendre](#) en charge leur coût et nous pouvons les construire* », a-t-il ajouté.

La Turquie a accueilli officiellement 2,2 millions de Syriens depuis le début de la guerre civile meurtrière, qui agite son voisin, et dépensé 6,6 milliards d'euros à cette fin. Le premier ministre turc, qui s'est entretenu avec la chancelière allemande Angela Merkel pendant le [week-end](#) à New York, a par ailleurs indiqué lundi que son pays allait [mettre](#) en place un groupe de travail avec l'[Allemagne](#), la destination favorite de nombreux migrants, pour faire face à la crise migratoire actuelle, « *un mécanisme bilatéral qui pourra [être](#) étendu à la Grèce si nécessaire* ».

129,77

## Pourquoi Macron prédit-il la fin de la zone euro ?

Par [Loïc Besson](#)

Mis à jour le 28/09/2015 à 16:39



Emmanuel Macron a évoqué ce week-end une éventuelle disparition de la zone euro dans dix ans «si rien ne bouge». Une sortie qui n'étonne pas tellement les spécialistes.

«Si rien ne bouge, il n'y a plus de zone euro dans dix ans.» Des propos de moins en moins rares. Sauf qu'ils sont ici tenus par... Emmanuel Macron. [Le ministre de l'Économie](#) de [François Hollande](#) les a prononcés ce week-end lors d'un festival organisé par *Le Monde* où il était invité à s'exprimer. Le jeune ministre estime que «l'absence de proposition est un choix: c'est la sortie de l'euro». [Une position qu'il aurait déjà assumée](#) il y a quelques années, en privé, devant le président Hollande.

Ces déclarations sont plus ou moins partagées par les spécialistes. «Tous les économistes sérieux le savent et le disent depuis des années: la zone euro n'est pas viable dans la situation actuelle. Il n'y a que les gens qui sont dans l'idéologie qui pensent le contraire», répète l'économiste Jacques Sapir. L'argument est partagé par tous: une zone euro trop hétérogène et des écarts de richesse et de compétitivité trop importants. Le tout cultivé par l'absence d'une gouvernance économique commune.

### Pourquoi un tel pessimisme sur la zone euro?

**«Faute d'institutions, la zone euro ne marche pas sur ses deux jambes.»**

Éric Heyer, directeur de recherche à l'OFCE

«La [zone euro](#) ne fonctionne pas complètement parce qu'il n'y a pas de stratégie commune, ni industrielle ni monétaire. Faute d'institutions, la zone euro ne marche pas sur ses deux jambes», assène de son côté Éric Heyer, directeur à l'[OFCE](#). Face à cette incomplétude, les replis nationalistes s'intensifient. Peu sont prêts à abandonner une part de leur souveraineté et les stratégies deviennent de moins en moins coopératives. À l'origine de la zone euro, les économistes laissaient deux à trois ans après le lancement de la monnaie unique pour coordonner une [Europe](#) fiscale et sociale. «On pensait que ce n'était qu'un début et que ce modèle européen viendrait. D'autres pensaient qu'il n'y en avait même pas besoin», se souvient Éric Heyer.

Les discussions autour de ce scénario se font de plus en plus régulières. «Ce n'était pendant longtemps qu'un problème théorique mais la crise l'a remis sur la table très concrètement, notamment à partir de 2011 avec les problèmes de la [dette publique](#)», explique le prévisionniste. C'est à ce moment qu'a débuté l'effet boule de neige. Alors que les finances publiques n'étaient pas plus déséquilibrées dans la zone euro qu'ailleurs, l'absence d'institution capable de gouverner a inquiété les marchés financiers qui ont vu arriver la faillite d'un pays de la zone euro. «Pour montrer patte blanche, les États ont adopté la stratégie de l'austérité plus qu'ailleurs avec le cercle vicieux et les résultats que l'on connaît», comment le chercheur à l'OFCE.

### Comment a évolué la zone euro depuis sa création?

Personne ne peut calculer aujourd'hui le temps de répit, s'il en est, restant à la zone euro. «En 2008 déjà, beaucoup disaient que la zone euro ne passerait pas Noël chaque année», rappelle l'économiste Éric Heyer.

Pour Jacques Sapir, c'est l'accumulation des crises qui rend de plus en plus plausible un scénario auquel on n'échappera pas, selon lui. «On voit bien qu'à chaque crise, un petit morceau se détache. Au début des années 2000, l'euro était très sous-évalué. On était sous la parité avec le dollar qui avantageait l'[Allemagne](#) et permettait à la [France](#) et l'Italie de suivre. L'euro a commencé à monter, engendrant de graves problèmes de compétitivité entre les pays du nord et du sud que l'on connaît aujourd'hui. Tout le monde pense que la situation s'améliore mais les Portugais sont à 7,6% de déficit budgétaire, ce qui n'est tout simplement pas tenable. On voit bien qu'on est confronté à une accumulation de problèmes insolubles si on est réaliste», affirme le fervent de la «démondialisation».

À l'inverse, Éric Heyer, directeur de recherche à l'OFCE, considère que les crises traversées par la zone euro l'ont poussé à [se doter d'instruments nouveaux](#) et, avec eux, un peu plus de solidarité. «Il y a toujours des "réunions de la dernière chance". C'est comme ça qu'on évolue, petit pas par petit pas. Jusqu'à quand? Personne ne le sait», commente-t-il. [Les annonces sont là](#), les passages à l'acte beaucoup moins. Le mécanisme européen de stabilité tel qu'il existe «peut gérer la crise d'un petit pays comme la Grèce mais il n'a pas les moyens pour un pays plus important. De plus, ces mécanismes gèrent les crises d'endettement, mais pas les crises économiques. Or [la première est une conséquence](#) de la seconde», rétorque Jacques Sapir. Pour Jean-Paul Betbeze, membre du Cercle des économistes, c'est un combat politique à mener avec des réformes en profondeur. «Il est stratégique de réussir», assume-t-il.

### «Certains pays ont la capacité de tuer la zone euro.»

Jacques Sapir, économiste

Les spécialistes les moins optimistes ne voient pas la zone euro durer encore dix ans. «Il faudrait des transferts entre États estimés à 350 milliards nets chaque année sur dix ans, contre 60 milliards actuellement, en provenance principalement d'Allemagne, soit 10% de sa richesse nationale. Est-il crédible de penser qu'il y aura un jour une réforme des procédures au sein de la zone euro qui soit aussi fondamentale? La réponse est non. L'Europe n'a pas les moyens politiques d'exiger un tel effort de la part du gouvernement allemand», note Jacques Sapir. Dans ces conditions, les États ont tout intérêt à revenir à leur monnaie nationale, selon lui. «D'après l'OFCE, le simple fait que l'Allemagne n'ait pas réévalué ses salaires a coûté 800.000 emplois à la France», affirme l'économiste souverainiste.

L'analyste prévoit une disparition de la zone euro par effet cascade de la sortie des pays membres: «Certains pays, par leur poids, comme l'Allemagne, la France, l'Italie et l'Espagne, ont [la capacité de tuer la zone euro](#). Les Italiens sont les premiers à constater que ce n'est plus possible. Le pays peut aujourd'hui décider de quitter la zone pour ses intérêts économiques. Si l'Italie sort, chacun comprendra que la zone euro est morte.»

129,79

## La hausse du chômage en France ? La faute aux bas salaires allemands...

Le Monde.fr | 28.09.2015 à 16h36 • Mis à jour le 28.09.2015 à 17h11 | Par [Audrey Tonnelier](#)

Les divergences de coût du travail entre la France et l'Allemagne sont pour beaucoup dans les difficultés actuelles de l'économie française, a rappelé l'Observatoire français des conjonctures économiques (OFCE) dans une étude présentée lundi 28 septembre. Selon celle-ci, à long terme **la modération salariale allemande, à l'oeuvre depuis plus de vingt ans, explique de l'ordre de deux points la hausse du chômage en France.**

« Depuis 1991, les capacités exportatrices de la France et de l'Allemagne évoluaient de concert. Depuis 2000, on assiste à une cassure : la France fait partie des pays européens les plus importateurs par rapport au PIB, alors que l'Allemagne est celui qui exporte le plus. Pourtant, ces deux pays figurent parmi les plus proches en terme de spécialisation industrielle : automobile, chimie, trains, etc. **Si nous avions la balance commerciale allemande, nous serions au plein-emploi** », explique Xavier Ragot, président de l'OFCE et co-auteur avec Mathilde Le Moigne d'un article sur le sujet.

### « Une modération unique »

« L'Allemagne a suivi une modération salariale unique depuis la réunification du pays. Les réformes Hartz 4[en 2004-2005, qui ont eu pour effet de créer des « mini-jobs » très peu payés, en particulier dans les services] ne sont qu'une partie de l'explication. **La moitié de l'écart de balance commerciale entre la France et l'Allemagne s'explique par la modération salariale allemande (l'autre s'explique par la différence de qualité des produits). Si l'Allemagne avait suivi la moyenne européenne en terme de coût du travail, le taux de chômage en France serait inférieur de deux points à son niveau actuel** », détaille M. Ragot.

En France, indique l'étude, le salaire individuel moyen (cotisations sociales incluses) dans le secteur exposé à la concurrence internationale (c'est-à-dire essentiellement l'industrie) a augmenté de près de 70 % entre 1993 et 2012, tandis que le salaire individuel moyen dans le secteur abrité (les services) augmentait de 52 % dans le même temps. Cette dynamique est dans la moyenne européenne, et la France ne fait donc pas figure d'exception à cet égard, insiste l'OFCE.

### « Aberration » allemande

En revanche, l'évolution des salaires nominaux allemands paraît beaucoup plus atypique, notamment dans le secteur de services, où le salaire individuel moyen est resté extraordinairement stable sur près de dix ans. En effet, alors que les salaires nominaux dans l'industrie s'apprécient de 51 % entre 1993 et 2012, le salaire moyen dans les services ne s'apprécie que de 10 % entre 1993 et 2001, et reste ensuite à ce niveau jusqu'en 2008, date à laquelle il recommence à augmenter légèrement. En 2012, les salaires nominaux allemands dans les services ne se sont donc appréciés que de 25 % par rapport au niveau de 1993, soit moitié moins qu'en France.

« C'est donc bien l'Allemagne qui constitue une aberration, alors que la France se situe dans la moyenne européenne. D'où la capacité industrielle exportatrice "exagérée" à l'échelle européenne de l'Allemagne, qui essaie aujourd'hui d'en corriger les effets avec l'instauration d'un salaire minimum [depuis le 1er janvier 2015] », conclut M. Ragot.



## Politicians Hope Scandal Stops at VW

By Holman W. Jenkins, Jr. 28 septembre 2015

Martin Winterkorn lost his job over the Volkswagen emissions cheating **scandal**, but his head should be the least to roll.

A consensus has formed, in a remarkably short time since the **VW scandal**, that Europe's rush to embrace diesel cars was a colossal policy error. For a meaningless cut in greenhouse emissions, Europe got higher emissions of nitrogen oxides and diesel particulates. While claims of thousands of additional deaths from this diesel pollution are questionable, Europe now realizes it converted half its cars to diesel for no good reason. And this is just the beginning.

If carbon dioxide is a problem, cars were never the solution. **Cars and light trucks account for less than 8% of global emissions; U.S. cars and light trucks account for less than 3%. U.S. car makers are being required by government to spend hundreds of billions on fuel-mileage improvements in the name of global warming that will have virtually zero effect on global warming.**

**The real carbon problem, if it's a problem, is upstream in power plants and heavy industry. If those problems are solved, cars might as well go on burning gasoline. If those problems aren't solved, cars contribute little.**

**What if we insist on carbon-free cars anyway? Even then, the internal-combustion engine is far from obsolete. Hydrogen, manufactured using noncarbon energy, could fuel the cars we have on the road now. So could biofuels. Electric cars, which we subsidize out the wazoo, not only are insufficient to solve any carbon problem. They are unnecessary.**

Much remains to be learned about the **VW scandal**. But don't expect a full exposure of the panic when the company realized it could not hit the U.S. emissions targets for nitrogen oxide, plus the Obama fuel mileage requirements, plus customer expectations for price and performance in an affordable sedan.

A private study, carried out by West Virginia University and the International Council for Clean Transportation, set off the **scandal** in the first place. The study focused on three diesel vehicles: two modest **VW** sedans and a much larger, more expensive BMW SUV.

The BMW was a full 1,600 pounds heavier -- thus naturally suited to diesel, with its low-revving torque -- and carried twice the sticker price, helping to accommodate elaborate clean-diesel technology. The BMW's mileage was good, not spectacular, and the vehicle met EPA's nitrogen-oxide limits.

It's easy to imagine BMW whispering in somebody's ear that **VW's** claim to have generated low NOX emissions, high mpg, excellent drivability, **at** a small sedan's price point, just didn't add up. And it didn't.

**Yet the iceberg here is much deeper. The Obama fuel-mileage rules are designed to bite after he leaves office. In the meantime, they were mostly designed to prop up Detroit's SUV and pickup business.**

Volkswagen itself is partly owned by the German state of Lower Saxony. The company is largely controlled by IG Metall, a German union deeply entwined with German **politicians**. Don't believe any guff that the company and politician class didn't share a goal of evading any mandates that endangered **VW's** growth and employment.

**Call it a go-along mind-set in our elites: Politicians who accept huge costs on behalf of the public in order to pose as saviors of the climate, for policies that will have no impact on climate change; business people who play along out of self-interest or fear; a science community whose members endorse the RICO Act to prosecute people who question the claims of climate science.**

The mental antecedent here is the energy crisis of the 1970s, which became conflated with the environmental crisis of the 1970s, bequeathing an intuition that requiring higher-mileage vehicles would solve some actual problem (it wouldn't).

Alas, a genuine coming-clean would be very different from what we're about to get out of the **VW** mess. Let car makers build the cars the public wants; these cars would likely be roughly as safe and clean -- or more so -- than those churned out under regulatory mandate. Naturally, readers will doubt this last bit: They are wrong, because, in their innocence, they believe reason plays a bigger role in our regulatory designs than it actually does.

129,81

## La France championne d'Europe des cotisations sociales

Par [Manon Malhière](#)

Publié le 28/09/2015 à 18:43

**Indéboulonnable**, la France reste en tête de liste des pays de l'Union européenne (UE) en matière de prélèvements sociaux (retraites, sécurité sociale etc...) qui pèsent 16,9 % de son PIB, constate [un rapport](#) annuel de la Commission européenne sur les réformes fiscales en Europe, publié ce lundi. L'information n'est pas une surprise en elle-même mais ce nouveau document de Bruxelles permet de comparer aisément la fiscalité française avec celle des vingt-sept autres États membres.

L'Allemagne arrive en deuxième position avec des cotisations sociales qui représentent 15,38 % du PIB suivie par la République tchèque (14,57 %) alors que la moyenne européenne est de 12,31 % du PIB. En bas de l'échelle se trouve le Danemark où les cotisations sociales pèsent seulement 0,81 % du PIB, l'Irlande (4,43 %), la Suède (4,50 %) ou encore au Royaume-Uni (7,15 %).

### Pression fiscale sur le travail

La France reste également largement au-dessus de la moyenne européenne (39,03 % du PIB) pour ce qui concerne l'ensemble des prélèvements fiscaux qui représentent pas moins de 45,52 % de son PIB. C'est le Danemark -où les très faibles cotisations sociales côtoient des impôts directs très élevés- qui bat le record avec des prélèvements fiscaux qui pèsent 48 % du PIB et, sans surprise, la Belgique n'est pas très loin derrière (44,79 % du PIB). A l'opposé, ces prélèvements ne dépassent pas la barre des 30 % du PIB en Irlande, Bulgarie, Roumanie et Lituanie. L'Allemagne se situe quant à elle dans la moyenne européenne (38,42 % du PIB).

Dans son rapport qui analyse les réformes fiscales entreprises par chacun des gouvernements européens, la Commission insiste notamment sur la nécessité pour la France et d'autres pays (dont la Belgique, l'Allemagne, le Portugal et la Suède) de remédier à la pression fiscale sur le travail. L'institution estime que ces États ont de la marge de manœuvre pour la réduire avec les taxes à la consommation, les impôts fonciers récurrente et les taxes environnementales.

## Flüchtling Kant

**Ein Bleiberecht für alle? Der inneren Ordnung des staatlichen Gemeinwesens wäre das abträglich, sagt Bundespräsident Joachim Gauck. Da braucht man auch nicht mit Kant zu kommen.**

29.09.2015, von CHRISTIAN GEYER



© PICTURE-ALLIANCE Wollte Kant ein Bleiberecht für alle?

Wie weit mögen Realitätsverweigerung und Wunschdenken gediehen sein, wenn der Bundespräsident sich genötigt sieht, an die Spannung „zwischen dem Wollen und dem Können“ zu erinnern? Dass Wunsch und Wirklichkeit nicht zwangsläufig zusammenfallen, diese Maxime der Kleinkinderziehung hat **Joachim Gauck** der Nation ins Gedächtnis gerufen, „um unseren Verstand, unsere politische Ratio zu aktivieren“ (und nicht, wie er sagte, ums Herz zu schwächen).



Autor: Christian Geyer-Hindemith, Redakteur im Feuilleton. Folgen:

Eine Moral, die nicht mit den Beständen rechnet, wird zur Unmoral, zur Hypermoral, dann nämlich, wenn durch planloses politisches Agieren die Destabilisierung des Landes in Kauf genommen und so schließlich auch den bleibeberechtigten Flüchtlingen die Tour vermasselt wird. Der Bundespräsident führte in diesem Sinne ins Einmaleins der Staatskunde ein: Damit Deutschland weiterhin ein Zufluchtsort für Flüchtlinge sein kann, „müssen Staaten und ein Staatenverbund wie die Europäische Union ihre äußeren Grenzen schützen. Denn nur so können sie die Kernaufgaben eines staatlichen Gemeinwesens erfüllen: die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und letztlich des inneren Friedens. Sie sind die Voraussetzung dafür, überhaupt Flüchtlinge in großer Zahl aufnehmen zu können.“

Dieser Akzent korrigierte die Schiefelage einer Debatte, das „eigentümlich Verstiegene“ (Heinrich August Winkler) jener Stimmen, die im Sog der Bahnhofsbegrüßungen ein Bleiberecht für alle herbeiredeten und damit auch die bewundernswerten freiwilligen Helfer zu nützlichen Idioten einer verantwortungslosen Utopie herabwürdigten. Aber lässt sich ein solches Bleiberecht für alle womöglich von **Immanuel Kant** ableiten, diesem Giganten der politischen Vernunft, dem noch nicht einmal die Deutungsmuster des gefühlten Stimmungskipper-Anführers Horst Seehofer ungestraft widersprechen können sollen?

### Kant und das Menschenrecht auf Hospitalität

Ein Moderator vom Deutschlandradio Kultur hatte die pfiffige Idee, las sich flüchtig in Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“ von 1795/96 ein, um mit ihr der Flüchtlingslage von 2015/16 geistig Herr zu werden. Schon der philosophische Tausendsassa Byung-Chul Han hatte das neulich versucht, nun sollte der Kant-Spezialist Volker Gerhardt im Radio nachlegen. Kant, fuchtelte der aufgeregte Moderator, habe doch vom Menschenrecht auf Hospitalität gesprochen („da steckt ja schon so etwas drin wie eine Willkommenskultur“) – und, so die suggestive Frage an Gerhardt, hat Kant unsere Willkommenskultur nicht dergestalt „weitergedacht“, dass er aus dem Bleibewunsch einen „Rechtsanspruch“ machte?

„Nein, da muss ich widersprechen“, entgegnete Gerhardt dem ideenflüchtigen Moderator. Vielmehr habe jeder laut Kant „das Recht, Besucher zu sein, und nicht das Recht, auch ständiger Gast in dem Land zu sein“. Gerade Kants starker Begriff vom Recht verbiete jede humanitäre „Enteignungsphantasie“, sei es des Staatsgebietes, sei es der Wohnung, Letzteres „eine konkrete Gefahr, mit der viele operieren“. Wollen und Können: Selbst der gutwilligsten Auslegungskunst sind – horrible dictu – Grenzen gezogen.

## CDU-Politiker stellen Mindestlohn für Flüchtlinge infrage

Möglichst schnell sollen Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt integriert werden. Für einige CDU-Politiker stellt der Mindestlohn ein Hindernis dar. Entsteht nun ein separater Arbeitsmarkt für Flüchtlinge?

29.09.2015

In der [CDU](#) ist eine Debatte darüber entbrannt, ob für eine schnellere Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt sogar der zu Beginn des Jahres eingeführte Mindestlohn angetastet werden sollte. Der CDU-Wirtschaftsrat äußerte sich dahingehend schon in einem neuen Positionspapier, über das die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtet hatte. Um der Gefahr einer sich verfestigenden Arbeitslosigkeit vorzubauen, müsse es neben einem großen Angebot an Sprach- und Weiterbildungskursen auch gesenkte Einstiegsgehälter für Flüchtlinge geben; dazu sei zum einen eine befristete Ausnahme vom gesetzlichen Mindestlohn erforderlich, zum anderen müssten aber auch die Tarifparteien in ihren Tarifverträgen nun rasch reduzierte Einstiegsgehälter für Flüchtlinge zulassen.

Nun hat sich auch CDU-Präsidiumsmitglied Jens Spahn in diesem Sinne gemeldet. Angesichts des zu erwartenden Drucks gerade im Dienstleistungssektor durch gering qualifizierte Flüchtlinge werde so manches auf den Prüfstand kommen. „Möglicherweise auch der Mindestlohn“, sagte der Finanz-Staatssekretär der „Welt“.

Der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, [Reiner Haseloff](#), forderte Ausnahmeregelungen vom Mindestlohn. Es seien dringend Flexibilisierungen und Sonderlösungen nötig, damit auch weniger qualifizierte Menschen eine Chance auf dem Arbeitsmarkt bekämen. „Bei Einstiegs- und Qualifizierungsmaßnahmen sollte deshalb der Mindestlohn nicht greifen“, sagte der CDU-Politiker.

Hingegen warnte der Vorsitzende der Unions-Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung, Carsten Linnemann, davor, „einen Sonderarbeitsmarkt für Flüchtlinge“ zu schaffen. Das wäre ein weiterer Anreiz für die Menschen in den Herkunftsländern, sich aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland aufzumachen, sagte der CDU-Abgeordnete.

129,84

Le Monde

International, mardi 29 septembre 2015, p. 3

## **Frappes françaises : " A la limite du détournement de procédure "**

L'avocat Patrick Baudouin questionne la légalité des frappes de la France en Syrie, menées au titre de la " légitime défense "

Patrick Baudouin, avocat, est président d'honneur de la Fédération internationale des droits de l'homme (FIDH).

**Selon le gouvernement, le fondement légal des frappes françaises serait l'article 51 de la Charte des Nations unies, qui prévoit une " légitime défense " ?**

Il faut rappeler que cet article prévoit que cette légitime défense, qualifiée de " droit naturel ", est réservée à un Etat membre qui fait état d'une " agression armée ". Toute la question réside dans ce qu'on entend par " agression armée ", un concept ambigu.

L'agression, telle qu'elle est invoquée par les autorités, se fonde sur le fait qu'il existe des camps d'entraînement de combattants djihadistes susceptibles de mener des actions armées sur le sol français. C'est une interprétation extensive de la notion d'agression armée, qui suppose plutôt un conflit aux frontières, une invasion du territoire ou un mouvement de forces étrangères.

Deuxième élément, on fait ici référence à une agression armée de personnes qui peuvent être d'origine française. Est-on dans le cadre d'une agression armée lorsqu'on a affaire à des gens de même nationalité ?

**N'était-il pas cependant nécessaire d'intervenir avant de nouveaux attentats ?**

Il ne s'agit évidemment pas de protéger des terroristes et d'entraver des actions armées pour prévenir de nouveaux drames; il faut distinguer les notions de légalité et de légitimité. Que les frappes puissent être dirigées contre un risque quasi certain est assurément légitime, **mais pour autant, il me semble difficile de s'abriter d'un point de vue légal sur l'article 51 de la Charte des Nations unies. Nous sommes à la limite du détournement de procédure.**

**Y a-t-il d'autres possibilités d'actions armées plus conformes au droit international ?**

**La France s'arroge ici le droit d'agir seule. Les autres possibilités d'action nécessitent une décision du Conseil de sécurité des Nations unies.** Cette décision sera de toute façon nécessaire; l'article 51 prévoit qu'un Etat membre a le droit d'exercer cette légitime défense jusqu'à ce que le Conseil de sécurité ait pris " les mesures nécessaires ". **Cet article autorise des actions urgentes, mais de façon provisoire.**

Le gouvernement a choisi une voie qui reste malgré tout encadrée, mais la France, membre permanent du Conseil de sécurité, ne devrait pas se dispenser d'être à l'offensive au conseil.

**La France a-t-elle déjà eu recours à l'article 51 pour intervenir militairement ?**

**Pas à ma connaissance. Même les interventions en Centrafrique ou au Mali se sont exercées dans un cadre différent, tels les accords de défense bilatéraux.** Il y a de ce point de vue, je crois, un nouvel outil à développer, pour consacrer " la responsabilité de protéger " afin de mettre un terme aux massacres de populations civiles locales. Il faudrait un outil juridique de droit international plus perfectionné, pour que nous ayons le droit, et le devoir, de protéger ces populations, par exemple en instaurant une limitation de l'exercice du droit de veto au Conseil de sécurité.

**Quelles conséquences peuvent avoir ces frappes françaises ?**

Elles peuvent, sur le plan juridique, constituer un précédent inquiétant et permettre à des Etats moins soucieux du droit international de programmer des frappes en se passant de tout recours aux Nations unies. Qu'il s'agisse de Vladimir Poutine ou de nombreux autres Etats, qui pourraient suivre l'exemple français.

(...) Reste qu'il est dangereux de s'affranchir du respect du droit, même pour des actions légitimes - sauf à se placer sur le même terrain que les terroristes, et renier ce qui fait l'essence des démocraties.

Propos recueillis par, Franck Johannès

<http://www.nytimes.com/2015/09/29/opinion/putin-and-obama-have-profound-differences-on-syria.html?action=click&pgtype=Homepage&module=opinion-c-col-left-region&region=opinion-c-col-left-region&WT.nav=opinion-c-col-left-region>

129,85

The Opinion Pages | EDITORIAL

# Putin and Obama Have Profound Differences on Syria

By THE EDITORIAL BOARD SEPT. 28, 2015

Speaking at the [United Nations on Monday](#), President Obama and President Vladimir Putin of Russia affirmed the need for international cooperation. But those sentiments are undermined by profound differences on the nature of the Syrian crisis — **differences that provide little hope for resolving a conflict that has killed more than 250,000 people.**

Mr. Putin's increased aggressiveness in Syria could result in a new era of Russian-American competition and a larger role for Russia in the Middle East. The [announcement](#) on Sunday that Mr. Putin had reached an understanding with Iran, Syria and Iraq to share intelligence about the Islamic State was the second time in recent weeks that the Obama administration was caught off guard by a Russian initiative. Before that, Mr. Putin had moved to bolster the weakened military forces of President Bashar al-Assad of Syria by pouring Russian tanks and combat aircraft into the country.

**Both Mr. Obama and Mr. Putin agree that the Islamic State, which is trying to establish a caliphate in Syria and Iraq and has by some accounts grown to tens of thousands of fighters, is a major threat. Beyond that, their two visions are radically at odds,** and each used his speech to blame the other for the catastrophic war and the refugee crisis it has unleashed.

Mr. Putin [said](#) it was “an enormous mistake to refuse to cooperate with the Syrian government and its armed forces, who are valiantly fighting terrorism face-to-face,” conveniently ignoring the fact that Mr. Assad's main target has always been his domestic opposition, not the Islamic State. He portrayed Mr. Assad as a force for stability and said the only solution “is to restore their statehood where it has been destroyed.”

Mr. Obama correctly argued that in 2011 Mr. Assad “reacted to peaceful protests by escalating repression and killing that, in turn, created the environment for the current strife,” which the Islamic State has been able to exploit. He [said](#) Mr. Assad and his allies “cannot simply pacify the broad majority of a population who have been brutalized by chemical weapons and indiscriminate bombing,” and Mr. Obama reiterated his call for a “managed transition” away from Mr. Assad to a more inclusive government.

**In theory, at least, there should be grounds for a political compromise. As the American invasion of Iraq showed, destroying state institutions leads to chaos. Every effort should thus be made to ensure that institutions in Syria continue to function once Mr. Assad is moved out of the government.** Mr. Obama told the United Nations he was willing to work on Syria with Russia and Iran, which had previously been excluded. But there is little reason to believe that any compromise between the Assad government and the opposition fighters, or Washington and Moscow, will happen soon.

In an obvious attempt to seize the initiative from Mr. Obama, Mr. Putin proposed a United Nations Security Council resolution that would create “a genuinely broad international coalition” to fight the Islamic State. That was presumably meant to supplant the American-led coalition that has been bombing Islamic State militants for over a year with one that includes Mr. Assad.

On Monday night, Mr. Obama and Mr. Putin held their first formal meeting in over [two years](#), but there was no indication of progress. Their personal antipathy was clear in their speeches when they took jabs at each other with pointed language over Ukraine, Iraq and democracy, as well as Syria.

Mr. Putin enabled the Assad government early on, and he has no particular strategy to contain the Syrian conflict. **With Russia grappling with sanctions, lower oil prices and a weakened economy, it is unclear how much he can afford to invest in a dead-end war in Syria. Mr. Obama, who did not create this catastrophe, doesn't have the answer, either. Bombing alone won't defeat the Islamic State, and American attempts to create a proxy force to do the ground fighting have failed.**

**In the meantime, millions of Syrians have been killed, maimed or forced to flee to Europe, and countries of the region are being further destabilized by the endless violence.**



<http://www.nytimes.com/2015/09/29/opinion/roger-cohen-volkswagen-unreliable-troubling-germany.html?action=click&pgtype=Homepage&module=opinion-c-col-right-region&region=opinion-c-col-right-region&WT.nav=opinion-c-col-right-region>

129,86

The Opinion Pages | OP-ED COLUMNIST

## **An Unreliable Germany and the Volkswagen Debacle**

SEPT. 28, 2015

Roger Cohen

Germany's leading company has toyed with the air people breathe. That's shocking. In historical context, it's devastating.

The Volkswagen scandal elicits more than dismay. It is one of those moments when the entire culture of a nation — in this case one of scrupulous honesty, acceptance of rules, reliability, environmental sensitivity and atoning dedication to the common good — is called into question.

Germany is never quite what it seems. There is a strain between its order and its urges. Formality may mask frenzy. When things go wrong, they tend to go wrong in a big way.

Postwar suspicion of it led other European nations and the United States to devote the bulk of their strategic energy to ensuring that Germany would never be all-powerful again. That, in fact, was their overriding concern.

This development probably makes Germans themselves and other Europeans uneasy in equal measure. Europe needs leadership. But Germany is reluctant to lead: been there, tried that. Europeans, in turn, are reluctant to be led by a German chancellor. Self-righteous finger wagging from Germany, of the kind meted out in large doses to a near-bankrupt Greece, tends to rankle.

And at this moment, when all eyes are on German leadership — a phrase that long seemed oxymoronic — along comes the company perhaps most synonymous with Germany to install “defeat device” technology on its cars, cheat on emissions tests, spew deadly pollutants into the atmosphere from 11 million diesel cars, and declare in effect that it does not give a damn about people's health so long as it becomes the world's biggest automaker.

“I am not aware of any wrongdoing on my part,” said Martin Winterkorn, who quit last week as Volkswagen's chief executive. “Volkswagen needs a fresh start.”

Talk about tone deaf. The wrongdoing has a name: Nitrogen oxides.

The man who led Volkswagen for eight years says he's not aware he did anything wrong as he oversaw the biggest corporate scandal in the carmaker's history — a massive, multiyear exercise in deception backed by persistent obfuscation when confronted with evidence of cheating.

Winterkorn is right. Volkswagen, with its 600,000 employees worldwide, needs a fresh start. Its engineers — adorned with angel wings, no less, in some ads because they were supposedly doing genial things — in fact plotted a nasty scam. But a fresh start won't come through denial of personal responsibility.

Nor was the speed with which Winterkorn was replaced from within encouraging. It gave the appearance that no time was given to consideration of outside candidates. Matthias Müller, the former head of Porsche who became the new chief executive, is close to the Piëch and Porsche families, who together control a majority of Volkswagen's voting shares. With a reputation for bluntness, he may prove the best man for the job. But the appointment smacked of cozy arrangements and a quick fix at a time when the company needs a harsh and deliberate appraisal of how things went so disastrously wrong.



Volkswagen is not the first company to cut corners to make money. It is not the first big company to betray trust and show contempt for society. It is not even the first global corporation to demonstrate a reckless disregard for people's health and the environment. To state the obvious, there is nothing peculiarly German about such behavior.

But there is something peculiarly German about the chasm between professed moral rectitude and reckless wrongdoing, between high culture and low conduct, between angels' wings and nitrogen oxides; and there is something peculiarly German about the devastating impact this has. Volkswagen should be mindful of the extent of the debacle as it assesses how to rectify the damage to its global clients, itself and Germany. Winterkorn's throwaway line was shameful.

Germany has been pretty relentless about Greek cheating on its public accounts, tax evasion, nepotism, lax work habits and the rest. It had a case. Greece did all the above to get itself and the eurozone into their current hole. But its prescription — be more like hardworking, honest, reliable, virtuous Germany and get there through austerity alone — was far too rigid, and now all those lessons about cheating smack of gross hypocrisy. Leadership from the new Germany will fail if the temptation to hand out lessons is not resisted.

Earlier this year the chairman of another major German company, Lufthansa, initially insisted his company had done everything right after the co-pilot of its Germanwings jet deliberately crashed in France, killing himself and the other 149 people on board. Then he backed down and apologized for an oversight.

It's time for some serious German soul-searching. Leadership demands that.

SEP 29, 2015 0

## The Limits of the German Promised Land

[Hans-Werner Sinn](#)

Hans-Werner Sinn, Professor of Economics and Public Finance at the University of Munich, is President of the Ifo Institute for Economic Research and serves on the German economy ministry's Advisory Council. He is the author, most recently, of *The Euro Trap: On Bursting Bubbles, Budgets, and Beliefs*.

MUNICH – Migrants seeking to escape poverty and war are flowing into Europe by the hundreds of thousands. They are still mostly being welcomed, but the capacity of the reception centers is fast reaching its limits. To staunch the flow of migrants over the Balkan route, Hungary has imposed controls on its borders – and was promptly followed by Germany, Austria, Slovakia, Croatia, Slovenia, the Czech Republic, the Netherlands, and Poland.

Germany is the migrants' most favored destination. So far this year, half of all asylum applications in the European Union have been filed there, although the country accounts for only 16% of the EU's population. By September, Germany had probably received some 400,000 applications or more, with the dramatic increase in migration flows since summer and before the reinstatement of border controls expected to push the number of asylum-seekers to 800,000 this year.

Moreover, regular immigration to Germany could again reach the 400,000 mark, as in 2014. The total would represent net immigration of 1.5% of the resident population – an extremely high proportion by historical and international standards.

**The reason for the migrants' strong preference for Germany is that the country, together with Sweden, has Europe's most liberal asylum system and allocates particularly high levels of funding to accommodate the newcomers. Between €1,000 (\$1,120) and €1,200 per person per month is being transferred to the municipalities to cover the costs of accommodating them. The value of the benefits that the immigrants receive in Germany is a multiple of the wages they can earn in their home countries (if they manage to find a job there at all).**

The [Dublin Regulation](#), according to which the first EU country that a migrant reaches is obliged to register and process the migrant's application, has long been disregarded. Greece and Italy are simply waving the refugees on. Germany accepted, with much fanfare, a large number of unregistered refugees from Hungary and offered them a warm welcome. This decision arguably tempted so many more refugees from the Arab countries that soon thereafter Germany was forced to impose border controls.

What the German government had not reckoned with is that every refugee who manages to make it to Germany immediately texts the good news back to the home country, fueling a fresh wave of migrants. The UN refugee camps in the countries surrounding Syria are thus being gradually relocated to Germany.

Only a fraction of asylum-seekers' applications are ultimately approved, because most applicants are not politically persecuted but simply economic migrants. In the first half of 2015, for instance, only about one-quarter of applicants came from Syria and Iraq, a significant proportion of whom had already found shelter in the UN camps in or around those countries. But the proportion of Syrian refugees subsequently ballooned quickly, in part because the news spread that Germany approves most Syrian applications.

If an application is successful, a refugee has the right to bring along his or her family members as well. Frequently, Arab families send their minors to Germany in the not-unjustified hope that they will obtain the right for other family members to follow later. Germany will have to deal with the consequences of this refugee wave for years to come.

In order to distribute the burden more equitably, Germany tried to have a European quota system instituted to allocate applicants among the EU's member countries. But Germany's EU partners rejected this as "moral imperialism."

Germany thus failed to have a system adopted that would have provided it with some relief. Instead, a quickly convened summit has now agreed on a limited quota system that will cover barely 120,000 people, aimed at providing relief to Hungary, Italy, and Greece; it will bring a further 31,000 refugees to Germany.

In order to avert chaos, Germany has no choice but to impose restrictions. Among the most urgently needed steps is to develop the capacity to distinguish quickly – and ideally at the border – between refugees (who face political persecution) and economic migrants. Germany's Federal Office for Migration and Refugees could set up border outposts to clear baseless asylum claims and send the rejected applicants, in accordance with the Dublin Regulation, back to the first safe country they reached.

This would allow Germany to concentrate on the task at hand: providing those granted refugee status the schooling and language lessons they will need to allow them to find employment as quickly as possible.

## The decline of the French intellectual

Paris has ceased to be a major center of innovation in the humanities and social sciences.

By [SUDHIR HAZAREESINGH](#)

Updated 9/22/15, 7:21 AM CET

One of the most characteristic inventions of modern French culture is the “intellectual.”

Intellectuals in France are not just experts in their particular fields, such as literature, art, philosophy and history. They also speak in universal terms, and are expected to provide moral guidance about general social and political issues. Indeed, the most eminent French intellectuals are almost sacred figures, who became global symbols of the causes they championed — thus Voltaire’s powerful [denunciation](#) of religious intolerance, Rousseau’s rousing [defense](#) of republican freedom, Victor Hugo’s eloquent [tirade](#) against Napoleonic despotism, Émile Zola’s passionate [plea](#) for justice during the Dreyfus Affair, and Simone de Beauvoir’s bold [advocacy](#) of women’s emancipation.

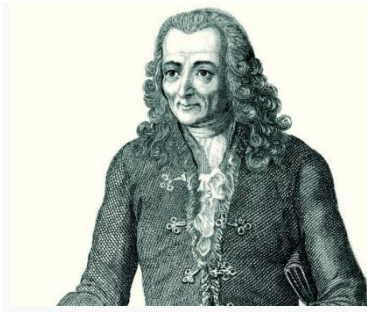
Above all, intellectuals have provided the French with a comforting sense of national pride. As the progressive thinker [Edgar Quinet](#) put it, with a big dollop of Gallic self-satisfaction: “France’s vocation is to consume herself for the glory of the world, for others as much as for herself, for an ideal which is yet to be attained of humanity and world civilization.”

\* \* \*

**This French intellectualism** has also manifested itself in a dazzling array of theories about knowledge, liberty, and the human condition. Successive generations of modern intellectuals — most of them schooled at the [École Normale Supérieure](#) in Paris — have hotly debated the meaning of life in books, newspaper articles, petitions, reviews and journals, in the process coining abstruse philosophical systems such as [rationalism](#), [eclecticism](#), [spiritualism](#), [republicanism](#), [socialism](#), [positivism](#), and [existentialism](#).

This feverish theoretical activity came to a head in the decades after World War Two in the emergence of [structuralism](#), a grand philosophy which underscored the importance of myths and the unconscious in human understanding. Its leading exponents were the philosopher of power and knowledge [Michel Foucault](#) and the ethnologist [Claude Lévi-Strauss](#), both professors at the Collège de France. Because he shared the name of the famous brand of American garments, Lévi-Strauss received letters throughout his life asking for supplies of blue jeans.

The ultimate symbol of the Left Bank intellectual was the philosopher [Jean-Paul Sartre](#), who took the role of the public intellectual to its highest prominence. The *intellectuel engagé* had a duty to dedicate himself to revolutionary activity, to question established orthodoxies, and to champion the interests of all oppressed groups. Integral to Sartre’s appeal was the sheer glamor he gave to French intellectualism — with his utopian promise of a radiant future; his sweeping, polemical tone, and his celebration of the purifying effects of conflict; his bohemian and insouciant lifestyle, which deliberately [spurned](#) the conventions of bourgeois life; and his undisguised contempt for the established institutions of his time — be they the republican State, the Communist party, the French colonial regime in Algeria, or the university system.



Voltaire

As he put it, he was always a “traitor” — and this contrarian spirit was central to the aura which surrounded modern French intellectuals. And even though he detested nationalism, Sartre unwittingly contributed to the French sense of greatness through his embodiment of cultural and intellectual eminence, and his effortless superiority. Indeed, Sartre was undoubtedly one of the most famous French figures of the 20th century, and his writings and polemics were ardently followed by cultural elites across the globe, from Buenos Aires to Beirut.

\* \* \*

**Today’s Left Bank is but a pale shadow of this eminent past.** Fashion outlets have replaced high theoretical endeavor in Saint-Germain-des-Près. In fact, with very rare exceptions, such as Thomas Piketty’s [book](#) on capitalism, Paris has ceased to be a major center of innovation in the humanities and social sciences.

The dominant characteristics of contemporary French intellectual production are its superficial, derivative qualities (typified by figures such as [Bernard-Henri Lévy](#)) and its starkly pessimistic state of mind. The pamphlets which top the best-selling non-fiction charts in France nowadays are not works offering the promise of a new dawn, but nostalgic appeals to lost traditions of heroism, such as Stéphane Hessel’s “[Indignez Vous!](#)” (2010), and Islamophobic and self-pitying tirades echoing the message of Marine Le Pen’s Front National about the [destruction of French identity](#).

Two recent examples are Alain Finkielkraut’s “[L’Identité Malheureuse](#)” (2013) and Eric Zemmour’s “[Le Suicide Français](#)” (2014), both suffused with images of degeneration and death. The most recent work in this morbid vein is Michel Houellebecq’s “[Soumission](#)” (2015), a dystopic novel which features the election of an Islamist to the French presidency, against the backdrop of a general disintegration of Enlightenment values in French society.

\* \* \*

**How is France’s loss of its bearings to be explained?** Changes in the wider cultural landscape have had a major impact on Gallic self-confidence. The disintegration of Marxism in the late 20th century left a void which was filled only by [postmodernism](#).

But the writings of the likes of Foucault, Derrida and Baudrillard if anything compounded the problem with their deliberate opaqueness, their fetish for trivial word-play and their denial of the possibility of objective meaning (the hollowness of postmodernism is brilliantly satirized in Laurent Binet’s latest [novel](#), “[La septième fonction du langage](#),” a murder mystery framed around the death of the philosopher [Roland Barthes](#) in 1980).

But French reality is itself far from comforting. The overcrowded and underfunded French higher education system is fraying, as shown by the relatively low global rankings of French universities in the [Shanghai league table](#). The system has become both less meritocratic and more technocratic, producing an elite which is markedly less sophisticated and intellectually creative than its 19th and 20th century forebears: The contrast

in this respect between Sarkozy and Hollande, who can barely speak grammatical French, and their eloquent and cerebral presidential predecessors is striking.

Arguably the most important reason for the French loss of intellectual dynamism is the [growing sense](#) that there has been a major retreat of French power on the global stage, both in its material, “hard” terms and in its cultural “soft” dimensions. In a world dominated politically by the United States, culturally by the dastardly ‘Anglo-Saxons,’ and in Europe by the economic might of Germany, the French are struggling to reinvent themselves.

Few of France’s contemporary writers — with the notable exception of Houellebecq — are well known internationally, not even recent Nobel-prize winners such as [Le Clézio](#) and [Patrick Modiano](#). The ideal of [Francophonie](#) is nothing but an empty shell, and behind its lofty rhetoric the organization has little real resonance among French-speaking communities across the world.

This explains why French intellectuals appear so gloomy about their nation’s future, and have become both more inward-looking, and increasingly turned to their national past: As the French historian [Pierre Nora](#) put it even more bluntly, France is suffering from “national provincialism.” It is worth noting, in this context, that neither the collapse of communism in the former Soviet bloc nor the Arab spring were inspired by French thought — in stark contrast with the philosophy of national liberation which underpinned the struggle against European colonialism, which was decisively shaped by the writings of Sartre and [Fanon](#).

Indeed, as Europe fumbles shamefully in its [collective response](#) to its current refugee crisis, it is sobering that the reaction which has been most in tune with the Enlightenment’s Rousseauist heritage of humanity and cosmopolitan fraternity has come not from socialist France, but from Christian-democratic Germany.

***Sudhir Hazareesingh is a fellow in politics at Balliol College, Oxford. His new book, “How the French think: an affectionate portrait of an intellectual people,” is published by Allen Lane in London and Basic Books in New York. The French version is published by Flammarion as “Ce pays qui aime les idées.”***

## Ein schlechtes Omen

Wenn nicht endlich geltendes Recht angewendet und also nur Schutzbedürftigen Schutz geboten wird und die Übrigen zügig abgeschoben werden - dann herrscht bald überall Lagerkoller.

29.09.2015, von REINHARD MÜLLER

Lager – das Wort hat in Deutschland einen schlimmen Klang. Wenn viele Menschen auf engem Raum zusammengezwungen werden, ist deren Würde stets in Gefahr. Doch sind Flüchtlings- und Aufnahmelager, in denen auch Millionen von Deutschen in der Nachkriegszeit und während der deutschen Teilung untergebracht waren, das kleinere Übel. Es sind Stationen der Hoffnung nach Krieg, Gewalt und Verfolgung. Auch heute sollte kein Flüchtling länger als nötig in einem Lager sein. **Viele von denen, die jetzt an Krawallen beteiligt waren, hätten aber gar nicht nach Deutschland gelassen werden dürfen. Etwa Albaner – sie werden weder politisch verfolgt noch herrscht in ihrem Land Krieg.** Es ist ohne Zweifel eine Schande, wenn Roma sogar in einem EU-Land wie Bulgarien diskriminiert werden. Doch kann Deutschland nicht dem gesamten Balkan eine Bleibeperspektive eröffnen.

So weisen die jetzt vom Kabinett beschlossenen Maßnahmen in die richtige Richtung, aber auch sie dämpfen nur die Auswirkungen der Krise. Tausende überschreiten weiterhin Tag für Tag die Grenze nach Deutschland. Dabei könnten die meisten sogleich abgewiesen werden – und zwar im Einklang mit deutschem, europäischem und internationalem Recht. Denn sie kommen aus sicheren Ländern und haben keinen Asylgrund. Unwürdig sind die Zustände allenfalls deshalb, weil alle ins Land gelassen werden.

**Die Spannungen in den Unterkünften sind teilweise die nachvollziehbare Folge des gedrängten Zusammenlebens – aber auch Vorboten einer schrankenlosen Einwanderungsgesellschaft. Dass etwa vermeintliche Verletzungen der Ehre gleich ganze Gruppen zur Selbstjustiz schreiten lassen, gilt jedenfalls unter unserem Grundgesetz als überwunden. Die nun geforderte Trennung der Flüchtlinge nach Ethnien und Religionen wirkt jedenfalls wie ein schlechtes Omen für die vielbeschworene Integration: So wollen wir ja gerade nicht leben.**

Die Bundesregierung hat endlich erkannt, dass auch das Grundrecht auf Asyl und der Wille, jedem Kriegsflüchtling Schutz zu bieten, eine immanente Grenze haben. Diese wäre noch lange nicht erreicht, wenn Regierung und Behörden geltendes, aber ignoriertes Recht anwenden und also nur Schutzbedürftigen Schutz bieten und die Übrigen zügig abschieben würden. Wenn aber jetzt nicht ernsthaft umgesteuert wird, dann herrscht bald überall Lagerkoller.



# La dette française à 2100 milliards : pourquoi c'est vraiment grave

Par [Marine Rabreau](#), Service infographie du Figaro

Mis à jour le 30/09/2015 à 16:41

Publié le 30/09/2015 à 10:02

**LE SCAN ÉCO / INFOGRAPHIES - En France, la dette publique atteint des sommets historiques chaque année depuis plus de 40 ans. Pourquoi ça ne s'arrête plus? Doit-on s'inquiéter? Réponses en graphiques.**

Un nouveau record: la dette publique de la France a continué à progresser au deuxième trimestre, pour s'établir à **2105,4 milliards d'euros** au 30 juin, soit l'équivalent de **97,6% du produit intérieur brut (PIB)**. Par rapport à la fin du premier trimestre, la dette a augmenté de **16 milliards d'euros, ou 0,2 point de PIB**, selon l'Insee.

C'est encore et toujours un peu plus que les périodes précédentes. Forcément: la dette publique correspond à la somme des soldes des comptes publics enregistrés chaque année par un État. Or la France n'a pas affichée une seule année budgétaire positive depuis... 1975! Voilà donc **40 années consécutives** que la dette publique française file de record en record. Réponses en graphiques historiques.

## • La dette publique de la France vers des sommets

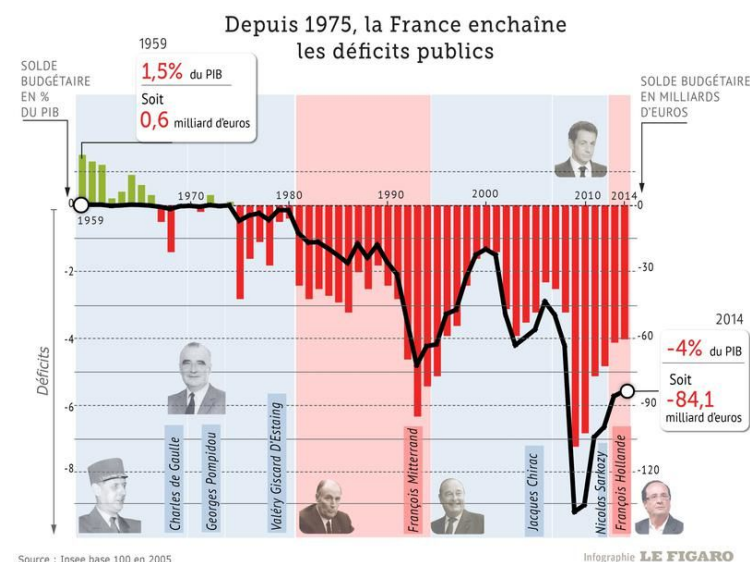
L'année 2014 a signé un record hautement symbolique pour la France: la dette publique de notre pays a dépassé la barre des 2000 milliards d'euros. Elle a doublé en l'espace de 12 ans et quadruplé en seulement 22 ans. Depuis 1978, elle a été multipliée par 27!

Ainsi la dette publique française équivaut presque à une année de richesse créée dans l'Hexagone: le taux de dette sur le PIB atteindra 96,3% à la fin de l'année selon les dernières estimations du gouvernement. Du jamais-vu. Jusqu'au milieu des années 1980, ce taux ne dépassait pas les 30%. Notons que depuis 2014, la tendance est à la stabilisation du taux de la dette publique sur le PIB.

Si la question de la bonne gestion de la dette publique se pose au regard de ces chiffres astronomiques, il n'est pas pertinent de comparer la dette d'un État à celle d'un ménage. L'État a en charge l'avenir collectif, il transfère des recettes de court terme vers des dépenses de long terme, des jeunes vers des moins jeunes, de certains contribuables vers d'autres contribuables. Par ailleurs, il a une durée de vie infinie, et répond à une logique de marchés financiers. Il ne peut obéir à la seule logique du «bon père de famille» qui ne dépense pas plus que ce qu'il gagne.

## • Aucun budget à l'équilibre depuis 1975

La dette continue de s'accroître parce que la France est en déficit chronique (ses dépenses sont chaque année, depuis 1974, plus élevées que ses recettes).

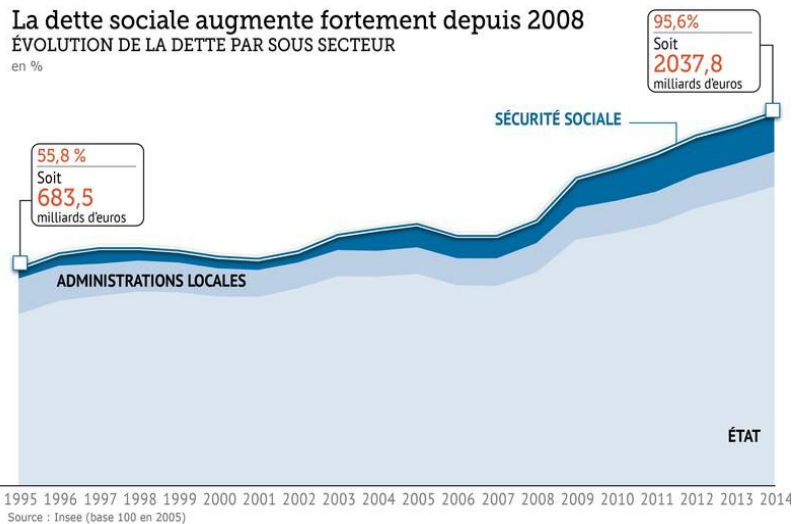




Dans ce déficit public, il faut bien distinguer le déficit conjoncturel (celui qui dépend des cycles économiques) du déficit structurel (celui qui dépend de la structure des prélèvements obligatoires et des dépenses publiques). Si le **déficit conjoncturel** (en quelque sorte le «bon déficit») permet d'atténuer les effets d'une crise, un État qui gère bien ses comptes profite à l'inverse des périodes fastes pour rééquilibrer ses comptes. Ce qui ne s'est, en France, sous la gauche comme sous la droite, jamais vraiment fait. Plus grave, la France est aussi en **déficit structurel** (le «mauvais déficit») continu: les recettes de l'État sont systématiquement insuffisantes pour financer les dépenses, en dehors de toute considération sur le contexte économique du moment. Même si les efforts en matière de gestion des finances publiques s'améliorent, **le déficit structurel en France ne retrouvera pas l'équilibre avant 2020.**

#### • La dette publique par sous-secteur: le poids croissant de la dette «sociale»

Dans le graphique ci-dessous, nous analysons la dette publique française par sous secteur: l'État, les collectivités locales, et la Sécurité sociale.

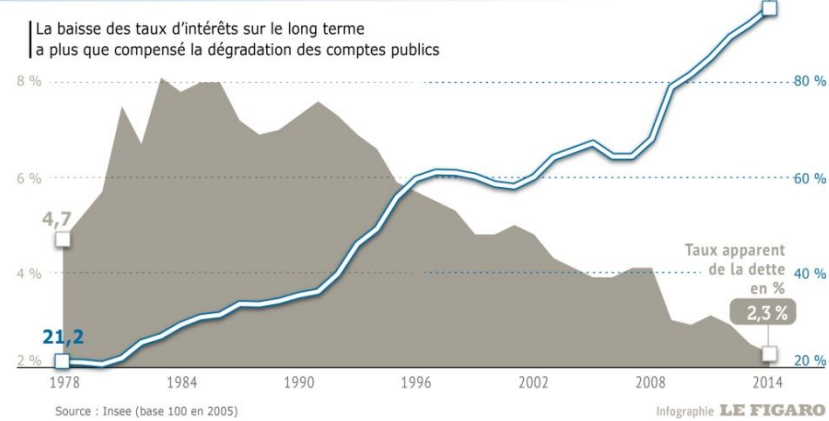


La dette émise par l'État est prépondérante, ce qui est logique puisque c'est lui qui investit le plus, dans l'éducation, la santé, etc. En revanche, la progression de la «dette sociale», celle qui finance la protection sociale des Français (santé, retraite, famille et chômage), est frappante. Or normalement, un État ne doit pas s'endetter pour ses frais courants: le «pacte budgétaire» ou la «règle d'or» stipule que l'endettement public doit être limité à l'investissement.

#### • Le coût de la dette n'a jamais été aussi faible

Là aussi, la situation est parfaitement inédite: jamais la France ne s'est financée aussi bon marché. Les taux obligataires à 10 ans (l'OAT) auxquels la France emprunte ont chuté vers 1% depuis 2014, quand ils valaient près de 10% en 1987. Dans ce graphique, nous avons calculé le **taux apparent de la dette** (le montant des intérêts payés par rapport à la dette totale). Prolongeant un mouvement entamé il y a une vingtaine d'années, le taux apparent de la dette a fortement reculé au cours de la période 2003-2013, revenant de 4,4 % à 2,5 %, ce qui explique sans doute pourquoi les gouvernements respectifs ont retardé leurs efforts budgétaires: dans le même temps, la dette publique augmentait de 30 points de PIB! «Si la France avait eu par exemple en 2013 le même taux apparent sur sa dette qu'il y a dix ans, elle aurait dû verser des intérêts supérieurs de près de 80 % à ceux effectivement acquittés», estime Olivier Chemla, économiste en chef à l'Afep.

## Une dette publique plus élevée, mais toujours moins chère



Ainsi, le service de la dette, c'est-à-dire les intérêts payés tous les ans par l'État pour rembourser sa dette, continue de reculer depuis 2012. En 2014, la France a tout de même remboursé 46,1 milliards d'euros en seuls intérêts sur sa dette.

Pour autant, cette charge de la dette n'est plus le premier poste de dépenses publiques en France depuis 2015 (l'enseignement scolaire est repassé devant).

### • La dette n'est pas qu'un problème français

Une étude de deux économistes de Harvard a longtemps laissé penser qu'une dette publique au-delà de 90% du PIB présentait le danger que les marchés financiers ne fassent plus confiance au pays concerné, et qu'il sombre dans la spirale infernale de la hausse des taux d'intérêt jusqu'au défaut de paiement. Mais en 2013, les deux économistes ont reconnu s'être trompés dans leur modèle.

En Europe, plusieurs pays dépassent la France en termes de taux de dette publique sur le PIB. Force est de constater que tous ces pays ont eu recours, depuis l'éclatement de la crise de la dette européenne en 2010, à l'aide internationale. Notons toutefois que le Japon, lui, affiche un taux de dette publique de plus de 230% sans être inquiété par les marchés financiers.

En fait, trois facteurs sont déterminants pour jauger la soutenabilité d'une dette: les **taux d'intérêts**, la **croissance**, et l'**inflation**. Plus les taux sont bas, moins ils pèsent sur les finances publiques; plus le PIB augmente, plus le poids de la dette dans le PIB diminue; **idem pour l'inflation**. Si les taux sont partis pour rester faibles dans les pays développés - avec les Banques centrales américaine, européenne et japonaise qui maintiennent leurs taux bas depuis la crise de 2008 et rachètent une partie des dettes des États - la croissance et l'inflation restent au tapis, surtout dans la zone euro et au Japon.

### • Pour l'instant, la France «sauvée» par des taux bas

Ainsi la France se retrouve-t-elle coincée: la croissance et l'inflation, toutes les deux faibles, ne contribuent pas à améliorer la gestion des finances publiques. Pour le moment, la France est «sauvée» par des taux bas, dont elle n'a pas la maîtrise. Pour rappel, la dette de l'État français, émise sur les marchés financiers, est détenue à 64,4% par des «non-résidents», principalement des sociétés financières européennes. Ce qui implique un risque systémique en cas de crise.

Le gouvernement prévoit que **la dette publique atteigne 96,3% du PIB en 2015 et 96,5% du PIB en 2016**, signes que la dette se stabiliserait enfin. Pour ses prévisions de 2016, l'État vise une croissance de 1,5%, un déficit public de 3,3% et une inflation de 1%. Outre le caractère un peu optimiste de ces hypothèses, de tels objectifs pourraient voler en éclats si les taux longs sur les marchés financiers remontaient. Ils devraient remonter mais nul ne saurait présager quand. L'Agence France Trésor chiffre l'impact budgétaire d'une hausse de 1% sur l'ensemble des taux relatifs à la dette de l'État à 2,2 milliards d'euros la première année, puis 5 milliards la deuxième et 10 milliards au bout de 5 ans.

## Sorry folks, Volkswagen won't die

Thanks to the magic of the market economy, the carmaker will come back stronger than before.

By [NIKOLAUS BLOME](#)

9/30/15, 5:36 PM CET

“Sündenstolz” is a particular German word. It is a combination of both “sin” and “pride”; in a figurative sense it caricatures Germans’ eagerness to come to terms with the dark parts of their past. Such “Sündenstolz” fuels the debate on Volkswagen’s #dieselgate too. Politicians, experts and the media seem to be competing at how radical they can be in their comments on the carmaker’s global fraud. It’s modern exorcism: Not only has Volkswagen been declared dead or doomed to die, so has the famous “made in Germany” label or even German (economic) leadership in Europe. All of that is allegedly now over because Volkswagen is so big, so important and so much the German carmaker. There is no limit to disgust and depression.

So what might take you by surprise these days is that Volkswagen people have not committed suicide in large numbers. Nor have average Germans. Right they are.

Volkswagen will come back from the crisis stronger than before. Why? It’s market economy, stupid. Beyond the mess and public hysteria, #dieselgate offers a brilliant lesson of what market economy is about.

First lesson to learn: Markets do not function properly without governmental — or public — checks and balances, be it the U.S. Environmental Protection Agency or a little NGO like the International Council on Clean Transportation, which first revealed the fraud. That should give pause to all true believers of boundless neoliberalism.

Second, let’s hope that German and U.S. authorities will really make Volkswagen pay for what they have done — officials as well as the organization as a whole. Prosecution and heavy fines might bring back the notion that in a market economy you are eventually held responsible if you take risks. Some years ago banks around the globe took risks and messed it up. Unfortunately, they were too big to fail and taxpayers’ money had to patch things up. But as of today there will be no taxpayers’ money for Volkswagen.

As if Adam Smith’s concept of the “invisible hand” itself had intervened, the scandal broke when Volkswagen just had overtaken Toyota as the biggest carmaker in the world. In essence, “Das Auto” (the car) is the company’s main marketing claim. So what made #dieselgate possible was a blend of imperial overstretch, arrogance and blind addiction to the German art of engineering.

Most of that will be demolished. It is a key moment in a typical market economy cycle. For Volkswagen, Josef Schumpeter’s “kreative Zerstörung” (creative destruction) is at work now. By the end of the day, the organization will be far less centralized, with more autonomy and responsibility for the different brands. It will rely less heavily on optimizing diesel engines again and again because consumers simply won’t believe it for a long time. To restore confidence, Volkswagen will have to reinvent itself: most probably by heavily investing in electric cars to which German industry has not paid enough attention so far. This could bring about a major technological breakthrough.

Germans aren’t always world champion in innovation. But we are pretty good in what you might call “lessons learned.” And the first lesson for Volkswagen is: Let the market economy do its work and you’ll get your happy end.

*Nikolaus Blome is a German journalist and author.*

**VIDEO**

<https://daserste.ndr.de/annewill/videos/Merkels-Fluechtlingspolitik-Grosse-Geste-kleiner-Plan.annewill4226.html>

## Die fatalen Folgen von Merkels Botschaft

Bei Anne Will steht das Recht auf Asyl zur Debatte: Verspricht die Kanzlerin den Syrern-Flüchtlingen mehr, als Deutschland einhalten kann? Der Historiker Heinrich August Winkler bricht ein Tabu.

01.10.2015, von FRANK LÜBBERING

Das Thema Flüchtlinge beschäftigt die deutsche Öffentlichkeit schon länger. Allein die Perspektive verändert sich. So hatte **Anne Will Ende Juli nach der Barmherzigkeit der deutschen Flüchtlingspolitik gefragt**. Die Bundeskanzlerin hatte in einer Diskussion auf die Grenzen der deutschen Aufnahmebereitschaft hingewiesen, worauf eine palästinensische Schülerin in Tränen ausgebrochen war. In dieser Sendung waren Armin Laschet, stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU, und Thomas Kreuzer, Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion in Bayern, zu Gast gewesen. Zu diesem Zeitpunkt diskutierte man vor allem über die Asylbewerber vom Westbalkan. Es gab zwar steigende Flüchtlingszahlen, aber niemand konnte sich die gegenwärtigen Dimensionen vorstellen. Um die Frage, ob man wirklich alle syrischen **Flüchtlinge** aufnehmen kann, machte man einen großen Bogen.

### Argumentativer Notstand

Laschet erinnerte gestern Abend an das palästinensische Mädchen. Wie sehr sich in diesen wenigen Wochen das Bild der Kanzlerin verändert habe. Von der „Eiskönigin“ des „Stern“ Mitte Juli bis zur „Mutter Angela“ im „Spiegel“. Darin sah Laschet ein Argument gegen den im Titel der gestrigen Sendung formulierten Vorwurf an die Kanzlerin: „Merkels Flüchtlingspolitik – Große Geste, kleiner Plan?“ Medien sind wankelmütig in ihren Urteilen, das wollte Laschet damit aussagen. Zudem sei die Kanzlerin als Pragmatikerin „nicht den ganzen Tag damit beschäftigt, Botschaften auszusenden“. Nur ist das nicht ihr Job? Diese berechtigte Frage stellte der Chefredakteur des „Cicero“, Christoph Schwennicke. Eine Kanzlerin bringt den politischen Willen dieses Landes zum Ausdruck. Sie wird vor allem im Ausland entsprechend wahrgenommen. Das umso mehr, weil sie als die alles dominierende europäische Führungsfigur gilt.

**Angela Merkel** hat in wenigen Wochen zwei völlig konträre Botschaften vermittelt. Zuerst die Grenzen der deutschen Aufnahmefähigkeit, anschließend das Gegenteil. Sie geriet in beiden Fällen ins Kreuzfeuer der öffentlichen Debatte. Das ist in Demokratien nicht ungewöhnlich, selbst die Wankelmütigkeit der Medien kein neues Phänomen. Aber Kanzler müssen sich „den ganzen Tag“ damit beschäftigen, welche Botschaften sie vermitteln. Laschets Bemerkung weist auf einen argumentativen Notstand hin. Das war auch der Vorwurf von Schwennicke. Die Kanzlerin habe die Folgen ihrer Aussagen im Rest der Welt nicht bedacht. Dort wurden diese wenigen Sätze als eine Garantie verstanden, in Deutschland bekämen Flüchtlinge unbegrenzt Zuflucht. Die WDR-Journalistin Marion von Haaren bemühte sich zwar, diesen Vorwurf zu entkräften. Es habe schon vorher diese Fluchtbewegung gegeben. Allerdings war bis dahin kein Flüchtling auf die Idee gekommen, sich auf „Mutter Merkel“ zu berufen, um in Flüchtlingslagern im Nordirak über die Einwanderung nach Deutschland nachzudenken.

### Deutsche Unehrllichkeit

**Der Historiker Heinrich August Winkler wies auf die fatale Signalwirkung dieser Botschaften der Kanzlerin hin. Er beschrieb das innenpolitische Klima der vergangenen Wochen als eines der „moralischen Selbstüberhöhung“ und sprach von „einem fast nationalistischen Pathos“. Nun dürfen Kanzler mit ihren Botschaften einen Eindruck nicht erwecken: den der Planlosigkeit. Winkler machte deutlich, wo das eigentliche Problem der deutschen Flüchtlingspolitik zu finden ist. Wir versprechen mit unserem Asylrecht als Individualgrundrecht mehr als wir am Ende halten können. Die Botschaft der Kanzlerin hat nämlich konkrete Folgen. Jedem Flüchtling wird die Prüfung seines Antrages garantiert, selbst wenn er offensichtlich unbegründet ist. Bei Bürgerkriegsflüchtlingen, wie aus Syrien, deren Aufnahme garantiert. Gleichzeitig aber gibt es faktische Grenzen der Aufnahme- und Integrationsfähigkeit, so nannte das bekanntlich der Bundesinnenminister. Mit dieser „Unehrllichkeit“, so Winkler, schürten wir bei den Flüchtlingen Illusionen, die später zwangsläufig enttäuscht werden müssten.**

**Wir können nicht alle Syrer aufnehmen. Das ist die schmerzhafteste Erkenntnis von Winkler. Man sollte daher den bisherigen Artikel 16 a des Grundgesetzes ersetzen, so sein Vorschlag: „Politisch Verfolgten gewährt die Bundesrepublik nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit Asylrecht.“ Winkler bricht damit ein politisches Tabu.** Die von ihm diagnostizierte Unehrllichkeit hatte bisher den Rang einer Staatsräson, obwohl ihre Unhaltbarkeit längst offensichtlich geworden ist. Das kafkaesk anmutende deutsche Asylverfahrensrecht war schon immer von dieser Unehrllichkeit geprägt gewesen. Jeder sollte einen Antrag stellen dürfen, aber gleichzeitig wurde alles versucht, möglichst wenigen Flüchtlingen den Aufenthalt in Deutschland zu ermöglichen. Man verließ sich auf die Drittstaatenregelung im Grundgesetz und die Dublin-Verträge, um Deutschland vor der Inanspruchnahme dieses Grundrechtes zu schützen. Erst seit das alles in diesem Sommer zusammengebrochen ist, muss Deutschland halten, was es so leichtfertig versprochen hat. Jetzt sind hunderttausende Asylanträge unbearbeitet. 290.000 Flüchtlinge bisher nicht einmal registriert worden. Die Folgen lassen sich jeden Tag in tausenden deutscher Kommunen besichtigen.

### Mit dem Klammerbeutel gepudert

**Deutschland ist ein Land ohne Grenzen geworden, wo „die Schleuser darüber entscheiden, wer einreisen darf“, so Kreuzer.** Am Montag und Dienstag sind allein in Bayern jeweils 11.000 Flüchtlinge eingereist. Das sind Zahlen, die Ende Juli noch außerhalb jeglichen Vorstellungsvermögens gewesen wären. Für Frau von Haaren war diese Dynamik eine Art Schicksal. Daran könne man nichts ändern. Außerdem sei das ja nur ein kleiner Teil der weltweiten Flüchtlingsbewegung. Um einmal die Wirklichkeit zu beschreiben: Bis Weihnachten wären das hochgerechnet mehr als 800.000 zusätzliche Flüchtlinge. Wer glaubt ernsthaft bis dahin allein den Problemstau im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) aufgelöst zu haben? Wenn diese Dynamik nicht gestoppt wird, haben wir schon zu Weihnachten unhaltbare Zustände in diesem Land. Das machte Kreuzer deutlich. Man wäre mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn man die Wirklichkeit weiterhin ignorierte. So formulierte das einst der frühere SPD-Vorsitzende Björn Engholm. In dessen Amtszeit war 1993 das Asylrecht geändert worden.

**Grundgesetzänderungen passieren nicht über Nacht. Kreuzer hielt daher wenig vom Vorschlag Winklers. Sein Ansatzpunkt war die Veränderung der europäischen Flüchtlingsrichtlinie, um in Europa zu einem System der Kontingentierung wie etwa in den Vereinigten Staaten zu kommen. Danach wären Asylanträge nur noch in den Konfliktregionen möglich. Jeder andere Weg zur Asylgewährung ausgeschlossen. Diese Botschaft verstände man auch in den Flüchtlingslagern im Nahen und Mittleren Osten. Die bisherige Praxis damit obsolet geworden, die das Erreichen eines EU-Staates zur Voraussetzung des Asylantrages macht. Die lebensgefährlichen Überfahrten über das Mittelmeer wären damit auch hinfällig geworden. Auf diesem Weg könnte man lediglich illegal in die EU einreisen - und wäre damit automatisch von jedem Zugang zu legalen Arbeitsmärkten und Sozialleistungen ausgeschlossen. Dieser Vorschlag von Kreuzer hat aber eine Voraussetzung. Das Eingeständnis der bisherigen deutschen Unehrllichkeit. Lediglich die Deutschen haben in Europa dieses Problem. Niemand anders hat Erwartungen geweckt, die er in Wirklichkeit nie einhalten konnte.**

### **Ende eines Sonderweges**

Damit entfielen zwei Besonderheiten in unserer Debatte. Entweder wie Frau von Haaren den typisch deutschen Fatalismus zu predigen oder hinter der Willkommenskultur eine Abschottungspolitik zu praktizieren. Laschet wies nämlich auf die härteste Asylrechtsverschärfung der vergangenen 20 Jahre hin. Das war schon immer der deutsche Sonderweg gewesen. Den könnte man sich damit ersparen. Wie auch die tausenden neuen Sachbearbeiter, die aussichtslose Asylanträge bearbeiten sollen. Man muss nicht links oder rechts, reaktionär oder progressiv sein, um den Irrsinn dieses bisherigen Systems zu begreifen. Das gilt in gleicher Weise für die Bundeskanzlerin.

Sie ist letztlich dafür verantwortlich, ob diese Planlosigkeit mit ihren desaströsen Folgen für die Funktionsfähigkeit von Staat und Gesellschaft beendet wird. Aber bis heute konnte sie noch nicht einmal eine einfache Auskunft geben. Sie hatte die Öffnung der Grenzen zu Österreich mit einer Ausnahmesituation begründet. Kreuzer stellte der CDU-Vorsitzenden eine einfache Frage: Wann diese vorbei sei? Er bekam bisher keine Antwort. Nur die 22.000 Flüchtlingen der beiden vergangenen Tage. Die Bundeskanzlerin hat nicht nur keine Zeit für Botschaften. Sie kann noch nicht einmal mehr solche existentiellen Fragen beantworten.

[HTTP://WWW.WSJ.COM/ARTICLES/EUROPES-AUTO-MAKERS-KEEP-TEST-FIRMS-CLOSE-1443648097](http://www.wsj.com/articles/europes-auto-makers-keep-test-firms-close-1443648097)

129,99

[BUSINESS](#)

[AUTOS & TRANSPORTATION](#)

[AUTOS](#)

# Europe's Auto Makers Keep Test Firms Close

Watchdogs say commercial ties offer too much room for influencing results

By [JASON CHOW](#) in Paris [RUTH BENDER](#) in Berlin and [DAVID GAUTHIER-VILLARS](#) in Stockholm

Sept. 30, 2015 5:21 p.m. ET

The scramble to tighten rules on emissions tests following [Volkswagen](#) AG's diesel-engine scandal is laying bare a system in which car makers pay the very firms that test and certify their vehicles.

That system relies on the use of so-called "golden vehicles," stripped down prototypes that car makers send to testing firms for inspection. The practice, which officials for car makers and testing firms say is widespread, allows car models to undergo tests before they are fitted with everything from back seats to wheels with heavier tread, boosting fuel efficiency and lowering emissions.

"It's like preparing for a major race. We tune them and pamper them like stud horses," said an executive from one of Europe's leading auto makers, adding that car companies never submitted random vehicles drawn from the assembly lines for testing.

The relationship between car makers and testing firms raises questions about how closely manufacturers can work with the companies without influencing test results. On Wednesday, the French government announced plans to test 100 vehicles drawn directly from car owners and rental agencies.

Executives from the auto industry and the testing firms say the use of golden vehicles and other practices don't amount to cheating, because they aren't banned by European rules.

"A client pays for the testing, not the test results. If we were lax...we would lose our license and thus our business," said an official from a testing company in Germany.

Representatives for Volkswagen and [PSA Peugeot Citroën](#) said the companies needed time to study the issue before commenting. [Fiat-Chrysler Automobiles](#) NV and [Renault](#)SA declined to comment, and [Daimler](#) AG couldn't be reached to comment.

[BMW](#) AG said it "does not manipulate or rig any emissions tests," and would be "willing to discuss our testing procedures with all relevant authorities and to make our vehicles available for testing any time."

Industry and environmental watchdogs say the commercial ties between car makers and testing firms allow them to wield too much influence over test results.

"A car maker is free to choose who does the test, and the testing houses are commercial companies who rely on the car makers," said Jos Dings, director of the Brussels-based environmental group Transport & Environment. "There is no incentive to be tough on car makers," he added

*'There is no incentive to be tough on car makers.'*  
—Jos Dings, Transport & Environment

The rules for testing emissions across the Continent are set by the European Union, but the economic bloc doesn't have an authority like the U.S.'s Environmental Protection Agency to perform spot checks that can catch abuse.

EU rules require testing to take place in a lab under controlled conditions so that results don't vary across the Continent, but the bloc doesn't require the test cars to be fully equipped. The rules specify testing during manufacturing—before new models hit the streets—but industry insiders say that rarely happens.

A spokesman for the European Commission didn't respond to requests for comment. The EU is phasing in a new requirement in 2016 for auto makers to conduct an emissions test that measures how much pollutants cars emit when actually being driven on real roads, but those tests won't yet determine whether a new car model is approved for sale in the region.

Because enforcement is handled by national governments, the implementation of EU rules varies from country to country, fostering testing standards that analysts say are lax and easy to manipulate. Cars approved in one country also can be sold throughout the EU.

"We observe the legal requirements in each country and fulfill all local testing guidelines and procedures," said the spokesman for BMW.

*'We apply the current rules in place.'*  
—Spokesman for Germany's KBA

In France, car makers rely on a single testing firm, UTAC, while oversight of the process is handled by national environmental and transportation authorities, said François Roudier, a spokesman for CCFA, a French auto manufacturers association.

Marie-France Mutti, a UTAC spokeswoman, declined to comment. "We're in the midst of working on our protocols," she said

Once a testing firm certifies a model, Mr. Roudier said, cars aren't tested again unless a modification is made to the engine in a model update, he added.

In Germany, the federal motor transport authority, known as KBA, certifies new car models. But the authority, which is overseen by the transport ministry, doesn't have its own testing facilities. KBA relies on at least four private companies to conduct tests: Tüv Süd, Tüv Nord, Tüv Rheinland, Dekra.

KBA can pick which of the test companies inspect a new car model. But the authority often assigns the same testing firm to work with a manufacturer on different models, said one official from a testing company, adding that car makers pay for the test.

When a model passes a test, the results are handed to the KBA for certification. Car makers also pay a small fee to the motor traffic office. "We apply the current rules in place," said a KBA spokesman.

*'All car makers without exception optimize their cars.'*  
—Official, German test firm

"We apply the current rules in place," said a KBA spokesman.

Golden vehicles are often deprived of standard equipment, such as air bags and air conditioning units, according to testing officials.

One particular area of attention in the tests is car tires. Vehicles used in tests are fitted with special tires that don't last long on real road but provide ultralow resistance during lab tests.

The test vehicles and measures used in labs can help lower exhaust emissions by between 20% and 35% over standard road-equipped vehicles, the executive for the major European car maker said.

"All car makers without exception optimize their cars," said the official from a German testing firm.

—*Christopher Alessi and Gabriele Steinhauser contributed to his article.*



<http://www.nytimes.com/2015/10/01/opinion/masha-gessen-vladimir-putins-guide-to-world-history.html?action=click&pgtype=Homepage&module=opinion-c-col-left-region&region=opinion-c-col-left-region&WT.nav=opinion-c-col-left-region>

129,101

The Opinion Pages | CONTRIBUTING OP-ED WRITER

## Vladimir Putin's Guide to World History

SEPT. 30, 2015



Vladimir V. Putin waiting to speak to the United Nations General Assembly on Monday. Credit Seth

Wenig/Associated Press

Masha Gessen

**Vladimir V. Putin** came to the United Nations General Assembly **on Monday** to demand that **Russia** be taken seriously and treated as an equal partner by the world's great powers. In preparation for his visit, Russia in recent weeks has **expanded its military presence in Syria**, kept quiet in Ukraine, and even stepped back from its domestic antigay campaign — all in the hopes of reclaiming its place at the table.

The Kremlin ultimately succeeded in convincing President Obama to meet with Mr. Putin. But more than anything else, **the Russian president succeeded in New York in laying out his worldview for all to hear**. He did so earnestly, rarely raising his eyes from his prepared text. After speaking for over 20 minutes, he sat down, his legs uncharacteristically close together. **As he waited for the customary round of handshakes to commence, he bit his lip and fidgeted with his watch.**

**The biggest and most dangerous enemy in Mr. Putin's world is the United States. So sinister is this enemy that its name cannot be uttered: His speech criticized U.S. behavior without naming the country, referring to the Americans as "those who created the situation" in Syria, and as outsiders who provoked an armed coup in Ukraine.**

According to Mr. Putin's reading of history — in which Russia was instrumental in creating a participatory world order that the United States subsequently flouted — these descriptions make sense. He claimed that the United Nations was founded at the 1945 **Yalta Conference**, a momentous event that occurred "in our country," on the Crimean Peninsula. This is a highly selective version of events: the United Nations actually traces its founding to an agreement signed by representatives of 14 governments on June 12, 1941, when the Soviet Union was still an ally of Nazi Germany. **In any event, the United Nations does not recognize Russia's 2014 annexation of Crimea, so Mr. Putin's reference to "our country" was off base — unless he meant to position himself as a representative of the Soviet Union.**

Continuing in this vein, the Russian president criticized the lopsided geopolitics that emerged with the end of the Cold War, when a certain country came to think itself all-powerful. Without naming names, Mr. Putin pointed a finger at "those who wound up at the top," who thought that because they were "strong and exceptional" they "knew better" than anyone else and could ignore the U.N., which just "gets in the way."

**In his view, America's sense of exceptionalism, and its resulting export of "so-called democratic" revolutions that cause chaos and violence, threatens the U.N.-protected world order.** True, the Soviet Union made similar mistakes, Mr. Putin noted — but the (still unnamed) United States should have learned from the Soviet past. Sadly, he concludes, it has not.

Here Mr. Putin drew a rare distinction between contemporary Russia and the Soviet Union. Though Russia has bitten off territory from two of its neighbors — Ukraine and Georgia — and actively supported radical

opposition in several European countries, Russia does not view itself as expansionist, according to Mr. Putin. **Its ideology is grounded in the idea of a clash of civilizations — one of “traditional values” vs. the West — and Russia merely strives to protect the former.**

In his interpretation, the United States is the expansionist power. **“First they pursued the policy of expanding NATO,”** Mr. Putin said, now referring to the enemy as “our colleagues.” **He said it was this “logic of confrontation” that produced “a major geopolitical crisis” in Ukraine,** where “the fact that a large part of the population was unhappy with the current administration” was exploited to incite an armed struggle. **Ultimately, he said, that crisis — which he termed a “civil war” — was the result of a coup “orchestrated from outside.”**

**As Mr. Putin sees it, that’s what happened in Syria as well: America sided with the protesters who [took to the streets](#) in 2011, and this inevitably led to chaos.** “I almost want to ask those who started it, ‘Now do you understand what you’ve done?’” said Mr. Putin. “But I’m afraid this question will go unanswered because they are sticking with a politics based on overconfidence, exceptionalism and the certainty of impunity.”

**The way to deal with Syria and the refugee crisis, he said, is to support “the legitimate government of Syria,” by which he meant the Assad regime.** Here again he was articulating his own position in the approaching negotiations with Mr. Obama. **Mr. Putin firmly believes that the United States was behind both the 2011 Syrian uprising and the months of protests that erupted in Ukraine [in late 2013](#), and that this has led to catastrophe. He also believes that America backed [those who protested](#) in Moscow and elsewhere in Russia in the winter of 2011, and that only his own firm hand has averted a similar fate in his country.**

In the end, Mr. Putin proposed creating an international antiterrorist coalition that could, “like the anti-Hitler coalition, bring together a broad range” of forces — including the Syrian government — to fight the Islamic State. This return to the [World War II](#) theme served not only to remind the General Assembly of the U.N.’s origins, but **underlined the fact that, historically, the fight against a greater evil has compelled nations to set aside their differences. In his scenario, the fight against ISIS is a good reason to stop talking about Ukraine.**

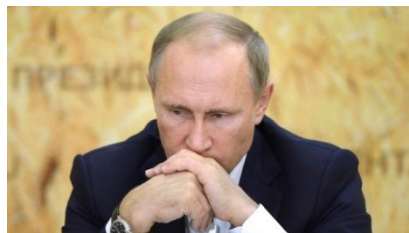
**Before joining the anti-Hitler coalition in 1941, the Soviet Union had annexed parts of Finland and Poland, and all of Latvia, Lithuania and Estonia.** At Yalta, the world’s leaders agreed to let Stalin keep all that and exercise his dominance over Eastern Europe. **For its part in defeating Hitler, the Soviet Union’s reward was becoming a superpower.** Mr. Putin is determined to have Russia again acknowledged as a superpower, at least equal to America in deciding the fate of a country like Syria. **In the name of fighting ISIS, Russia wants the West to let it continue carving up Ukraine and flex its muscles over much of Eurasia.** In Mr. Putin’s speech, and in his mind, this would be not only logical but plainly right.

**Masha Gessen is the author, most recently, of “The Brothers: The Road to an American Tragedy.”**

## Putins Krieg in Syrien

Russland wagt ein neues militärisches Abenteuer und tritt in den Syrien-Krieg ein. Das könnte die Weltpolitik verändern. Ein Kommentar.

30.09.2015, von NIKOLAS BUSSE



© AFP Putin erhebt Anspruch auf weltpolitische Geltung.

Der Verlauf der UN-Vollversammlung hat auf großer Bühne gezeigt, was im Kleinen seit längerem absehbar war: Das größere russische Engagement macht die Lage in Syrien nicht einfacher, sondern schwieriger. Obama und Putin haben Ordnungsvorstellungen für das Land vorgetragen, die schwer miteinander vereinbar sind.

Die Amerikaner sind der Meinung, Assad habe seine Legitimität verspielt, weil so viel Blut an seinen Händen klebt; die Russen dagegen wollen ihn stützen, weil das Damaszener Regime der Garant für ihren Einfluss im Land selbst und in einem Großkonflikt ist, dessen Ausgang für die politische Zukunft Arabiens von großer Bedeutung sein wird. Das gemeinsame Interesse an der Bekämpfung des „Islamischen Staats“ erscheint zumindest derzeit nicht groß genug, um diese Gegensätze zu überbrücken.

**Für Syrien ist das eine sehr schlechte Nachricht. Wenn die beiden größten auswärtigen Mächte, die sich in diesen Konflikt einmischen, keine gemeinsame Linie haben, dann gibt es wenig Aussicht auf eine Stabilisierung. Denn es geht nicht nur um die Bekämpfung der Dschihadisten. Im Kern wird in Syrien ein geopolitischer Wettstreit zwischen Iran und Saudi-Arabien um die regionale Vorherrschaft ausgetragen, in dem sich die Russen nun eindeutig auf die Seite Teherans gestellt haben.**

Die Amerikaner betreiben, anders als noch zu Bushs Zeiten, zwar keine Politik des militärischen Regimewechsels mehr. Aber sie stehen über ihr Bündnis mit den Saudis auf der anderen Seite. **Damit ist im Laufe von vier Jahren aus einem internen erst ein regionaler und jetzt ein globaler Konflikt geworden.**

Die Vermittlungsbemühungen der Vereinten Nationen, die bisher schon erfolglos waren, macht das noch schwieriger. **Solange sich die militärische Lage nicht grundsätzlich ändert, und danach sieht es im Augenblick nicht aus, wird die Diplomatie nicht viel ausrichten können.**

Putin erhebt Anspruch auf weltpolitische Geltung

Mit dem Schritt nach Syrien hat Putin den russischen Aktionsradius erheblich erweitert. Seit dem Kalten Krieg hat sich Moskau nicht mehr so stark in einer anderen Weltregion engagiert. Nach 1991 konzentrierte Russland seine Einflussnahme auf Gebiete, die zur Sowjetunion gehört hatten oder zu denen traditionelle Bindungen bestanden: Osteuropa, der Balkan und der Kaukasus. Der Krieg in Georgien und die Intervention in der Ukraine waren zwar eine Eskalation der Mittel, spielten sich aber noch auf gewohntem Terrain ab.

**Mit dem Eintritt in den Krieg in Syrien hat Putin nun wieder einen Anspruch auf weltpolitische Geltung erhoben, ganz im Sinne seiner Politik der Wiederherstellung russischer Größe. Allerdings sollte man die russischen Möglichkeiten nicht überschätzen. Nicht anders als die Amerikaner hält Putin das militärische Engagement derzeit in engen Grenzen.**

Auch er dürfte aus den vielen gescheiterten Interventionen der vergangenen Jahre den Schluss gezogen haben, dass ein direktes Eingreifen in einen fernen und fremden Konflikt höchst riskant werden kann. **Die Erinnerung an das eigene Debakel in Afghanistan ist in Russland ohnehin nicht verblasst.**

Spielraum westlicher Außenpolitik wird eingeengt

Diese Entwicklung ist nicht die Rückkehr des Kalten Kriegs mit seinem erbitterten Systemgegensatz. In der multipolaren Welt, die sich allmählich herausbildet, sind die Beziehungen vielschichtig. Das lässt sich auch im Verhältnis zwischen Amerika und Russland beobachten: **Im Atomstreit mit Iran haben die beiden Großmächte einträchtig zusammengearbeitet, weil sie das Interesse einte, eine neue Atommacht zu verhindern.**

**Aber Russlands Ausgreifen über seine Kernregion hinaus hat ohne Zweifel das Potential, die Weltpolitik zu verändern.** In den vergangenen fünfundzwanzig Jahren hatten die Vereinigten Staaten, die Europäer im Schlepptau, im Grunde freie Hand in der internationalen Politik. Sie arbeiteten stets auf die Schaffung freier Gesellschaften hin (wenn auch mit geringem Erfolg). Putin sucht die Rückkehr in das globale Kräfteverhältnis dagegen über Allianzen mit autoritären Regimen, von China bis Venezuela; Assad passt gut in diese Sammlung. Das wird den Spielraum der westlichen Außenpolitik in den nächsten Jahren womöglich erheblich einengen.

Deutsche muss sich stärker engagieren

**Die deutsche Politik hat auf all das mit bemerkenswerter Kopflösigkeit reagiert. Ein Tiefpunkt war sicher Gabriels Vorschlag, man möge doch die Ukraine-Sanktionen aufgeben, um mit Putin in Syrien ins Geschäft zu kommen. Bei manchen Wortmeldungen aus Berlin hatte man den Eindruck, da hätten ein paar alte Russland-Freunde nur darauf gewartet, Putin endlich wieder ins Boot holen zu können.**

Auch unter dem Eindruck der Flüchtlingskrise sollte man strategische Fragen mit kühlem Kopf angehen. **Deutschland hat spätestens seit diesem Sommer fundamentale eigene Interessen im Syrien-Konflikt. Man kann nicht erwarten, dass Putin die für uns wahrnimmt.**

**Selbst unsere Verbündeten teilen die Berliner Agenda nur teilweise: Amerikaner und Franzosen haben kein Flüchtlings-, sondern ein Terrorismusproblem. Also muss sich Deutschland selbst stärker engagieren.** Wie sagte Steinmeier einmal? Man dürfe die Weltpolitik nicht nur von der Außenlinie aus kommentieren. Das gilt auch für Syrien.

## Germany's working-age refugees and empty jobs: Why the disconnect?

Howard LaFranchi 21 septembre 2015

[The Christian Science Monitor](#)

Rami Al-Makki has demonstrated a fast-on-your-feet adaptability that economists here say German business and industry desperately need.

Mr. Makki, from war-ravaged Daraa, in southwestern Syria, has settled in the Hamburg suburb of Rellingen and is learning German quickly since his harrowing odyssey last year across the Mediterranean on a cramped boat and up the spine of Europe on a suffocatingly crowded truck. While he had been a CD factory and cement plant manager in Syria, he wasn't too proud to take a job in his new home at a Backer Schluter bake shop.

In March, after receiving asylum, he sent for his wife and two small sons, who were in a refugee camp in Jordan. Now the boys are in school and learning the language and ways of their new home with ease.

"Germany has been very good to me, after such a difficult time, this is the place where I said, 'Now I can live again,'" Makki says. "I want to give something back. If I can find good work and my children learn to live like Germans, I think I can."

As Germany prepares to take in up to 1 million refugees this year and 500,000 annually, the Makki family are exactly the people that many argue the country must welcome - not simply out of the goodness of the national heart, but out of economic and demographic self-interest. And that welcome - especially if it is to last - must be fortified by labor reforms that will make it easier for refugees to fill the many jobs going begging across the country.

"Right now we are welcoming the Syrians and the other refugees, and that's fantastic," says Henning Vopel, director of the Hamburg Institute of International Economics. "But it's all led by emotions. What Germany needs is a political and economic process to guide this transition to immigration and give it a legal framework."

With one of the lowest birthrates of any industrialized nation, Germany's population of about 80 million is on track to decline nearly 20 percent by 2060, to about 66 million. Well before that, a boom of retirees and bust of available laborers could jeopardize a generous social welfare system and retirement policies, economists say.

Already, Hamburg lacks enough young, educated workers to fill openings in fields like hospitality, nursing, hair care, and information technology. The federal labor agency counts tens of thousands of unfilled training internships across a variety of fields. Across the country, schools are shuttered for lack of students, and in eastern Germany especially, villages are emptying out.

"We are an aging society, and Germans now don't have many children, so we need more qualified and educated workers to immigrate," says Dr. Vopel. "Some people say the refugees will ruin our economy, but the truth is we need them and the innovative thinking they can bring to have a strong economy and to pay for our way of life."

Germany's problem, Vopel says, is that it lacks an appropriate immigration policy, such as the US system of work visas for foreigners with specialized skills. "The only gate through which to enter the German labor market is asylum," he says. "We need an immigration law that expands the number of gates."

Too regulated For some economists, Germany's labor market remains too regulated, despite reforms a decade ago. Most trades are impossible to enter without three years of internship and exams - a barrier that some say will continue to keep arriving refugees out of unfilled job slots.

The government is also going to have to consider adjusting the national minimum wage of 8.50 euros in some circumstances to allow **refugees** to get a foothold in the workforce, Vopel says. "It's unrealistic to think that all these immigrants can be absorbed into the job **market** at that wage," he says.

Berlin is still in crisis mode and only in the early stages of formulating policy. But growing numbers of Germans realize their country is confronting a significant adjustment that demands new policies.

"We are facing a fundamental change. Our society will be more diverse, which is stressful and sometimes will be painful," Aydan Ozoguz, state minister for **integration**, said in a white paper released over the weekend. She called for a revolution in German language education, accelerated and expanded job training, and greater involvement in **integration** issues by German citizens. Ms. Ozoguz added that to succeed as an immigrant society "means that not only the people who come to us need to integrate, but also we must change."

But a rising if minority chorus of alarmist voices counter that if indeed Germany needs more children and maybe some immigrants, it does not need these ones - meaning the largely Muslim Syrians, Afghans, Iraqis, and others they fear will change the German character and impoverish the country.

Anti-asylum demonstrations have popped up, and vandalism and torching of refugee centers have shocked the country. The anti-refugee forces say the protests will only grow if Germany remains on the open-door course.

"We need qualified, educated migrants and not what we have arriving by the thousands today," says Michael Sturzenberger, a national figure in the anti-asylum movement. Describing the **refugees** entering Germany as "not the best educated, with not the best of values, and 80 percent Muslim," he says they pose an "existential threat."

"It's a big danger for Western democracies if masses of Muslim people come to live here," he says. "They have a religious ideology that condones violence, their view on government is totally different from our understanding of democracy, and we know they have a totally different view of the rights of women."

'Can't just bring in foreign children' The answer to **labor** and population shortages lies in policies that would encourage citizens of other **European Union** countries to come to Germany to work, and in tax reform and family assistance programs, Mr. Sturzenberger argues. "We need to encourage Germans to have more children," he says, "not try to solve a problem by bringing in foreign children."

To some, such sentiment reflects a fear of the unknown. "Unlike the US, we don't have a history of successfully integrating foreigners," says Vopel.

Many Germans, for example, do not view the tens of thousands of Turks who arrived in the 1960s to help rebuild the country after World War II, or the quarter-million **refugees** who fled the war in the Balkans in 1992, as German or successfully integrated.

Makki, the Syrian who started out at a German bake shop, says successful **integration** will require another key ingredient - the efforts of the **refugees** themselves.

"In one day last week 15,000 **refugees** arrived in Germany, in just one day," Makki says. "When you hear that, you realize that it can't be just up to [Germans]. It depends on us to work hard to make this work."

With one of the lowest birthrates in the world, Germany has much to gain economically from the influx of **refugees**. It plans to take in up to 1 million this year.



## 'Immigration an opportunity for Germany'

16 septembre 2015

Bundesbank chief Jens Weidmann has called the current influx of refugees an opportunity for the German economy. He warned, though, that the integration process would not be easy in the years ahead.

The head of the German central bank, Jens Weidmann, said Wednesday the current influx of refugees presented a huge challenge for Germany, but also an opportunity in the face of the country's ageing population.

"Coping with the influx of refugees will demand a lot from Germany," Weidmann told the "Süddeutsche Zeitung" daily in an interview. "But it also brings with it opportunities."

The Bundesbank chief made it clear that those opportunities hinged on a successful integration of the newcomers into society and the domestic labor market.

### Stepping into the breach

Weidmann emphasized that given the demographic change in Europe's powerhouse with a rapidly ageing society as a result, Germany needed additional workers in order to maintain its prosperity.

Estimates put the number of qualified workers that Germany will lack by 2020 at 1.8 million.

Weidmann warned that although the German economy was currently in a good shape, it would not be in such a comfortable situation forever, adding there was no reason "to rest on our laurels."

"The current recovery will come to an end at some point; in the longer term, Germany faces substantial challenges such as increased competition from emerging economies and the continued switch from fossil fuels to renewable energy."

Weidmann said migrants could play a crucial role in helping to meet those targets.



## Refugee crisis could provide Europe with a huge economic opportunity

Simon Nixon

24 septembre 2015

**The European refugee crisis is first and foremost a humanitarian crisis, but it has an economic dimension, too.** The arrival of an estimated one million asylum seekers this year — and with the near-certainty of many more to come, given the limited prospects for stability in Syria, Libya, Iraq and Afghanistan — is sure to have a significant short, medium and long term impact on the region's economic outlook. Trying to figure out what that impact might be is not so easy, though.

**" On one thing, nearly all economists agree: in the long term, the refugee crisis ought to be unambiguously positive for the European economy.** Over time, the new arrivals should play an important role in addressing Europe's alarming demographic trends, improving the ratio of workers to those who are economically inactive, a ratio that is falling in many countries. Ironically, some of the eastern European member states most resistant to accepting refugees are most vulnerable to the demographic challenges of an ageing society, including Poland and Hungary.

**Policymakers can also broadly agree on the immediate short-term impact of the crisis: there will be fiscal costs arising from the need to provide food and shelter to new arrivals and process their asylum applications.** The European Commission is also pushing national governments to step up their budget commitments to foreign aid and to the cost of controlling the EU's common borders. **Most member states will be able to absorb these costs easily.** France, for example, reckons that it will need to spend an extra €300 million, peanuts compared with an emergency reserve of €8 billion. **For some member states, however, these costs could be material.** Germany has set aside €6 billion to tackle the refugee crisis. **In the coming weeks, the European Commission must decide if the crisis constitutes an "unusual event" sufficient to trigger flexibility clauses in its stability and growth pact, as Italy, Hungary and Austria have requested.** In that case, Credit Suisse estimates the extra spending could boost eurozone growth by 0.2 to 0.3 percentage points next year, according to Credit Suisse.

**But what will be the economic impact of the crisis in the medium term? For now, there isn't enough data to come to sensible conclusions. No one knows for sure who is coming to Europe, where they have come from, what skills they bring, how many refugees will be given permission to stay and how soon they may be allowed to join the workforce.** Academic studies suggest that immigration can bring relatively rapid benefits to an economy, depending on how quickly new arrivals find jobs and whether their skills complement the existing workforce. If migrants bring skills in short supply, there is no reason to expect any adverse impact on the jobs market.

Large-scale migrations to Germany and Britain **in the 1950s from Turkey** and the Caribbean, for example, delivered a substantial economic boost because both countries faced a shortage of unskilled labour. **Similarly, recent arrivals in the UK from central and eastern Europe have filled skills shortages in construction, hospitality, agriculture and healthcare.** A study last year by Christian Dustmann, of University College London's Centre for Research and Analysis of Migration, found **that European immigrants to the UK between 2001 and 2011 had contributed more than £20 billion to the public finances, contributing 64**

per cent more in taxes than they received in **benefits** and providing skills that would have cost Britain €6.8 billion in education spending.

**True, studies also show that integrating refugees is harder than integrating economic migrants.** In a report published this week, the Organisation for Economic Cooperation and Development argues, unsurprisingly, that success hinges on providing support, most crucially intensive efforts **to provide local language training**. It may also **involve tough political decisions, including settling migrants where jobs are available rather than where housing is cheapest.**

**Some EU countries have considerable experience in dealing with large-scale migration.** Germany, for example, absorbed nearly 300,000 **refugees from the Balkan wars in the Nineties**, typically with lower skills than those arriving at present from Syria, according to the **OECD**; **Spain trebled its foreign-born population to four million in the decade to 2010.** Yet some **eastern European countries, including Hungary, Poland and Bulgaria, have limited experience of immigration and will need EU support in responding to the present crisis.**

**Hanging over any economic analysis of the costs and benefits of migration lies the political context.** The imposition of temporary border controls across some parts of the EU's passport-free Schengen travel zone is already causing disruption to crossborder trade — just as Operation Stack disrupted cross-Channel trade in the summer, when the UK government stepped up border controls at Dover, leading to giant tailbacks of stationary lorries on the M20. **The collapse of the Schengen zone would be a calamity for all EU member states**, not only undermining the smooth functioning of Europe's single market but also calling into question its long-term viability.

Politicians may yet turn an economic chance for **Europe** into an economic shock.

**Simon Nixon is the chief European commentator at The Wall Street Journal. [Twitter:](#) @Simon\_Nixon "**

129,110

# Will Europe Benefit Economically From The Migrant Crisis?

By [SeekingAlpha](#) September 25, 2015, 08:45:59 PM EDT

(...)

## The European Asylum Crisis of 2015

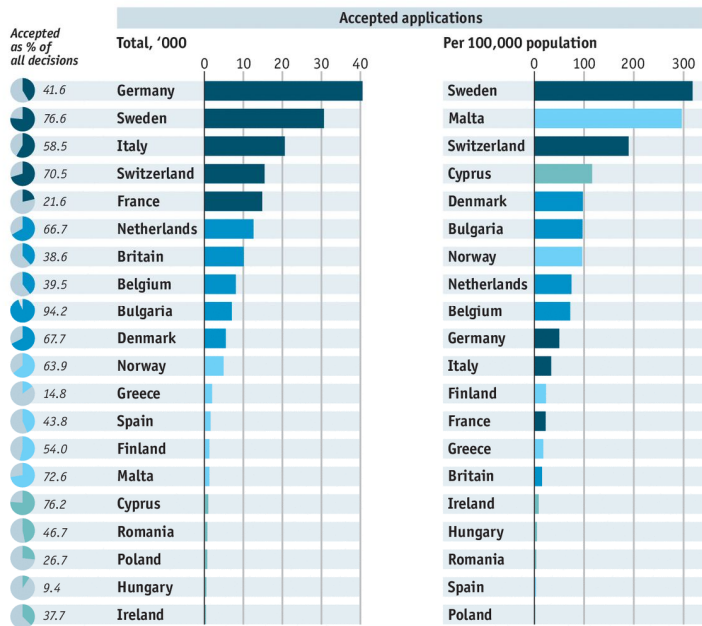
Today's refugee crisis is the largest Europe has faced since 1945. [The Economist - Europe's migrant acceptance rates](#) - described it thus:

*Not since the second world war has Europe faced refugee flows of such complexity and scale as this summer's migrant crisis. The protests reported on September 1st involving hundreds of migrants at a railway station in Budapest-after Hungarian police barred their ongoing travel into Europe-were just the latest in a series of recent flashpoints from Calais to the Macedonian border.*

The chart, which accompanied this article, says much more about the impact on a country-by-country basis. The data is from 2014 - this year Germany is expected to receive a four-fold increase.

### How much room at the inn?

European decisions on asylum applications\*, 2014



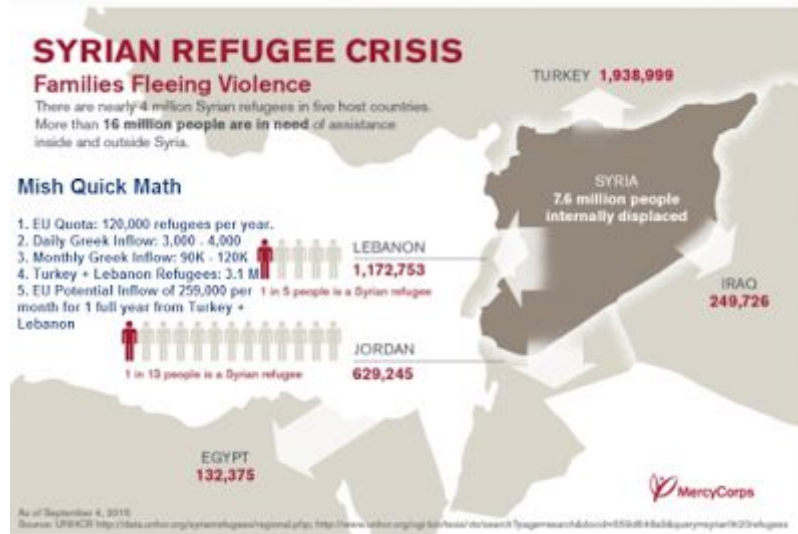
Source: Eurostat

\*First-instance decisions only

Economist.com

Source: Economist

The map below - from [Mish Shedlock](#) - shows the potential number of immigrant/refugees displaced by the Syrian civil war, of whom may be heading for the EU:



Source: UNHCR, Global Economic Trend Analysis

## Europe's Demographic Cliff

Many books have been written over the past decade about the ageing of western society. Medical science continues to extend our "three score years and ten" whilst redistributive taxation, combined with house price inflation, among other factors, has helped to discourage procreation. 2013 saw the publication of **The Demographic Cliff** by **Harry Dent** - this 2013 [Business Insider](#) interview provides a precis:

*Young people cause inflation because they "cost everything and produce nothing." But young people eventually "begin to pay off when they enter the workforce and become productive new workers (supply) and higher-spending consumers (demand)."*

Unfortunately, the U.S. reached its demographic "peak spending" from 2003-2007 and is headed for the "demographic cliff." Germany, England, Switzerland are all headed there too. Then China will be the first emerging market to fall off the cliff, albeit in a few decades. The world is getting older.

...The worst economic trends due to demographics will hit between 2014 and 2019.

"The everyday consumer never came out of the last recession." The rich are the ones feeling great and spending money, as asset prices (not wages) are aided by monetary stimulus.

The U.S. and Europe are headed in the same direction as Japan, a country still in a "coma economy precisely because it never let its debt bubble deleverage," Dent argues. "The only way we will not follow in Japan's footsteps is if the Federal Reserve stops printing new money."

"The reality is stark, when dyers start to outweigh buyers, the market changes." It all comes down to an aging population, Dent writes. "Fewer spenders, borrowers, and investors will be around to participate in the next boom."

The U.S. has a crazy amount of debt and "economists and politicians have acted like we can just wave a magic wand of endless monetary injections and bailouts and get over what they see as a short-term crisis." But the problem, Dent says, is long-term and structural - demographics.

Businesses can "dominate the years to come" by focusing on cash and cash flow, being "lean and mean," deferring major capital expenditures, selling nonstrategic real estate, and firing weak employees now.

The big four challenges in the years ahead will be 1) private and public debt 2) health care and retirement entitlements 3) authoritarian governance around the globe and 4) environmental pollution that threatens the global economy.

Germany has announced that it will take up to 800,000 Syrian refugees this year and is in a position to receive a further half-million per year thereafter. This is not unalloyed altruism, Germany has the fastest ageing population in Europe. Its workforce - 20 to 65 years - will fall from 61% of the total population this year, to 54% by 2030. During the same period, its overall population is expected to fall from 82mln to 78mln, whilst life expectancy will rise from 81 to 83 years for men and 83 to 85 years for women. In other words, Germany needs at least 5.5mln people of working age between now and 2030 to make up the shortfall, and its entire workforce need to retire two years later.

The Table below is from 2014 and shows the demographic breakdown of Asylum applicants to the EU-28:

EU-28	Total number of asylum seekers	All asylum		Age structure			Age structure		Analysis of asylum (%)	
		EU-28	Non-EU	15-24	25-64	65 and over	EU-28	Non-EU	Accompanied	Unaccompanied
Belgium	22 712	20	23	7	88	22	1	0	83	17
Bulgaria	11 000	20	17	10	55	11	0	0	17	83
Canada/Bangladesh	6 145	25	13	0	81	22	0	0	88	12
Czechia	100 000	21	13	7	88	24	1	0	17	83
Germany	200 000	23	20	0	48	10	1	0	80	20
France	143 000	11	10	0	50	10	0	0	100	0
Ireland	1 000	11	14	0	88	20	1	0	88	12
Italy	10 000	14	7	7	80	22	0	0	87	13
Spain	10 000	20	17	14	58	17	1	0	88	12
Poland	60 000	21	18	0	81	24	0	0	88	12
Portugal	40 000	1	1	0	10	10	0	0	100	0
Romania	10 000	11	10	0	88	20	0	0	88	12
Slovakia	20 000	11	10	0	88	20	0	0	88	12
Slovenia	10 000	11	10	0	88	20	0	0	88	12
Sweden	100 000	11	10	0	88	20	0	0	88	12
United Kingdom	100 000	11	10	0	88	20	0	0	88	12
Finland	10 000	11	10	0	88	20	0	0	88	12
Latvia	10 000	11	10	0	88	20	0	0	88	12
Lithuania	10 000	11	10	0	88	20	0	0	88	12
Malta	10 000	11	10	0	88	20	0	0	88	12
Netherlands	100 000	11	10	0	88	20	0	0	88	12
Austria	100 000	10	10	0	88	20	0	0	88	12
Poland	10 000	11	10	0	88	20	0	0	88	12
Portugal	10 000	11	10	0	88	20	0	0	88	12
Romania	10 000	11	10	0	88	20	0	0	88	12
Slovakia	10 000	11	10	0	88	20	0	0	88	12
Slovenia	10 000	11	10	0	88	20	0	0	88	12
Spain	10 000	11	10	0	88	20	0	0	88	12
Sweden	100 000	11	10	0	88	20	0	0	88	12
United Kingdom	100 000	11	10	0	88	20	0	0	88	12
Finland	10 000	11	10	0	88	20	0	0	88	12
Latvia	10 000	11	10	0	88	20	0	0	88	12
Lithuania	10 000	11	10	0	88	20	0	0	88	12
Malta	10 000	11	10	0	88	20	0	0	88	12
Netherlands	100 000	11	10	0	88	20	0	0	88	12

(\*) Due to the size of some categories in these calculations the sum-total age group does not equal 100%.  
Source: Eurostat (online data codes: mig\_asiapplicants and mig\_asylum)

Source: Eurostat

**Germany stands out in terms of numbers, however, only 67% of these asylum seekers are of working age. For the EU-28, the working age component is 74%, but it must be assumed that a significant proportion of women will not be actively seeking work.** At 20mln, non-EU immigrants account for just 4% of the total and 5% of the working age population. This June 2015 document from the **EC - Migration in the EU** - has a selection of other information which is worth reviewing.

This 2012 article from the [Economist - All about taking part](#) - points to some positive trends among the Pakistani and Bangladeshi communities in the UK, but it is now more than 30 years since their arrival in the UK.



Source: ONS, Economist

**According to World Bank data, Syrian female labour force participation rates are low at 13%, the second largest source of asylum seekers, Afghanistan, is not much higher at 15%. The table below shows the labour participation rate for females, between 15 and 64, for a selection of countries which have a significant diaspora domicile within the EU:**

Country	%
Afghanistan	16
Albania	45
Algeria	15
Bangladesh	57*

Egypt, Arab Rep.	24
India	27
Jordan	16
Lebanon	23
Libya	30
Macedonia, FYR	43
Moldova	38
Montenegro	43
Morocco	27
Pakistan	25
Saudi Arabia	20
Serbia	45
Sri Lanka	35
Syrian Arab Republic	14
Tunisia	25
Turkey	29
United Arab Emirates	47
West Bank and Gaza	15
Yemen, Rep.	25

Source: World Bank

\*Bangladesh female participation is high due to agro-micro-finance and the garment industry - see [this ILO report](#)

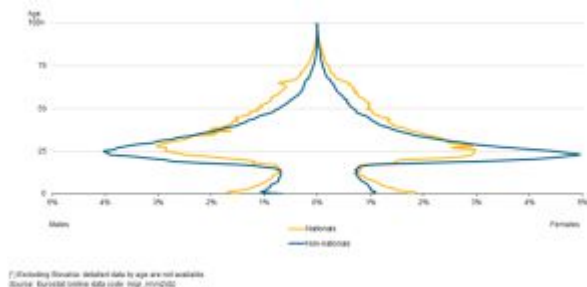
**By my rather unscientific estimate, only about 45% of the current influx of immigrants will participate in the labour force - at least initially.** The table below shows the main countries of origin of EU asylum seekers in thousands for 2013 and 2014:

Country	2013	2014
Syrian Arab Republic	50	122
Afghanistan	26	41
Serbia	22	31
Pakistan	21	22
Albania	11	17
Iraq	11	15
Bangladesh	9	12
Iran, Islamic Rep.	13	11
Macedonia, FYR	11	10
Algeria	7	7
Sri Lanka	7	5

Source: Eurostat

**Germany would need to accept 800,000 immigrants per annum to address its demographic deficit. These need not - indeed, will not - be exclusively asylum seekers. The gloomiest forecast I've encountered, from the U.S. Census Bureau, estimates the EU will experience a 14% decrease in its workforce by 2030 -**

more than 50mln people - meanwhile the total population of the EU-28 is forecast to grow by 10mln to reach 518mln by 2030. The demographic dividend of immigrants is self-evident, as this Eurostat chart makes clear:



Source: Eurostat

**Sadly, the greatest benefit is derived from the addition of female non-residents - the female participation rate of Syria (13%) and Afghanistan (15%) is sub-optimal.**

This article from [Eurostat - Being young in Europe today - demographic trends](#) - provides more detail on the opportunities and challenges facing the young across the EU.

Messrs. **Mauldin** and **Gartman** chimed in this week - in [Thoughts From the Front Line - Merkel Opens the Gates](#) - **Mauldin** writes:

*Merkel's immigration plan presents huge problems, given Germany's generous retirement benefits and social programs. For every baby boomer that stops working, the country needs at least one person to start working. The US is in better shape only because we have enough legal immigrants to keep the demographic pipeline flowing. Even so, we will hit the wall at some point unless more and more potential retirees keep working.*

*Germany is in much deeper trouble on this point, and Merkel knows it. I suspect she wants to bring in quite a few million immigrants, somehow make good Germans out of them, and keep the economy humming.*

*My good friend Dennis Gartman wrote about this in his September 15 daily report:*

*But there is a very real demographic reason why Germany is so willing to take a surfeit of these refugees: German's demographics demand it. Simply put, Germany's population... and especially its indigenous... population is imploding swiftly and certainly.*

*Already there are very real shortages of young, skilled workers, and many German companies openly and regularly complain that they cannot hire enough workers to fill job vacancies because there are not enough workers available for those jobs.*

*Further, Germany needs younger workers to fill those jobs because it needs their salaries for the social welfare programs that Germany is so renowned for. Simply put, there are not enough workers paying into the social programs to pay for them at present, and this problem shall become worse, not better, unless Germany's population swells measurably in the coming years and decades.*

*So, Ms. Merkel has a clear ulterior motive for her seeming generosity: she wants the present welfare system in Germany that benefits now and will even more greatly benefit more in the future her normal constituency. If Germans are going to retire they shall need either newly born Germans to take their place and pay into the social security systems or Germany shall need to "import" foreign workers. For now, it is the latter that Ms. Merkel is embracing.*

The numbers seeking asylum in the EU rose from 431,000 in 2013 to 626,000 in 2014 - this year it will be higher still - but the total number of immigrants arriving in the EU declined from 748,000 in 2010 to 539,000 in 2013. The table below, from **Eurostat** , shows the main country origin of migrants to the EU in 2013:

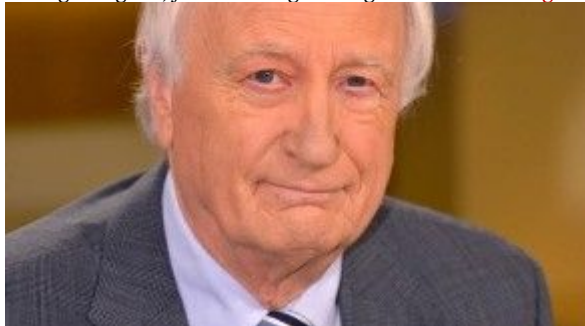
# Deutschlands moralische Selbstüberschätzung

Es ist ein Irrglaube zu meinen, wir seien bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise dazu berufen, weltweit das Gute zu verwirklichen – gegebenenfalls auch im Alleingang. Er darf nicht zu unserer Lebenslüge werden. Ein Gastbeitrag.

30.09.2015, von HEINRICH AUGUST WINKLER

Der Spätsommer 2015 erteilt uns Deutschen eine bemerkenswerte Lektion. Er belehrt uns über die Ambivalenz des Guten. Wer hätte sich nicht gefreut, als Zehntausenden Flüchtlingen in München und andernorts ein freundliches Willkommen zuteilwurde? Als Bilder um die Welt gingen, die wie ein Kontrastprogramm zu den schrecklichen Szenen von Tröglitz und Heidenau wirkten, wo „hässliche Deutsche“ gezeigt hatten, dass es sie immer noch gibt?

Doch inzwischen ist unübersehbar, dass das, was man neuerdings gern die deutsche „Willkommenskultur“ nennt, von Anfang an auch eine Kehrseite hatte. Manche Deutsche neigten zu sonderbaren Bekundungen eines vage „links“ anmutenden Nationalstolzes, der nicht frei war von Zügen der Selbstgefälligkeit, ja der Selbstgerechtigkeit. Im **Bundestag** wurden die Deutschen als „Weltmeister der Hilfsbereitschaft“ gefeiert.



© DPA Professor Heinrich August Winkler lehrte Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität Berlin.

Soeben von ihm erschienen: Zerreißproben. Deutschland, Europa und der Westen. Interventionen 1990-2015, C. H. Beck, München.

Deutschland habe sich zu einem „Sehnsuchtsland“ entwickelt, in dem viele leben wollten, hieß es wohlgefällig in einem vielgelesenen Essay eines bekannten Sozialpsychologen. Soll Deutschland sich fortan als moralische Leitnation Europas fühlen und als Großmacht der Werte präsentieren, die den anderen Völkern sagt, was sie tun müssten, um ebenfalls den „Guten“ zugerechnet werden zu können? Soll am geläuterten deutschen Wesen nunmehr, wenn schon nicht die Welt, so doch Europa genesen?

## Westdeutschland lernte nach 1945 aus der Geschichte

Dem neuen deutschen Selbstbewusstsein haftet etwas eigentümlich Verstiegenes an. Eine Neigung, von einem Extrem ins andere zu fallen, konnte man indes schon in der Spätphase der alten Bundesrepublik beobachten. 1988 schrieb **Oskar Lafontaine**, damals noch sozialdemokratischer Ministerpräsident des Saarlandes, in seinem Buch „Die Gesellschaft der Zukunft“, gerade „weil wir Deutschen mit einem pervertierten Nationalismus schrecklichste Erfahrungen“ gemacht hätten, seien wir jetzt „geradezu prädestiniert, die treibende Rolle in dem Prozess der supranationalen Vereinigung Europas zu übernehmen“.

Von der Perversion zur Prädestination: Die dialektische Volte Lafontaines mutet wie eine weltliche Variante der frühchristlichen Lehre von der „felix culpa“ an, der Lehre von der seligen, weil heilsnotwendigen Schuld. Dass solche Bekenntnisse zu einer neuen deutschen Sendung auch außerhalb Deutschlands zur Kenntnis genommen wurden, ist unwahrscheinlich. Andernfalls wäre schon damals die Frage gestellt worden, ob wir Deutschen angesichts unserer Geschichte nicht gut daran täten, ein wenig bescheidener und demütiger aufzutreten.

Der westliche Teil Deutschlands hatte nach 1945 die Möglichkeit, in selbstbestimmter Freiheit aus der Geschichte zu lernen. Als 1948/49 die Delegierten der westdeutschen Landtage im Parlamentarischen Rat in Bonn das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland erarbeiteten, nutzten sie diese Chance.

Sie schufen eine funktionstüchtige, abwehrbereite parlamentarische Demokratie, die sich zur Unantastbarkeit der Würde jedes einzelnen Menschen bekannte. Die Grundrechte sind, anders als in der Weimarer Reichsverfassung von 1919, unmittelbar geltendes Recht. Sie binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung unmittelbar. Das gilt auch für das Grundrecht auf politisches Asyl.

Das Asylrecht ist ein vorstaatliches Menschenrecht. Nur in wenigen Staaten ist es, wie in Deutschland, ein von der Verfassung gewährleistetetes, individuelles Grundrecht. In dem Satz des jetzigen Artikels 16a „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ schlägt sich die Erfahrung der deutschen Emigration in den Jahren der nationalsozialistischen Diktatur nieder.

Wenn große Massen politisch Verfolgter oder von Menschen, die ebendies zu sein behaupten, zur gleichen Zeit dieses Recht in Deutschland beanspruchen, kommt es in akute Gefahr. Um ihr entgegenzuwirken, wurden 1993 im Zeichen des Flüchtlingsstroms aus dem ehemaligen Jugoslawien einschränkende Regelungen in den Asylartikel aufgenommen, die in einem für eine Verfassung ungewöhnlichen Ausmaß ins organisatorische Detail gehen.

## Herausforderungen bei der Integration werden unterschätzt

Von Mitgliedstaaten der **EU**, die ein so weitgehendes Asylrecht nicht kennen, zu erwarten, sie würden sich an der deutschen Praxis orientieren, wäre unrealistisch. In Staaten, die weniger auf Einwanderung angewiesen sind als Deutschland, würde auch das **Argument nicht verfangen, dass die Aufnahme von Asylsuchenden und anderen Flüchtlingen im wohlverstandenen Interesse der eigenen Gesellschaft liegt.**



**Länder, die zusätzliche Arbeitskräfte benötigen, wollen Einwanderung üblicherweise nicht erfahren, sondern gestalten. Diesem Zweck würde in Deutschland am besten ein modernes, liberales, bedarfsorientiertes Einwanderungsgesetz dienen, gegen das es aber immer noch starke Widerstände gibt. Über das Asylrecht lässt sich dem Bedarf an Fachkräften nur in engen Grenzen abhelfen.**

**Das humanitäre Argument zugunsten großzügiger Asylgewährung stößt vor allem dort auf breite Abwehr, wo die Gesellschaften jahrzehntelang gegen Einwanderung aus anderen Kulturen abgeschottet waren: in den ostmittel- und südosteuropäischen Mitgliedstaaten der EU. Vergleichbar stark entwickelt ist das Denken in den Kategorien nationalstaatlicher Souveränität in den Ländern, die sich ein „opt-out“ gegen eine gemeinsame Asylpolitik der Europäischen Union ausbedungen haben: in Großbritannien, Irland und Dänemark. Der Begriff der „Ungleichzeitigkeit des Gleichzeitigen“ drängt sich auf: In der EU prallen Bewusstseinslagen aufeinander, die aus ganz unterschiedlichen Zeitschichten stammen.**

**Doch es ist nicht nur die Vielfalt nationaler Prägungen, die zu verstehen vielen Deutschen schwerfällt. Was in den Debatten über die Migrationskrise hierzulande oft zu kurz kommt, sind spezifische Herausforderungen, die es bei der Integration von Flüchtlingen aus anderen Weltregionen zu meistern gilt.**

**Das friedliche Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Kulturen setzt eine gemeinsame politische Kultur voraus - und das kann nur die des Grundgesetzes, der deutschen Ausprägung der politischen Kultur des Westens, sein. Zu ihr gehören an oberster Stelle die unveräußerlichen Menschenrechte, unter ihnen die Religions- und Meinungsfreiheit und die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Diese Rechte müssen eingeübt und verinnerlicht werden, und das von früher Kindheit an: eine immense Aufgabe, der sich die deutsche Bildungspolitik nun verstärkt widmen muss.**

**Deutschland wird überfordert sein**

**Auch in Deutschland sind die Aufnahme- und Integrationskapazitäten begrenzt. Hält der Zustrom von Schutzsuchenden in der jetzigen Höhe an, so wird ganz Deutschland binnen kurzem überfordert sein; vielerorts sind die Kapazitätsgrenzen schon erreicht. Deswegen hat die Bundesrepublik ein legitimes, ja ein existentielles Interesse daran, die Einwanderung zu begrenzen - ganz abgesehen vom Recht und der Pflicht, sie zu kontrollieren. Wer aus schierer materieller Not nach Deutschland kommt, kann sich nicht auf das Asylrecht berufen. Unter den Asylartikel fällt auch nicht jede Form von gesellschaftlicher Diskriminierung.**

Um eine europäische Lösung des Flüchtlingsproblems ist nicht länger heranzukommen. Diese verlangt ein Tätigwerden der EU möglichst nahe an den Krisengebieten: in der regionalen Umgebung der Herkunftsländer und in den europäischen Ländern, die als Erste von der großen Migrationsbewegung betroffen sind.

Die EU müsste dort, in neu zu schaffenden Erstaufnahmelagern, oder in ihren diplomatischen Vertretungen Asylanträge entgegennehmen, bearbeiten und die bewilligten nach einem vereinbarten Schlüssel an die Mitgliedstaaten weiterleiten. Bis zur Verwirklichung einer europäischen Lösung sollten Gesuche um Asyl in Deutschland bei einer Auslandsvertretung der Bundesrepublik gestellt werden müssen. Ob eine Europäisierung des Asylrechts eine Ergänzung des Artikels 16a des Grundgesetzes notwendig macht, mag offenbleiben.

Die Politik der vergangenen zehn Jahre stand unausgesprochen überwiegend unter einem Wahlspruch der preußischen Konservativen, der auf den römischen Historiker Sallust zurückgeht. Er lautet „Quieta non movere“, was so viel bedeutet wie: „Das Ruhende nicht in Unruhe versetzen“. Beunruhigende Grundsatzdebatten sollten den Deutschen so weit wie möglich erspart bleiben, von Zumutungen wie denen der Agenda 2010 ganz zu schweigen.

Als um die Jahreswende 2013/14 eine neue Ost-West-Konfrontation in Gestalt der Ukraine-Krise heraufzog, glaubten Umfragen zufolge viele Deutsche, ihr Land habe die Aufgabe, zwischen dem Westen und Russland zu vermitteln. Die Verwirrung hatte eine Vorgeschichte: Offenbar war allzu lange weder in Regierungserklärungen noch in Bundestagsdebatten von der deutschen Zugehörigkeit zur Nato und den Folgen dieser Bindung die Rede gewesen. Eine davon ist, dass wir einen Angriff auf ein Mitgliedsland der Nato als einen Angriff auf uns selbst betrachten und entsprechend beantworten müssen. Ähnlich unvorbereitet trifft die Deutschen nun die Migrationskrise. Dass dem so ist, haben alle Parteien mitzuverantworten. Seit langem hätte im Bundestag mit rückhaltloser Offenheit darüber gesprochen werden müssen, was in unserer Macht steht, um zu verhindern, dass der Satz „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ weiterhin massenhaft falsch interpretiert wird.

Da Deutschland nicht alle politisch Verfolgten dieser Welt aufnehmen kann, wäre es unsere Pflicht gewesen, einer solchen, inzwischen weltweit verbreiteten, gefährlichen Deutung so wirksam wie möglich entgegenzutreten, also gewissermaßen „antizyklisch“ vorzugehen. Getan haben wir partiübergreifend das Gegenteil: Wir haben uns „prozyklisch“ verhalten.

Mehrere Äußerungen und Entscheidungen der Bundeskanzlerin waren dazu angetan, den Zustrom, den es einzudämmen galt, weiter anschwellen zu lassen. Vom sozialdemokratischen Koalitionspartner war kaum etwas zu vernehmen, was nicht in dieselbe Richtung deutete, von den beiden Oppositionsfraktionen erst recht nicht.

**„Motiv ändert Wirkung nicht“**

Das Motiv, das die beiden deutschsprachigen Bundeskanzler in ihrer gemeinsamen Pressekonferenz vom 15. September zugunsten ihrer Entscheidung, die in Ungarn festsetzenden Flüchtlinge ungeachtet der (höchst problematischen) Bestimmungen der Dublin-Abkommen in ihre Länder, das heißt letztlich nach Deutschland, weiterreisen zu lassen, war das ehrenwerteste, das sich überhaupt denken lässt: Erwägungen der Menschlichkeit. Doch leider gilt auch hier jene lakonische Randglosse, die Bismarck 1884 einem Bericht seines Brüsseler Gesandten beifügte: „Motiv ändert die Wirkung nicht.“

Worauf es in der Politik immer ankommt und was von der Bundeskanzlerin gemeinhin mit bewundernswerter Konsequenz beachtet wird, ist die Einsicht, dass wir die möglichen Folgen dessen, was wir sagen und tun, so gut wie möglich vorab bedenken und berücksichtigen müssen. Derzeit scheint diese Erkenntnis in den Hintergrund getreten zu sein.

Wir Deutschen haben allzu lange den Eindruck hingewonnen, als könnten wir wenn schon nicht allen Mühseligen und Beladenen, so doch den politisch Verfolgten dieser Welt eine Heimstatt bieten.

Aber erstens ist das heutige Deutschland, anders als die Vereinigten Staaten im 19. Jahrhundert, nicht ein Land der unbeschränkten, sondern nur der beschränkten Möglichkeiten. Und zweitens sind gerade wir Deutschen gut beraten, wenn wir uns nicht wie früher einmal die Amerikaner als „Erlösnation“ (redeemer nation) darstellen.

**In der Migrationsfrage haben wir unbequeme Entscheidungen zeitlich hinaus- und die Folgen räumlich abgeschoben - auf die EU-Länder, in denen die Flüchtlinge zuerst eintreffen, und auf die, die sie passieren, ehe sie hier ankommen.**

Jetzt holen uns die Konsequenzen dieser Praxis ein. Es schien mitunter, als ob wir ohne Konzeption handelten, weshalb wir uns gelegentlich fragen lassen mussten, ob wir überhaupt einen Kompass besitzen. Viele innerhalb wie außerhalb Deutschlands vermissten eine Darlegung der normativen Leitlinien und der längerfristigen Perspektiven der deutschen Politik. Was nicht oder nicht hinreichend deutlich wurde, waren die Umrisslinien einer Politik, die „über den Tag hinaus“ reicht.

„Über den Tag hinaus“: Das ist der Titel eines Buches von **Willy Brandt** von 1974, dem letzten Jahr seiner Kanzlerschaft. Zehn Jahre zuvor, im Mai 1964, hatte Brandt als Regierender Bürgermeister von Berlin in einer Rede vor der Foreign Policy Association in New York unter Berufung auf General de Gaulle, den französischen Staatspräsidenten, im Hinblick auf eine Entspannung der Ost-West-Beziehungen gefordert, „das Undenkbare zu denken“. Darum geht es auch heute wieder.

**Amerikaner und Russen sprechen inzwischen über eine Koordinierung ihres militärischen Vorgehens gegen den „Islamischen Staat“. Dabei darf es nicht bleiben. Es geht um eine politische Überwindung des syrischen Bürgerkriegs, der wichtigsten Quelle des Flüchtlingsstroms nach Europa.** Dazu gehört die russische (wie auch die iranische) Mitwirkung an einer Lösung, die nur erreicht werden kann, wenn Baschar Hafiz al Assad die Möglichkeit genommen wird, die Befriedung seines weithin zerstörten Landes zu behindern.

**Der Westen muss seinerseits die strategischen Interessen Russlands in Syrien respektieren.** Käme es zu einer Art amerikanisch-russischem Hintergrundkondominium in Syrien, wäre das allemal besser als die Ersetzung der früheren amerikanischen Dominanz durch eine russische. Die Vereinigten Staaten müssen im Nahen Osten wieder mehr Präsenz zeigen, wenn es zu einer belastbaren Stabilisierungspartnerschaft zwischen ihnen und Russland kommen soll.

Eine Stabilisierungspartnerschaft wäre auch zwischen der EU und Russland denkbar, wenn Moskau bereit sein sollte, dem derzeitigen Waffenstillstand in der Ostukraine Dauer zu verleihen, die Absprachen von Minsk II strikt einzuhalten und auf die weitere Destabilisierung der Ukraine zu verzichten.

**Lebensbedingungen der Flüchtlinge verbessern**

**Auf dem Weg zu mehr Stabilität in den internationalen Beziehungen muss Europa sich darauf konzentrieren, möglichst nah „vor Ort“ gegen die Verhältnisse anzukämpfen, denen die Menschen in hellen Scharen durch die Flucht zu entkommen versuchen. Das gilt für Afrika ebenso wie für den Nahen und Mittleren Osten.**

**Dazu bedarf es des engen Zusammenwirkens zwischen der Europäischen Union und dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, dem zumindest die zugesagten Mittel endlich zur Verfügung gestellt werden müssen.** Die EU kann dazu beitragen, dass sich die Lebensbedingungen der syrischen Bürgerkriegsflüchtlinge in der Türkei, im Libanon, in Jordanien und Ägypten deutlich verbessern.

Sie muss die angekündigten Erstaufnahmelager für Flüchtlinge an den „hotspots“ in Griechenland, Italien und anderswo so zügig wie möglich einrichten. Sie muss einen energischen Kampf gegen das organisierte Verbrechen in Form der Schleppernetze aufnehmen, was den Einsatz militärischer Mittel im Rahmen von „Frontex“ einschließt. Wenn es zu einer politischen Lösung für Syrien kommt, wird auch die Bundeswehr bereit sein müssen, bei der Durchsetzung zu helfen.

**Zur deutschen Verantwortung gehört, dass wir uns von der moralischen Selbstüberschätzung verabschieden,** die vor allem sich besonders fortschrittlich dünkende Deutsche aller Welt vor Augen geführt haben. **Den Gegensatz zwischen edlem Wollen und beschränktem Können aufzuheben wird auch uns nicht gelingen.**

Er ist auf tragische Weise unaufhebbar. Der Glaube, wir seien berufen, gegebenenfalls auch im Alleingang, weltweit das Gute, zumindest in Form des Asylrechts, zu verwirklichen, ist ein Irrglaube, der nicht zu unserer Lebenslüge werden darf. Jeder Versuch, aus dem schrecklichsten Kapitel der deutschen Geschichte eine deutsche Sondermoral abzuleiten, führt in die Irre und ist zum Scheitern verurteilt. **Wir dürfen nicht mehr versprechen, als wir halten können.**

Es wäre schon ein großer Gewinn, wenn wir statt auf Umfragewerte zu starren, konsequent auf jene Werte achten würden, auf die unsere Verfassung gegründet ist: die westlichen Werte, obenan die unveräußerlichen Menschenrechte und die Herrschaft des Rechts. **Wenn wir dem Asylrecht im Geiste der Grundrechtecharta der EU und der Genfer Flüchtlingskonvention zusammen mit anderen im Rahmen des Möglichen, also nach besten Kräften, gerecht zu werden versuchen, wäre schon viel erreicht.**

**Nach besten Kräften:** An diese Grenze, den schon den alten Römern vertrauten Grundsatz „Ultra posse nemo obligatur“ (**Über sein Können hinaus ist niemand verpflichtet**), hat kürzlich in dieser Zeitung Reinhard Merkel im Zusammenhang mit der säkularen Völkerwanderung infolge des Klimawandels erinnert, die wohl eine der großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts werden wird.

Wenn wir uns in diesem Sinne ehrlich machen, können wir auch einen konstruktiven Beitrag zu dem leisten, was die Welt heute mehr als alles andere braucht: eine Neufassung jener „Strategie des Friedens“, die John F. Kennedy am 10. Juni 1963, wenige Monate vor seiner Ermordung, in einer Rede vor der American University in Washington, D. C., entwickelt hat. Einer der Kernsätze lautete: „Wenn wir unsere Differenzen jetzt auch nicht überwinden können, so können wir doch wenigstens helfen, die Welt in eine Lage zu versetzen, in der sie ihre Unterschiedlichkeit auszuhalten vermag.“

## Die Helden der Leitkultur

Vor Jahren witterten Linke hinter dem Begriff „Leitkultur“ noch blanken Rassismus. In Zeiten der Flüchtlingskrise ist das heute völlig anders. Seltsam nur, dass sich die Grünen überhaupt so lange dagegen gesperrt haben.

01.10.2015, von **REINER BURGER**, DÜSSELDORF

Sogar politische Wunder sind dann und wann möglich. Gerade macht die Linke ihren Frieden mit der „Leitkultur“. Nach nur 15 Jahren! Raed Saleh, der SPD-Fraktionsvorsitzende im Berliner Abgeordnetenhaus, erwartet von den in diesen Wochen und Monaten in großer Zahl nach Deutschland kommenden **Flüchtlingsen**, dass sie sich an „unsere gemeinsamen Werte“ und an „unsere Leitkultur“ halten. Es dürfe keine Zeit verloren werden, die Debatte darüber zu führen, wohin man gemeinsam wolle, welche Klammer künftig die Gesellschaft zusammenhalten könne. Und auch dezidiert linke Publizisten bekennen nun: Wir brauchen eine Leitkultur. Heftig sei einst über das „schlimme L-Wort“ gestritten worden. Nun stelle sich heraus: Wenn es eine solche Leitkultur nicht gäbe, dann sei es höchste Zeit, sie zu erfinden. Selbst im Eingeständnis des eigenen Scheiterns wird noch die Deutungsmacht darüber beansprucht, was in Deutschland als gut zu gelten habe.



Autor: Reiner Burger, Politischer Korrespondent in Nordrhein-Westfalen.Folgen:

Dabei waren es Linke, die es lange Zeit sehr gut verstanden, eine Leitkultur-Debatte abzuwürgen. Als der damalige Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, **Friedrich Merz**, im Oktober 2000 Regeln für Einwanderung und Integration, eine freiheitlich-demokratische Leitkultur forderte, griffen die Grünen umgehend zu einer der giftigsten Debatten-Waffen: dem Xenophobie-Vorwurf. Es sei ein „Feuerwerk des Rassismus“ aus der Union zu befürchten, hieß es damals. Mit dem „Gefasel von der deutschen Leitkultur“ habe Merz „die ersten Raketen gezündet“. Das Feuerwerk blieb dann ebenso aus wie ein breiter Diskurs.

Fünf Jahre später forderte **Norbert Lammert**, die voreilig abgebrochene Debatte fortzusetzen. Präzise beschrieb der Bundestagspräsident das Paradox: Obwohl – oder vielleicht gerade weil – sich schon im Jahr 2000 herausgestellt hatte, dass es eine breite Zustimmung für das gab, worum es in der Debatte ging, wurde der Begriff Leitkultur reflexartig abgelehnt.

### **Grundgesetz und Weihnachten**

Die Grünen entdeckten im Abwehrkampf erstaunlicherweise sogar den Patriotismus. Im Grundgesetz stehe alles drin, was man brauche für das Zusammenleben, sagte etwa **Cem Özdemir** vor einigen Jahren im Gespräch mit der F.A.Z. Schon damals allerdings gab es Parallelgesellschaften in Deutschland, schon damals war klar, dass ein reiner Verfassungspatriotismus nicht ausreicht als Rahmen für eine vielfältige, „multikulturelle“ Gesellschaft. Schon damals war klar, dass der demokratische Rechtsstaat sich Respekt verschaffen muss, weil Multikulti sonst nichts anderes ist als Larifari.

In Zeiten der ungesteuerten Massenzuwanderung genügt es nun natürlich noch viel weniger, Neuankömmlingen im Notaufnahmelager ein übersetztes Grundgesetz in die Hand zu drücken und darauf zu hoffen, dass sich seine leitende Kraft schon irgendwie allein übertrage. Auch Özdemir hat das erkannt. Er plädiert dafür, jedem Flüchtling bei seiner Ankunft ein ausführliches Informationspaket zu überreichen. In der Sprache der Flüchtlinge solle erklärt werden, wie das deutsche Schul- und das Gesundheitssystem funktionieren, was **Weihnachten** bedeutet, was die wichtigsten Ereignisse der deutschen Geschichte sind und was das Grundgesetz ausmacht.

### **Werte und Traditionen im Infopaket**

Özdemir schlägt also nichts anderes vor als eine Art Starterpaket „Leitkultur“. Eine gute Idee, die umso besser funktioniert, je konkreter Neuankömmlingen klargemacht wird, dass es beim Lesen nicht bleiben kann. Zum Beispiel: Männer und Frauen sind gleichberechtigt, weshalb Mädchen selbstverständlich am Schwimmunterricht und an Klassenfahrten teilnehmen. „Ehrenmorde“ an Töchtern und Schwestern, die ihre Partner gerne allein wählen und ihr eigenes Leben leben wollen, sind ein übles Verbrechen. Ja, Leitkultur hat auch viel mit Frauenrechten zu tun. Seltsam, dass sich gerade Grüne trotzdem so lange gegen den Begriff gewehrt haben.

Wer sich wenigstens dann und wann an der Basis der sozialen Wirklichkeit umschaute, weiß ohnehin, dass es ohne Leitkultur nicht geht. Seit Jahren schon arbeiten unzählige Helden des Leitkultur-Alltags hart an dem, was unsere Gesellschaft zusammenhält. Es ist die Lehrerin in der Auffangklasse, die Kindern aus zig Nationen gleichzeitig binnen weniger Monate Deutsch beibringt und damit die Grundlage legt, dass sich ganze Familien in ihrem neuen Umfeld überhaupt orientieren können. Es ist die Erzieherin, die morgens ein Roma-Kind von zu Hause abholt und damit eine wichtige Leitkultur-Regel durchsetzt: die Schulpflicht. Es ist der Sozialarbeiter, der sich um jugendliche Flüchtlinge kümmert, die ganz allein nach Deutschland gekommen sind. Von ihm bekommen sie Orientierung, sie wollen wissen, wo es langgeht, welche Regeln gelten.

Ohne diese Führung würden auch diese Flüchtlinge bald ihre eigenen Regeln aufstellen, manche vielleicht auf die schiefe Bahn geraten. Dass manche Helden der Leitkultur selbst ausländische Wurzeln haben, erweist sich als Segen. Denn solange es noch keine Leitkultur-Infopakete gibt, sind allein sie es, die den Neuankömmlingen muttersprachliche Werte-Grundkurse verpassen.

129,119

OCT 1, 2015 0

## Life After Schengen

[Bill Emmott](#)

Bill Emmott, a former editor-in-chief of *The Economist*, is executive producer of a new documentary, “The Great European Disaster Movie.”

LONDON – Throughout Europe’s refugee crisis, which has been building for well over two years, warnings about the threat to the European Union’s precious Schengen Area of border-free travel have proliferated. Indeed, the warning was heard again recently, as EU ministers thrashed out a late-night agreement on border policing and the relocation of refugees. But, at a time of diminished confidence in the EU, would eliminating border-free travel be such a bad thing?

In short, no. Of course, the idea of abolishing borders within Europe holds great symbolic importance and appeal. But sometimes even sacred cows need to be slaughtered. With the refugee crisis turning Schengen into a threat to the credibility of the EU as a collective entity and of its national governments’ ability to maintain order and the rule of law, that time is now.

When it was first created in 1985, the Schengen Area included just five countries (Belgium, France, Luxembourg, the Netherlands, and West Germany). Membership has since ballooned to include 22 of the EU’s 28 member countries – with four of those left out (Bulgaria, Croatia, Cyprus, and Romania) due to join in the future – plus four non-EU members (Norway, Iceland, Switzerland, and Liechtenstein). All have abolished controls at their shared borders and have adopted a common visa policy for citizens of non-member states.

It is certainly handy to be able to treat a flight from Zurich to Oslo as a domestic journey, with no passport controls to contend with upon departure and arrival. And it is undoubtedly convenient to be able to drive from Berlin to Barcelona without having to wait in line at each border one crosses. Indeed, that convenience is probably why only two EU countries (Ireland and the United Kingdom) have opted out of the Schengen Agreement.

But the refugee crisis has exposed the flipside of the Schengen Agreement – namely, the difficulty of monitoring national and EU territory without border controls. And though non-Schengen countries have, in some cases, been able to avoid direct obligations to participate in a common policy – the UK, for example, has remained outside the EU’s scheme for the relocation of refugees – they have not been insulated from the challenges of the migration crisis. They, like the Schengen countries, cannot credibly say how many migrants are in their country, who these people are, or when they arrived.

This loss of control matters, for two main reasons. First, if statistics about migration are open to doubt, even before taking into account illegal immigration, nationalist anti-immigration political parties can more easily exaggerate the figures to stoke public fears. Second, if refugees who have been granted asylum can move easily to any Schengen country they choose, burden-sharing agreements lose their credibility and accepting refugees loses its practical appeal.

A country would not want to cover the up-front costs of settling a particular number of refugees, only to miss out on the eventual economic benefits that those refugees could provide when they join the workforce. To avoid this outcome, it would make sense to implement a transition period – like the seven-year transition periods faced by citizens of new member states – during which successful asylum-seekers are barred from moving to other countries for work. But Schengen makes this very difficult to enforce – a reality that plays further into the hands of the nationalists, who are keen to portray the EU as a burdensome obligation, rather than as a source of solutions or opportunities.

To be sure, the Schengen Agreement and the EU’s principle of free movement of people seem naturally to reinforce each other. But the issues they raise are not the same. It is the free movement of people, not border-free travel, that forms an essential component of the EU. And, under the current circumstances, Schengen is placing that fundamental right and benefit at risk.

Of course, resolving the refugee crisis will take far more than just reintroducing glass booths and uniformed immigration officials at borders. But suspending or abolishing the Schengen Agreement would boost the credibility of governments’ efforts to maintain order at home, and thus make ordinary citizens far more amenable to aiding more refugees.

At the same time, reversing a once-cherished policy would prove that the EU, far from being trapped by some utopian ideology, can adapt to changing circumstances in a thoughtful and pragmatic manner. *Reculer pour mieux sauter* – backing up in order to jump better – is, after all, a time-honored and very European principle.

129,120

OCT 1, 2015 1

## The Middle East Meltdown and Global Risk

[Nouriel Roubini](#)

Nouriel Roubini, a professor at NYU's Stern School of Business and Chairman of [Roubini Global Economics](#), was Senior Economist for International Affairs in the White House's Council of Economic Advisers during the Clinton Administration. He has worked for the International Monetary Fund, the US Feder... [read more](#)

NEW YORK – Among today's geopolitical risks, none is greater than the long arc of instability stretching from the Maghreb to the Afghanistan-Pakistan border. With the Arab Spring an increasingly distant memory, the instability along this arc is deepening. Indeed, of the three initial Arab Spring countries, Libya has become a failed state, Egypt has returned to authoritarian rule, and Tunisia is being economically and politically destabilized by terrorist attacks.

The violence and instability of North Africa is now spreading into Sub-Saharan Africa, with the Sahel – one of the world's poorest and most environmentally damaged regions – now gripped by jihadism, which is also seeping into the Horn of Africa to its east. And, as in Libya, civil wars are raging in Iraq, Syria, Yemen, and Somalia, all of which increasingly look like failed states.

The region's turmoil (which the United States and its allies, in their [pursuit of regime change](#) in Iraq, Libya, Syria, Egypt and elsewhere, helped to fuel) is also undermining previously secure states. The influx of refugees from Syria and Iraq is destabilizing Jordan, Lebanon, and now even Turkey, which is becoming increasingly authoritarian under President Recep Tayyip Erdoğan. Meanwhile, with the conflict between Israel and the Palestinians unresolved, Hamas in Gaza and Hezbollah in Lebanon represent a chronic threat of violent clashes with Israel.

In this fluid regional environment, a great proxy struggle for regional dominance between Sunni Saudi Arabia and Shia Iran is playing out violently in Iraq, Syria, Yemen, Bahrain, and Lebanon. And while the recent nuclear deal with Iran may reduce the proliferation risk, the lifting of economic sanctions on Iran will provide its leaders with more financial resources to support their Shia proxies. Further east, Afghanistan (where the resurgent Taliban could return to power) and Pakistan (where domestic Islamists pose a continued security threat) risk becoming semi-failed states.

And yet, remarkably, even as most of the region began to burn, oil prices collapsed. In the past, geopolitical instability in the region triggered three global recessions. The 1973 Yom Kippur War between Israel and the Arab states caused an oil embargo that tripled prices and led to the stagflation (high unemployment plus inflation) of 1974-1975. The Iranian revolution of 1979 led to another embargo and price shock that triggered the global stagflation of 1980-1982. And the Iraq invasion of Kuwait in 1990 led to another spike in oil prices that triggered the US and global recession of 1990-1991.

This time around, instability in the Middle East is far more severe and widespread. But there appears to be no "fear premium" on oil prices; on the contrary, oil prices have declined sharply since 2014. Why?

Perhaps the most important reason is that, unlike in the past, the turmoil in the Middle East has not caused a supply shock. Even in the parts of Iraq now controlled by the Islamic State, oil production continues, with output smuggled and sold in foreign markets. And the prospect that sanctions on Iran's oil exports will be phased out implies significant inflows of foreign direct investment aimed at increasing production and export capacity.

Indeed, there is a global glut of oil. In North America, the shale-energy revolution in the US, Canada's oil sands, and the prospect of more onshore and offshore oil production in Mexico (now that its energy sector is open to private and foreign investment) have made the continent less dependent on Middle East supplies. Moreover, South America holds vast hydrocarbon reserves, from Colombia all the way to Argentina, as does East Africa, from Kenya all the way to Mozambique.

With the US on the way to achieving energy independence, there is a risk that America and its Western allies will consider the Middle East less strategically important. That belief is wishful thinking: a burning Middle East can destabilize the world in many ways.

First, some of these conflicts may yet lead to an actual supply disruption, as in 1973, 1979, and 1990. Second, civil wars that turn millions of people into refugees will destabilize Europe economically and socially, which is bound to hit the global economy hard. And the economies and societies of frontline states like Lebanon, Jordan, and Turkey, already under severe stress from absorbing millions of such refugees, face even greater risks.

Third, prolonged misery and hopelessness for millions of Arab young people will create a new generation of desperate jihadists who blame the West for their despair. Some will undoubtedly find their way to Europe and the US and stage terrorist attacks.

So, if the West ignores the Middle East or addresses the region's problems only through military means (the US has spent \$2 trillion in its Afghan and Iraqi wars, only to create more instability), rather than relying on diplomacy and financial resources to support growth and job creation, the region's instability will only worsen. Such a choice would haunt the US and Europe – and thus the global economy – for decades to come.



## An open letter to the European media

Too often, journalism panders to narrow, national interests and prejudices.

By *Bill Emmott*, chairman and co-founder of the [Wake Up Foundation](#).

10/1/15, 4:23 PM CET

Dear editors,

We recognize, don't we, that Europe — the countries of Europe, the European Union as an entity, the very idea of Europe — is facing the worst collective threats in living memory? These crises — of economics, of public finances, of migration and refugee flows, of the multiple security threats around our borders and even inside our countries — are shared across the continent. But is the European media doing a proper job reporting, analyzing and reflecting the shared, cross-border, cross-cultural nature of those crises? As a former editor of a European publication myself, I don't think so.

Too often, today's European media — and the British are the worst culprits, but not the only ones — have been pandering to narrow, national interests and prejudices, and failed to explain the true nature of what has been going on. Worse still, some of the media — and here the British are true pioneers — have been conniving in the efforts of nationalists and anti-Europeans to close down the debate, to muzzle honest reporting by discrediting inconvenient views, and thereby choking off that most European, and quintessentially British, value of freedom of information and expression.

This is harsh, I know. You'll hate me for saying it. And sure, there have been notable exceptions to this sorry story. But overall, just when our citizens needed fair, balanced accounts of what was going on — whether that be the eurozone debt crisis, the war in Ukraine or the refugee and migration flows across and around the Mediterranean — and accounts that helped them to compare the situations of other EU countries with their own and sought to learn from the differences, too much of the European media failed them. Chiefly, the media failed their readers and viewers by not recognizing that they are European, rather than simply national.

This is not dreamy-eyed Europeanism. I hope no one who has ever read the Economist would think of me as a dreamy-eyed or any other sort of European idealist. Those who drafted the supposed EU constitution only to see the Economist say it should be consigned to the nearest waste bin certainly wouldn't.

Today's situation saddens me deeply, more as a journalist than as a Europeanist. After all, I began my career at the Economist 35 years ago as a junior in the Brussels office, and spent the subsequent two and a half decades devoted to international reporting and analysis, the last 13 years of which as editor-in-chief, until I left in 2006. By analysis, I mean journalism that seeks out common strands and experiences between countries while also learning from the differences. When shared crises erupt, it seems to me only natural that journalists and their editors should seek those pan-national, cross-cultural characteristics in their coverage.

My dear editors, can you honestly say that that is what you have been seeking and publishing? It seems to me that too many of you have been hunkering down behind national borders, determined to see each crisis through a domestic lens, pandering to domestic politics. Obviously, such lenses, such domestic political pressures, cannot be ignored. But our job as journalists is surely to put these pressures in a wider context, to illuminate our national debates and preoccupations by drawing on international experiences. That is what too much of the European media have failed to do.

I certainly saw this sort of parochialism last March in Britain, so boastful of being the land of free expression, when the documentary "[The Great European Disaster Movie](#)," of which the Italian Annalisa Piras was director and I was executive producer, was aired on BBC4. It is, admittedly, a polemical docu-drama: It is about

the way in which the multiple crises of today's Europe have developed; about the reaction to them in countries as disparate as Spain, Croatia, Sweden, Germany and of course Britain; and about how they could lead to the collapse of the European Union. What it got in return was polemics heated up to boiling point, with anti-EU papers rushing to discredit the film by labeling it as pro-EU propaganda. The rest of the British media stayed virtually silent, seemingly cowed by the Euroskeptic onslaught.

Such a response was rather surprising, as we understated Brits say, given that the documentary is highly critical of many in the EU leadership and the policies it has been following. Our sin in the eyes of the Euroskeptics, it seems, was to say that the EU is nevertheless worth saving and reforming. That was the proposition they, with media connivance, sought to muzzle or discredit.

This is scarcely promising for the debate that Britain will need to have about Europe during the run-up to its referendum on membership in 2016 or 2017. More broadly, though, it reflects an impoverished attitude to free speech and information that has spread to many European countries as nationalist tendencies have resurged.

Can you, fellow editors, do more to reverse those trends? I very much hope so. Since I no longer have the privilege of a weekly platform, I am trying a different, more bottom-up approach. Annalisa Piras and I are launching an effort, through our small educational charity, the [Wake Up Foundation](#), to generate a pan-European conversation and to help foster the cross-border, cross-cultural awareness that we think has been lacking.

Calling our initiative Wake Up Europe!, from next week onward we will be giving our film away for free to anyone able and willing to assemble an audience, hold a post-screening debate about the future of Europe, and share some of the ideas and conclusions with us. My hope is that people from every European country will seize this opportunity and run with it. Europe badly needs to think, to talk — and to act.

129,124

## Sacrebleu! Uber conquers France

September 30

Led by firms like Uber, Airbnb and the French ride-sharing company BlaBlaCar, the silent charge is taking on a century of accumulated workplace rights, a 3,809-page labor code and top-notch job security for a privileged population of “insiders.”

In France, the labor law system is a kind of secular religion, built around the sacred work contract. In essence, the challenge from Uber and its kind is: This God is dead.

While the number of people currently involved in the “sharing economy” is tiny compared to the wider job market, both Uber and Airbnb say France is their biggest market in continental Europe and still growing fast. BlaBlaCar has become a global behemoth. And new “sharing” firms are born nearly every day, each of them a small crack in the existing system.

Nobody predicts the cherished long-term “CDI” (literally, Contract of Indeterminate Duration) will disappear overnight, or at all. Uber and its friends have met serious opposition, not least from taxi drivers who, supported by the hardline CGT union, led violent protests in June against the UberPop car-hire service.

Afterwards, the head of the CGT’s taxi division refused to condemn assaults against Uber drivers, which sent two to the hospital for more than a day. “Uber’s violence is worse than fists,” Karim Asnoun told Europe 1 radio.

Institutions have also weighed in against the San Francisco-based firm. Earlier this month the Constitutional Court declared that UberPop, which allows anyone with a car to charge passengers for trips, was illegal. The court overruled the firm’s argument that French law violated the greater principle of a right to free enterprise. Two of the firm’s directors face charges that include illegally practicing the taxi profession. On Wednesday, Uber lawyers won a delay of the criminal trial until February.

But the continued growth of Uber, whose higher-end UberX service continues to function, as well as other sharing economy firms, is remarkable in a country where the question of letting stores open for 12 Sundays per year instead of five prompted protests and months of bitter political debate.

For President François Hollande’s socialist government, which has flagged a minor overhaul of labor rules for next year, this change is happening too fast to fight it at every turn. While the state sided with taxis against UberPop and defends a protective labor model in public, it’s also encouraging sharing-economy platforms via various incentive schemes for startups.

“The government is not going to kill companies that are creating jobs and could tomorrow become a huge source of economic growth,” said a finance ministry official who asked not to be named. “At the same time, we need to preserve guarantees for the majority of workers.”

In other words, the government does not want to start a fight with unions that remain the staunchest defenders of the labor model.

*“Uber’s violence is worse than fists” — Karim Asnoun, CGT trade union leader*

So far big unions have seemed happy to ignore sharing-economy platforms unless they become visible competitors in a regulated sector, like UberPop with taxis. In other areas like home repair, where peer-to-peer employment is growing fast, the competition is less visible because transactions happen behind closed doors.

But as the sharing economy grows and impedes more on union turf, the labor lions will lash out more frequently.

To avoid a showdown, CFTC union leader Philippe Louis says France's labor model needs to be revised in depth. CFTC is the French Confederation of Christian Workers, a moderate union.

"The peer-to-peer economy is potentially the greatest new job creator in this country, but it's happening outside the confines of our labor system," said Louis, whose union has supported most of Hollande's reform efforts, unlike the CGT. "Unless we organize our current labor rules to accommodate the new ways of working, France is going to have ever more bitter labor disputes ... We need to adapt."

French startup boom

It's hard to measure the impact of the sharing economy on France's job market. Uber, Airbnb and most such firms are not listed on stock exchanges and do not have to publish precise business data. Plus, as they are not technically 'hiring' workers, government statistics do not count them as creating jobs.

Evidence suggests the sharing economy is one of the labor market's fastest-expanding sectors, if not in classical terms of permanent jobs created.

Uber, launched in France four years ago, has grown faster here than in any other country in continental Europe, according to the company. It was fielding 20,000 drivers earlier this year before a court banned its UberPop service, chopping that number down by half.

Despite the legal setbacks, Uber says it plans to keep expanding, with some 12,000 drivers ready to hit the road and held up only by red tape, for a potential total of 22,000 who work with UberX.

The same goes for Airbnb. The number of ads posted on Airbnb for France has exploded to 150,000 in 2014 from 5,400 four years ago, testifying to one of the strongest growth patterns in the region.

During its short lifespan Uber has spawned a slew of French copycats, from Chauffeur-prive.com to Lecab.fr. Stanislas de Bentzmann, head of the Croissance Plus pro-growth think tank, estimates that 40,000-50,000 people in France currently earn regular revenue from one online-based car service or another.

Thousands more make cash intermittently through the BlaBlaCar carpooling platform, a service that lets passengers hitch a ride over longer distances in a carpool in exchange for shared expenses and a small fee for the driver. One of France's top startup success stories, the company was launched in 2006 and now has more than 20 million users around the world, with a market valuation of more than €1 billion.

In the classified ads sector, Leboncoin.fr, a French site launched in 2006 that connects people for services ranging from babysitting to home repair, but also sales of goods, draws more than 20 million unique visitors per month and employs 240 people. That ranks it as France's sixth-most visited web site, ahead of Yahoo and behind Amazon, according to a ranking by web-hobbies.com.

"This is a movement that is bound to become a tidal wave, because when you come down to it these platforms are good for everyone," said de Bentzmann, who is also co-founder of the IT security firm Devoteam. "It's positive for consumers, because it improves service, and it's positive for people who have been shut out of the job market for all sorts of reasons, and who are now able to find flexible employment."

Asked to explain why France is such a fruitful market, sharing economy firms point to monopolies that bottled up demand for services.

*“France’s labor model is failing ... Politicians should be preparing for the next phase now, but they are paralyzed by the idea of losing any voters” — Stanislas de Bentzmann, co-founder of IT security firm Devoteam*

Legislation governing the French taxi sector dates back to the era of horses and carriages and remains tailored for a small, wealthy clientele. In Paris, there were around 20,000 taxis in 1920, versus just below 18,000 currently, and supply does not adjust to meet demand at peak hours such as late on Friday or Saturday, making it hard to find a cab.

Uber and other sharing-economy firms have simply filled the gap.

“People flocked to Uber out of spite at taxis, which everyone hates,” said the finance ministry official. “Unlike other countries where there has always been a wide array of offerings, in France there was none, so the uptake was all the more frenzied when an alternative finally arrived — much like McDonald’s,” he added, referring to the fast-food chain which has more locations in France than in any other EU country but Germany.

Uber ‘outsiders’

Uber and other service providers are able to recruit heavily in France because of labor market dysfunctions.

While unemployment remains stuck above 10 percent, the job market is polarized between insiders — people lucky enough to have scored secure, long-term job contracts — and outsiders, who bounce from one contract to the next with little hope of ever breaking into the system.

It’s those ‘outsiders,’ many of whom come from immigrant-heavy suburbs and say they struggle to find work in the formal job market due to discrimination, who have joined Uber and other platforms in the greatest numbers, to the point where Economy Minister Emmanuel Macron in August described Uber as “one of the biggest employers of young people” in the greater Paris region.

“Young people from the suburbs are joining these companies because they have no other choice, because if you have an Arab-sounding name, it’s very difficult to break into the formal labor system in France,” said Abdelmalek Djerroune, head of the Multicultural Party, a small political formation that presses for U.S.-style affirmative action for ethnic and religious minorities.

“Kids from housing projects learn early on that if they want to make it in life, they should start their own company or head abroad. It just so happens that these foreign companies have come to France to hire them.”

To be sure, much of the French population are insiders who want to preserve the labor tradition with all its trimmings.

When Hollande in mid-September said that he planned to reform labor rules next year, he vowed to safeguard the 35-hour week and the labor code. Two years away from a presidential election, that sort of caution makes sense in a country where polls in 2013 showed that a majority of young people aspire to finding ultra-secure work as civil servants.

Hollande has been bolder on the reform front than Nicolas Sarkozy, the previous president, who had promised a “rupture” with France’s old ways in his successful 2007 campaign, and then failed to deliver. But the socialist leader has avoided symbol-destroying measures that would provoke fights with trade unions and committed itself to preserving the labor status quo.

From an electoral standpoint, that makes sense.

“Even today, most young people aspire to reaching the famous CDI (long-term job contract), which is still synonymous with stability, and which in their minds allows one to embark on projects, start a family and so on,” said Olivier Galland, a sociologist with the CNRS research institute who studies young people. “That’s the French model: Outsiders want to become insiders, young people want to take the place that their parents occupy.”

However, others argue that the French labor system has become so dysfunctional, making people wait until they are 28 on average before obtaining their first stable job, that it’s losing its power of attraction. And while Hollande’s government tries to tweak the system at the margins under pressure from France’s EU partners, new sharing platforms could simply wash the whole thing away.

“France’s labor model is... failing,” said de Bentzmann. “Politicians should be preparing for the next phase now, but they are paralyzed by the idea of losing any voters, which is only going to make the more transition more difficult.”

129,128

Le Point.fr, no. 201509

**L'éditorial de Nicolas Baverez, jeudi 1 octobre 2015**

## **Baverez - Syrie : saisir l'opportunité russe**

L'intervention de Vladimir Poutine en **Syrie** oblige à repenser la stratégie contre l'EI. Repenser la stratégie contre l'État islamique.

L'effroyable guerre de **Syrie**, qui a fait en quatre ans 240 000 morts et 11 millions de réfugiés, connaît un tournant avec la décision de Vladimir Poutine d'intervenir militairement et de proposer la création d'une coalition internationale intégrant le régime de Damas.

Sur le plan stratégique, la Russie a déployé à Lattaquié 28 bombardiers et avions d'attaque au sol, plusieurs drones et 26 hélicoptères. Deux autres bases ont été aménagées pour accueillir notamment des forces spéciales. L'objectif est triple : prévenir l'effondrement du régime syrien; sanctuariser la région de Damas et la liaison avec le nord du pays; assurer la couverture aérienne et la planification des opérations de l'armée syrienne et des brigades iraniennes al-Qods.

Sur le plan diplomatique, la Russie entend assurer la survie de Bachar el-Assad, liquider les combattants tchéchènes et caucasiens qui ont rejoint les djihadistes, éviter la contagion aux ex-républiques soviétiques d'Asie, rompre son isolement. Avec l'espoir d'obtenir la levée des sanctions qui entraînent une violente récession de 4 % du PIB **russe**. L'Assemblée générale de l'ONU a été le point d'orgue de cette offensive.

**L'initiative de Vladimir Poutine sert avant tout les intérêts russes. Elle mérite cependant d'être prise en considération tant la situation en Syrie est critique et l'échec des démocraties face à l'EI patent.**

L'État islamique, loin d'être endigué, accumule les succès sur cinq fronts. Il assure toutes les missions d'un État sur plus de la moitié de l'Irak et de la **Syrie**. Il menace Damas et Bagdad. Il s'étend en Libye et en Égypte et a établi sa jonction avec Aqmi et Boko Haram. Il a déclenché dans tout le Moyen-Orient une vague de purification et de terreur religieuses qui provoque le plus important déplacement de population en Europe depuis la fin de la Seconde Guerre mondiale. Enfin, le djihad rencontre de plus en plus d'écho au sein de la jeunesse.

### **Désastre opérationnel**

**La riposte des démocraties se résume pour l'heure à un fiasco ruineux. L'efficacité des frappes aériennes est extrêmement limitée malgré leur coût de plus de 3 milliards de dollars, en dehors de l'appui aux peshmergas kurdes et de l'élimination de certains dirigeants de l'État islamique. Le comble du ridicule a été atteint par la France qui s'est interdit pendant plus d'un an de survoler et frapper en Syrie, ce qui est aussi inconséquent que de prétendre lutter contre la mafia en excluant la Sicile. L'opposition modérée syrienne n'a ni existence politique ni crédibilité militaire et les combattants formés à grands frais par les États-Unis ont été instantanément neutralisés par Al-Nosra, la filiale d'Al-Qaïda en Syrie.**

**Ce désastre opérationnel est le résultat de profondes divergences politiques. Sous couvert de coalition, les États-Unis poursuivent leur retrait du Moyen-Orient. L'Europe, impuissante militairement, est tétanisée par la crise des migrants. La Turquie, confrontée à une vague d'attentats, a renoué avec une logique de guerre non contre les islamistes mais contre les Kurdes. Les monarchies du Golfe, obsédées par l'Iran, continuent à financer l'État islamique. De même, les tribus sunnites, traumatisées par les milices chiïtes, lui restent fidèles.**



Voilà pourquoi il faut **saisir** l'initiative de Vladimir Poutine pour repenser la stratégie contre l'État islamique, en raisonnant en termes d'intérêts vitaux et non d'émotions. **Nul ne conteste que le colonel Kadhafi et Bachar el-Assad sont des criminels. Mais la Syrie en 2015, comme la Libye en 2011, ne représente aucune menace stratégique. En revanche, leur prise de contrôle par l'État islamique constitue un danger mortel.**

## **Menace**

La reconstruction d'une stratégie cohérente doit éviter le double piège de l'envoi de troupes au sol et de l'engrenage de la guerre de religion. Elle doit être globale.

D'abord, la **Syrie**. Quand Poutine déclare à CBS : « Il n'y a pas d'autre solution à la crise syrienne que de renforcer l'État en place et le soutenir dans sa lutte contre le terrorisme tout en le poussant à dialoguer avec la partie saine de l'opposition et à mener des réformes », force est de lui donner raison. Il faut sauver l'État syrien en cessant de faire de Bachar un préalable, mais en préparant, de concert avec la Russie, sa succession.

Puis la Russie. **Les démocraties doivent admettre qu'elles partagent avec Moscou un intérêt vital dans l'éradication de l'État islamique. Le principe d'une coalition élargie est parfaitement recevable.** Mais à trois conditions. Une définition claire des objectifs finaux qui doivent porter sur la lutte contre l'État islamique et non le sauvetage de Bachar. La coordination des moyens qui doivent prohiber une contre-terreur. Une dissociation des situations au Moyen-Orient et en Ukraine, où le régime des sanctions doit être maintenu tant que l'occupation du Donbass se poursuit et que l'intégrité de l'Ukraine comme la sécurité des frontières de l'Europe ne sont pas garanties.

**Enfin, l'Europe et la France. La menace de l'État islamique et la crise des migrants imposent aux Européens de réinvestir dans leur sécurité. Il est urgent pour les États, et pour la France au premier chef, de créer des états-majors spécialisés pour coordonner l'action sur leur territoire de toutes les forces de sécurité contre les djihadistes.**

La menace de l'État islamique est différente de celle des États totalitaires au XXe siècle. Mais deux points communs existent. **Les démocraties se mettent en très grand danger à n'agir que trop tard et à se diviser. Les choix politiques et stratégiques ne s'effectuent que très rarement entre le bien et le mal. Ils se font le plus souvent entre deux maux : un mal relatif avec lequel les circonstances peuvent conduire à passer des accords provisoires; un mal absolu qu'il faut combattre sans haine mais avec une absolue détermination.**

<http://www.nytimes.com/2015/10/02/opinion/turkey-cant-be-europes-gatekeeper.html?action=click&pgtype=Homepage&module=opinion-c-col-left-region&region=opinion-c-col-left-region&WT.nav=opinion-c-col-left-region>

129,130

The Opinion Pages | OP-ED CONTRIBUTOR

## Turkey Can't Be Europe's Gatekeeper

By SINAN ULGEN

OCT. 1, 2015

ISTANBUL — Next week, President Recep Tayyip Erdogan of [Turkey](#) will visit Brussels and tell his [European Union](#) counterparts that Europe must act decisively if it wants to stop the massive flow of refugees leaving his country and entering the European Union by land and sea. Turkey is willing to help halt the exodus, but the union cannot expect it to do so if European governments offer Turkey little in return.

Unlike Europe, Turkey decided to adopt an open-door policy for refugees at the beginning of the Syrian crisis in 2011. It did so out of humanitarian concern and a misplaced optimism about the weakness of the Assad regime. But now the refugee population in Turkey has grown to approximately two million.

Turkey's ability and willingness to accept this huge number seems to have lulled European policy makers into complacency. Their vision for dealing with the tragic consequences of the Syrian war has, it seems, been limited to hoping that Turkey will act as an eternal buffer zone for Europe. That is a pipe dream.

Turkey cannot be the solution for the European Union's inability to act collectively to address the enormity of this humanitarian tragedy and develop policies to share the burden. Nor can Europe continue to benefit from having Turkey serve as a buffer zone while Ankara shoulders the massive financial and social cost of hosting millions of Syrians.

Last week, President François Hollande of France met the Italian prime minister, Matteo Renzi, and declared that Europe must work with Turkey to ensure the refugees can stay there, find jobs and wait for the situation in Syria to improve. This is a fantasy. European leaders need to abandon such thinking immediately if Europe and Turkey are ever going to tackle this crisis together.

Turkey cannot forever act as the gatekeeper of Europe. Building a genuine partnership between the European Union and Turkey to address the long-term challenge of the refugee crisis will require overhauling not only Europe's approach to migration but also its approach to eventual Turkish membership in the union.

First, Europe must accept the inevitability of resettlement. Recent efforts by the European Commission, with the backing of Chancellor Angela Merkel of Germany, are a step in the right direction. A plan to distribute incoming refugees among member states is inevitable, not only for ethical reasons but also in order to protect the hard-fought gains of European integration such as the visa-free Schengen zone.

Second, Turkey and the European Union should develop a joint long-term strategy for the integration of Syrian migrants. So far, the Turkish approach has focused on the management of 27 refugee camps, catering to the needs of almost 300,000 people in the country's southeast. But the rest of the Syrian population in Turkey, more than 1.7 million, is spread across the country. They enjoy little support and their living conditions are deteriorating. The real challenge is to provide these people with prospects for a decent life and protection. Failing to do so would not only increase the outflow toward Europe but could also lead to radicalization within this distressed population, with detrimental consequences for both Turkish and European security.

Given the large-scale demand for health, education and skill-and-language training, the European Union should invest much more heavily to help Turkey scale up its institutional capacity to deliver these services. At the same time, Turkey should finally acknowledge the severity of the challenge that it is facing and accept the international community's offer to provide assistance.

Finally, resolving this crisis will require an overhaul of the European Union's approach to Turkey. The Turkish government's response to the refugee crisis — and its willingness to absorb huge numbers of Syrians — has proved that Turkey's help can be invaluable for Europe. But acrimony over Turkey's stalled E.U. accession process remains an impediment to genuine cooperation. As long as Turks do not believe that, one day, they too can be part of the E.U. family, cooperation between Ankara and Brussels is bound to remain shallow and vulnerable to political cycles. The ball is now in Europe's court; European leaders should decide whether they are willing to gradually lift the obstacles to eventual Turkish accession.

As Mr. Erdogan goes to Brussels, one major question will be whether Turks could soon start to enjoy visa-free travel to Europe. Turkey is the last European country eligible for E.U. accession that remains constrained by onerous visa requirements. Although a process for the lifting of visa restrictions was initiated a year ago, it is doubtful whether European leaders, caught in a wave of Islamophobic anti-immigration sentiment, will ever come to terms with the idea of offering visa-free travel to 75 million Turks.

But before these European leaders once again refuse Turkey's minimal demands on visa restrictions, they should consider what Turkey has already been providing them. For Europe to carry out its plan for the resettlement of limited numbers of refugees, it desperately needs Turkey to improve its border security in order to stem the further outflow of refugees. The only incentive that will ensure Turkey's long-term cooperation is visa-free travel for its own citizens. To put it bluntly, European leaders must now choose between allowing Turkish citizens to travel legally to the European Union, or face the prospect of hundreds of thousands more refugees and migrants leaving Turkey and illegally entering Europe.

**Sinan Ulgen is the chairman of the Istanbul-based EDAM think tank and a visiting scholar at Carnegie Europe.**

## A European Bailout That Worked?

**Portugal's election campaign has lacked the fireworks of Greece or Spain, but also the noisy debates about the future of reforms.**

By Joseph C. Sternberg

1 octobre 2015

Lisbon

Entering into this weekend's parliamentary election, Portugal must look like a pretty dreamy place to many eurozone officials. Four years after suffering a sovereign-debt crisis and accepting a bailout, Lisbon has brought its budget under control and returned the economy to growth in accordance with the terms of its adjustment program.

Overall, it's been a smooth process. Not for the Portuguese the radical anti-austerity fireworks of Greece's Syriza or Spain's Podemos, or even the smoldering discontent of Ireland's Sinn Fein. Both of Portugal's major parties, the ruling center-right Social Democratic Party and the center-left Socialist Party, are committed to staying the course.

In many ways, Portugal is the perfect example of a eurozone bailout plan gone right—enough reform to stimulate growth but not enough to trigger anti-Europe political movements.

And that turns out to be Portugal's, and Europe's, problem. Witnessing a successful bailout program in action, it becomes clear that this is a plan designed to create an averagely dysfunctional eurozone economy, not some sort of Iberian tiger. After four years of bailout reforms, Portugal's reward is that it resembles France—not Greece, but also not Singapore or Chile—with the next crisis not averted, only punted off to the next political generation.

Which isn't to say the achievements of the bailout haven't been impressive. The centerpiece, a labor-reform bill passed in 2011, brought Portuguese rules into closer alignment with the rest of Europe, offering employers more flexibility to set working hours and to lay off workers. Lisbon has also steadily privatized in whole or in part a long list of entities including the postal service, an electric utility, a state-owned insurer and the flag carrier [TAP Portugal](#).

The revenue from these sales, coupled with increases in the value-added tax and surcharges on the personal income tax, has reduced the government's deficit to 2.8% of gross domestic product by next year from 7.4% in 2011. In 2013, the government announced a plan to cut the corporate tax rate to 17% by next year from 25%.

These reforms exceed anything most other nonbailout European economies have managed in recent years. That helps to account for the economy's return to growth, which hit 1.5% year-on-year in the second quarter, ahead of the eurozone average of 1.2%.

Yet despite its bolder measures, Lisbon also has shown the political limits to reform even in the midst of a crisis. That marquee labor reform was achieved via consensus with the country's major unions, which reduced protests but also precluded any attempt to liberalize the workforce beyond Europe's heavily regulated norm.

Fiscal sanity has been achieved mainly via tax increases, not spending cuts. This has shifted most of the burden of fiscal adjustment to the productive private economy while shielding what remains a bloated public sector.

Attempts to restrain spending through pension reductions and pay cuts for civil servants were rebuffed by the constitutional court in 2013.

Other reform efforts are stalling, particularly judicial reforms that would shorten the length of legal proceedings. Protracted lawsuits add uncertainty and weigh on Portugal's competitiveness rankings.

By sidestepping many of the reforms that typically inflame political passions, Lisbon gets to enjoy a quiet election this weekend. But the price of this peace is the perpetuation of a two-track economy. Exporters, who have always faced competitive pressures abroad and, as a result, have long been forced to be more efficient and better prepared to cope with a downturn, continue to prosper. Domestic-facing firms, having only been partially freed from suffocating regulatory burdens, continue to struggle.

So a quiet election isn't such a good thing. Portugal needs a noisy debate on how it's going to attract significant investment to boost the lagging parts of its economy. That would require a new round of policy reforms, especially on matters such as excessive business-licensure requirements at the local level.

It's also going to require deeper fiscal reforms that finally get a grip on spending to stave off the next crisis. The public debt still is 130% of GDP, the government still is running a deficit, and the current growth rate won't be sufficient to improve the debt ratio on its own. And this is before accounting for the fiscal drag of a largely unreformed public pension system in a country with a rapidly aging population and with millions of its young people fleeing to Britain, Germany and elsewhere in search of job opportunities.

The politicians have generally avoided such topics in this campaign. Prime Minister Pedro Passos Coelho implemented the reforms and recognizes the need for more. He did, after all, push for pay and pension revamps. But voters are exhausted with reform, and the politicians aren't eager to ask the electorate to countenance more.

That's not to diminish the political victory of having persuaded voters that the program has been necessary. The two main signs of Mr. Coelho's success here are that he's likely to be re-elected, with recent polls putting his party at between 38% and 41% support compared to 28% to 34% for the Socialists. And his opponent, Antonio Costa, isn't threatening to overturn the reforms, instead suggesting only small, albeit fiscally unsustainable, tweaks to spending and taxes.

Portuguese politicians and voters alike are showing a lot more intelligence in this regard than many Greek and some Spanish voters. But one can't help but wish this election were offering a more substantial—and exciting—debate about Portugal's next steps.

**Mr. Sternberg is editorial-page editor of The Wall Street Journal Europe.**

129,134

REVIEW & OUTLOOK (Editorial)

## What U.S. Retreat Looks Like

2 octobre 2015 [The Wall Street Journal](#)

**A friend of ours quipped amid the Iraq debate of 2003 that the only thing Europeans dislike more than U.S. leadership is a world without it. Well, we are now living in such a world, and the result is the disorder and rising tide of war in the Middle East that even the Obama Administration can no longer dismiss. How do you like it?**

The epicenter of the chaos is the Syrian civil war now into its fifth year. President Obama justified his decision to steer clear of the conflict by pointing to a parade of horrors if the U.S. assisted the opposition to Bashar Assad. Every one of those horrors -- and more -- has come to pass in the wake of his retreat.

**Syria has become a "geopolitical Chernobyl," as former General David Petraeus recently put it. It was the breeding ground for Islamic State and is a new sanctuary for terrorism. It has nurtured a growing regional conflict between Shiite and Sunni Muslims, while unleashing the worst refugee crisis on Europe since World War II. And now it has become an arena for potential major power conflict as Vladimir Putin forms an alliance with Iran to make Russia the new Middle East power broker.**

Mr. Putin unveiled his strategy this week with a disdain for a U.S. President unseen in a Russian leader since Nikita Khrushchev "beat the hell out of" John Kennedy, as JFK put it, at the Vienna summit in 1961. Mr. Putin coaxed Mr. Obama to grant him a private meeting, then told the world to rally behind his alternative coalition to fight Islamic State and prop up the Assad regime. It's as if he set up Mr. Obama for humiliation.

**Now Russian planes are bombing in Syria -- but not Islamic State targets.** They are bombing the anti-Assad forces that the U.S. has haltingly supported. **The U.S. has been caught unaware and nonplussed.** The White House has been left to stammer in protest and send Secretary of State John Kerry to negotiate the terms of U.S. irrelevance.

The world is watching, aghast, yet we are now told by the same people who told us to stay out of Syria that Mr. Putin has fallen into his own quagmire. We doubt that's how they see it in Moscow, Tehran or Damascus.

**For a limited deployment of 2,000 soldiers and some weapons, Mr. Putin is showing Russians their country has global influence again.** He needn't waste Russian blood because **Hezbollah provides the cannon fodder.** And he needn't defeat Islamic State as long as he carves out an Alawite protectorate around Damascus and Syria's coast. **Mr. Assad needs Islamic State as an enemy for now because he can pose as the lesser evil. His goal -- and the Kremlin's -- is to slowly win Western agreement that Mr. Assad is necessary for Syrian stability.**

Mr. Putin is also showing that Russia is an ally to be trusted, in contrast to an America that abandoned Iraq in 2011 and won't fight ISIS with conviction. **His alliance with Iran gives him leverage throughout the Middle East, and his Syria play may even give him leverage with Europe over Ukraine sanctions.** Perhaps he'll offer to limit the barrel bombs that have sent refugees fleeing in return for Europe easing sanctions. Some quagmire.

**Mr. Obama could make Mr. Putin pay a price if he reversed his Middle East policy and revived American leadership.** In Syria the U.S. could set up a no-fly zone to create a haven for refugees

against Islamic State and Mr. Assad's barrel bombs. He could say U.S. planes will fly wherever they want, and if one is attacked the U.S. will respond in kind.

**In Iraq the U.S. could directly arm the Kurds.** And the U.S. could rev up the campaign against Islamic State from more than 11 or so strike sorties a day. This would show a new commitment that might convince the Sunni Arabs that the U.S. is finally serious about defeating the caliphate.

**By now we know Mr. Obama will do none of this. He wants America out of the Middle East, so he will gradually find a way to accommodate Russia's presence in the Middle East and Mr. Putin's demands. U.S. allies in the region will get the message and make their accommodations with Russia and Iran. The next President will inherit a bigger terror threat and diminished U.S. influence, if not worse.**

---

All of this ought to be an opportunity for the Republican presidential candidates to make the case against Mr. Obama's policy of retreat. **Instead Donald Trump says his policy would be to get along with Mr. Putin, somehow, and our Syria policy should be to let both sides kill each other. Never mind that this has been Mr. Obama's policy for five years.**

After the 1961 Vienna Summit, Khrushchev famously concluded that Kennedy was weak and could be exploited. The Soviet leader followed by creating a crisis over Berlin and trying to send nuclear missiles to Cuba. The Obama Presidency has 16 months left. **We haven't seen the last American humiliation.**

[License this article from Dow Jones Reprint Service](#)



# Deutschland - vereint und doch geteilt

Auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung ist Deutschland noch nicht zusammengewachsen. Dank der Marktwirtschaft stieg der Lebensstandard, der sozialistische Mangel aber wurde vergessen.

02.10.2015, von **HOLGER STELTZNER**

Deutschland ist wiedervereinigt und doch noch geteilt. Natürlich wird zum Jubiläum der Einheit nur der erste Teil der deutschen Wirklichkeit gefeiert. Das ist verständlich, weil es eine politische Glanzleistung war, in einer historischen Sekunde die beiden Teile Deutschlands ohne Gewalt wieder zusammenzuführen. Auch sind viele Spuren der Teilung ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung kaum mehr sichtbar. Wer durch den Osten Deutschlands reist, erlebt sanierte Städte, traumhafte Feriengebiete und beeindruckende Naturlandschaften. In Ost und West werden die gleichen Waren konsumiert, die Wohnungen ähnlich eingerichtet, wird der Urlaubsort geteilt, werden ähnlich hohe Renten gezahlt. Die Zahl der Kinder ist gleich niedrig, Bildungsabschlüsse sind vergleichbar, die Lebenserwartung ist dieselbe. Die Umverteilung durch das progressive Steuersystem, die gemeinsame Rentenkasse sowie hohe Sozialtransfers sorgen dafür, dass der Lebensstandard in West und Ost etwa gleich hoch ist.



Autor: Holger Steltzner, Herausgeber. Folgen:

Doch wer hinter den Spiegel der scheinbar blühenden Landschaften im Osten schaut, findet Trennendes. Die Wirtschaftskraft im Westen ist stärker als im Osten, der Abstand wächst sogar seit Jahren spürbar. Die Abwanderung vor allem junger Menschen aus dem Osten ist nicht gestoppt. Die Vermögen sind ungleich verteilt, ebenso wie die Erbschaften. Fragt man nach der Religion, könnte man meinen, es gebe die Mauer noch immer. Unterschiedliche Lebenswelten offenbart auch ein Blick auf die Migranten. In Hessen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen hat jeder Vierte einen Migrationshintergrund, aber nur jeder Zwanzigste in den ostdeutschen Flächenstaaten. Doch dort ist der Protest gegen den kaum noch kontrollierten Zustrom von Migranten besonders groß. Angesichts des von der Kanzlerin **Angela Merkel** (CDU) nach Kräften beförderten Flüchtlingsstroms nach Deutschland ist das brisant.

Bemerkenswert ist, wie schnell die Erinnerung an den täglichen Mangel in der zentralistischen Planwirtschaft verblasst. Dabei war der Ärger über die Mangelwirtschaft ein Hauptgrund für das Aufbegehren der DDR-Bürger. „Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, gehen wir zu ihr“, skandierten sie auf Demonstrationen. Gegen den Rat der Bundesbank, die wegen der niedrigeren Produktivität niedrigere Löhne forderte, legte die Politik den Umtauschkurs von eins zu eins für Löhne und Renten fest. Es gehe in so einer Situation um mehr als Ökonomie, sagte der Kanzler der Einheit, **Helmut Kohl**, und versprach blühende Landschaften. Damit sollte auch die Wanderung nach Westen eingedämmt werden. Das gelang, aber nur vorübergehend. Von 1991 bis 2013 zogen 3,3 Millionen Menschen von Ost nach West und 2,1 Millionen in die andere Richtung.

Im Osten herrscht eine antikapitalistische Grundhaltung

Ökonomisch war die deutsche Währungsunion mit diesem Umtauschkurs ein Fehler. In Ostdeutschland folgte einer Phase mit Transfers kein sich selbst tragender Aufschwung. Stattdessen führte die konsumorientierte Vereinigung zum Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft. Als verheerend erwies sich insbesondere der Lohndruck, stellt Klaus Schroeder fest, der in Berlin den Forschungsverbund SED-Staat leitet. Allein in den ersten 15 Monaten der Währungsunion stiegen die Bruttoverdienste in der ostdeutschen Industrie um die Hälfte. Weil die Lohnstückkosten rasch über denen in Westdeutschland lagen, sackte die ostdeutsche Industrieproduktion bis 1991 auf ein Drittel ihres Ausgangsniveaus. Die Arbeitslosigkeit schnellte nach oben, viele Menschen wurden in den Vorruhestand geschickt.

Man hätte die neuen Bundesbürger in den Westen wandern und dort arbeiten lassen sollen, statt sie im Osten in erzwungener Arbeitslosigkeit zu finanzieren, resümiert **Hans-Werner Sinn** vom Ifo-Institut. Der Staat habe zusätzlich Arbeitslosigkeit geschaffen, indem er mit Sozialtransfers für zu hohe Lohnersatzleistungen sorgte, die wie ein künstlich aufgeblähter Mindestlohn wirkten. Rückblickend mutet die damalige Furcht vor Wanderung seltsam an, wenn man heute aus dem Kanzleramt hört, Deutschland könne Millionen Migranten aus wenig entwickelten Ländern in den Arbeitsmarkt integrieren. Vor einer Wiederholung der deutschen Fiskalunion auf europäischer Ebene warnt nicht nur Sinn. Die finanzielle Last für die Eurogeberländer wäre doppelt bis fünf Mal so hoch.

Ernüchtert stellt man nach einem Vierteljahrhundert mit gigantischen Transfers von inzwischen 1,6 bis 1,9 Billionen Euro fest: Die Transfers wird es noch lange geben, der Westen wächst stärker als der Osten, und die Wirtschaftsleistung je Einwohner auf dem Gebiet der ehemaligen DDR erreicht nur zwei Drittel des Westniveaus. Weil Politiker wirtschaftlich nicht hielten, was sie versprochen, herrscht im Osten eine antikapitalistische Grundhaltung. Obwohl die Marktwirtschaft ihre Überlegenheit bewies, wurde die Mangelanfahrung des Sozialismus vergessen, sagt Schroeder. Heute setzen acht von zehn Ostdeutschen die Marktwirtschaft mit Ausbeutung gleich. Und jeder Zweite verbindet die Planwirtschaft mit Sicherheit. Wie konnte das passieren?

## "Bis zum Sommer waren die Flüchtlinge noch dankbar"

Der Bundesinnenminister beklagt die Eigenmächtigkeit einiger Flüchtlinge. Sie glaubten, sie "können sich selbst irgendwohin zuweisen". Vizekanzler Gabriel sieht Deutschland am Rande der Kapazitäten.

*Foto: REUTERS* Bundesinnenminister Thomas de Maizière werden die Flüchtlinge zu selbstbewusst

Vizekanzler Sigmar Gabriel sieht Deutschland in der Flüchtlingskrise am Rande seiner Kapazitäten. "Wir nähern uns in Deutschland mit rasanter Geschwindigkeit den Grenzen unserer Möglichkeiten", sagte Gabriel zu "[Spiegel Online](#)". "Wir schaffen in diesem Jahr die Aufnahme der enormen Zahl der Flüchtlinge nur mit großer Mühe." Viele Orte in Deutschland seien bereits überfordert. "Natürlich kennt das Asylrecht keine Obergrenze, aber bei der Belastbarkeit der Städte und Gemeinden gibt es faktische Grenzen", ergänzte der SPD-Vorsitzende.

Er plädierte zugleich für eine offene Debatte über die Probleme und Ängste in der Bevölkerung. "Es darf kein Klima geben, in dem jeder, der sich Sorgen macht, gleich als ausländerfeindlich oder rechtsradikal gilt", mahnte der Wirtschaftsminister. Von den Flüchtlingen forderte er die Verinnerlichung bestimmter Prinzipien. "Wir müssen klar machen, dass es bei uns Dinge gibt, die nicht zur Disposition stehen: das Grundgesetz, die Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, die Gleichberechtigung."

**Bundesinnenminister Thomas de Maizière beklagte im ZDF die Eigenmächtigkeit einiger Flüchtlinge: "Bis zum Sommer waren die Flüchtlinge dankbar, bei uns zu sein.". Jetzt gebe es viele von ihnen, die glaubten, "sie können sich selbst irgendwohin zuweisen". "Sie gehen aus Einrichtungen raus, sie bestellen sich ein Taxi. Sie haben erstaunlicherweise das Geld, um Hunderte Kilometer durch Deutschland zu fahren. Sie streiken, weil ihnen die Unterkunft nicht gefällt, sie machen Ärger, weil ihnen das Essen nicht gefällt. Sie prügeln in Asylbewerberheimen." Noch handele es sich um eine Minderheit. Doch müsse gelten: Wer nach Deutschland komme, müsse sich dahin verteilen lassen, wo er hingebacht werde, und die Rechtsordnung anerkennen, sagte der CDU-Politiker.**

## Nur noch kurz die Welt lenken

An diesem Freitag lädt der französische Präsident zum Ukraine-Gipfel in den Élysée-Palast. Die Franzosen sollen in Hollande endlich den großen Diplomaten sehen. Dann vergessen sie vielleicht die Misere im Innern.

02.10.2015, von MICHAELA WIEGEL, PARIS

Nichts läuft wie geplant“ lautet der Titel eines Buches über den Aufstieg François Hollandes. Als Motto für die französische Außenpolitik würde die Überschrift ebenfalls passen. Die russischen Luftangriffe in Syrien haben die Pläne Hollandes durcheinandergewirbelt. Auf den Ukraine-Gipfel mit den „vier von Minsk“ an diesem Freitagnachmittag im Elysée-Palast hat der sozialistische Präsident lange hingearbeitet. Er soll sein eher zufällig entstandenes Engagement für eine Konfliktbeilegung im Osten Europas krönen. Doch jetzt wird es noch schwieriger als gedacht, Putin als einen verlässlichen Verhandlungspartner zu empfangen.

Bei seiner großen Pressekonferenz am 7. September brüstete sich Hollande mit der Ausrichtung des Gipfels. Er ließ sogar anklingen, dass Frankreich zu einer Versöhnung mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin bereit sei. „Ich werde mich für eine Aufhebung der Sanktionen aussprechen, wenn die Vereinbarung von Minsk weiter respektiert wird“, sagte er. Die Franzosen, die ihm kaum noch Vertrauen schenken, sollen ihren Präsidenten als Friedensstifter entdecken, als einen Weltenlenker, der Konflikte zu entschärfen versteht. Das soll davon ablenken, dass es Hollande nicht gelungen ist, Frankreich wirtschaftlich wieder aufzurichten und die Zahl der Arbeitslosen zu senken. Hollandes persönlicher Wettstreit mit seinem Vorgänger Nicolas Sarkozy spielt ebenfalls eine Rolle. Der frühere Präsident soll nicht länger behaupten können, dass er sich in der Georgien-Krise als erfolgreicher Mittler hervorgetan habe, während Hollande in der Ukraine-Krise versage. Auch legt der Sozialist inzwischen Wert darauf, sich als privilegierter Partner der Bundeskanzlerin zu zeigen. Die Kritik von der Opposition, er habe die deutsch-französischen Beziehungen heruntergewirtschaftet, will er so abwehren. Im Elysée-Palast wird sogar erzählt, die langen Sitzungen zur Ukraine-Krise hätten Hollande und Merkel „wirklich“ zusammengeschweißt.

Ein glückloser Präsident schießt auf die Weltbühne

Schließlich geht es dem glücklosen Präsidenten darum, den von Abstiegsängsten geplagten Franzosen zu zeigen, wie viel Einfluss Frankreich noch auf der internationalen Bühne genießt. Tatsächlich ist die Teilnahme Hollandes an den Ukraine-Verhandlungen auf den Umstand zurückzuführen, dass sich am 6. Juni 2014 eine Gelegenheit zu einem Gespräch mit Putin auf französischem Boden ergab. Der russische Präsident war zu den Gedenkfeiern zum 70. Jahrestag der Anlandung der Alliierten in die Normandie geladen. Gastgeber Hollande hielt an der Einladung fest, obwohl Putin im März die Krim-Halbinsel annektiert hatte und sein Besuch auf große Kritik stieß. Zusammen mit Bundeskanzlerin Merkel heckte Hollande den Plan aus, in der Normandie Putin und den damals designierten ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko in ihrer Anwesenheit zusammenzuführen. Aus Sicht französischer Diplomaten war dies - rückblickend - ein Vabanques-Spiel. „Wir wussten bis eine Stunde vor dem Treffen nicht, ob es zustande kommen würde“, erinnert sich ein Berater. Das sogenannte Normandie-Format sollte sich letztendlich durchsetzen. In der weißrussischen Hauptstadt Minsk wurde nach nächtlichen Verhandlungen ein Friedensplan für die Ukraine vereinbart. Seither haben sich Merkel, Hollande, Poroschenko und Putin immer wieder abgestimmt. Nicht selten komme es vor, dass sich Hollande, so wird es aus dem Elysée-Palast berichtet, über militärische Karten der Ukraine beuge. In Paris soll es am Freitag nicht mehr um Krieg oder Frieden gehen, heißt es von den Beratern, sondern darum, dem Friedensprozess eine neue Dynamik zu geben.

Doch Wladimir Putin hat sich dem optimistischen Szenario des Sozialisten widersetzt. Die russischen Luftangriffe in Syrien zwingen Hollande, sein Drehbuch für den Gipfel neu zu schreiben. Zwar bemühen sich seine Berater noch, vorsichtigen Optimismus zu verbreiten. Sie beteuern, die Ukraine und Syrien hätten „nichts miteinander zu tun“ und seien zwei getrennte Dossiers. Dann lassen Hollandes Berater doch durchblicken, dass sie nicht wissen, mit welchen Absichten Putin in die französische Hauptstadt reist.

Auf diese Entwicklung war in Paris niemand vorbereitet

Es zählt nicht gerade zum monarchisch geprägten französischen Höflichkeitsritual, einen Gast noch vor seiner Ankunft mit Vorhaltungen zu überschütten. Doch genau dazu hat sich Gastgeber Hollande entschlossen. Der Präsident schickte seinen Verteidigungsminister und seinen Außenminister vor, dem russischen Präsidenten die Meinung zu sagen. Außenminister Laurent Fabius hielt Putin am Donnerstag vor, „Widerstandskämpfer und die Zivilbevölkerung in Syrien zu bombardieren“. Es sehe ganz danach aus, als schiebe Russland den Kampf gegen die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) nur vor, um das Regime von Baschar al Assad zu stärken, beschwerte sich der französische Diplomat. Auch Verteidigungsminister Jean-Yves Le Drian monierte, die Ziele der russischen Luftwaffe in Syrien seien „erstaunlicherweise“ keine IS-Stellungen gewesen. Der wortkarge Breton Le Drian hat in Moskau die Verhandlungen geführt, um den Verkauf der zwei französischen Hubschrauberträger vom Typ Mistral rückgängig zu machen. Er zählte bislang zu denjenigen, die eine Annäherung an Russland auch in der Syrien-Politik für möglich hielten.

Doch auf die jüngste Entwicklung war in Paris niemand vorbereitet. Das Syrien-Dossier entwickelt sich zum fortgesetzten Fiasko für Hollande. Der Präsident ist noch verbittert darüber, wie er im Spätsommer 2013 vom amerikanischen Präsidenten Barack Obama versetzt wurde. So zumindest empfand es Hollande, der seine Luftwaffe in Bereitschaft versetzt hatte, um sich an einer konzertierten Aktion gegen das Regime Assads beteiligen zu können. Nach dem negativen Votum des Parlaments in London und Obamas Rückzieher fühlte sich Hollande desavouiert. Der Präsident brauchte lange, die französische Syrien-Strategie einer Revision zu unterziehen. Wiederum bei seiner Pressekonferenz im Elysée-Palast am 7. September kündigte er an, sich fortan auf den Kampf gegen den IS konzentrieren zu wollen. **Die ersten französischen Luftschläge am 27. September zielten auf ein Trainingslager der Organisation. Sie sollten dazu beitragen, dass Frankreich in der Syrien-Politik wieder wahrgenommen wird. Doch weder Moskau noch Washington haben sich von den vorgeblich „in voller Unabhängigkeit“ entschiedenen Luftoperationen beeindruckt lassen. Besonders demütigend ist es für Paris, dass die Militärsitze in Amerika und Russland in einer Dringlichkeitssitzung über die Nutzung des Luftraums über Syrien beraten, Frankreich aber nicht hinzugezogen wird.**

Hollande hofft auf Zugeständnisse von Putin

Hollande ist deshalb bestrebt, an diesem Freitag möglichst wenig über Syrien und möglichst viel über die Ukraine zu reden. Im Elysée-Palast ist die Hoffnung nicht geschwunden, dass Putin sich zu Zugeständnissen bereit erklärt und etwa zustimmt, die im Oktober geplanten Kommunalwahlen in Donezk und Luhansk zu verschieben. Noch ist nicht sicher, dass Putin in Paris überhaupt vor die Öffentlichkeit treten will. Alles sei möglich, sagen Hollandes Berater, nichts werde fest geplant. Zum Normandie-Format gehöre auch, dass es keinem festen Gipfelritual mit vorgefertigten Erklärungen entspreche.

129,140

OCT 2, 2015 0

## Managing Europe's Perfect Storm

[Richard N. Haass](#)

Richard N. Haass, President of the Council on Foreign Relations, previously served as Director of Policy Planning for the US State Department (2001-2003), and was President George W. Bush's special envoy to Northern Ireland and Coordinator for the Future of Afghanistan. His most recent book is *Forei...* [read more](#)

NEW YORK – The Chinese often point out that in their language the character for crisis and opportunity are one and the same. **But, while it is indeed true that crisis and opportunity often go hand in hand, it is difficult to see much opportunity in Europe's current circumstances.**

One reason the current situation facing Europe is so difficult is that it was so unexpected. Here we are, 70 years after the end of World War II, a quarter-century after the end of the Cold War, and some two decades after the Balkan wars, **and suddenly Europe's political, economic, and strategic future seems much more uncertain than anyone predicted as recently as a year ago.**

**Another reason to be worried is that Europe faces not one crisis, but several.** The first is economic: not just the current reality of slow growth, but the prospect that slow growth will continue without respite, owing above all to policies that often discourage businesses from investing and hiring. The rise of populist political parties of both the left and the right [across the continent](#) attests to popular frustrations and fears.

**Making matters worse for Europe's economy was the decision taken decades back to introduce a common currency without a common fiscal policy. Discipline disappeared at the national level in many countries; Greece was the most recent casualty, but it is unlikely to be the last.**

The second crisis results from Russian actions in Ukraine. There is no prospect of Russia giving up Crimea, and questions about its intentions in eastern Ukraine and the Baltics are mounting. The result is the return of geopolitics to Europe at a time when defense spending is modest and public support for armed intervention is largely absent.

The third, and most pressing, crisis is the result of massive flows of migrants from the Middle East and elsewhere into Europe. The flood of people is exposing new rifts among EU members, raising questions about the [principle of open borders](#) and free movement that has long been at the core of the EU.

**Germany and a few other countries have stepped up to the challenge in ways that are admirable but unsustainable. Some 8,000 refugees a day – a modern day *Volkerwanderung* – are entering Germany, partly because of harsh conditions back home, and partly because of Germany's willingness to take them in. The challenge of caring for, employing, and integrating such numbers will soon run up against the limits of physical capacity, financial resources, and public tolerance.**

It is obvious that public policy cannot succeed if it is focused on the consequences, rather than the causes, of the refugee crisis. The change that would have the greatest positive impact would be the emergence of a new government in Damascus that was acceptable to the bulk of the Syrian people and a satisfactory partner for the United States and Europe. Unfortunately, this seems likely to come about only with the blessing of Russia and Iran, both of which appear more inclined to increase their support for President Bashar al-Assad than to work for his removal.

Other steps, however, would improve the situation. Increased international financial support for countries in Europe or the Middle East hosting large numbers of refugees is one. Ideally, such funding would help persuade more countries to follow Germany's example.

Another useful development would be the creation of enclaves inside Syria where people could gather with some expectation of security. Such enclaves would require local support from Kurdish forces or select Arab tribes, with military backing by the US and others.

A new comprehensive arrangement with Turkey is also needed to reduce the flow of jihadist recruits to Syria and the number of refugees heading north. Turkey would receive financial and military assistance in exchange for asserting greater control over its borders, while the question of Turkey's long-term relationship with Europe would be set aside until the crisis passed.

The US has a special obligation to help. Both by what it has done and what it has failed to do in Iraq, Syria, and elsewhere in the Middle East, American foreign policy bears more than a little [responsibility for outcomes](#) that have led to the refugee exodus.

The US also has a strategic interest in helping Germany and Europe contend with this crisis. Europe still constitutes a quarter of the world's economy and remains one of America's principal geopolitical partners. A Europe overwhelmed by a demographic challenge, in addition to its economic and security challenges, would be neither able nor willing to be an effective ally.

In all of this, time is of the essence. Europe – and Germany in particular – cannot sustain the *status quo*. Waiting for a solution to the Syrian situation is no answer; while lesser steps will not resolve Europe's predicament, they could make it manageable.

129,142

## Comment Air France s'est fait surclasser par British Airways et Lufthansa

Mis à jour le 02/10/2015 à 16:00

L'échec des négociations entre la direction d'Air France et les syndicats sur le plan Perform 2020, qui prévoit une réduction de l'activité de la compagnie française en 2016 et 2017, ouvre la voie à un plan de restructuration. En effet, la compagnie est dos au mur. Rentabilité, masse salariale, performances: elle ne fait plus le poids par rapport aux autres compagnies européennes traditionnelles. *Le Figaro* passe en revue les points faibles d'une entreprise qui peine à se réformer.

- La rentabilité, un objectif qu'Air France a du mal à remplir

Si [Air France](#) possède l'un des chiffres d'affaires les plus importants d'Europe (au-delà de 15 milliards d'euros), la rentabilité n'est pas au rendez-vous. Avec un déficit de 376 millions d'euros en 2014, la compagnie française n'est devancée que par Iberia (402 millions d'euros de déficit) sur le podium des compagnies les moins rentables. La comparaison avec British Airways, dont le chiffre d'affaires est quasi identique à celui de la compagnie française, est encore plus défavorable à Air France: l'année dernière, sa concurrente britannique a réalisé une belle performance avec un bénéfice d'1,3 milliard d'euros.

En cause, la grève des pilotes de deux semaines à l'automne 2014, [qui a plombé les comptes d'Air France](#). Un événement «exceptionnel» qui pourrait bientôt ne plus l'être: l'échec des négociations entre la direction et les syndicats laisse présager d'une nouvelle période de tensions.

- Des effectifs pléthoriques chez Air France

La réduction des coûts et l'amélioration de leur marge opérationnelle sont les grands défis des compagnies aériennes européennes traditionnelles. La plupart ont mis en oeuvre ces dernières années des plans d'économies indispensables pour faire face à la concurrence, dont la plupart tirent aujourd'hui les bénéfices. Air France a ainsi supprimé 5000 postes en trois ans, Lufthansa 3500 l'année dernière et British Airways 1700.

Pendant ce temps, l'utilisation de leur flotte d'avions a été optimisée. Air France explique par exemple avoir cessé d'exploiter, sur ses vols longs-courriers, ses avions les moins efficaces, les MD11, et avoir réduit sa flotte de 16% sur les vols moyens-courriers, entre 2012 et 2015. Objectif: accroître le taux d'occupation de ses avions. Point positif, le groupe franco-néerlandais peut aujourd'hui se targuer d'un taux de 84,7% en 2014, contre 83,8% en 2013, au-dessus de la moyenne mondiale (79,9% en moyenne dans le monde), et des performances de British Airways (81%) ou encore de Lufthansa (79,8%). Mais parallèlement, les grandes compagnies traditionnelles doivent aussi s'atteler à un second chantier: celui de la montée en gamme de leurs vols longs courrier, cette fois pour concurrencer les compagnies du Golfe.

- Les pilotes d'Air France, de grands privilégiés

Ces deux critères cristallisent les tensions au sein d'Air France. Actuellement, les pilotes d'Air France sont payés deux fois plus que leurs homologues britanniques de British Airways alors qu'ils volent cent à deux cent heures de moins. Idem avec la compagnie allemande Lufthansa même si l'écart en matière de salaire est un peu moins important. Les montants indiqués dans les graphiques ci-dessous concernent les vols moyen-courriers. Ainsi, un commandant de bord chez Air France touche en moyenne 14.000 euros bruts par mois contre par exemple 6250 euros pour son co-pilote.



Si l'on considère les vols long-courriers, les salaires des commandants de bord d'Air France sont encore plus importants: 20.000 euros bruts en moyenne par mois, selon nos informations (un peu plus de 16.000 euros nets par mois), soit une hausse de 13% par rapport aux concurrents européens. Un salaire qui peut grimper jusqu'à 22.000 euros par mois pour le pilotage d'un A380.

C'est pourquoi, dans le cadre de son nouveau plan de restructuration, [Air France exige, entre autres, de ses pilotes de travailler plus sans augmenter leur salaire](#). Pour éviter à ce fleuron de l'industrie française de tout bonnement disparaître, comme l'envisage l'ancien secrétaire d'État aux Transports Dominique Bussereau.

- Lufthansa s'impose comme la première compagnie européenne en termes de passagers transportés

Le trafic aérien de passagers a connu une forte croissance dans le monde l'année dernière, de 5,5%, à 3,3 milliards de départs, selon IATA, l'association internationale du trafic aérien. Si les taux de croissance les plus forts ont été observés au Moyen-Orient et en Asie, les grandes compagnies européennes tirent bon gré mal gré leur épingle du jeu. De grosses disparités se font jour: le groupe IAG, qui regroupe British Airways, Iberia, Vueling ou Aer Lingus a transporté 15% de passagers en plus grâce à l'intégration de Vueling. British Airways recense une croissance de son trafic de 3,8%, et Lufthansa de 1,3%. Air France-KLM doit en revanche se contenter d'une croissance de 0,2% , signe que le groupe perd encore des parts de marché. Avec 77 millions de passagers transportés en 2014 vers plus de 200 destinations, le groupe Lufthansa reste le mastodonte du secteur. Air France elle, a au contraire choisi de [réduire le nombre de lignes desservies](#), certaines étant fortement déficitaires.

129,144

## Migrant Influx Ruffles Germans ---

### Initial welcome fades in face of fears, chaotic scenes and growing numbers

[Anton Trojanovski](#)

3 octobre 2015

BERLIN -- Four weeks after Chancellor [Angela Merkel](#) opened the doors to refugees and Germans welcomed them with applause and food, worries are mounting that the country has been overwhelmed.

Ms. Merkel's long-lofty approval ratings are falling back to earth. Senior officials are voicing fears of terrorists among the migrants as towns and cities run out of shelter space. And in a country that prizes order, polls show that Germans are losing faith that their government is up to the task of managing the influx as the news media show chaotic scenes of migrants sleeping outside and police responding to fights at shelters.

"It is simply too much," said Karin Pahlitzsch, a 57-year-old teacher in the eastern German city of Dresden, referring to the number of people coming to Germany. "But the worst thing is how poorly organized everything is."

Unlike past European crises such as Ukraine and the early-summer debt showdown with Greece, the migration crisis directly affects Germans' daily lives. Auditoriums, gyms, and trade-show halls are being converted to emergency shelters. Government officials are starting to openly voice frustration that migrants are misbehaving, stoking fears that the influx could lead to a rise in crime.

**"Until summer, the refugees were thankful to be here with us," Interior Minister Thomas de Maiziere said on [ZDF](#) public television Thursday night. Now, he said, some "go on strike because they don't like their shelter, they make trouble because they don't like the food, they fight in the asylum-seeker facilities."**

Germany-based Islamists have been approaching migrants, especially minors, Mr. de Maiziere said Friday, adding intelligence agencies have warned that [Islamic State](#) jihadists could try to sneak into Germany among the migrants.

In early September, many Germans flocked to train stations to welcome arriving migrants, and commentators described the outpouring of generosity as a "summer fairy tale" in a country whose Nazi history still complicates feelings of national pride. Polls showed that most Germans stood behind Ms. Merkel after she declared "We can do it!" in response to questions over whether Germany could handle the flow of people.

**But a poll released late Thursday showed Ms. Merkel's approval rating fell in recent weeks to 54% after some three years around 70%. The poll, conducted by research firm Infratest Dimap earlier this week, also found that 51% of Germans feared that too many refugees were arriving in their country -- up from 38% a month ago.**

In a speech in eastern Germany on Thursday ahead of Saturday's 25th anniversary of the country's reunification, Ms. Merkel attempted to rally German spirits. She described accommodating migration as a "herculean task that now deeply moves us and demands from us a national effort." Germany, working with the [European Union](#) and Turkey to try to channel the tide of migrants, will be able to overcome the crisis, she said.

**The chancellor, who has led Europe's largest economy for a decade, has long garnered high marks from Germans for calm and pragmatism under pressure. She faced other major crises such as the Greek debt showdown and the Ukraine conflict without losing significant support at home.**

**But this time, Germans appear to be more skeptical of her response.** An Emnid poll for television broadcaster N24 published Thursday found 59% of respondents disagreed with her "We can do it!" promise in the refugee crisis.

Amid the nation's unease, leaders of other political parties in Ms. Merkel's governing coalition are sowing doubts about her crisis management.

**Horst Seehofer**, governor of Bavaria and head of Ms. Merkel's sister conservative party there, has repeatedly criticized her generosity toward migrants. **His approval rating shot up 11 points, to 39%, in the monthly Infratest Dimap poll released Thursday.**

**"We in Germany are rapidly approaching the limits of what we can do," Vice Chancellor Sigmar Gabriel**, head of the left-of-center Social Democrats, told news website Spiegel Online on Friday. "Many places in Germany are already overwhelmed." Mr. Gabriel is widely expected to challenge the conservative Ms. Merkel in the 2017 election.

**The sense of a crisis slipping out of the government's control is being fed by images of chaos at shelters and registration points.**

The port city of Hamburg, which is sheltering about 30,000 migrants and has received some 500 a day for the past month, was under particular strain this week. Tuesday night, 500 migrants slept in the open near the city's main registration point because all shelters were full.

At one Hamburg asylum shelter Wednesday night, two groups got into a fight, some of them armed with pieces of furniture, the police said.

129,146

## The downside of immigration; Why Canada should not open its doors to the world

Herbert Grubel

National Post

2 octobre 2015

The refugee crisis in Europe has prompted many Canadians to demand that the government admit large numbers of refugees for permanent resettlement. Most of these demands are motivated by humanitarian sentiments but they are also supported by libertarians who argue for unlimited immigration on the grounds that it would benefit all Canadians, just like it has in the past, creating a country of social harmony, high incomes and a quality of life that is one of the best in the world.

The Post's Terence Corcoran recently made this argument ('Open our doors to the world,' Sept. 11). However, the libertarian analysis is no longer valid in today's world. First, there is no more fertile empty land on the prairies that requires immigrants to cultivate. In fact, technology used by farmers now is so efficient and labour-saving that people are leaving the land to settle in towns and cities.

Second, the cost and risk of travel are so much lower, while the pool of potential immigrants and the economic gains they can expect are so much larger than ever before in Canada's history, **meaning that an open border would result in a tsunami of immigrants.**

Third, immigrants would no longer come from Europe, where populations are declining, but from Asia, Africa and Latin America. The cultures and values of these regions are much different, especially with regard to religious tolerance and the treatment of women and people with different sexual orientations.

In spite of the official policy of multiculturalism, these backgrounds are likely to delay integration into Canadian society and if the migrants are numerous enough, may well end up creating ethnic enclaves in which the occupants' culture and religions are maintained. Such enclaves can lead to economic, social and political frictions. **France, the Netherlands, Austria, Sweden and other Western democracies have such problems, which have led to the electoral success of anti-immigrant parties and further social tensions.**

Fourth, many immigrants will be **Muslims**. Most of them are peaceful and tolerant, but an unknown, potentially large number will be militant jihadists and present a serious threat to Canadian security. Surveillance of this minority will be very costly and cannot prevent all risks. No such problems and costs have ever accompanied immigration before.

Fifth, the most important difference between modern Canada and when previous waves of immigrants entered this country **is the existence of the welfare state. In the absence of its universal social benefits in the past, only healthy immigrants with strong work ethics, drive and skills came to Canada. Under present conditions, potentially many immigrants would not possess these qualities and impose heavy fiscal burdens on our welfare programs and ultimately bankrupt them.** It is for this reason that Milton Friedman, one of the world's most ardent advocates for human and economic freedom concluded that, **"The welfare state and free immigration are incompatible."**

The problem identified by Friedman has been quantified in a study by myself and Patrick Grady, in which we found that the average incomes and tax payments of recent immigrants (documented by Statistics Canada) are much lower than those of the average Canadian and that the immigrants consume roughly the same amount of government services as the average Canadian. **The difference between the taxes paid and services consumed by the average recent immigrant equals about \$6,000 annually. Given the total number of these immigrants, the annual fiscal burden on Canadian taxpayers comes to about \$30 billion.**

Sixth, immigrants in large numbers cause a substantial redistribution of income, decreasing the incomes of workers and increasing the income of employers. Drawing on the basic results of a study of the redistribution effect in the United States by [Harvard University](#) Professor of Economics George Borjas, in Canada the decrease of the annual income of labour is \$40 billion and the gain of employers is \$43.5 billion, resulting in a net gain of \$3.5 billion for the latter. This gain is called the immigration effect and is due to increased opportunities to trade.

Advocates for free immigration make much of this gain but the data show that it is very small relative to the redistribution of income. These advocates also laud the increase in Canada's aggregate national income resulting from the immigrants' economic activities.

However, all of this increase accrues to the immigrants in the form of wages, lowers per capita incomes and is accompanied by greater congestion and pollution in metropolitan areas. Increased demand for and cost of housing reduces the ability of young Canadians to own homes and start families, creating frictions between generations.

**The economic and social costs just discussed do not make the case against all immigration but make the case for the selection of immigrants with prospects for economic success that are high enough to eliminate the fiscal burden and the admission of immigrants in numbers small enough to prevent the risk of creating the substantial redistribution of income, the establishment of ethnic enclaves, the threat of jihadist terror and the problems associated with substantial and rapid population increases.**

**In the context of the current debate over policies for the admission of refugees from the Middle East**, it is important for all Canadians that these considerations are given proper weight in the selection of immigrants and decisions about their numbers.

National Post

Herbert Grubel is professor of economics (emeritus) at [Simon Fraser University](#) .

129,148

Migration

## The mobile masses

### The costs and benefits of mass immigration

Sep 28th 2013 | [From the print edition](#)

**Exodus: How Migration is Changing Our World.** By Paul Collier. *Oxford University Press USA*; 309 pages; \$27.95. *Allen Lane*; £20. Buy from [Amazon.com](#), [Amazon.co.uk](#)

PAUL COLLIER is one of the world's most thoughtful economists. His books consistently illuminate and provoke. "Exodus" is no exception. Most polemics about migration argue either that it is good or bad. They address the wrong question, says Mr Collier. The right one is: how much more migration would be beneficial, and to whom?

He examines this question from three perspectives: the migrants themselves, the countries they leave and the countries to which they move.

**Migration makes migrants better off.** If it did not, they would go home. Those who move from poor countries to rich ones quickly start earning rich-country wages, which may be ten times more than they could have earned back home. "Their productivity rockets upwards," says Mr Collier, because they are "escaping from countries with dysfunctional social models".

This is a crucial insight. Bar a few oil sheikhdoms, **rich countries are rich because they are well organised, and poor countries are poor because they are not.** A factory worker in Nigeria produces less than he would in New Zealand because the society around him is dysfunctional: the power keeps failing, spare parts do not arrive on time and managers are busy battling bribe-hungry bureaucrats. **When a rich country lets in immigrants, it is extending to them the benefits of good governance and the rule of law.**

**What of the countries that receive immigrants? Mr Collier argues that they have benefited from past immigration, but will probably suffer if it continues unchecked.**

So far, immigrants have typically filled niches in the labour market that complement rather than displace the native-born. For most citizens of rich countries, immigration has meant slightly higher wages, as fresh brains with new ideas make local firms more productive. It may have dragged down wages for the least-skilled, but only by a tiny amount.

**However, says Mr Collier, continued mass immigration threatens the cultural cohesion of rich countries.** Some diversity adds spice: think of Thai restaurants or Congolese music. **But a large unabsorbed diaspora may cling to the cultural norms that made its country of origin dysfunctional, and spread them to the host country.** Furthermore, when a society becomes too heterogeneous, its people may be unwilling to pay for a generous welfare state, he says. Support for redistribution dwindles if taxpayers think the beneficiaries will be people unlike themselves.

Finally, Mr Collier looks at the **effect of emigration on poor countries.** Up to a point, it makes them better off. **Emigrants send good ideas and hard currency home.** The prospect of emigration prompts locals to study hard and learn useful skills; many then stay behind and enrich the domestic talent pool instead. **But if too many**

educated people leave, poor countries are worse off. Big emerging markets such as China, India and Brazil benefit from emigration, but the smallest and poorest nations do not: **Haiti, for example, has lost 85% of its educated people.**

**Mr Collier's most arresting argument is that past waves of migration have created the conditions under which migration will henceforth accelerate.** Emigration is less daunting if you can move to a neighbourhood where lots of your compatriots have already settled. There, you can speak your native language, eat familiar food and ask your cousins to help you find a job. Because many Western countries allow recent immigrants to sponsor visas for their relatives, **Mr Collier frets that large, unassimilated diasporas will keep growing. And as they grow, they will become harder to assimilate.**

**Mr Collier is plainly not a bigot and his arguments should be taken seriously. Nonetheless, he is far too gloomy.** He lives in Britain, which is nearly 90% white and has seen substantial immigration only relatively recently. **His worries are mostly about the harm that immigration might do, rather than any it has already done. Indeed, the evidence he marshals suggests that so far it has been hugely beneficial.**

It is possible that Britain will prove unable to cope with greater diversity in the future, but one cannot help noticing that the most diverse part of the country—London, which is less than 50% white British—is also by far the richest. It is also rather livelier than the lily-white counties that surround it.

America's population consists almost entirely of immigrants and their descendants, yet it is rich, dynamic, peaceful and united by abundant national pride. **Every past wave of newcomers has assimilated; why should the next one be different? The recent history of Canada, Australia and New Zealand also suggests that large-scale immigration is compatible with prosperity and social cohesion.**

**Mr Collier is right that there is a tension between mass immigration and the welfare state.** A rich country that invited all and sundry to live off the dole would not stay rich for long. **Immigrants assimilate better in America than in most European countries in part because welfare is less generous there. In parts of Europe it is possible for able-bodied newcomers to subsist on handouts, which infuriates the native-born. In America, by and large, immigrants have to work, so they do.** Through work, they swiftly integrate into society.

**Mr Collier approves of the European-style welfare state, so his policy prescriptions are aimed largely at preventing immigration from undermining it.** He would peg the number of immigrants to how well previous arrivals have integrated. **He would welcome quite a lot of skilled migrants and students (a good idea) but curb family reunions (which sounds harsh).** He would allow in asylum-seekers from war zones but send them back when peace returns to their homelands. (This, he explains, would help their homelands rebuild themselves.) **As for illegal immigrants, he would offer them the chance to register as guest workers who pay taxes but receive no social benefits.**

Insisting that immigrants work is sound policy, **but the tone of "Exodus" is problematic.** Mr Collier finds endless objections to a policy—more or less unlimited immigration—that no country has adopted. In the process, **he exaggerates the possible risks of mobility and underplays its proven benefits.**



# L'immigration, chance ou menace pour la France ? 10 choses qu'on oublie un peu vite quand on essaie de répondre à la question

- **De quoi parle-t-on ?** Selon la définition adoptée par le Haut Conseil à l'Intégration, un immigré est une personne née étrangère à l'étranger et résidant en France. Les personnes nées françaises à l'étranger et vivant en France ne sont donc pas comptabilisées. À l'inverse, certains immigrés ont pu devenir français, les autres restant étrangers. Les populations étrangère et immigrée ne se confondent pas totalement : un immigré n'est pas nécessairement étranger et réciproquement, certains étrangers sont nés en France (essentiellement des mineurs).
- La qualité d'immigré est permanente : un individu continue à appartenir à la population immigrée même s'il devient français par acquisition. C'est le pays de naissance, et non la nationalité à la naissance, qui définit l'origine géographique d'un immigré.
- **Combien d'immigrés vivent en France ?** 5,5 millions d'immigrés, soit 8,7% de la population française totale. On observe une légère accélération de l'immigration depuis le tournant du siècle, au recensement général de 1999, on ne comptait encore que 4,3 millions d'immigrés, soit 7,4% de la population résidente recensée.
- **Quelles sont les origines géographiques des immigrés ?** 37% des immigrés sont originaires d'Europe. Les grandes vagues d'immigration Polonaise, Italienne, Espagnole et même Portugaise sont largement révolues, mais la libre circulation au sein de l'Union Européenne a favorisé plus récemment l'installation de nombreux ressortissants européens d'origine diverse, dont un nombre substantiel de Britanniques. Cette immigration européenne ne correspond pas aux clichés que l'on colle trop facilement à la figure de l'immigré. 30% des immigrés recensés en France autour du 1er Janvier 2011 sont originaires du Maghreb et 13% viennent d'Afrique Subsaharienne, un apport qui est appelé à se développer au vu de la démographie de cette partie du monde et de l'importance de la communauté Francophone en Afrique. 14% des immigrés viennent de divers pays asiatiques. Outre les pays de l'ancienne Indochine Française (Cambodge, Laos, Vietnam), deux communautés ont fortement renforcé leur présence dans les 15 dernières années, les Turcs et les Chinois.
- **Combien d'immigrants en France chaque année (flux) ?** De 2004 à 2012, 200 000 immigrés sont entrés chaque année, en moyenne, sur le territoire français. Compte tenu des décès et des départs, la population immigrée a crû en moyenne de 90 000 personnes par an. Début 2013, elle représente 8,8 % de la population française. De 2004 à 2009, les entrées en France sont restées stables, puis ont augmenté, de 2009 à 2012, en raison essentiellement de l'afflux d'Européens.
- **Combien de descendants (directs) d'immigrés ?** Définition, au moins 1 des 2 parents est immigrés, total 6,7 millions en 2008 (estimation Insee basée sur l'Etat Civil), soit 11% de la population totale. C'est l'une des proportions les plus élevées d'Europe, du fait de l'ancienneté de l'immigration en France.

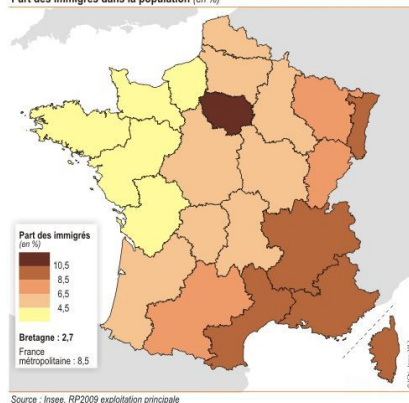
Jean-Marc Zaninetti

## 1. L'immigration n'est pas répartie de façon homogène sur le territoire : parler en moyenne homogène de sa perception est un non sens, voire une hypocrisie

Jean-Marc Zaninetti : Selon l'INSEE, près de 3,9 millions d'étrangers résident en France au voisinage du 1er janvier 2011. Près de 40% des étrangers résidant en Métropole résident en Ile-de-France. **Alors que les étrangers ne représentent en moyenne que 6% de la population résidente en France métropolitaine, cette même proportion s'élève à 21,4% en Seine-St-Denis et 14,8% à Paris.**

Hors métropole, la Guyane est le département où la présence des étrangers est la plus visible, 34,9% de la population en 2011. Inversement, les étrangers ne représentent que 1,2% de la population résidente dans les départements du Cantal et de Vendée.

Carte par région  
Les régions de l'Ouest ont les plus faibles taux d'immigrés  
Part des immigrés dans la population (en %)



**Michèle Tribalat : En France, les concentrations ethniques se sont considérablement accrues dans les communes de plus de 10 000 habitants entre 1968 et 2009. Elles ont peu varié en dessous, comme l'indique l'évolution de la proportion de jeunes d'origine étrangère (0-17 ans) suivant la taille des communes.**

En 1968, elle allait de 5 % dans les communes de moins de 1000 habitants à moins de 15 % au-dessus de 10 000 habitants, quelle que soit la taille de la commune. Les concentrations ont plus que doublé en 40 ans dans les communes d'au moins 30 000 habitants. Les villes du grand Ouest de la France, autrefois épargnées par l'immigration connaissent maintenant, elles-aussi, des concentrations ethniques importantes. Ainsi, 40 % des jeunes à Blois étaient d'origine étrangère en 2009. **Les stratégies résidentielles des autochtones sont différenciées selon leur classe sociale. Les ouvriers maximisent leur environnement social dans les petites communes.**

C'est tout l'inverse pour les cadres et personnes occupant une profession intellectuelle ou supérieure. Ils ont les moyens de la frontière dans les grandes agglomérations qui manquent aux catégories populaires. Ils donnent des leçons et recommandent la mixité pour les autres. **Entre le 6ème arrondissement de Paris et Clichy-sous-Bois, c'est le jour et la nuit. Il ne coûte pas grand-chose aux habitants du 6ème d'être favorable à l'immigration étrangère, à la mixité sociale... car ils sont protégés par les prix de l'immobilier.**

**Alexis Théa :** Ce qui caractérise la situation de l'immigration en France c'est effectivement la concentration des populations migrantes ou issues de l'immigration dans les banlieues des grandes métropoles de la région parisienne, lyonnaise, marseillaise, strasbourgeoise. **Un rapport de la cour des comptes de novembre 2004 sur l'accueil et l'intégration des étrangers a dénoncé "la concentration d'une part importante des immigrants dans des zones dont les difficultés connaissent un développement quasi exponentiel".**

**En effet ces quartiers sont souvent frappés de plein fouet par l'exclusion, des taux de chômage qui dépassent les 40%, un échec scolaire considérable, des situations de "non droit".** Les populations qui accèdent à la classe moyenne tentent d'en fuir par tous les moyens, cette fuite aggravant les phénomènes de ghettoïsation des plus précaires.

Il est trop facile d'en appeler à l'ouverture des frontières sans tenir compte de la réalité de la ghettoïsation, dont ces populations sont aussi les premières victimes. **Le plus grave est de constater que le phénomène ne cesse de s'amplifier avec les nouvelles vagues d'arrivées. Il est impossible de réussir l'intégration de ces populations tant que l'on aura pas réussi à organiser une meilleure répartition des populations sur le territoire français.** Lutter contre ces phénomènes est extrêmement coûteux, cela passe par les destructions d'immeubles et des solutions de relogement. Cela n'est concevable que si l'on parvient à limiter le flux de entrées de nouveau migrants.

**Guylain Chevrier :** L'impact de l'immigration dans les représentations tient aussi compte des médias. Ils créent une vision modélisée de celle-ci, dont la réception se fait à différents degrés selon les milieux, qu'ils soient urbains ou ruraux, connectés ou isolés. Ce qui peut déclencher des réactions très négatives de la part de ceux qui n'ont pas ou peu d'immigrés dans leur population environnante. L'effet de loupe donné par les médias, spécialement audiovisuels, de difficultés de l'immigration alimentées par des images dégradées voire de violences auxquelles on veut donner le caractère de victimisation, se retourne contre l'intention induite au départ, en peur de l'autre. L'exagération et la simplification ont toujours des effets secondaires peu ou pas attendus. Les mêmes médias ont beau jeu de présenter ensuite ces Français comme racistes.

**Mais plus encore, d'emblée, les fondements de l'analyse sont comme truqués.** La notion même "d'immigration" pour analyser l'impact chiffré du phénomène migratoire, que ce soit sur sa présence territoriale ou dans d'autres domaines, est largement biaisée. "L'immigration", comme notion, recouvre ceux nés étrangers hors de France et vivant sur le territoire national qu'ils aient ou non acquis la nationalité française depuis leur arrivée. Les difficultés d'intégration viennent aussi pour beaucoup, d'enfants nés sur le territoire français de parents étrangers et devenus par là-même naturellement Français, n'entrant donc pas dans les chiffres de l'immigration et donc de l'analyse. Quel angle mort incroyable ! La pression en faveur de cette lecture biaisée se trouve résumée dans la formule, "il faut arrêter de parler de ceux *issus de l'immigration*", entendue comme une expression raciste, alors que sans avoir recours à une analyse qui en tienne compte, on ne peut être en mesure d'analyser un certain nombre de phénomènes sociaux. Exemples : le regain identitaire constaté dans nombre de quartiers où l'immigration et ses descendants sont fortement présents, qui tend à freiner le processus

d'intégration ; la prise en compte des discriminations selon l'origine ou la consonance du patronyme d'enfants d'immigrés nés en France et donc Français; la délinquance qui touche aussi les enfants d'immigrés, quitte ainsi à passer à côté de son traitement social et éducatif où l'itinéraire identitaire des individus à aussi son importance. Les grands médias institutionnels eux-mêmes sont finalement dans une injonction qu'ils ne maîtrisent même plus, tant les idées qui se dégagent du mouvement d'ensemble actuel convergent dans une seule lecture possible, à éluder le principal, la cause systémique à tout cela.

## 2. La victimisation systématique des immigrés a contribué à les déresponsabiliser dans l'échec d'intégration

**Michèle Tribalat** : La victimisation est le choix déresponsabilisant par excellence. Il résulte de l'abandon de toute exigence des politiques en matière d'intégration théorisé dans l'éloge de la diversité. La notion même d'intégration a été retournée, comme l'ont montré les rapports successifs commandés par le gouvernement actuel sur la question. Il faudrait maintenant inclure les populations immigrées et d'origine étrangère telles qu'elles sont. C'est donc à la société d'accueil de s'amender pour accueillir favorablement tous ces modes de vie dépayés. Les principes d'intégration adoptés à l'échelle européenne définissent un modèle multiculturaliste qui ne se voit d'autre objectif que moral : respect et tolérance. On reprochait à l'assimilation, longuement pratiquée en France, son asymétrie en faveur de la société d'accueil, le multiculturalisme vers lequel on s'oriente en génère une autre. **Il encourage les minorités à cultiver les particularismes et l'entre-soi, sans pouvoir en faire de même avec les autochtones, sous peine de favoriser des discriminations.** La préférence pour des autochtones pour eux-mêmes serait socialement désastreuse. Comme l'écrit Paul Collier, "la conjonction de politiques de séparatisme culturel appliquées aux migrants et de lois antidiscriminatoires appliquées à la population autochtone enfreint la règle d'or. Un groupe reçoit un traitement qui ne peut pas être concédé à l'autre." (1) Inmanquablement, les autochtones perçoivent ce traitement différentiel pour ce qu'il est, ce qui favorise leurs revendications identitaires...

(1) **Paul Collier., Exodus, Osford University Press, 2013.**

**Guylain Chevrier** : Il y a ce que l'on refuse de voir, comme le reportage de John Paul Lepers1 l'a fait, il y a maintenant quelques semaines sur France 2, présenté comme révélant au grand jour qu'il n'y avait aucun lien entre "immigration et délinquance". Comme si il n'y avait pas de difficultés spécifiques concernant les populations qui ont non seulement à trouver leurs places sociale et professionnelle, mais aussi doivent s'adapter culturellement parfois avec des écarts énormes entre un pays d'origine et la France.

Le journaliste nous disait qu'il n'existait aucun chiffre pour venir contredire le postulat avancé par lui, alors qu'il suffit d'aller sur le site du ministère de l'Intérieur pour en trouver et apprendre que 18,7% des écroués sont étrangers (2) , et sont donc là sur-représentés, puisque selon l'INSEE ils ne représentent que 6% de la population française. En creusant un peu plus, une enquête relayée par la revue Sciences humaines (3) montrent que dans "51 % des cas, le père d'un délinquant est né hors de France et plus généralement en Afrique". Le mensonge est énorme et l'énormité est faite pour donner tout son crédit à la chose, culpabilisant au passage ceux qui pensent qu'il peut il y avoir un lien, désignés alors comme racistes puisque cela ne serait de leur part qu'un préjugé s'il n'y en a pas. Les immigrés et leurs descendants sont dans ce jeu totalement déresponsabilisés au lieu de les interpellé, de les solliciter à se mobiliser.

**Si ce journalisme idéologique, qui ne doit rien à une démarche d'investigation rigoureuse mais à la propagande, peut choquer, il est surtout suicidaire pour les concernés, car comment intervenir dans des champs sociaux que l'on refuse de correctement diagnostiquer derrière cet écran de fumée ? On joue contre ceux que l'on prétend protéger en nuisant à des prises de conscience salutaires qui doivent s'opérer pour pouvoir intervenir dans le sens de la résolution de certaines difficultés au regard desquelles il faut aussi absolument impliquer les populations concernées et leur donner tout leur rôle, leur place dans l'action sociale et politique, comme acteur de leur condition, de son évolution. C'est le prix d'une émancipation d'une victimisation qui annule la capacité à agir en poussant au repli sur soi-même. Pour aller de l'avant, il faut parler vrai, situer les choses d'égal à égal, que ce soit en droits et libertés, mais aussi en responsabilités.**

## 3. La France attire une immigration de peuplement plus que de travail : le pays se condamne ainsi à accueillir une population qu'il ne peut occuper professionnellement

**Jean-Marc Zaninetti** : La France a fait le choix de l'immigration familiale au détriment de l'immigration de travail en 1974, lorsque la montée du chômage et la crise pétrolière ont conduit le gouvernement de l'époque à décider de stopper l'immigration de main d'oeuvre et de ne plus maintenir que la politique de regroupement familial comme critère d'entrée sur le territoire. Ce choix n'a jamais été remis fondamentalement en cause, en dépit des tentatives de Nicolas Sarkozy qui, a lancé sans succès la polémique sur "immigration choisie contre immigration subie". Actuellement, 45% des demandeurs de séjour délivrés le sont pour un motif familial. Pour les pays tiers (hors UE), cette proportion s'élève à 72%. C'est une différence majeure entre la France et d'autres pays comme, par exemple, le Canada qui sélectionne ses candidats à l'immigration en fonction de ses besoins économiques. Ce choix politique a resserré les liens "impériaux" avec les pays de l'ancienne Afrique Française (Maghreb, Afrique de l'Ouest, Afrique Centrale, Madagascar) et autres pays francophones (Congo ex-belge). C'est sans doute ce qui explique une immigration plus jeune (âge médian de 32 ans contre 40 ans pour l'ensemble de la population française), plus féminine (52% des entrées) et moins éduquée que dans la moyenne européenne, et partant une plus faible participation au marché du travail des immigré(e)s (femmes immigrées taux d'activité de 58% contre 68% pour les femmes nées en France, dans la moyenne de l'OCDE, l'écart n'est que de 2 points 65% contre 67%), et une pauvreté beaucoup plus marquée que dans la population française de souche (37% de pauvres contre 14%).

Ces caractéristiques expliquent en partie la concentration des immigrés et de leurs enfants dans les logements HLM (33% des ménages d'immigrés résident en HLM contre 14% pour le reste de la population).

Ces faits expliquent le sentiment qu'il s'est formé des ghettos dans certaines cités de banlieue, en particulier au Nord et à l'Est de Paris. Cette ségrégation est subie, non choisie, et ne peut en aucun cas être interprétée comme un refus d'intégration.

*Pour plus d'information sur les flux d'entrées en France - INSEE*

**Guylain Chevrier** : Il est évident que proportionnellement, la population immigrée et ses descendants directs bénéficient des protections et soutiens du système social français, plusieurs fois plus que ce qu'elle représente dans notre pays et bien au-delà aussi des autres groupes sociaux. Une réalité qui n'a rien d'étonnant si on regarde les situations de départ. Mais justement, on doit s'inquiéter de ne pas pouvoir mieux équilibrer les flux migratoires dans le sens d'une immigration dont la condition de départ ou les compétences faciliteront leur intégration au regard des autres plus démunis. Il en va d'une autre outie politique de coopération avec les pays d'origine, entre soutien au développement et accords sur les migrants, que celle des frontières européennes dont chaque pays a sa conception plus ou moins poreuse à l'immigration. L'Espagne est de ce point de vue une véritable passoire. Des associations humanitaires qui accueillent dans ce pays les clandestins, leurs donnent toutes les indications nécessaires pour venir en France et ce qu'ils vont y trouver, jusque parfois le billet de train pour la capitale. Le gouvernement Français serait-il ignorant de ce fait relativement à un cadre européen censé réguler les flux migratoires ? Une vaste plaisanterie ! On y indique que la France est très favorable par exemple aux mineurs isolés étrangers, souvent majeurs, mais qui savent les failles de la France dans ce domaine, pour se faire prendre en charge dès leur arrivée comme mineur par l'Aide sociale à l'enfance. Un système qui explose depuis la circulaire Taubira de mai 2013 réorganisant le dispositif de tri et de prise en charge qui, par ses facilitations, a créé un énorme appel d'air. Personne ne peut en chiffrer le multiplicateur, qui est en train de fragiliser toute la protection de l'enfance avec une explosion de son coût financier et un détournement du travail social au service d'une immigration économique déguisée qui lui fait perdre tout son sens. La prise en charge d'un mineur placé par l'Aide sociale à l'enfance est de 180 à 300 euros par jour, sans compter avec les salaires dédiés des institutions de suivi et de tutelle ainsi que leurs budgets de fonctionnement. Autre problème, le nombre de bénéficiaires de l'Aide médicale d'Etat, 264.000, personnes qui se trouvent sur le territoire français depuis plus de trois mois et ne cotisent pas à la sécurité sociale mais grâce à ce système en bénéficient, et donc ne travaillent pas. Un chiffre qui reflète le degré d'inemployabilité des clandestins. Il y a aussi les anciens demandeurs d'asile qui ont été déboutés après avoir bénéficié d'une allocation versée par l'Etat d'au moins trois cent quarante euros par mois, parfois pendant deux ans dans l'attente du traitement de leur dossier. La France, terre d'accueil, devient une sorte d'usine à gaz qui ne sait plus où donner de la tête qui atteint ses limites économiques du point de vue des aides, et entre dans une zone qui pourrait devenir explosive socialement et politiquement. Il faudra sans doute faire des choix et corriger les excès, à moins que l'on cherche du côté de la classe politique, à tirer son épingle du jeu derrière cet état de fait et son aiguïsement.

Read more at <http://www.atlantico.fr/decryptage/immigration-chance-ou-menace-pour-france-10-choses-qu-on-oublie-peu-vite-quand-on-essaie-repondre-question-michele-tribalat-1907298.html#OQ726HTZ7LYlQgb.99>

## 4. Les talents que la France a perdu du fait des discriminations à l'égard de l'immigration

**Jean-Marc Zaninetti** : La France n'attire guère les "talents" d'informaticiens Indiens contrairement au Royaume Uni, c'est un fait.

Mais c'est plus la barrière de la langue que les discriminations qui comptent, car l'Allemagne qui cherche à attirer ces mêmes "talents" n'y réussit pas non plus. Le bénéfice économique réel de l'immigration est une notion discutable, il faut la placer dans une perspective de long terme.

Compte-tenu de sa longue histoire d'immigration, la France tire un avantage substantiel de cet apport équivalent à presque 1/4 de sa population totale sur 3 générations. Imaginez une France de 48 millions d'habitants au lieu de 65 millions s'il n'y avait eu aucune immigration au 20e siècle ! La population immigrée est aussi sensiblement plus jeune que la population française de souche, ce qui se traduit aussi par une contribution significative à la fécondité. Depuis 2007, 23% des enfants nés en France (hors Mayotte) ont au moins un de leurs deux parents qui est né en-dehors de l'Union Européenne. Sur la période 1998-2012, cela représente un apport de plus de 2,5 millions de naissances.

Le véritable enjeu de l'immigration est donc celui de la formation et de la qualification de cette population, condition *sine qua non* de son adhésion aux valeurs et au modèle de la République et de la laïcité. Le bénéfice économique en sera d'autant plus grand à long terme que le niveau de qualification des populations issues de l'immigration s'élève. Par ailleurs, les fortes circulations migratoires entre la France et son ancien empire africain contribuent à ancrer ces pays dans la Francophonie, à relayer l'influence de la France et à favoriser le développement d'un commerce multiforme. Il convient de ne pas négliger l'importance économique de l'Afrique en dépit de la pauvreté qui y sévit encore, car l'Afrique est le continent de l'avenir, alors que la Chine et l'Asie entière vieillissent très vite.

**Guylain Chevrier** : Les discriminations peuvent décourager parfois les candidats à l'intégration sociale et professionnelle en France, c'est un fait, et inciter à faire partir ceux que l'on a formés, y compris pour aller dans d'autres pays où les controverses dans ce domaine sont moins criantes. Mais pour bien lutter contre ces discriminations, il faudrait commencer par ne plus dénier les enjeux voire les problèmes qui accompagnent toujours l'intégration de populations étrangères qui touchent de façon transversale tous les secteurs : emplois, logement, santé, éducation... On n'a pas le droit à l'erreur dans ce domaine, et l'image de victimisation exagérée à l'extrême que l'on donne généralement de l'immigration et de ses descendants, d'exclusion sociale et de ségrégation, mise en quarantaine dans des banlieues désertées et sinistrées, est pour le moins dévalorisante et ne donne pas envie de s'y identifier pour rester.

L'immigration existe véritablement comme phénomène de société depuis la fin du XIXe siècle en France. Il n'est donc pas d'hier et est un phénomène resté depuis nécessaire à condition toutefois d'être un minimum contrôlé. Cela va de soi, si l'Etat veut pouvoir jouer son rôle régulateur relativement à une unité de la nation amenée à prendre en compte un certain degré de mélange, dans le cadre d'un maintien de la cohésion sociale. Il y a tout un monde de représentations à changer qui passe par une toute autre politique de l'immigration de haute teneur, qui considère l'immigration comme positive parce que le fait d'une politique maîtrisée et encadrée, selon des accords internationaux concernant les pays de départ, qui aura bien du mal à exister dans le cadre européen aux milles intérêts divergents dans ce domaine et qui y fait obstacle. Il faut garantir aux Français leur capacité à exercer leur souveraineté et cela passe par le sentiment que les frontières de leur pays ont un sens.

## 5. Les nombreux biais dans le calcul des bénéfices économiques de l'immigration

**Atlantico (d'après Acirithène)** : Sur un plan purement financier, la question de savoir si l'immigration coûte au contribuable ou permet en fait de dégager un excédent budgétaire n'a pas fini de diviser. Le premier problème est celui des critères retenus pour les calculs, les partisans de l'immigration ayant tendance à faire le solde des cotisations qu'ils versent en rapport des prestations qu'ils reçoivent. La population immigrée étant de fait assez jeune, il est ainsi facile de "démontrer" que l'immigration rapporte, puisque ces derniers ne sollicitent que très peu de cotisations retraites. Par cette stratégie, Xavier Chojnicki (chercheur à Lille 2) trouve que les cotisations nettes des prestations d'un immigré étaient de 2 250€ en moyenne (2011). Pourtant, une fois l'ensemble du cycle de vie pris en compte, le même auteur aboutit à une perte de 8 700€ par immigré. Seul le raisonnement intégrant l'ensemble du cycle de vie est économiquement valide, mais le raisonnement en comptabilité instantanée a au moins le mérite d'apporter une nuance utile.

Cependant, même en adoptant la démarche de la comptabilité instantanée, l'OCDE conclut quant à elle que l'immigration représente déjà un coût pour la France. D'après l'institut les ménages immigrés auraient déjà en France une contribution fiscale nette négative de 1 450€. La question centrale reste celle de du décalage temporel, car si la France est déjà dans le rouge selon l'OCDE, c'est à cause de

l'ancienneté moyenne de son immigration. D'après les chiffres de l'institut, si elle avait accueilli davantage d'immigrés sa situation budgétaire de long terme serait davantage dégradée, mais sa situation budgétaire présente serait peut-être meilleure, car l'immigré moyen serait plus jeune.

**Pour résumer, tout est une question de la logique que l'on adopte** : lorsqu'un immigré entre en France pour travailler, il vient partager avec les natifs le poids du système social et de la dette, et donc réduit les cotisations et taxes. Donc le coût du travail et encourage l'emploi. Si on s'en tient à la logique économique (qui est réductrice), il faudrait accueillir le plus possible de ces gens. Inversement, un immigré entrant en France et présentant un coût net pour le système social crée du chômage, car ce coût se répercute sur l'imposition de l'activité économique et en particulier le coût du travail. Il vaudrait mieux pour la collectivité des natifs que ces gens restent chez eux. Dans ce système absurde, il faudrait s'inquiéter au moins autant de l'émigration des plus créatifs et productifs d'entre nous qui, ayant une contribution sociale nette excessivement positive, choisissent de s'expulser eux-mêmes.

## 6. L'Etat, principal bénéficiaire d'une immigration qui a conduit à créer ou entretenir des emplois qui n'ont pas de rationalité économique

Olivier Marteau : L'état et ses agents économiques, fonctionnaires et entreprises publiques et para-publiques sont les seules réelles bénéficiaires de l'immigration. **La raison tient à la nature de l'immigration organisée par l'état français depuis 1974, à savoir familiale et non professionnelle. Si les entreprises privées ont pu bénéficier initialement d'une demande intérieure accrue, elles voient depuis leur profitabilité se réduire fortement pour payer le coût d'une immigration économiquement irresponsable.** En effet, les coûts associés à la venue de 100 à 200 000 immigrés annuels depuis 40 ans a été largement assumé et masqué par le recours à la dette publique. **Arrivé à 100% d'endettement et à 30% de déficit public annuel, l'Etat français est aujourd'hui contraint de faire payer aux entreprises privées comme aux particuliers le vrai coût de sa gabegie idéologique.**

Aussi, dans les faits l'augmentation massive d'une population immigrée issue d'une culture exogène (Afrique noire, Maghreb) à celle de la France mais surtout à celle de l'économie de marché a créé une forte demande en services publics: école, infrastructures, logement, justice, police. Cet afflux de populations pauvres peu intégrées économiquement a donc servi les intérêts de la haute fonction publique qui y voyait le rôle de l'état renforcé et donc sa légitimité accrue alors même que les économies compétitives de l'OCDE appliquaient elles des réformes libérales visant à réduire au contraire l'intervention étatique.

Au final, le rôle assigné aux immigrés par l'élite politique et administrative au pouvoir a consisté d'abord à augmenter continuellement l'offre nécessaire en services publics et non à s'intégrer. **Ce phénomène a bénéficié à deux catégories d'agents économiques imperméables au changement de paradigme imposé par la mondialisation de l'économie : les fonctionnaires et les entreprises publiques et para-publiques en situation de monopole/oligopole dans les secteurs du BTP, de l'énergie, des telecoms, des utilities, ou dans des secteurs protégés comme l'automobile, la banque ou la défense.**

**Concrètement, l'immigration de peuplement a enrichi la fonction publique d'état, territoriale et hospitalière ainsi que Vinci, Bouygues, Veolia, Suez, Edf, France Telecom, Vivendi, BNPP, Dassault, PSA, Renault.** Ces sociétés sont aujourd'hui clairement dépendantes de leur rente de situation obtenue sur le marché intérieur hexagonal puisqu'elles ont assis leurs revenus sur le recyclage de la dette publique et des impôts. **En conséquence, leur puissance intérieure est inversement proportionnelle à leur accès aux marchés compétitifs extérieurs où elles sont dominées par des acteurs américains, chinois, coréens, allemands, suédois, japonais, suisses, beaucoup plus compétitifs.** Inversement, L'Oréal, Accor, LVMH, Schneider, Pernod-Ricard, Technip ont assis elles leur développement sur la conquête de marchés hautement compétitifs mais aussi hautement rémunérateurs.

Aussi, alors que le CAC40 para-public continue à vivre artificiellement au dessus de ses moyens, le CAC40 mondialisé s'interroge sur la pertinence de maintenir en France sa base fiscale puisque l'essentiel de ses revenus est tiré des autres marchés. Parallèlement, alors qu'effectifs et rémunérations de la fonction publique sont toujours autant déconnectés de la productivité attendue dans une société moderne, les salariés du privé sont eux pressés fiscalement et s'interrogent sur la légitimité à entretenir un système dont ils anticipent l'échec.

En conclusion, l'étatisation-socialisation du pays orchestrée par la classe politique au pouvoir depuis 40 ans a déconnecté la France de la réalité à tel point qu'elle est devenue le véritable homme malade de l'Europe. Plus grave, **la bulle du marché intérieur artificiellement créée par l'immigration de peuplement, a autant distordu la société civile que l'économie française. Aussi, la chute du modèle socialiste français multiculturel et multiracial pourrait se faire de manière beaucoup moins pacifique et plus violente que celle des Pays de l'Est en 1989.**

## 7. L'hypocrisie des secteurs économiques qui tirent profit de l'immigration irrégulière

Guylain Chevrier : **Des filières criminelles organisent le trafic des clandestins sur lequel elles s'enrichissent.** Elles concernaient 70% d'entre eux déjà en 2002 selon *"Home Office"* Britannique.

Les clandestins débordent le contrôle des flux migratoires pour ensuite se retrouver mis au travail au noir par des patrons qui les utilisent sans scrupule sur notre territoire, avec certains secteurs de prédestination relayés par des agences d'intérim. Les syndicats passant par là, qui font leur travail, mobilisent régulièrement ces travailleurs clandestins pour exiger qu'ils soient déclarés par leur patron, avec une chance de régularisation à la clé selon des tractations organisées avec les préfets.

C'est en ce moment même ce qui se passe selon un scénario presque réglé comme du papier à musique. Rien n'est fait pour s'attaquer réellement à ces filières, en reflet des consignes données aux préfets qui peuvent régulariser de nombreux clandestins au cas par cas, selon des situations listées qui ont été produites par le ministère de l'Intérieur du gouvernement actuel. Il y a comme un consensus entre ces différentes parties en quelque sorte, par agencement de circonstances, où chacun y trouve son rôle et à sa place, son intérêt. Mais aucun travail n'est fait sur la réalité des conséquences de **cette immigration clandestine où on se contente de chercher à savoir, dans le meilleur des cas, si elle coûte plus qu'elle ne crée de richesses.**

Une immigration à dominante maghrébine et africaine, l'immigration chinoise étant loin derrière avec celle de l'Est de l'Europe. Si cette réalité pose des problèmes humains, la question migratoire ne saurait être ramenée à une question économique et encore moins uniquement humanitaire car dans ce cas, il n'y a plus de règle que celle de l'accueil sans condition. L'immigration relève pourtant bien d'une grande politique de l'Etat, qui a ses responsabilités, y compris au regard de notre cohésion sociale dont dépend le maintien d'un certain nombre d'aspects du cadre général qui compte pour tous, Français ou étrangers. D'un côté, on trouve des clandestins qui passent pour l'essentiel à travers les mailles du filet sans avoir aucune exigence d'intégration, pendant que d'autres, qui eux arrivent légalement, ont à s'astreindre au Contrat d'accueil et d'intégration qui exige un niveau minimum en français avec un volume d'heures dédié à son enseignement, l'apprentissage obligatoire des valeurs de notre République... Le seul Contrat d'accueil et d'intégration suffit à lui-même à souligner combien le développement d'une immigration clandestine de plus en plus importante devrait être prise autrement au sérieux en termes de conséquences sociales et culturelles, d'intégration et de cohésion sociale, à moins de ne pas craindre des explosions sociales inévitablement au rendez-vous de cet aveuglement.

## 8. Perturbation de la gestion des flux migratoires par les juges des libertés

Alexis Théa : La maîtrise de l'immigration suppose que l'on parvienne à faire respecter les règles sur l'entrée et le séjour, donc à faciliter l'installation et l'intégration des personnes qui sont autorisées à résider en France mais aussi à raccompagner dans leur pays les migrants en situation irrégulière. **Or, l'Etat se montre, depuis toujours dans l'incapacité de faire respecter les lois sur l'immigration illégale.**

**Ainsi, on ne parvient à appliquer qu'une seule mesure d'éloignement sur quatre décidées par les préfets. Pourquoi ? Les causes sont multiples: une partie des migrants illégaux sont introuvables. Les consulats des pays d'origine refusent dans 60% des cas de délivrer des laissez-passer consulaires sans lesquels il est impossible de reconduire une personne dans son pays.**

En outre, les juges des libertés se montrent souvent réticents à prolonger au-delà de 5 jours la durée pendant laquelle les préfets peuvent garder un étranger en rétention afin de le renvoyer dans son pays. Cette impuissance n'est pas propre à la France mais se retrouve dans tous les pays européens et aux Etats-Unis. **La lutte contre l'immigration illégale est d'autant plus efficace qu'elle se déroule en amont, avant l'arrivée sur le territoire, par exemple grâce à la coopération des polices dans les aéroports d'embarquement pour détecter les passeports et visas frauduleux.** Ce type de mesures est la seule jusqu'à présent qui ait fait la preuve de son efficacité.

## 9. Refus des statistiques, dont ethniques : les vrais problèmes sont occultés, les mauvaises solutions sont apportées

Jean-Marc Zaninetti : C'est un regret réel. L'absence des statistiques de la diversité comme il convient de les appeler résulte du traumatisme historique du régime de Vichy. **Essentialiser les identités sur la base de la naissance rappelle trop douloureusement la politique raciale et la complicité de la France dans l'entreprise nazie d'extermination des Juifs en Europe.** Conséquence, c'est un tabou que l'on ne saurait lever facilement.

**Par ailleurs, la France entretient également deux mythes jumeaux républicains qui lui sont chers. Celui de l'assimilation des immigrants, c'est à dire de leur acculturation complète qui doit les conduire à adopter intégralement l'individualisme des Français et à rejeter la religion et les traditions qu'elle impose, comme nous l'avons fait nous même au terme d'un combat douloureux entre 1789 et 1944. Les populations originaires du continent africain ne partagent pas cette histoire de lutte anti-religieuse ni la culpabilité historique de l'antisémitisme.** Ne serait-il pas temps de tourner la page d'une histoire trop lourde et de considérer les statistiques de la diversité, notamment sur les minorités visibles, la diversité confessionnelle et les origines comme un levier de lutte contre les discriminations ?

C'est en tout cas l'approche nord-américaine et singulièrement canadienne dont la France pourrait éventuellement s'inspirer. Il ne suffit pas de proclamer l'égalité de chacun, il faut encore promouvoir l'égalité réelle, et on ne peut pas le faire sans objectiver les discriminations par des statistiques appropriées. **Les Américains l'ont compris depuis près de 1/2 siècle, nous pourrions nous en inspirer. Le refus français des statistiques de la diversité s'apparente de plus en plus à une politique de l'autruche qui en dit long sur un pays paralysé qui est incapable de se mettre à l'heure de la mondialisation.**

Michèle Tribalat : La collecte de données ethniques, au sens de la filiation (immigrés, enfants d'immigré(s)) a fini par entrer dans les moeurs statistiques françaises, avec la systématisation du recueil d'informations sur le pays et la nationalité de naissance des parents dans les grandes enquêtes de l'Insee.

Un rapport du Sénat recommande que cette collecte s'étende aux enquêtes annuelles de recensement. **Ce serait une bonne chose, notamment pour mieux évaluer les concentrations locales.**

**Accroître la connaissance, c'est toujours bien. Mais cela ne peut se substituer aux décisions et orientations politiques.**

L'orientation vers un modèle multiculturaliste, qui est la nôtre aujourd'hui, décide de l'usage dominant des statistiques – mettre en évidence racisme et discriminations – car le multiculturalisme renvoie sur la société d'accueil toutes les causes des inégalités qui subsistent. **Les cultures des minorités existent puisqu'il faut les reconnaître et, à la fois, elles n'existent pas car rien dans les systèmes culturels des immigrants n'est censé avoir d'impact.** On l'a vu avec la réception du livre d'Hugues Lagrange sur le déni des cultures qui, à elle seule, justifiait rétrospectivement le titre de l'ouvrage.

Alexis Théa : Il me semble évident que la question de l'immigration ne comporte pas de solution miracle mais doit être traitée de manière pragmatique. **L'essentiel se joue toujours dans les pays d'origine.**

Il faut combattre de manière impitoyable les filières criminelles qui prospèrent sur la misère et organisent un véritable trafic d'esclavagisme. **Les véritables solutions de fond passent toutefois par le développement économique et social des pays d'origine de manière à permettre à leur jeunesse, victime de taux de chômage gigantesque, parfois 60%, de trouver des raisons d'espérer autres que dans la seule migration.**

C'est pourquoi l'aide au développement, à la création d'emplois locaux, la coopération en matière d'infrastructures économiques, de santé, d'éducatives sont des leviers absolument vitaux pour permettre de mieux contenir les flux migratoires.

L'immigration est aussi le résultat du non respect des pays industrialisés de leurs engagements pris dans les années 1970 à consacrer 0,7% de leur PIB au développement des pays les plus démunis. C'est une réalité que l'on a trop tendance à négliger, mais rien de solide ne pourra se faire dans ce domaine sans une prise de conscience à cet égard.

Guylain Chevrier : **Il est un fait que la diversité de l'immigration ne peut conduire à une politique indifférenciée si elle veut être pleinement responsable et se doter des moyens d'aboutir à certains buts communs.** Nul besoin d'en passer par les statistiques ethniques, il suffit d'inscrire les parcours d'intégration dans un processus lisible et exigeant qui ne lâche pas sur les valeurs communes et le contrat social à teneur républicaine.

La Feuille de route sur l'immigration voulue par le Monsieur Ayrault lorsqu'il était Premier ministre, prévoyait une refonte de l'intégration qui rompait avec l'égalité de traitement de tous, pour entrer dans une logique de discrimination positive incluant les communautés ethno-identitaires comme relais de l'intégration sociale. On sait que derrière la logique des communautés peut disparaître la liberté de

choix des individus, auxquels se substituent des représentants qui négocient le poids social et politique de celles-ci, selon une logique concurrentielle entre groupes identitaires rivaux. On a à ce moment donné un très mauvais signe aux étrangers vivant en France et à ceux issus de l'immigration à travers ce dévoilement par l'Etat d'une volonté de rupture avec notre modèle républicain les concernant. Plus loin, c'était aussi la rupture avec une certaine idée de la liberté qui n'était soudain plus la même que l'on soit Français ou non, qui a fragilisé et troublé encore un peu plus la perception de "l'intégration à la française", même si cette Feuille de route a été, sous la pression, retirée.

Par cette immigration facilitée, n'alimente-t-on pas volontairement une société de plus en plus composite, divisée, qui pousse dans le sens de l'affaiblissement de l'idée de nation, alors que la construction politique à tendance fédérale de l'Union européenne actuelle, passe par le retrait de l'intervention régulatrice des Etats dans les affaires du marché ?

La polarisation idéologique vendue par les médias, entre des espaces urbains occupés par les classes moyennes pointées du doigt comme les riches, par opposition avec les autres, dont ceux des ghettos constitués d'immigrés et de leurs enfants supposés emblématiques de la condition du pauvre, tend à déconstruire toute référence à une nation commune (4). On entend aussi justifier toute idée de penser la société en classes, les mouvements sociaux étant subsumés par cette lecture morale de la société qui fait de la lutte contre les discriminations le seul schéma acceptable. Les autres enjeux voulant prendre le pas sur ce schéma risquant l'accusation infamante de racisme, ainsi soumis à cette vision hiérarchisée d'un monde où l'icône de l'immigré a pris le pas idéologique sur toute autre analyse susceptible de remettre en cause le système.

**L'urgence humanitaire, telle qu'elle est théâtralisée par les médias et une large frange du monde politique, relève de la main tendue à celui qui se noie, dans un sens littéral, faisant passer toutes les autres urgences pour ringardes.** On le voit dans cette façon de mettre en scène les morts des embarcations de fortune hyper-médiatisées où s'entassent une partie des candidats à l'exil, dues à un trafic directement motivé par une attraction des pays développés qui, si elle tient de l'illusion d'un eldorado, tient aussi et pour beaucoup de ce discours victimaire qui passe la méditerranée pour devenir un véritable passeport moral à l'encouragement au départ de centaines de milliers d'individus. Une idéologie dominante qui souffle ainsi dans le sens d'une invitation à venir, perdant tout sens critique de ce qui se fait là. Cela est vrai, que ce soit en termes de trafic humain passant inaperçu ou des conséquences sociopolitiques des migrations faisant le lit des extrémismes et du nationalisme qui trouvent de façon rêvée, dans ce contexte, tous les arguments propres à un développement dont on ne voit pas le bout autant que les risques. L'immigré bouc-émissaire de tous les maux est offert sur un plateau.

## 10. La justice administrative face aux immigrés ou problématiques connexes (laïcité, allocation vieillesse, etc.) : une politique du deux poids, deux mesures...

**Guylain Chevrier : Si, lorsque l'on évoque le lien possible entre immigration et délinquance, on est immédiatement taxé de racisme, il en va aussi de même du lien entre immigration et laïcité.** Osez dire que les deux sont liés serait déjà de la stigmatisation, parce que ce serait dire que l'immigration pose problème à la France, comme s'il était spontané de s'adapter à une société française souvent très éloignée des sociétés de départ où la démocratie n'est parfois qu'un mot, lorsque la dictature ne domine pas, et la religion indissociable de l'Etat. Sans compter même parfois avec des migrants venus d'ex-colonies françaises, qui viennent avec un passif et une histoire arrêtée à une vision transmise où la France a été enseignée comme l'ennemi, avec des préjugés qui sont loin de n'appartenir qu'à ceux de la population d'accueil, avec même parfois des comptes à régler. C'est ce qui se révèle lors des matchs de foot de l'Algérie par exemple, avec des débordements de supporters qui, drapeau de leur pays d'origine en exergue s'attaquent à des bâtiments publics, à des boutiques, brûlent des voitures jusqu'à des drapeaux français.

**La laïcité n'advient pas sans éducation et parfois, l'on part de très loin.** C'est encore plus vrai lorsque sous prétexte de difficultés sociales liées à une économie de sous-emploi, on rabat celles-ci sur l'idée de discriminations massives qui seraient le fait de la France et des Français pour se conforter dans des mises à part, un rejet de tout mélange au-delà de la communauté de croyance, pouvant conduire au rejet de la société d'accueil et de l'intégration.

**Evidemment, la laïcité comme principe républicain, séparation de l'Etat des religions, qu'aucun pays musulman par exemple ne connaît, n'est pas rien à partager.** Mettre au-dessus de la foi le bien commun, l'intérêt général, la politique, la démocratie, les libertés et droits individuels, l'égalité hommes-femmes, cela s'apprend et peut-être un long chemin. Ceux qui orient systématiquement à la stigmatisation sont les pires ennemis de ceux qui vivent en France venus d'ailleurs et veulent trouver toute leur place parmi les autres, sans que personne ne leur demande d'oublier une culture ou une croyance, mais d'adopter les principes qui nous permettent de vivre ensemble pour ne faire qu'un seul peuple, car aucune société ne peut être qu'une simple addition de différences. Il en est de la possibilité de se sentir tous appartenir à une même communauté de destin et d'agir ensemble dans le sens des mêmes progrès humains.

1-INFRAROUGE : IMMIGRATION ET DELINQUANCE L'ENQUETE QUI DERANGE SUR FRANCE 2, Une enquête menée par **John Paul Lepers**, Programme écrit par Christophe Nick et Gilles Cayatte. Diffusion le mardi 25 novembre sur France 2.

2-Ministère de l'intérieur : ([http://www.justice.gouv.fr/art\\_pix/feuille\\_publication\\_ppsmj\\_1980\\_2012.pdf](http://www.justice.gouv.fr/art_pix/feuille_publication_ppsmj_1980_2012.pdf))

3-Sciences Humaines -Les Grands Dossiers n°18 *France 2010, les grands défis*, Mars-avril-mai 2010. Cité par Philippe Combessie, In Martine Herzog-Evans (dir.) *La prison dans la ville*, Erès, 2009.

4-Christophe GUILLY, *Fractures françaises*, Champs essais, 2010



129,154

## Germany changes its tune on refugees

Growing public unease prompts tough talk and harsher measures from Berlin.

By [MATTHEW KARNITSCHNIG](#) AND [JANOSCH DELCKER](#)

10/2/15, 6:12 PM CET

**Call it the *Aufwiedersehen* culture.**

Just weeks after Germans surprised the world, and themselves, by embracing the challenge of taking in hundreds of thousands of refugees, Germany's leaders are rolling up the welcome mat.

In a primetime appearance on German television on Thursday, Interior Minister Thomas de Maizière lashed out at the “many” refugees he accused of not following Germany's rules.

“There are many refugees who believe that they can just allocate themselves,” he said. “They leave the facilities and order a taxi — and then, surprisingly, they have the money to drive hundreds of kilometers across Germany. They strike because they don't like the way they're accommodated, they create trouble because they don't like the food, or they get into fist fights in the refugee centers.”

De Maizière, whose comments recall populist stereotypes of asylum seekers, wasn't alone. Spooked by signs of waning public support for the government's refugee strategy in polls, senior officials from both left- and right-of-center parties have begun calling for tougher measures in recent days.

“In Germany, we are rapidly getting close to the limits of our possibilities,” Sigmar Gabriel, Germany's economic minister and vice chancellor, told Spiegel Online in an interview published Friday. “While the asylum law doesn't have a ceiling, there are real limits to how much pressure we can put on our cities and towns.”

Germany expects somewhere between 800,000 and one million refugees this year, substantially more than the rest of Europe combined. The influx has forced local communities to convert everything from school gyms to parking lots into refugee camps.

The rhetorical shift, officials say, is part of a concerted effort to show a tougher face to the refugees to discourage more from coming. But the comments appear aimed more at shoring up domestic support by reassuring the Germans the government is still in control of the situation.

For the first time since the crisis began, a majority of Germans said the number of refugees coming to Germany “scared” them, according to a poll for state broadcaster ARD released on Friday. The country appears split down the middle, with 51 percent expressing fear, while 47 percent said they weren't afraid. Back in September, just 38 percent said that they were scared, while 59 percent said that they weren't.

In the same poll, 54 percent of the respondents said they were satisfied with Angela Merkel's performance — her lowest rating in nearly four years.

The widening criticism of the government's handling of the crisis is putting some of those in charge on the defensive.

“Everyone is making every damned effort — there's just no other way at the moment,” de Maizière told the Bundestag on Thursday, adding that the country's leaders had to make tough decisions when confronted with the largest influx of refugees in many years.

## **“It’s easier to take selfies with refugees than to get tough” — German MP**

**“In September, more refugees came to Germany than in any other month during the last couple of decades,” he said. About 280,000 arrived in September.**

Much of the pressure on Merkel’s government is coming from its backbench, especially the more conservative Bavarian wing of the party. This group has been outspoken in criticizing the chancellor and is pushing for harsher rules.

“It’s easier to take selfies with refugees than to get tough,” said one MP, a reference to the widely circulated photos of Merkel with asylum seekers.

### **‘The unthinkableables’**

**In response to such pressures, the government introduced new legislation this week to make it easier to deport asylum seekers whose applications have been rejected.** Such measures would have been impossible to push through the Bundestag just a few months ago. Now, the growing public unease is forcing the government to put what some here call “the unthinkableables” on the table.

**The asylum bill, which is expected to be rushed through for implementation on November 1, would reduce incentives for so-called economic migrants by switching from cash benefits for refugees to allowances in-kind.**

**The legislation would also add Albania, Kosovo and Serbia to a list of “safe countries of origin,” meaning asylum applications from those nationalities, which are almost always rejected, could be processed much more quickly than at present.**

Refugee advocates have criticized the measures, saying they will complicate life for asylum seekers while **doing little to slow the flow of new arrivals. Even after the changes go into effect, refugees, regardless of their origin, will be afforded broad rights to appeal. Critics say neither the application process nor deportations will be accelerated and dismiss the effort as a political ploy aimed at calming the public.**

“The planned government actions are a disappointment,” said Werner Schiffauer from Frankfurt’s Viadrina University. “They will neither accelerate the application processes, nor will they create a deterrent effect that the interior minister is after.”

**The trouble for Berlin is that more substantial changes to the asylum rules would require amending Germany’s constitution,** a complicated process that would require a two-thirds majority in both houses of parliament.

Faced with a large influx of refugees from the former Yugoslavia in the early 1990s, the government took that step, but now those reformed rules are viewed as out of date.

**Some migration experts say further reforms to the law are inevitable if the crisis doesn’t ease soon. For now, the government insists it has no such plans.**